

# Deutschland Archiv



Deutschland Archiv  
2017

Deutschland Archiv 2017

Schriftenreihe Band 10201

# Deutschland Archiv 2017

Bonn 2018

© Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Lektorat und Redaktion Print- und E-Book-Ausgabe:  
Johannes Piepenbrink, Mitarbeit: Tanja Benker

Redaktion »Deutschland Archiv« Online:  
Katharina Barnstedt, Tobias Bricke, Dr. Clemens Maier-Wolthausen  
(]init[ AG für digitale Kommunikation)

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Umschlaggestaltung und Satzherstellung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf  
Umschlagfoto: © ddp images/Berthold Stadler  
Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG

Sämtliche Einzeltexte stehen – mit Ausnahme der Bilder – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.



ISBN: 978-3-7425-0201-8

[www.bpb.de/deutschlandarchiv](http://www.bpb.de/deutschlandarchiv)

# Inhalt

Vorwort	9
JANNIS PANAGIOTIDIS	
● Experimentierfeld der Migrationspolitik: Die Herausforderung der Aussiedlerintegration im Wandel der Zeit	11
CLAUDIA LEPP	
● Gegen den Strom. West-Ost-Übersiedlungen in der evangelischen Kirche	22
EVA FUCHSLOCHER UND MICHAEL SCHÄBITZ	
● Spinner, Schuldner und Spione? Rück- und Zuwanderung in die DDR 1949 bis 1989	32
AGATHE ISRAEL	
● Frühe Fremdbetreuung in der DDR – Erfahrungen mit der Krippenerziehung	45
EVERHARD HOLTMANN	
● Volkes Stimme hinter der Mauer. Die westdeutschen »Stellvertreterumfragen« zum politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein der Bevölkerung in der DDR	59
KONSTANZE SOCH	
● »Päckchen von drüben« – Der Päckchen- und Paketverkehr als trennendes und verbindendes innerdeutsches Phänomen	74
KRIJN THIJS	
● Klopfzeichen und Feierkonkurrenz. Das Stadtjubiläum von 1987 in Ost- und West-Berlin	88
MARIA NEUMANN	
● »Wir gehören zusammen!« Christliche Gemeinschaft und kirchliche Zeitungen im geteilten Berlin	100

ANNE KÄFER

- Umweltschutz als Opposition von Kirchen und Gruppen  
in der späten DDR 114

STEFFEN ALISCH

- Zwangsarbeit im Fokus.  
Die Haftarbeit im Volkseigenen Betrieb (VEB) Pentacon Dresden,  
»Fertigungsstelle Cottbus« – eine Fallstudie 126

CHRISTIAN BOOß

- Die Akteneinsicht. Von der revolutionären Aktion zum Gesetz –  
25 Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) 139

KATRIN HAMMERSTEIN

- »Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk« – ein Konzept »fürs  
Museum«? 154

DOROTHEA WENDEBOURG

- Doppelte Konkurrenz –  
die Reformationsjubiläen in der Zeit der deutschen Teilung 165

TORBEN GÜLSTORFF

- Die Hallstein-Doktrin – Abschied von einem Mythos 177

HERMANN WENTKER

- Helmut Kohl als Deutschlandpolitiker:  
Vom Regierungswechsel zum Zehn-Punkte-Programm 191

Autorinnen und Autoren 197

Bildnachweis 199

THEMENSCHWERPUNKTE

- Migration
- Alltag und Gesellschaft
- Berlin – geteilte Stadt
- Regimebehauptung und Widerstand
- Un-Rechts-Staat DDR
- Erinnern und Gedenken
- ohne Schwerpunktzuordnung



## Vorwort

Das Jahr 2017 war geprägt durch die intensive Debatte um Einwanderung und Integration. Dabei geriet zuweilen aus dem Blick, dass Deutschland eine umfangreiche Migrationsgeschichte vorzuweisen hat, insbesondere nach 1945. Verschiedene Gruppen von Menschen kamen zeitweise oder dauerhaft in die beiden deutschen Staaten. Das »Deutschland Archiv« hat den 2016 begonnenen Schwerpunkt zur Migrationsgeschichte weiter ausgebaut, um die Debatten mit einer historischen Kontextualisierung zu begleiten.

Der Schwerpunkt »Alltag und Gesellschaft« thematisiert die Auswirkungen der Systemkonkurrenz und die daraus folgenden politischen Ansprüche in vielen gesellschaftlichen Bereichen in beiden Teilen Deutschlands. Die Beiträge reichen von der musealen Darstellung der Geschichte bis hin zum – mit propagandistischem Pathos aufgeladenen – Versand der Ostpakete oder den Folgen einer autoritär geprägten frühkindlichen Kripenerziehung.

Auch der Geschichte Berlins ist ein eigener Schwerpunkt gewidmet. Die Beiträge in »Berlin – Geteilte Stadt« illustrieren die gegenseitigen Abgrenzungen der Stadthälften, aber auch ihre Verflechtungen miteinander, mit ihrem Umland und mit Westdeutschland in kultureller, religiöser und politischer Hinsicht.

Daneben begleitete das »Deutschland Archiv« 2017 natürlich auch die immer spannungsgeladenen Diskussionen um den Ort der DDR in der deutschen Erinnerungslandschaft und die Aufarbeitung von SED-Unrecht. Annähernd 30 Jahre nach der Deutschen Einheit ist dieser Prozess noch nicht abgeschlossen. Die Fragen werden uns sicherlich weiter beschäftigen.

Dieser Band vereint eine Auswahl der interessantesten Beiträge aus dem Jahr 2017. Wir wünschen Ihnen wie stets eine anregende Lektüre.

*Dr. Clemens Maier-Wolthausen  
Redaktion »Deutschland Archiv«  
Berlin, Dezember 2017*





Eine Klasse beim Sprachunterricht in einer Förderschule im Jugenddorf in Celle, 1976. Dort wurden 300 Aussiedlerkinder auf das Berufsleben vorbereitet.

Jannis Panagiotidis

## Experimentierfeld der Migrationspolitik: Die Herausforderung der Aussiedler- integration im Wandel der Zeit

»Deutschland ist kein Einwanderungsland« – dieser Satz wurde in der Kohl-Ära zu einem Mantra bundesdeutscher Migrationspolitik. Diese kategorische Aussage sollte zum Ausdruck bringen, dass die dauerhafte Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland staatlicherseits nicht erwünscht war. Entsprechend lautete ein Ergebnis der Koalitionsgespräche von CDU und FDP 1982: »Es sind [...] alle humanitär vertretbaren Maßnahmen zu ergreifen, um den Zuzug von Ausländern zu unterbinden.«<sup>1</sup> Auch die Rückwanderung von Ausländern in ihre Heimatländer sollte gefördert werden.

In Bezug auf die sogenannten Gastarbeiter, die tatsächlich bereits seit den 1950er Jahren in die Bundesrepublik gekommen waren, hatte diese ablehnende Haltung die Konsequenz, dass sich die Politik – zumindest auf gesamtstaatlicher Ebene – ziemlich lange der Einsicht verweigerte, dass eine Integrationspolitik Not tue. Man ging davon aus, dass die »Gäste« wieder gingen. Die meisten taten dies tatsächlich auch, aber für die, die blieben, hatte die lange verweigernde Akzeptanz langfristig negative Konsequenzen in Form mangelnder Integration.<sup>2</sup>

Eine ganz andere Haltung nahm die Bundesrepublik in Bezug auf eine andere Zuwanderergruppe ein: die deutschen Aussiedler oder Spätaussiedler aus dem sozialistischen Osteuropa.<sup>3</sup> Diese wurden wegen ihrer Eigenschaft als deutsche Staatsbürger beziehungsweise »deutsche Volkszugehörige« im Bundesgebiet aufgenommen und durften dort dauerhaft bleiben. Von 1950 bis zum Fall der Mauer 1989 kamen so fast zwei Millionen Menschen aus Osteuropa nach Westdeutschland, gut zwei Drittel davon aus Polen in seinen Nachkriegsgrenzen. Seitdem folgten weitere gut 2,5 Millionen Spätaussiedler, in ihrer Mehrzahl aus der ehemaligen Sowjetunion.<sup>4</sup>

Anders als die »Gastarbeiter« sollten die Aussiedler aus Sicht des Staates auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben. Zugleich wurde zunehmend klarer, dass es für ihre erfolgreiche Integration besonderer Maßnahmen bedurfte. Da hier vom Anspruch her Deutsche nach Deutschland kamen, war dies aber nicht von vornherein offensichtlich. Um ihre Integration zu gewährleisten, wurde in den 1970er Jahren zum ersten Mal eine Art »nationaler Integrationsplan« formuliert, der damals »Sonderprogramm zur Eingliederung der Aussiedler« hieß. Aussiedlerintegration war somit ein migrations- und integrationspolitisches Experimentierfeld für einen Staat, der eigentlich kein »Einwanderungsland« sein wollte.

Doch worin bestand in der Wahrnehmung von Politik und Öffentlichkeit die Herausforderung der Aussiedlerintegration, also der Integration von Menschen, die »als Deutsche unter Deutschen leben« wollten?<sup>5</sup> Und was waren die Maßnahmen, die man zu ihrer Bewältigung ergriff? Mit diesen Fragen wird sich dieser Beitrag auseinandersetzen.

## Historischer Kontext

Insbesondere in der Frühphase der Bundesrepublik ist Aussiedlermigration und -integration in engem Zusammenhang mit den staatlichen Bemühungen um die Eingliederung zweier weiterer Gruppen deutscher Migranten zu sehen: der Vertriebenen und Flüchtlinge der Nachkriegszeit

zum einen und der Flüchtlinge und Übersiedler aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) beziehungsweise der DDR zum anderen. Eine zeitgenössische Publikation des Arbeits- und Sozialministeriums von Nordrhein-Westfalen sprach von den Spätaussiedlern entsprechend als »drittem Problem«.<sup>6</sup>

Diese drei Gruppen wurden im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) von 1953 mit bestimmten Eingliederungshilfen bedacht. Das BVFG ist ein bemerkenswertes Stück Sozialgesetzgebung, das für einen Querschnitt von gesellschaftlichen Bereichen staatliche Fördermaßnahmen für deutsche Vertriebene und Flüchtlinge vorsah, um ihre Eingliederung in die Gesellschaft und ihre schnelle Gleichstellung mit den »Einheimischen« sicherzustellen. Zeitgenössische Beobachter sahen hier die Grundlage für die Bundesrepublik als »Flüchtlingsstaat« mit besonderem »integrations- und sozialrechtlichem Flüchtlingsrecht« und bezeichneten das »Flüchtlingsproblem« gar als »Schrittmacher des deutschen Sozialstaates.«<sup>7</sup>

## Die Herausforderung der Integration

Das BVFG blieb stets der Bezugsrahmen für die Aussiedlerintegration. Aber schon bald zeigte sich, dass Aussiedler andere Bedürfnisse hatten als die Vertriebenen, deren »Nachzügler« die Aussiedler nach offizieller Lesart waren. Im Fall der Vertriebenen war unstrittig, dass sie wirtschaftliche Eingliederungshilfen brauchten. Eine sozio-kulturelle Integration oder gar Assimilation war aber nicht vorgesehen, im Gegenteil: Auf kultureller Ebene ging es um den Erhalt mitgebrachten Kulturgutes, um die Bewahrung des Erbes des deutschen Ostens.<sup>8</sup> Und grundlegende Integrationsfaktoren wie die Kenntnis der deutschen Sprache waren meist gegeben, da die Masse der Vertriebenen schon vor dem Krieg Bürger des deutschen Reiches gewesen oder, im Fall der Sudetendeutschen, Angehörige einer Minderheit mit voll entwickelten Bildungsinstitutionen in der eigenen Sprache waren. Dies änderte allerdings nichts an ihrer verbreiteten gesellschaftlichen Wahrnehmung als Fremde, wie sie zuletzt etwa Andreas Kossert umfassend dokumentiert hat.<sup>9</sup>

Bei den Aussiedlern – und dabei zuerst bei ihren Kindern – wurde dagegen auch auf politischer Ebene zunehmend klar, dass neben struktureller und wirtschaftlicher Eingliederung eine umfassendere Integration vonnöten war. Die Herausforderung bestand nun darin, Menschen zu integrieren, die der deutschen Gesellschaft, wie sie sich bis dahin entwickelt hatte, fremd geworden waren, selbst wenn sie ihr in vielen Fällen als Bewohner

der deutschen »Ostgebiete« vor dem Krieg angehört hatten. Diese Fremdheit hatte mit mangelnden Sprachkenntnissen zu tun, aber auch mit der seit Kriegsende erfolgten Prägung durch die Institutionen des »Ostblocks« und einer gewissen unterstellten »Rückständigkeit« aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den beiden Teilen Europas. Diese Motive ziehen sich als roter Faden durch den Aussiedlerintegrationsdiskurs, der hier im Folgenden untersucht wird.

## Die Aussiedlungswelle aus Polen 1956 bis 1959

Zum ersten Mal stellten sich diese Fragen in den Jahren 1956 bis 1959, als gut 250 000 Aussiedler aus der Volksrepublik Polen in die Bundesrepublik Deutschland kamen. In den meisten Fällen kamen sie aus Gebieten, die vor 1945 zum Deutschen Reich gehört hatten und dann im Potsdamer Abkommen Polen zugesprochen worden waren. Gegen Kriegsende waren viele Deutsche von dort geflohen, oder sie wurden nach dem Krieg von den polnischen Behörden vertrieben. Viele andere wurden als Polen »verifiziert« und konnten bleiben.<sup>10</sup> Nach Ende der systematischen Vertreibungen in den Jahren 1947/48 schloss das nunmehr stalinistische Polen die Grenze.<sup>11</sup> 1950/51 konnten trotzdem einige zehntausend Deutsche im Rahmen der humanitär begründeten »Operation Link« ausreisen.<sup>12</sup> Danach war die Emigration fast unmöglich, bis 1956 Władysław Gomułka an die Macht kam und die Ausreisebestimmungen lockerte. Die Aussiedlung entwickelte dann eine Eigendynamik, der die polnischen Behörden erst gegen Ende des Jahrzehnts Herr wurden, woraufhin die Ausreisezahlen wieder auf unter 10 000 pro Jahr sanken.

Für die Bundesrepublik Deutschland stellte die Aufnahme dieser Viertelmillion Menschen eine neuartige Herausforderung dar. In der schon erwähnten Publikation des Nordrhein-Westfälischen Arbeits- und Sozialministeriums bezeichnete der Herausgeber Harald von Koenigswald, früher Schriftsteller aus dem Umfeld der »Konservativen Revolution«, die Spätaussiedlerfrage als »Antithese zum Vertriebenenproblem«: Während die Vertriebenen der verklärten Vorkriegsheimat im Osten nachtrauerten, hätten die Spätaussiedler diese Heimat unter Fremdherrschaft als »Hölle« erfahren.<sup>13</sup> Sie kämen jetzt »heim« in die Bundesrepublik, »weil sie hier wieder Deutsche unter Deutschen sein werden, während die alte Heimat immer fremdere Züge aufgeprägt erhält«.<sup>14</sup>

Aber einfach sei diese »Heimkehr« nicht gewesen, so von Koenigswald, obwohl es sich ja prinzipiell um Familienzusammenführung handelte und

somit eigentlich verwandtschaftliche Netzwerke die Neuankömmlinge auffangen sollten:

»Zwölf Jahre Trennung wiegen schwer. Sie lassen sich nicht fortwischen. Und was für Erlebnisse stehen in diesen zwölf Jahren! Kinder haben ihre deutsche Muttersprache vergessen oder sie radebrechen sie nur in einer schwer verständlichen Weise.«<sup>15</sup>

Die Kinder und Jugendlichen der Aussiedler wurden hier zum ersten Mal als Gruppe mit ganz speziellen Bedürfnissen identifiziert, im Vergleich zu ihren Eltern oder aber auch zu Jugendlichen aus der SBZ, derer sich der Staat zu dieser Zeit gesondert annahm. Dabei gab es je nach Herkunftsregion unterschiedliche Problemstellungen: evangelische Jugendliche aus Ostpreußen konnten oft Deutsch sprechen, hatten aber kaum formale Schulbildung genossen und beherrschten kein Schriftdeutsch. Katholische Jugendliche aus Oberschlesien hingegen waren in der polnischen Nachkriegsgesellschaft oft gut integriert, brachten zum Teil schon Bildungsabschlüsse mit, konnten aber unter Umständen gar kein oder nur schlecht Deutsch. Das Ergebnis war in beiden Fällen, dass die Jugendlichen nur schwer Anschluss an das bundesdeutsche Bildungssystem und den Arbeitsmarkt fanden.

Zu diesem Zeitpunkt – den 1950er Jahren – waren es kirchlich-caritative Träger, die sich dieser Problematik annahmen und Internatsförderschulen gründeten, die die Jugendlichen kompensatorisch weiterbilden sollten. Sprachförderung war hier ein zentraler Aspekt – aber nicht der einzige. Auch die Prägung der Jugendlichen durch ein kommunistisches System bereitete den Förderpädagogen ein gewisses Unbehagen. So schrieb beispielsweise Adolf Silber, Rektor der Förderschule Steilhof im westfälischen Espelkamp-Mittwald:

»Unsere Aufgabe an den spätrückgeführten Kindern und Jugendlichen ist nicht zuerst die Aufgabe reiner Wissensvermittlung, sondern in erster Linie eine Erziehungsaufgabe. [...] Unser Erziehungsziel ist es, die Jugendlichen zu Staatsbürgern zu erziehen [...] Das ist in einer normalen Schule eine leichte, beinahe eine selbstverständliche Aufgabe, denn die Umwelt erzieht die Jugend ja schon für diese Aufgabe, und der Lehrer braucht nur zu leiten und zu lenken. Hier liegt der erste wesentliche Unterschied in der Erziehungsaufgabe, die uns an den spätrückgeführten Jugendlichen gestellt ist. Sie kommen aus einer ganz anderen Umgebung, die sie bis dahin geformt und erzogen hat. [...]

Von früh bis spät wird der junge Mensch drüben gelenkt und geleitet und betreut. [...] Der Drang der Eltern nach Freiheit und damit der Drang in die deutsche Heimat hat viele [...] dieser jungen Menschen, die Spätückgeführten des Jahres 1956/57, aus diesen Bindungen gerissen. Sie sind sich selbst nicht des Dranges nach Freiheit und des Dranges nach der Heimat, der ihre Eltern beseelte, bewusst. Unsere große Erziehungsaufgabe ist aber, diesen Prozess des Hinausführens, des hilfreichen Hinüberführens in unsere Welt nunmehr vorzunehmen.«<sup>16</sup>

Silber konstruiert hier Aussiedlerjugendliche ganz klar als »anders« – anders als ihre Eltern, anders als die »einheimischen« Jugendlichen, als kulturell wie sozio-politisch sehr unterschiedlich geprägt. Dem sollte ein staatsbürgerlich orientierter Sprach- und Förderunterricht entgegenwirken, der, so Silber, zur »inneren Freiheit und Charakterbildung« erziehen sollte.

## Aussiedlung ab 1970

Die jugendlichen Aussiedler blieben auch während der folgenden Jahrzehnte durchgehend eine als besonders problematisch identifizierte Gruppe. Entsprechende Diskurse existierten während der großen Aussiedlungswelle aus Polen in den 1970er Jahren, und noch viel stärker in den 1990er Jahren, als »kriminelle russlanddeutsche Jugendliche« Öffentlichkeit und Kriminalstatistiker erschauern ließen. Schon in den 1960er Jahren wuchs daher die Zahl der Förderschulen, von denen die meisten aus Kostengründen allerdings nicht vom Staat, sondern von kirchlichen Trägern betrieben wurden.<sup>17</sup> Solange sich die Aussiedlerzahlen auf niedrigem Niveau bewegten, sah sich der Staat noch zu keinem übermäßig aktiven Eingreifen genötigt. Die Zivilgesellschaft konnte hier vermeintlich einiges auffangen.

Dies änderte sich ab Beginn der 1970er Jahre. Im Zuge der Neuen Ostpolitik kamen von 1971 bis 1972 gut 40000 Aussiedler aus Polen in die Bundesrepublik. Nach dem deutsch-polnischen Emigrationsabkommen 1975 folgten über 200000 weitere bis zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981. Mit Anstieg und Verstetigung der Zahl der Aussiedler aus Polen etablierte sich Aussiedlerintegration in ihrer Gesamtheit als Gegenstand staatlicher Politik.

Zu dieser Zeit verlagerten sich die in den 1950er Jahren bei den Jugendlichen identifizierten Probleme und Herausforderungen auch auf die Erwachsenengeneration. Die Aussiedler der 1970er Jahre waren Menschen, die entweder im Staatssozialismus geboren oder zumindest maß-

geblich von diesem System geprägt worden waren. Ihre Sozialisierung in einem kommunistischen System wurde verstärkt von Presse, Wissenschaft und Politik als Problem gesehen für ihre Transformation in »Leistungs- und Konsumbürger« und für ihre Orientierung in einer liberalen, demokratischen und kapitalistischen Gesellschaft. *Der Spiegel* verwies 1971 beispielsweise auf die »staunende Ratlosigkeit, die viele überkommt in dieser neuen Welt des Reklamerummels und Verkehrsgewühls, der Proteste auf den Straßen und der Nackten am Kiosk.«<sup>18</sup> Kollektivismus, Konservatismus und eine gewisse mentale Rückständigkeit wurden als zentrale Integrationshindernisse identifiziert.

Unmittelbar wichtiger als diese grundsätzlichen Befürchtungen war allerdings die konkrete Herausforderung von Sprach- und zunehmend auch Berufsförderung, die auch für die Erwachsenen unter den Aussiedlern immer größere Bedeutung erlangte. Dabei war das Problem zumindest zu Beginn des Jahrzehnts nicht, die Menschen in Lohn und Brot zu bringen, denn Arbeit gab es noch genug. Die Frage, die sich auftrat, war, wie man Menschen – Erwachsene und Jugendliche – die eigentlich Geld verdienen wollten und mussten, dazu brächte, zunächst gut Deutsch zu lernen, anstatt als Hilfsarbeiter schnell viel Geld zu verdienen. *Der Spiegel* zitierte 1971 einen Ministerialbeamten: »Die arbeitsfähigen Jugendlichen gehen oft in Hilfsarbeiter-Jobs, weil sie gleich verdienen wollen. Wer aber die Sprache nicht lernt, sackt auf das Niveau eines Gastarbeiters ab.«<sup>19</sup> Die Wochenzeitung *Christ und Welt* sah im selben Jahr eine ähnliche Gefahr:

»Gelingt diese Integrierung nicht, werden sich Deutsche, die fünfundzwanzig Jahre lang darauf gewartet haben, hier als Deutsche leben zu können, noch lange so wie Ausländer fühlen. Und vielleicht wird es dann bald so etwas wie ein zweites, noch schwierigeres Gastarbeiter-Problem geben.«<sup>20</sup>

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* stellte ganz klar fest, dass es die Aussiedlerkinder aus Polen »nicht viel leichter [hätten] als ›Gastarbeiterkinder«.<sup>21</sup>

Aus diesen Zeilen deutscher Leitmedien spricht die Erkenntnis, dass »Aussiedler« und »Ausländer« nicht so grundverschieden waren, wie man es gerne gehabt hätte. An dieser Stelle zeichnet sich die entstehende Migrationsgesellschaft als Hintergrund ab – und der »Gastarbeiter« als Schreckgespenst. Und genau dieses Schreckgespenst war Ansporn, die Integrationsmaßnahmen für Aussiedler zu erweitern und unter staatlicher Schirmherrschaft zu systematisieren.

## Sonderprogramme zur Eingliederung der Aussiedler

Nachdem schon ab Anfang der 1970er Jahre die Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsverwaltungen begonnen hatte, weiterführende und systematisierte Integrationsmaßnahmen zu diskutieren, lieferte das deutsch-polnische Ausreiseabkommen von 1975 den endgültigen Anstoß zur Formulierung eines koordinierten nationalen Programmes zur Aussiedlerintegration. Die Aussiedleraufnahme wurde auf einmal zumindest in quantitativer Hinsicht planbar. Im Frühjahr 1976 entwickelte die Vertriebenenabteilung des Bundesinnenministeriums in kürzester Zeit ein Sonderprogramm für die Integration der Neuankömmlinge, welches existierende Fördermaßnahmen zusammenfasste und neue Maßnahmen auf den Weg brachte. Zu den Maßnahmen gehörten unter anderem:

- Zinsverbilligte Einrichtungsdarlehen bis zu 10 000 DM;
- Kostenlose Sprachförderung, wobei Berufstätige Unterhaltsgeld erhielten;
- Mögliche Lohnkostenzuschüsse über zwei Jahre in Höhe von 80 Prozent des Arbeitslohns für Arbeitgeber, die Aussiedler einstellten;
- Hilfe für Existenzgründer mit Krediten aus dem European Recovery Programme (ERP);
- Förderung des Baus von Eigenheimen für kinderreiche Familien durch die Lastenausgleichsbank;
- Jugendförderung, beispielsweise durch bessere Ausstattung der existierenden Jugendgemeinschaftswerke und Schaffung von neuen;
- Die Entwicklung von Grundsätzen von Wirtschaftsministerium und Ländern für die Anerkennung von Ausbildungsgängen in Gewerbe und Handwerk.<sup>22</sup>

Im Sommer 1988 folgte zu Beginn der großen Aussiedlungswelle aus dem sich öffnenden Ostblock ein weiteres Sonderprogramm, welches diese Maßnahmen erweiterte und vertiefte, zum Beispiel auch durch verstärkte Investitionen in den Wohnungsbau wie auch durch die institutionelle Förderung kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, Verbände und Stiftungen.<sup>23</sup>

Zusammen mit den Förderungen nach dem BVFG und anderen Gesetzen ergab sich so ein ziemlich umfangreiches Integrationsprogramm für Aussiedler, dessen Ziel war, die Unterschiede zwischen Neuankömmlingen und Einheimischen zu minimieren. Nicht nur hatten die Aussiedler als Deutsche von Anfang an volle staatsbürgerliche Rechte; durch die Aner-

kennung ihrer Arbeitsjahre im Ausland mittels des Fremdrentengesetzes wurden auch ihre »Sozialstaatsbiografien« soweit angeglichen, dass sich auch im Alter keine Unterschiede auftun würden.<sup>24</sup> Die erleichterte Anerkennung von Abschlüssen sollte Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt vermeiden, die besondere Jugendförderung generationelle Verwerfungen abmildern. Die Förderung von Wohnungsbau beziehungsweise Schaffung von Wohneigentum und Existenzgründung zielte ganz klar auf eine dauerhafte Verwurzelung im Land.

Im Falle des zweiten Sonderprogramms scheiterte die volle Durchführung dieses ambitionierten Programmes an mangelnden Geldern angesichts der hohen Zuzugszahlen und der Kosten der Wiedervereinigung. Aber vom Grundsatz her hatte die Bundesregierung mit den Sonderprogrammen für die Aussiedlereingliederung Integrationskonzepte vorgelegt, die in ihrem Umfang ihresgleichen suchten. Etliche der dort vorgesehenen Maßnahmen finden sich im Nationalen Integrationsplan von 2007 wieder, sei es die Sprachförderung für Erwachsene, die Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration oder die Förderung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure. Seit 2012 gibt es auch ein Bundesgesetz zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen.

## Schlussfolgerungen

In einer längerfristigen Perspektive auf die Geschichte der Bundesrepublik sehen wir die Aussiedler in einer Art »Scharnierfunktion« zwischen verschiedenen historischen Migrationsbewegungen. Als »Nachzügler« von Flucht und Vertreibung profitierten sie von den für die Nachkriegsvertriebenen erlassenen Gesetzen. Für ihre speziellen Bedürfnisse entwickelte der bundesdeutsche Staat besondere Integrationspläne, welche ihrerseits von den bereits damals sichtbaren Versäumnissen der »Gastarbeiterintegration« geprägt waren. Und die Erfahrungen mit der Aussiedlerintegration wurden schließlich im neuen Jahrtausend ein Fundus für die Schaffung allgemeiner Integrationskonzepte, wie sich auch im Kontext der »Flüchtlingskrise« des Jahres 2015 zeigte. Hier wurde neben den genannten Integrationsmaßnahmen auch die Übernahme anderer Konzepte der Aussiedleraufnahme debattiert, so zum Beispiel die Zuweisung an einen festen Wohnort oder die von der CSU geforderte Obergrenze von 200 000 Zuwanderern pro Jahr. Das »Nicht-Einwanderungsland« Deutschland hat also umfangreiche Erfahrungen mit aktiver – und angesichts der relativ schnellen Eingliederung der Aussiedler erfolgreicher – Migrations- und Integrationspolitik.

## Anmerkungen

- 1 Ergebnis der Koalitionsgespräche, 1. Oktober 1982, in: CDU-Extra 29, S. 7.
- 2 Siehe als Überblick Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, München 2001.
- 3 Die korrekte Bezeichnung laut Bundesvertriebenengesetz (BVFG) lautete »Aussiedler«. »Spätaussiedler« als Rechtsbegriff existiert erst seit der Reform des BVFG Ende 1992. Im offiziellen und umgangssprachlichen Gebrauch war aber auch schon früher von »Spätaussiedlern« die Rede. Hier werden diese Begriffe synonym verwendet.
- 4 Susanne Worbs u. a., (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungsbericht 20, Nürnberg 2013, S. 31 f., [www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb20-spaetaussiedler.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb20-spaetaussiedler.pdf?__blob=publicationFile). Forschungsbericht, letzter Zugriff am 10.1.2017.
- 5 Zu diesem Slogan siehe Egon Ludwig (Hg.), *Als Deutsche unter Deutschen leben. Eingliederung der Aussiedler*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 137, Bonn 1978.
- 6 Harald von Koenigswald (Hg.), *Das dritte Problem. Betrachtungen zur Aufnahme der Spätaussiedler aus dem Osten*, Troisdorf 1958.
- 7 Heinrich Rogge, *Randstaaten der Sowjetunion als »Flüchtlingsstaaten«*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 5 (1957), S. 528–546, hier S. 530 und 536.
- 8 Volker Ackermann, *Integration: Begriff, Leitbilder, Probleme*, in: Klaus J. Bade (Hg.), *Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler*, Münster 1990, S. 14–36.
- 9 Andreas Kossert, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008.
- 10 Hugo Service, *Germans to Poles. Communism, Nationalism and Ethnic Cleansing after the Second World War*, Cambridge 2013.
- 11 Dariusz Stola, *Das kommunistische Polen als Auswanderungsland*, in: *Zeithistorische Forschungen* 2 (2005), S. 345–365.
- 12 Sascha Schießl, *Im Niemandland. Die »Operation Link« und der Beginn der Aussiedleraufnahme in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa* 24 (2016), S. 309–334.
- 13 Harald von Koenigswald, *Das dritte Problem*, in: Ders. (Hg.), *Das dritte Problem* (Anm. 6), S. 5–15, hier S. 12.
- 14 Ebd., S. 15.
- 15 Ebd., S. 13.
- 16 Adolf Silber, *Erziehungsaufgaben an den spätrückgeführten Jugendlichen*, in: ebd., S. 77–82, hier S. 77 und 79.
- 17 »Manche kommen durch, andere gehen kaputt« – Spiegel-Report über Aussiedler aus dem Osten und ihre Einbürgerung im Westen, in: *Der Spiegel* 50 (1971), [www.spiegel.de/spiegel/print/d-44914326.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44914326.html), letzter Zugriff am 27.10.2016.
- 18 Ebd.

19 Ebd.

20 Dirk Schubert, Die Illusionen schwinden schnell, in: Christ und Welt, 19.3.1971.

21 Key L. Ulrich, Die Deutschen aus Polen, in: FAZ, 30.4./1.5.1971.

22 Günter Fuchs, Humanitäre Aufgabe unseres Jahrzehnts: Das Programm der Bundesregierung für die Eingliederung von Aussiedlern, in: Ludwig (Hg.), Als Deutsche unter Deutschen leben (Anm. 5), S. 41–43.

23 Das Programm ist abgedruckt in Info-Dienst Deutsche Aussiedler (IDDA) 1 (1988).

24 Michael Bommers, National Welfare State, Biography and Migration: Labour Migrants, Ethnic Germans and the Re-Ascription of Welfare State Membership, in: Christina Boswell and Gianni D'Amato, Immigration and Social Systems. Collected Essays of Michael Bommers, Amsterdam 2012, S. 37–58.



Sektorengrenze im Bezirk Berlin-Spandau, 1953. Dahinter die Dorfkirche Alt-Staaken.

Claudia Lepp

## Gegen den Strom. West-Ost-Übersiedlungen in der evangelischen Kirche

Entgegen dem Hauptmigrationsstrom wanderten bis zum Mauerbau 1961 eine halbe Million Menschen aus der Bundesrepublik in die DDR ab.<sup>1</sup> Unter ihnen befanden sich 1000 bis 2000 evangelische Theologiestudierende, Vikare, Pfarrer sowie Diakone und Diakonissen. Warum und wie es zu dieser besonderen Migration kam, zeigt der nachfolgende Beitrag.<sup>2</sup>

### Der Pfarrermangel in der DDR

In der evangelischen Pfarrerschaft klaffte 1945 eine spürbare personelle Lücke. Die Studierendenzahlen waren im »Dritten Reich« stark zurückge-

gangen und führten zusammen mit den Kriegsverlusten unter den Theologen zu einem Pfarrermangel. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Gemeindeglieder durch den Flüchtlingsstrom aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Galten diese Konstellationen für alle deutschen Landeskirchen, so konnte der Mangel in den westlichen Kirchen jedoch durch die »Ostpfarrrer« aus Schlesien, Ostpreußen und Pommern abgemildert werden. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ließen sich hingegen weniger vertriebene Geistliche nieder. Zugleich verließen Pfarrer der acht ostdeutschen Landeskirchen aus familiären oder politischen Gründen die SBZ, wodurch dort die Zahl der Pfarrer weiter abnahm. Um dem entgegenzuwirken, beschloss die gesamtdeutsche Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) 1946, dass Pfarrer aus der SBZ erst nach der Freigabe durch die zuständige ostdeutsche Landeskirche in den Dienst einer westlichen Landeskirche übernommen werden durften.<sup>3</sup>

Langfristig verschärft wurde die Personalsituation in Ostdeutschland durch die niedrigen Studierendenzahlen. Infolge der Begrenzung des Zulassungskontingents für die sechs Theologischen Fakultäten in der SBZ reichte der ab 1946 ausgebildete theologische Nachwuchs nicht aus, um die Lücken in den ostdeutschen Landeskirchen zu schließen. Viele in der SBZ abgewiesene Bewerber begannen ihr Theologiestudium in den westlichen Besatzungszonen oder West-Berlin. Großen Zulauf hatte die Kirchliche Hochschule in Berlin-Zehlendorf, wo bis 1952 insgesamt 1200 in der DDR abgelehnte Studierende ausgebildet wurden.<sup>4</sup>

## Die Haltung des SED-Staates

Das kirchliche Wanderungsgeschehen war in erster Linie von der Voraussetzung bestimmt, die innerdeutsche Grenze überqueren und sich in der DDR ansiedeln zu dürfen. Ob dies gewährt wurde, war abhängig von der jeweiligen Deutschland-, Arbeitsmarkt- und Hochschulpolitik des SED-Staates sowie von seiner kirchenpolitischen Strategie.

Bis zum Sommer 1952 wurde der allgemeine Zuzug in die DDR staatlicherseits restriktiv reguliert. Davon waren auch die kirchlichen Übersiedler betroffen. Für sie galten zudem geheime Sonderregelungen. So entschied im Februar 1951 das Politbüro der SED, dass Pfarrer, die in West-Berlin oder Westdeutschland ausgebildet worden waren, keine Zuzugsgenehmigung für die DDR erhielten.<sup>5</sup> Damit sollte die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg sanktioniert werden, die sich weigerte, ihren Sitz nach Ost-Berlin zu verlegen. Im Kontext des gesamtdeutschen Kirchen-

tages 1951 in Berlin, der von der SED deutschlandpolitisch instrumentalisiert wurde, erhielten hingegen 71 kirchliche Antragsteller eine Zuzugsgenehmigung. Am 12. November 1951 wiederum beschloss das Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) der SED, den »Zuzug Geistlicher beider Konfessionen« aus Westdeutschland in die DDR »bis zu einer Verständigung in einer gesamtdeutschen Beratung« nicht mehr zu erlauben.<sup>6</sup>

Infolge der Abwanderungskrise setzte im Herbst 1952 eine gezielte Zuzugsförderung von Fachkräften aus der Bundesrepublik ein. Im Juni 1953 wurde dann auf Druck der Sowjetunion mit einer Rückkehrförderung begonnen. Mit Ausnahme des kirchlichen Pflegepersonals profitierten die kirchlichen Übersiedler erst verzögert von der gelockerten Praxis. Die Genehmigungen erfolgten dann zumeist problemlos und der Zuzug ohne einen Zwischenaufenthalt in einem der »Auffanglager«. Jedoch gab es deutliche regionale Unterschiede.

Um die Kirchen als »stärkste legale Position der imperialistischen Kräfte« in der DDR zu schwächen, sollte dann 1954 westliche Einflussnahme in Form des Zuzugs von kirchlichem Personal erneut flächendeckend verhindert werden. Daher beschloss das Sekretariat des ZK am 10. Juni 1954, dass kirchlichem Personal »in der Regel« keine Zuzugsgenehmigung erteilt werden sollte.<sup>7</sup> Somit blieb den Entscheidern auf Bezirksebene noch ein kleiner Spielraum, der kirchenpolitisch im Sinne der Differenzierungsstrategie genutzt werden konnte. Die Differenzierungs- und Unterwanderungspolitik kombinierte selektive Integrationsangebote für »fortschrittliche« Christen mit gezielten Repressionen gegen »reaktionäre« Kirchenglieder. In der Praxis bedeutete dies, dass immer weniger und ab 1957 so gut wie gar keine Zuzugsgenehmigungen mehr erteilt wurden.

## Die Position der Kirchen

In der EKD bestand Konsens darüber, dass aus gesamtdeutscher Verantwortung heraus den ostdeutschen Kirchen Hilfe geleistet werden musste. In den westdeutschen Landeskirchen stieß indes die seit 1949 von der EKD formulierte Aufforderung, Pfarrer in die DDR zu entsenden, auf gemischte Reaktionen: Sie reichten vom Appell an das Berufsethos der Pfarrer über die Wahrung institutioneller Eigeninteressen und konfessioneller Schranken bis hin zur Kritik an der Freigabepaxis der ostdeutschen Landeskirchen. Angesichts des begrenzten eigenen Personalbestands appellierten die westlichen Landeskirchen zumeist nur an die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten oder aus der SBZ geflohenen Pfarrer. Die Landeskir-

chen in der DDR mochten allerdings auch nicht jeden Bewerber aus dem Westen aufnehmen. Wenig erwünscht waren pfarramtliche Kräfte, die zu alt oder disziplinarisch vorbelastet waren. Denn einige westliche Kirchen verstanden die Arbeit in der DDR als einen »Bewährungsdienst« für Pfarrer nach einem Disziplinarverfahren.

Das größte Interesse hatten die ostdeutschen Gliedkirchen an jungen Pfarrern und Vikaren. Um diesen Personenkreis zu gewinnen, wandten sich ostdeutsche Ausbildungsreferenten in den westdeutschen Studentenzentren bei Veranstaltungen auch direkt an den theologischen Nachwuchs. Besonders aber bemühten sich die Kirchen um die Rückkehr der im Westen studierenden ostdeutschen Theologen. Mitte 1951 ging man bei einer Zahl von circa 700 Oststudierenden im Westen von einer Verbleiberzahl von 400 bis 500 aus.<sup>8</sup> Um diese zu senken, wurde sowohl um die Studierenden geworben, als auch finanzieller und moralischer Druck ausgeübt. Stipendienzuteilungen wurden an die Bereitschaft zum Dienst in der ostdeutschen Herkunftskirche gebunden und die Rückkehrwilligkeit zur Glaubensfrage erklärt. Da ab Herbst 1950 immer mehr Rückkehrern die Zuzugsgenehmigung oder die Immatrikulation an einer staatlichen Fakultät verweigert wurde, bemühten sich die Kirchen auf verschiedenen Wegen politischer Einflussnahme, die Schwierigkeiten zu überwinden. So etwa als 1952 den Studierenden der Kirchlichen Hochschule in West-Berlin der Übergang an eine Theologische Fakultät in der DDR verweigert wurde: Der Berliner Bischof und Vorsitzende des Rates der EKD Otto Dibelius und der Berliner Generalsuperintendent Friedrich Wilhelm Krummacher schrieben an den stellvertretenden Ministerpräsident Otto Nuschke und dieser an den Staatssekretär für Hochschulwesen Gerhard Harig. Der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Regierung der DDR, Heinrich Grüber, wandte sich an den Staatssekretär im Innenministerium der DDR, Johannes Warnke; der Dekan der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität, Leonhard Rost, schrieb ebenfalls an Harig, und Dibelius sprach in der Angelegenheit mit Ministerpräsident Otto Grotewohl<sup>9</sup> – doch dies alles sowie weitere Bemühungen blieben erfolglos.

Als im Sommer 1953 die kirchlichen Übersiedler in die neue Zuzugs- und Rückkehrerpolitik der SED einbezogen wurden, versuchten die Kirchen erneut, die sich im Westen aufhaltenden Pfarrer, Vikare und Theologiestudierenden zu einer Rückkehr zu bewegen. Auch westdeutscher Pfarrernachwuchs wurde dazu aufgefordert, übersiedeln. Ostdeutsche Theologen sprachen von einer »Sendungsaufgabe« der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland, das Evangelium in einer kommunistischen Umwelt zu verkündigen und zu leben.

Seit der faktischen Zuzugssperre für kirchlichen Nachwuchs tauschten Kirchen- und Staatsvertreter in der DDR die immer gleichen Argumente aus: Die Kirchenvertreter argumentierten jeweils deutschlandpolitisch mit Bezug auf »das Ziel der Einheit unseres Volkes«<sup>10</sup> und die Staatsvertreter behaupteten, dass der Pfarrermangel in der Bundesrepublik noch größer sei.<sup>11</sup>

## Die Neuzuziehenden

Die meisten der Neuzuziehenden migrierten zwischen 1949 und 1955.<sup>12</sup> Viele von ihnen kamen aus West-Berlin und siedelten nach Brandenburg über, wodurch es sich um eine kirchliche Binnenmigration über eine Sektoren- beziehungsweise Staatsgrenze hinweg handelte. Die Mehrzahl der Neuzuziehenden war zwischen 1920 und 1929 geboren und hatte erst nach Kriegsende das Theologiestudium begonnen. Für die jungen, überwiegend ledigen Theologen war es leichter, sich auf eine Übersiedlung einzulassen. In einigen Fällen kamen indes bereits Ehefrauen oder Verlobte mit in die DDR, vereinzelt auch Kinder.

Warum aber begaben sie sich freiwillig in eine angespannte politische, wirtschaftliche und kirchliche Situation? Ein spontanes Handeln scheidet oftmals aus. Denn aufgrund der Zuzugsschwierigkeiten verging zwischen dem Entschluss und der Übersiedlung einige Zeit. Die Gründe mussten also eine gewisse Nachhaltigkeit besitzen. Die Motivstruktur der Abwanderung war vielfältig und beim Einzelnen oft multi-kausal angelegt. Auch gruppenspezifische Verhaltensmuster sowie politische Bestimmungsfaktoren spielten eine Rolle. Wirtschaftliche Motive scheidet aus, da sich die kirchlichen Migranten mit einem Wechsel in die DDR finanziell verschlechterten. Nur für wenige Neuzuziehende spielte der Wunsch, den erlernten Beruf auszuüben, bei der Entscheidung eine Rolle. So bei Ostpfarrern, die im Westen keine Dauerstelle erhielten oder bei gemäßregelten Pfarrern, deren Wiederverleihung der geistlichen Rechte an eine Dienstaufnahme in einer ostdeutschen Kirche gebunden war. Einer kirchenamtlichen Aufforderung folgten West-Berliner Vikare und Pfarrer, die eine Pfarrstelle in Ost-Berlin oder Brandenburg antraten. Ähnliches galt für ihre Kollegen in den Landeskirchen von Hannover, Braunschweig und Hessen-Nassau, die in deren ostdeutschen Gebietsteilen Dienst taten. Auch familiäre Bindungen konnten eine Rolle bei der Entscheidungsfindung spielen. In einigen Fällen entschlossen sich Theologen zu einer Übersiedlung, um ihre ostdeutsche beziehungsweise Ost-Berliner Ver-

lobte heiraten oder mit ihrer ostdeutschen beziehungsweise Ost-Berliner Ehefrau gemeinsam leben zu können.

Die meisten der Neuzuziehenden aber reagierten auf die Aufforderungen der östlichen Kirchenleitungen, auf Grund des akuten Pfarrermangels in die DDR zu gehen. Sie sahen in ihrer Entscheidung einen Akt in der Nachfolge Christi. Sie waren davon überzeugt, dass sie mit dem Wechsel in die DDR einem Ruf Gottes folgten. Unter Zurückstellung persönlicher Bedürfnisse wollten sie dorthin gehen, wo die gesellschaftliche Stellung der Kirche umkämpft war und die Gemeinden sie zur Bewältigung ihrer schwierigen Situation brauchten. Dieses individuelle Motiv entsprach dem kirchlichen Deutungsmuster für den Wechsel in den Kirchendienst im sozialistischen Staat. Mehrere kirchliche Neuzuziehende wollten zudem einer als restaurativ empfundenen kirchlich-theologischen Entwicklung der Nachkriegszeit in Westdeutschland entkommen. Sie standen in der Tradition des radikalen Flügels der Bekennenden Kirche und hofften, dass dessen staatskritische und gemeindeorientierte Tradition im Osten Deutschlands für die verfasste Kirche mehr Prägestärke entfalten würde.

Politische Gründe im Sinne einer Entscheidung für das sozialistische System hatten nur sehr wenige der Neuzuziehenden für ihren Wechsel in die DDR. Unter den sozialismusaffinen Zuwanderern stand der »Arbeiter- und Bauernstaat« für Bodenreform, das Recht auf Arbeit und Wohnraum, den Abbau von Bildungsprivilegien und vor allem für Antifaschismus. Indes kann auch der Wille, die Position der Kirche gegen den atheistischen Staat zu stärken, zumal wenn er mit einer antikommunistischen Haltung verbunden war, als ein indirektes politisches Motiv gewertet werden.

Eng verbunden mit den Motiven sind die Erwartungshaltungen, mit denen die Neuzuziehenden kamen. Ihre Vorstellungen von der kirchlichen Situation in der DDR waren weitgehend realistisch. Ihnen war klar, dass der Kirche ein atheistischer Staat konfrontativ gegenüber stand, der ihre Wirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft einschränkte. Zum politischen System der DDR waren sie mehrheitlich kritisch eingestellt.

Die kirchlichen Neuzuziehenden hatten eine bessere Ausgangssituation für eine erfolgreiche Integration als andere Übersiedler, die oft unter beruflicher und sozialer Benachteiligung litten.<sup>13</sup> Vikare und Pfarrer hatten bei ihrem Zuzug in die DDR bereits Gewissheit über ihren Arbeits- und Wohnort. Sie zogen in die ihnen von der Kirche zugewiesene Gemeinde und in das dortige Pfarrhaus. Ihr beruflicher Einstieg wurde ihnen durch das Verhalten der Kirchengemeinden und Pfarrerkollegen erleichtert, die sie erwartungsfroh aufnahmen. Das Misstrauen von Partei und Staat

gegenüber kirchlichen Neuzuziehenden wirkte hingegen zum Teil auch noch Jahrzehnte nach. Schwierig gestaltete sich oftmals die Situation der mitübersiedelnden Ehefrauen. Sie hatten mit den Widrigkeiten einer Mangelversorgung zu kämpfen und litten unter dem Umstand, dass ihren Kindern als Christen Ausbildungswege versperrt wurden. Auch die Trennung von ihren Herkunftsfamilien empfanden sie als besonders schmerzhaft.

Bei allen Neuzuziehenden blieben familiäre und berufliche Verbindungen in die Bundesrepublik erhalten. Für einige wenige führten diese Bindungen schließlich auch zu einer Rückkehr in den Westen.

## Die Rückkehrer

Die meisten Rückkehrer kamen 1952.<sup>14</sup> Um nicht infolge der neuen Meldeordnung der DDR vom Juni 1952 ihre ostdeutsche Staatsbürgerschaft zu verlieren, kehrten sie in die DDR zurück. Sie waren im Durchschnitt etwas jünger als die Neuzuziehenden. Einige von ihnen siedelten bereits mit ihrer Ehefrau oder Verlobten über, die in der Regel aus dem Westen stammte. Überproportional stark waren Pfarrersöhne unter den Rückkehrern vertreten. Auf Grund ihrer Sozialisation war ihre Bindung an die Herkunftskirche tiefer. Vermutlich wurden sie auch von ihren Eltern nachhaltiger zu einer Rückkehr aufgefordert.

Auch bei den Rückkehrern scheiden wirtschaftliche Motive aus. Sie hätten in der Bundesrepublik ein Pfarramt erhalten, mit dem sie finanziell besser gestellt gewesen wären. Familiäre und private Gründe, wie sie bei den Rückkehrern außerhalb des kirchlichen Bereichs überwogen, gab es auch bei den kirchlichen Rückkehrern. Sie wollten zurück zu den Eltern, den Geschwistern oder der Verlobten. Stärker noch waren landeskirchliche Bindungen. Sie wollten zurück in die Kirche der Vorfahren und der eigenen religiösen Sozialisation. Ihr gegenüber fühlten sie sich verpflichtet und die ostdeutschen Landeskirchen forderten diese Loyalität auch ein. Zum Teil standen die potenziellen Rückkehrer auch unter einem Gruppendruck. Am stärksten herrschte dieser an der Kirchlichen Hochschule in West-Berlin. Hier waren viele Studierende aus dem Osten, die untereinander in engem Kontakt standen. Auch wurde hier durch die Hochschulleitung am intensivsten zur Rückkehr gemahnt. Entsprechend hoch war der Rückkehreranteil. An westdeutschen Theologischen Fakultäten war der sozialmoralische Druck geringer. Doch auch dort hielten ostdeutsche Studierende untereinander Kontakt und berieten sich über die kirchenamtliche Aufforderung zur Rückkehr.

Die meisten Theologiestudierenden und Vikare kamen aus religiösen, theologischen und berufsethischen Motiven in die DDR zurück. Der Hinweis der Kirchenleitungen auf den ostdeutschen Pfarrermangel wurde von allen akzeptiert und von vielen religiös interpretiert. Auch hegten nicht wenige der Rückkehrer den Wunsch, in der DDR die Tradition der Bekennenden Kirche für die Organisation und theologische Ausrichtung der Nachkriegskirche prägend werden zu lassen. Als Anhänger der Theologie von Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer – den beiden bedeutendsten Theologen des »Kirchenkampfes« im »Dritten Reich« – stärkten sie mit ihrer Rückkehr die Präsenz dieser Theologie in den DDR-Kirchen.

Welche konkreten Kenntnisse von der Situation der Kirche in der DDR aber besaßen die nach Jahren zurückkehrenden Theologen? Einigen stand noch das Bild von der Kirche ihrer Kindheit vor Augen. Andere hatten erst in der Kriegsgefangenschaft zum Christentum gefunden und zuvor keinen Kontakt zur Kirche gehabt. Mehrere hingegen hatten zumindest die ersten Nachkriegsjahre in der SBZ verbracht und in diesen eine selbstbewusste Kirche erfahren. Auch den beginnenden staatlichen Druck auf die Kirche hatten einige bereits miterlebt. Teilweise konnten die Theologiestudierenden aber auch ihre Ferien in der SBZ beziehungsweise DDR verbringen und sich dabei ein eigenes, aktuelles Bild von der kirchlichen Situation machen.

Die Aufnahme in der DDR verlief für die Rückkehrer aus dem kirchlichen Bereich in der Regel ohne größere Schwierigkeiten. Sie verfügten über familiäre Netzwerke und traten in beruflicher Hinsicht in geregelte Bahnen. Die Aufnahme in ihrer neuen Kirchengemeinde war gut und ihre Entscheidung zur Rückkehr in die DDR fand dort Anerkennung. Auch von den neuen Amtskollegen wurden sie positiv aufgenommen; eine Konkurrenzsituation konnte angesichts des Pfarrermangels nicht entstehen. Erhöhte Aufmerksamkeit wurde den Rückkehrern von Seiten der Staatssicherheit zuteil. Mehrere Rückkehrer berichten über eine jahrelange Beobachtung und dem »ständige[n] Mißtrauen irgendwie »westl.[icher] Spion« zu sein»<sup>15</sup> seitens der Stasi.

## Eine Migration der besonderen Art?

Bei der staatlichen Abschnürung der kirchlichen West-Ost-Migration handelte es sich um einen Sonderfall, basierend auf nur für diesen Personenkreis geltenden Beschlüssen. Da die kirchlichen Mitarbeiter – mit Ausnahme von Pflegepersonal – für die DDR nicht von arbeitsmarktpoliti-

schem Interesse waren, folgte die sie betreffende Übersiedlungspolitik der SED allein deutschland- und kirchenpolitischen Überlegungen. Eine Sonderstellung nahmen die kirchlichen Migranten auch dadurch ein, dass sie nicht nur Angehörige einer Berufsgruppe waren, sondern auch Vertreter einer Institution. Die restriktive Zuwanderungspolitik zielte weniger auf den Einzelnen als auf die Schwächung der Kirche in der DDR. Dieses elementare Ziel der SED-Kirchenpolitik sollte auch durch eine Reduktion des kirchlichen Nachwuchses und den Ausschluss von westlich sozialisierten Theologen erreicht werden.

Die Übersiedlung von kirchlichem Personal stellte zudem insofern etwas Besonderes dar, als es eine Wanderung zwischen zwei Staaten, aber innerhalb der gesamtdeutschen EKD war. Im Unterschied zur Ost-West-Übersiedlung handelte es sich um ein kirchlich gefördertes Wanderungsgeschehen. Die ostdeutschen Kirchen hatten angesichts ihres Personalmanagements daran ein institutionelles Interesse.

Die kirchlichen West-Ost-Migranten unterschieden sich von den anderen Übersiedlern vor allem durch ihre Motive. Ihre Wanderungsentscheidung war nicht wirtschaftlich oder primär familiär, sondern berufsethisch motiviert. Sie wollten ihren Dienst dort leisten, wo sie besonders gebraucht wurden. In den ostdeutschen Kirchengemeinden waren sie willkommen und die institutionellen Rahmenbedingungen erleichterten ihnen die Integration. Den DDR-Sicherheitsorganen waren sie jedoch aufgrund ihres Westhintergrundes und ihres Berufes doppelt suspekt.

In der bundesdeutschen Gesellschaft stießen die kirchlichen Übersiedler auf Unverständnis, aber auch auf Anerkennung. Nach 1990 gerieten sie indes in den Streit um die Rolle der Kirchen in der DDR. Ihre Übersiedlung wurde mitunter als Option für den Sozialismus ausgelegt. Der Streit hat sich inzwischen gelegt und so kann auch die West-Ost-Übersiedlung im kirchlichen Bereich nunmehr nüchtern betrachtet werden.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu Andrea Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren, Opladen 2002.
- 2 Vgl. ausführlich zu der Thematik: Claudia Lepp, Wege in die DDR. West-Ost-Übersiedlungen im kirchlichen Bereich vor dem Mauerbau, Göttingen 2015. Die Untersuchung basiert auf der Auswertung von Forschungsliteratur, publizierten Quellen sowie Materialien aus mehreren kirchlichen und staatlichen Archiven. Als

- besondere Quellengattung kommen schriftliche Zeitzeugenbefragungen hinzu. 101 Zeitzeugen wurden angeschrieben, 70 von ihnen gaben schriftlich – zumeist anhand eines ausgefüllten standardisierten Fragebogens – Auskunft.
- 3 Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 1, 1945/46, Göttingen 1995, S. 589.
  - 4 Vermerk von Friedrich Merzyn über die Referentenbesprechung der östlichen Gliedkirchen, Berlin 17.7.1952, in: Evangelisches Zentralarchiv (EZA) 4/629.
  - 5 Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 20.2.1951, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/2/134.
  - 6 Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED, 12.11.1951, in: SAPMO-BArch, DY 30/J/IV/2/3/247.
  - 7 Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED, 10.6.1954, in: SAPMO-BArch, DY 30/J/IV 2/3/431.
  - 8 Schreiben von Ludwig Quaas an Hans Erich Heß, 21.7.1951, in: Zentralarchiv Darmstadt, B 155/256.
  - 9 Schreiben vom 19.5.1952, EZA, 4/652; Schreiben vom 3.6.1952, BArch, DO 4/2352; Schreiben vom 16.6.1952, EZA, 4/629; Schreiben vom 17.6.1952, EZA, 4/629; Schreiben vom 28.6.1952, EZA, 4/652; Vermerk von Kurt Grünbaum vom 28.7.1952, BArch, DO 4/2352.
  - 10 Schreiben Krummachers an den Vorsitzenden des Rates des Kreises Oranienburg vom 6.11.1954, EZA, 104/827.
  - 11 Vgl. z.B. das Schreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirks Potsdam an Krummacher vom 3.12.1954, EZA, 104/827.
  - 12 Die nachfolgenden Aussagen basieren auf der Auswertung eines Untersuchungssamples von 70 Neuzuziehenden. Darunter befinden sich auch Personen, die nicht auf die Anfrage der Verfasserin geantwortet haben (s. Anm. 2) oder die bereits verstorben waren, zu denen jedoch publiziertes Material (Autobiografien, Biografen, Interviews etc.) vorliegen. In das Untersuchungssample aufgenommen wurden nur die Fälle, in denen zumindest Name, Zeitpunkt der Übersiedlung sowie Ausgangs- und Zielort ermittelt werden konnten.
  - 13 Schmelz, Migration (Anm. 1), S.312f.
  - 14 Die folgenden Aussagen basieren auf der Auswertung eines Untersuchungssamples von 64 Rückkehrern.
  - 15 Schriftliche Information von Bernhard Brinksmeier vom 22.7.2006.



Übersiedler und Rückkehrer aus Westdeutschland und West-Berlin verlassen das Aufnahmeheim Blankenfelde, Juli 1961.

Eva Fuchslocher und Michael Schäbitz

## Spinner, Schuldner und Spione? Rück- und Zuwanderung in die DDR 1949 bis 1989

Bis vor wenigen Jahren war die Migration von West- nach Ostdeutschland in der Geschichtsforschung und in den Medien kaum präsent.<sup>1</sup> Die Erinnerung an die fast vier Millionen Menschen, die den Weg aus der DDR in die Bundesrepublik gingen, ist dagegen fest im gesellschaftlichen Gedächtnis verankert. Warum sie diesen Weg wählten, scheint auf der Hand zu liegen: Sie wechselten von der Diktatur in die Demokratie, flohen vor Verfolgung oder wünschten sich bessere Lebensbedingungen und Meinungsfreiheit. Migration als Normalfall der Geschichte<sup>2</sup> hat aber auch von West- nach Ostdeutschland stattgefunden.<sup>3</sup>

In den 1950er und beginnenden 1960er Jahren war die West-Ost-Wanderung durchaus ein Massenphänomen – wenn auch zahlenmäßig nicht annähernd so bedeutsam wie der Weg in die entgegengesetzte Richtung. Zwei Drittel der West-Ost-Übersiedler kamen als Rückkehrerinnen und Rückkehrer, sie hatten nach 1945 also schon in der SBZ/DDR gelebt; ein Drittel waren Neuzuziehende. Auffällig ist, dass viele Übersiedler wieder in die Bundesrepublik zurückkehrten. Von denen, die seit Anfang 1954 bis Mitte 1961 in die DDR gingen, verließen 40 Prozent das Land wieder.<sup>4</sup>

## Phasen der West-Ost-Migration

Die Migration in die DDR lässt sich grob in zwei Phasen einteilen: bis zum Bau der Mauer 1961 und danach. Die Zuwanderungspolitik der DDR änderte sich jedoch bis zum Mauerbau mehrfach. Zwischen 1949 und 1953 gingen pro Jahr etwa 25 000 Menschen von West nach Ost. Zuzugsgenehmigungen wurden nur zögerlich nach restriktiven Vorgaben erteilt. Unter den Rückkehrenden waren viele, denen die Bundesrepublik einen Status nach dem Bundesnotaufnahmegesetz verweigerte. Sie konnten zwar im Westen bleiben, erhielten jedoch keine weitergehende Unterstützung. Beide deutsche Staaten waren noch geprägt von den Schwierigkeiten der Nachkriegszeit. Zusätzlich zur kriegsbedingten Wohnungsnot mussten auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze Flüchtlinge und Vertriebene integriert werden. 1953 kam es zu einem ersten Kurswechsel in der Zuwanderungspolitik der DDR: Um die Verluste auszugleichen, die durch die Ost-West-Übersiedlungen entstanden, förderte die DDR nun den Zuzug aus der Bundesrepublik. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Künstlerinnen und Künstler sowie Facharbeiterinnen und Facharbeiter sollten gezielt angeworben werden. Die Kampagnen waren durchaus erfolgreich: Bis 1957 kamen jährlich etwa 70 000 Menschen in die DDR. Diese Hochphase der West-Ost-Migration war geprägt durch eine »weitgehend vorbehaltlose Aufnahmepraxis«.<sup>5</sup> Um die Erstzuziehenden zu überprüfen und zu vermitteln, wurden ab 1953 Aufnahmeheime errichtet. Rückkehrer konnten zumeist – im Gegensatz zu den Neuzuziehenden – ohne größere Kontrolle in ihre Heimatorte zurückgehen und erhielten ihr beschlagnahmtes Eigentum zurück. Laut einem Kommuniqué des Politbüros sollten ihnen auch sonst keine Nachteile entstehen.<sup>6</sup>

Im Jahr 1957 folgte die Kehrtwende: Die Bevorzugung der Rück- und Zuwanderer bei der Vergabe von Wohnungen und günstigen Krediten wurde aufgehoben. Die Historikerin Andrea Schmelz führt dies auf die

ablehnende Haltung vieler DDR-Bürgerinnen und -Bürger den Zuziehenden gegenüber zurück:

»Schließlich hatte sich das negative Meinungsbild derart verfestigt, dass die Regierung dem Druck der öffentlichen Meinung nachgab und im Laufe des Jahres 1957 alle «Vergünstigungen» weitgehend abschaffte.«<sup>7</sup>

Das im Dezember 1957 verabschiedete Passänderungsgesetz verschärfte zudem die Strafandrohung bei nicht genehmigter Übersiedlung in die Bundesrepublik.<sup>8</sup> Zuvor in die Bundesrepublik geflüchtete Rückkehrer mussten nun mit bis zu drei Jahren Haft rechnen, sodass ihre Zahl stark zurückging. Ab 1958 hatten alle Erstzuziehenden Aufnahmeheime zu durchlaufen, ab 1960 auch sämtliche Rückkehrer. Dabei wurden der Umgang in den Heimen mit den Übersiedlerinnen und Übersiedlern und die Überprüfungen im Laufe der Jahre immer restriktiver und langatmiger. Zudem wurde der Zuzug immer mehr eingeschränkt, die Zahl der Ablehnungen und Rückschleusungen wuchs. Die Kriminalitätsstatistik der DDR führte die Rück- und Zuwanderer als eigene Gruppe mit erhöhter Kriminalitätsrate auf. Dies lag nicht zuletzt daran, dass man diese Bevölkerungsgruppe strenger überwachte und auf diese Weise mehr Straftaten aktenkundig wurden. Bestimmte Delikte wie etwa vorherige Republikflucht konnten wiederum nur von Rückkehrern begangen worden sein.<sup>9</sup>

Die vermeintlich hohe Kriminalitätsrate unter den Rück- und Zuwanderern sowie die zunehmend ablehnende Haltung der Bevölkerung nutzten die DDR-Behörden als Argument für die immer strenger werdende Zuwanderungspolitik. Dennoch zählte die DDR-Statistik 1958 fast 55 000 Rück- und Zuwanderer, 1959 gut 63 000 und 1960 nicht ganz 43 000.<sup>10</sup> Das Statistische Bundesamt setzte die Zahlen niedriger an: 1958 gingen demnach fast 33 100 Menschen in die DDR, 1959 etwa 32 100 und 1960 knapp 25 500.<sup>11</sup>

Die Zäsur kam mit dem Jahr 1961: Bis zum Bau der Mauer musste ein Umzug in die DDR keine endgültige Entscheidung sein. Es gab Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die mehrfach zwischen West- und Ostdeutschland wechselten.<sup>12</sup> Danach ist den Einreisenden die Unumkehrbarkeit ihrer Einwanderung deutlich bewusst. So ist es wenig überraschend, dass bis 1961 der größte Teil der West-Ost-Migration stattfand. In den ersten Jahren nach 1961 wechselten aber dennoch – mit abnehmender Tendenz – einige tausend Übersiedler pro Jahr über die innerdeutsche Grenze in den Osten. Seit dem Ende der 1960er Jahre waren es jährlich noch etwas

über 1000 Menschen. Ab Mitte der 1980er Jahre stiegen die Zahlen leicht an, nun kamen über 2000 Menschen im Jahr, 1989, vermutlich im Zusammenhang mit der großen Ausreisewelle und der Maueröffnung, sogar über 5000.<sup>13</sup> Trotz der Mauer verließ auch nach 1961 ein Drittel der Rück- und Zuwanderer die DDR wieder.<sup>14</sup>

## Motive und Erfahrungen der West-Ost-Migrantinnen und -Migranten

Nur eine Minderheit ging aus politischer Überzeugung in die DDR. Die meisten Übersiedler kehrten zurück zu ihren Familien und Freunden, hatten sich verliebt, flohen vor Strafverfolgung, folgten dem Ruf der Kirchen, suchten Arbeit, ein besseres Leben oder einen persönlichen Neuanfang. Gerade in der Nachkriegszeit waren ökonomische Erwägungen und das in der DDR-Verfassung verankerte Recht auf Arbeit und Wohnraum ein starker Anreiz.<sup>15</sup> Die Gründe für die Übersiedlung in die DDR waren also in den meisten Fällen privater oder familiärer Natur; an zweiter Stelle standen wirtschaftliche Motive und erst danach kamen politische Gründe.<sup>16</sup> Es waren demnach ganz »normale« Migrationsgründe, die die Menschen dazu bewegten, von der Bundesrepublik in die DDR zu gehen. Es waren »Menschen, die das individuell Beste für sich suchten«,<sup>17</sup> in der Hoffnung auf ein besseres Leben und einen Neuanfang. Erst die Konstellation des Kalten Krieges und die Endgültigkeit der Entscheidung nach 1961 machten diese Migration zu etwas Besonderem. Nun begannen auch die Übersiedler, ihre in erster Linie privaten Motive politisch zu deuten.<sup>18</sup> Tatsächlich spielten politisch-weltanschauliche Gründe nur bei einer kleinen Gruppe eine Rolle, unter ihnen etliche Künstler und Intellektuelle. Die Mehrheit der Übersiedler war vor allem auf der Suche nach ökonomisch-sozialer Sicherheit oder hatte familiäre Gründe. Viele stellten erst vor Ort die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität im DDR-Alltag fest.<sup>19</sup> Sie glaubten an individuelle Handlungsspielräume außerhalb der Bedingungen, die der Kalte Krieg vorgab, und an persönliche Freiräume innerhalb der SED-Diktatur. Für einige waren die Erfahrungen nach dem Grenzübertritt deshalb ausgesprochen frustrierend. Den Aufenthalt in den Aufnahmeheimen erlebten manche als regelrecht traumatisch.<sup>20</sup>

Die Spaltung Deutschlands und die Blockbildung im Kalten Krieg nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bilden den historischen Kontext, in dem sich die West-Ost-Migranten bewegten und in dem sie ihre Erfahrungen sammelten. An diesen deutsch-deutschen Migrationsgeschich-

ten ist, neben der Erkenntnis, dass Migration in die DDR überhaupt in einem nennenswerten Umfang stattgefunden hat, bemerkenswert, dass den Zuziehenden in der DDR überwiegend Misstrauen, Verachtung und Ablehnung entgegenschlugen – sowohl von Seiten der Behörden als auch aus der Bevölkerung.<sup>21</sup> In aktuellen Debatten über die Integration von Zuwanderern werden häufig mangelnde Sprachkenntnisse, vom christlichen Europa abweichende religiöse Identitäten und die Unkenntnis kultureller Gepflogenheiten für angenommene und tatsächliche Schwierigkeiten verantwortlich gemacht. Auf die Gruppe der West-Ost-Migranten treffen diese Gründe nicht zu und dennoch wurden sie mit beinahe identischen Vorurteilen, wie beispielsweise, dass sie allein aus finanziellen Gründen migriert und häufig kriminell seien, in der DDR-Gesellschaft konfrontiert. Ressentiments, Misstrauen und Missgunst – so eine Erkenntnis aus der Arbeit zum Thema West-Ost-Migration – haben nur wenig mit der »Fremdheit« oder »Andersartigkeit« der Neuankömmlinge zu tun. Wie staatliches Handeln Einfluss auf die Akzeptanz und Integration von Zuwanderern nehmen kann, oder diese eben auch verhindert, zeigt sich im Umgang der DDR mit West-Ost-Migranten. Die bevorzugte Behandlung der Übersiedler bei der Vergabe von Wohnraum und der Unterstützung mit Krediten führte in den 1950er Jahren dazu, dass einige Menschen in der DDR glaubten, man müsse erst nach Westdeutschland abwandern und zurückkehren, um eine gute Wohnung zu erhalten.<sup>22</sup> Darüber hinaus waren die Rück- und Zuwanderer in jener Zeit ein wichtiges Element der DDR-Propaganda: Sie dienten als Beweis für die vermeintliche Überlegenheit des sozialistischen Systems und das Versagen des Kapitalismus. Dennoch suchte eine immer größer werdende Zahl von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern in den 1950er Jahren ihre Zukunft in der Bundesrepublik. Die massive mediale Präsenz des Themas »Übersiedlung in die DDR« machte die West-Ost-Migranten in den Augen vieler DDR-Bürger suspekt. Ein weiteres Vorurteil entstand: »Entweder ihr seid Idioten oder ihr habt etwas verbrochen«,<sup>23</sup> wurde den Übersiedlern entgegengehalten.

Zudem waren die Bemühungen der Behörden für die Integration der Migrantinnen und Migranten häufig wenig strukturiert und effektiv. Die Neubürgerinnen und Neubürger wurden nach der ersten Zuweisung von Wohnraum und Arbeit eher unzureichend betreut. Vielfach gab es Klagen über schlechte Wohnungen, geringe Löhne, unterqualifizierte Arbeit, nicht eingehaltene Zusagen und Zurückweisungen durch Kolleginnen und Kollegen sowie Vorgesetzte. Dies führte nicht selten dazu, dass Übersiedler bei der Arbeit nur eine geringe Leistungsbereitschaft zeigten, dass

sie häufiger den Arbeitsplatz wechselten, wegzogen oder in die Bundesrepublik zurückkehrten.<sup>24</sup>

Ein weiteres Hindernis für die Integration der Übersiedler war das beinahe pathologische Misstrauen des SED-Staates. Obwohl dieser propagandistischen Nutzen aus den Neuankömmlingen zog, war die Angst über groß, die falschen Leute ins Land zu lassen. Der allgemeine Umgang mit ihnen, die Überprüfung und die gesetzlichen Regelungen wurden mit den Jahren immer restriktiver. Die Übersiedler empfanden sich häufig als Bürger zweiter Klasse. Selten gelangten sie in verantwortliche Positionen, in vielen sicherheitsrelevanten Betrieben und Institutionen durften sie nicht arbeiten.<sup>25</sup>

So unterschiedlich die Motive für eine Übersiedlung in die DDR waren, so verschieden waren die Erfahrungen, die die Übersiedler schließlich in der DDR sammelten. Die folgenden drei Biografien sind exemplarische Beschreibungen und Ergebnisse der Recherchen für die Wanderausstellung »Wechselseitig. Rück- und Zuwanderung in die DDR 1949 bis 1989«, die erstmalig in Form einer Ausstellung die kaum bekannte Geschichte jener Menschen erzählt, die von der Bundesrepublik in die DDR übersiedelten.<sup>26</sup>

## Der Fall Otto John – Verrat oder Entführung?

Von besonderem Nutzen für die DDR-Propaganda waren prominente Übersiedler wie der erste bundesdeutsche Verfassungsschutzpräsident Otto John. John gehörte zu den Verschwörerinnen und Verschwörern des 20. Juli 1944. Nach dem Scheitern des Staatsstreiches gegen Adolf Hitler gelang ihm die Flucht nach Großbritannien. Sein Widerstand gegen das NS-Regime und seine Tätigkeit als Berater der Staatsanwaltschaft im Kriegsverbrecherprozess gegen Erich von Manstein in Hamburg 1949 brachten ihm den Hass konservativer und rechtsnationaler Kreise in der Bundesrepublik ein. Auf Drängen der Briten wurde John 1950 dennoch Präsident des neugeschaffenen Bundesamtes für Verfassungsschutz. Auch in dieser Funktion trat er für eine gründliche Entnazifizierung sowie ein einheitliches Deutschland ein.

Am 22. Juli 1954 kam es zu einem Paukenschlag, der die junge Bundesrepublik erschütterte: Der Ost-Berliner Rundfunk meldete, dass John zu Gesprächen in die DDR gekommen sei und sich entschieden habe zu bleiben.<sup>27</sup> Er selbst erklärte später, dass er betäubt und entführt worden sei. Nur zum Schein habe er mit seinen Entführern zusammengearbeitet.<sup>28</sup> Am 11. August 1954 war Johns erster öffentlicher Auftritt auf einer großange-

legten Pressekonferenz in Ost-Berlin. Umgeben von sowjetischer und ost-deutscher Geheimpolizei spielte John die ihm zugedachte Rolle. Mit Blick auf die Bundesrepublik kritisierte er die fortgeschrittene »Restauration der Kräfte, die einst den Nationalsozialismus an die Macht gebracht und getragen haben«. <sup>29</sup> Wenig später wurde John in die Sowjetunion geflogen und mehrere Wochen befragt.

Otto John wurde nach seiner Ankunft in der DDR nicht wie ein Gefangener behandelt, er war jedoch ständig von Geheimdienstmitarbeitern umgeben. Nach der Befragung in der Sowjetunion wurde John Anfang Dezember 1954 in die DDR zurückgebracht. Er arbeitete für das Deutsche Institut für Zeitgeschichte (DIZ) in Berlin. Materiell fehlte es ihm an nichts. Ihm wurden ein Büro, eine Sekretärin, ein Dienstwagen mit Chauffeur und ein Haus am See in Schmöckwitz zur Verfügung gestellt. Allerdings waren das Haushälter-Ehepaar, der Fahrer und die ständigen Begleiter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Im Büro, in seinen Privaträumen und selbst im Auto waren Abhörgeräte eingebaut. Obwohl John rund um die Uhr überwacht wurde, gelang ihm mit Hilfe eines befreundeten Journalisten am 12. Dezember 1955 die Flucht nach West-Berlin. Er kam dort in Untersuchungshaft und wurde ein Jahr später zu vier Jahren Haft wegen »landesverräterischer Fälschung« verurteilt. Nur wenige glaubten ihm die Entführung. Auffällig ist die Tatsache, dass sämtliche Richter des Bundesgerichtshofes, die Otto John 1956 verurteilten, bereits in der NS-Zeit aktive Juristen gewesen waren. Nur zu gern, so unterstellten bereits Zeitgenossen, hätten sie ein hartes Urteil gegen den ehemaligen Widerstandskämpfer gesprochen. Erst im Juli 1958 konnte John das Gefängnis nach Verbüßung von fast zwei Dritteln seiner vierjährigen Haftstrafe verlassen. <sup>30</sup>

## Gerlinde Breithaupt – Liebe mit Hindernissen

Beinahe alle Übersiedler kamen bei ihrem Weg in die DDR mit dem MfS in Kontakt, dessen oft allgegenwärtiger Einfluss im Leben der Rück- und Zuwanderer meist im Aufnahmeheim begann. Auch nach der Aufnahme in die DDR wurden viele Übersiedler über Jahre sowohl von der Volkspolizei als auch von der Stasi überprüft und kontrolliert. Zu groß war die Angst, Spione, Kriminelle oder »Asoziale« ins Land geholt zu haben. So wurde auch Gerlinde Breithaupt, die 1981 zu ihrem künftigen Ehemann in die DDR zog, jahrelang überwacht. Die Stasi konnte sich nicht vorstellen, dass sie nur aus Liebe in die DDR gegangen war.

Gerlinde Schnübbe wuchs in einem evangelischen Pfarrhaus in Hannover auf. Sie studierte Theologie. Aus Neugier besuchte sie Ende 1977 Erfurt, den Geburtsort ihres Vaters, und lernte dort den Theologiestudenten Joachim Breithaupt kennen und lieben. Eine Liebe mit Hindernissen begann: Joachim wollte nicht in den Westen, Gerlinde zunächst nicht in den Osten. Doch die Zuneigung war stärker. Sie informierte sich schließlich über mögliche Wege in die DDR. Den eigentlich zwingend vorgeschriebenen Aufenthalt in einem Aufnahmeheim lehnte sie strikt ab. Da sich die Evangelische Kirche in der DDR bei den staatlichen Stellen für das Paar einsetzte, blieb Gerlinde Schnübbe das Aufnahmeheim erspart.

Einige ihrer Freunde in der Bundesrepublik reagierten mit Entsetzen auf ihre Übersiedlungspläne. Ihre Eltern machten sich große Sorgen, versuchten jedoch nicht, sie von ihrer Entscheidung abzubringen. Im Sommer 1981 konnte Gerlinde auf Dauer in die DDR einreisen. Der freundliche Empfang in der evangelischen Gemeinde in Roßla, in der sie ihr Vikariat machte, erleichterten ihr die Eingewöhnung, ebenso wie der sehr familiäre und persönliche Umgang in der Evangelischen Kirche in der Kirchenprovinz Sachsen. Sie fühlte sich wohl. Nur die Stasi blieb misstrauisch. Das Telefon des Paares wurde überwacht, wichtige Gespräche führten sie im Wald.<sup>31</sup>

## Rudi Goguel – Verfolgt im Nationalsozialismus, geflohen aus der Bundesrepublik

Obwohl Rudi Goguel der DDR politisch nahe stand, ging er nicht ganz freiwillig in den Osten und geriet immer wieder in Konflikt mit den dortigen autoritären Strukturen. Als KPD-Mitglied war der kaufmännische Angestellte Rudi Goguel zwischen 1933 und 1945 – bis auf wenige Monate in Freiheit – in Zuchthäusern und Konzentrationslagern (KZ) inhaftiert. Während seiner Zeit im KZ Börgermoor 1933 komponierte Goguel das später weltbekannte Lied von den Moorsoldaten. Kurz vor Kriegsende überlebte er die Bombardierung der »Cap Arcona« durch die Alliierten, die das Schiff, auf dem sich mehrere tausend KZ-Häftlinge befanden, für einen Truppentransport hielten.<sup>32</sup>

Nach seiner Befreiung ging Goguel nach Konstanz und heiratete seine Verlobte Lydia Bleicher. Er engagierte sich in der KPD Südbaden, war an der Entnazifizierung der badischen Wirtschaft beteiligt und arbeitete als Redakteur für den Südkurier. Nach der Bundestagswahl 1949, bei der er für die KPD kandidierte, verabschiedete seine Parteigruppe intern eine

kritische Wahlanalyse. Sie stellte sich damit gegen die Parteilinie – in den Anfangsjahren des Kalten Krieges eine ernsthafte Provokation, denn die Parteileitung duldete keinen Widerspruch. An Goguel wurde ein Exempel statuiert: Er verlor alle Parteiämter und konnte sich nur durch eine öffentliche Selbstkritik in der KPD halten.<sup>33</sup> Dennoch wurde er 1950 stellvertretender Leiter des Parteiverlags »Freies Volk« in Düsseldorf. Im Vorfeld des KPD-Parteiverbotes wurde die Vorbereitung von Hoch- und Landesverrat in der Bundesrepublik zur Straftat. Auf dieser Grundlage wurde der Verlagsleiter Erich Loch verhaftet. Auch Rudi Goguel drohte die Festnahme. Gesundheitlich stark angeschlagen, tauchte er zunächst bei Freunden unter, bevor er von der KPD Ende 1952 zur Kur in die DDR geschickt wurde.<sup>34</sup>

Während in der Bundesrepublik nach Rudi Goguel wegen Hochverrat gefahndet wurde, brauchten die Behörden der DDR beinahe ein Jahr, um über seine Aufnahme zu entscheiden. Erst im September 1953 stand fest, dass er in der DDR bleiben durfte. Lydia und die gemeinsamen Kinder folgten ihm nach Ost-Berlin. Goguel wurde am Deutschen Institut für Zeitgeschichte (DIZ) angestellt. Auch in der DDR eckte er immer wieder an. Bis 1959 leitete Goguel die Abteilung Publizistik am DIZ. Von seinem Vorgänger wurde er der Agententätigkeit beschuldigt – ein Vorwurf, der die Todesstrafe bedeuten konnte. Weitere Kollegen denunzierten Goguel, sie warfen ihm unter anderem »objektivistische Tendenzen«, also ein Abweichen von der Parteilinie, vor.<sup>35</sup> 1957 musste sich Goguel – nachdem er intern im DIZ erneut von der Sichtweise der SED abgewichen war – von seinem »parteischädigenden« Verhalten in Form einer Selbstkritik distanzieren.<sup>36</sup> Dennoch wurde er 1960 mit dem Aufbau der Abteilung »Geschichte der imperialistischen Ostforschung« an der Humboldt-Universität zu Berlin betraut.

1960 verpflichtete sich Rudi Goguel als Geheimer Informator (GI). Seine Zusammenarbeit mit dem MfS war ein Drahtseilakt: Bemüht, niemandem persönlich zu schaden, nutzte er die Strukturen des MfS für seine Forschung. Er berichtete über seine Arbeit am Institut und führte Informanten in der Bundesrepublik, die ihm Bibliografien erstellten und Bücher besorgten. Vom MfS erhielt er finanzielle Unterstützung für Forschungsreisen. Dabei wurde auch Rudi Goguel vom MfS überwacht. 1968 wurde er gegen seinen Willen in den Ruhestand versetzt. Zwei Jahre später beendet das MfS die Zusammenarbeit mit »Rudi« und resümiert unter anderen, dass er »Informationen über seinen engeren Verbindungskreis zurückhielt«.<sup>37</sup>

## Spinner, Schuldner und Spione?

In der Auseinandersetzung mit Rück- und Zuwanderung von der Bundesrepublik in die DDR wird deutlich, dass die provokante Frage im Titel, ob es sich bei den Zuwanderern einzig um »Spinner, Schuldner und Spione« handele, dieser Gruppe von Migrant\*innen keinesfalls gerecht wird.<sup>38</sup>

So unterschiedlich wie die Ursachen für die Übersiedlung in die DDR waren, so unterschiedlich erging es den Rück- und Zuwanderern schließlich im Alltag der DDR-Diktatur. Ihr Erfahrungsschatz bietet einen besonderen Zugang zur Geschichte des SED-Staates, wie es auch die hier dargestellten Lebenswege von Otto John, Gerlinde Breithaupt und Rudi Goguel aufzeigen. Bei John wird sich vermutlich nie klären lassen, ob er freiwillig in die DDR kam oder nicht. Er erlebte dort zwar materiellen Wohlstand, zugleich aber auch Unfreiheit und Überwachung und floh zurück in den Westen, obwohl er in der Bundesrepublik mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen musste. Gerlinde Breithaupt wiederum folgte ihrem Herzen und zog zu ihrem künftigen Mann in die DDR. Dies tat sie in dem Wissen, dass sie künftig in einer Diktatur leben würde. Ihre Arbeit als Pfarrerin und ihr privates Glück ermöglichten ihr jedoch ein recht zufriedenes Leben und einen pragmatischen Umgang nicht nur mit der Mangelwirtschaft, sondern selbst mit der Überwachung durch die Stasi. Einen ganz anderen Blickwinkel auf die DDR ermöglicht wiederum der Lebensweg Rudi Goguels: Aufgrund der Strafverfolgung von KPD-Mitgliedern in der Bundesrepublik hatte er kaum eine Alternative zur Übersiedlung in die DDR, wollte er nicht eine erneute Verhaftung in Kauf nehmen. In der DDR eckte der kritische Parteisoldat jedoch beständig an und geriet immer wieder mit den autoritären Strukturen in Konflikt, was ihn jedoch nicht verstummen ließ.

Anhand der Lebensgeschichten und Erinnerungen von Rück- und Zuwanderern wie bei den hier beschriebenen können Diktatur und Alltag in der DDR wie in einem Vergrößerungsglas aus einer besonderen, bisher wenig beachteten Perspektive beleuchtet werden. Dabei steht die Forschung weitgehend am Anfang. Es gibt noch eine Vielzahl bisher unbekannter Lebensgeschichten zu entdecken.

## Anmerkungen

- 1 Andrea Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die Ost-West-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren, Opladen 2002. Auf die Studie von Schmelz folgten weitere übergreifende Arbeiten: Niklas Gustke, Die West-Ost-Wanderung 1949–1961 in der Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten, Norderstedt 2003; Bernd Stöver, Zuflucht DDR. Spione und andere Übersiedler, München 2009; Ulrich Stoll, Einmal Freiheit und zurück. Die Geschichte der DDR-Rückkehrer, Berlin 2009, und Thomas Weißbach, Schwerer Weg. Übersiedlung aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR 1961–1989, Hamburg 2011.
- 2 Mit dem Migrationsforscher Klaus Bade betrachten wir Migration als Normalfall der Geschichte. Menschen wechselten schon immer aus vielfältigen Gründen Länder und Regionen. Vgl. hierzu Klaus Bade und Jochen Oltmer, Normalfall Migration. Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert, Bonn 2004.
- 3 Vgl. hierzu Veröffentlichungen, die sich mit einzelnen Aspekten der Migration von West nach Ost befassen und/oder die Lebensgeschichten einzelner West-Ost-Übersiedler beleuchten: Margit Bircken und Andreas Degen (Hg.), Reizland DDR. Deutungen und Selbstdeutungen literarischer West-Ost-Migration, Göttingen 2015; Matthias Frings, Der letzte Kommunist. Das traumhafte Leben des Ronald M. Schernikau, Berlin 2009; Claus Hornung, Wo bitte geht's in die DDR? Überraschende Einblicke in das »Zentrale Aufnahmeheim Röntgental«, in: Ute Frevert (Hg.), Geschichte bewegt, Hamburg 2006, S.39–53; Jens Müller, Übersiedler von West nach Ost in den Aufnahmeheimen der DDR am Beispiel Barbys, Magdeburg 2000; Gerhard Neumeier, »Rückkehrer« in die DDR. Das Beispiel des Bezirks Suhl 1961 bis 1972, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1 (2001), S.69–91; Birgit Schädlich, Hier ging's in die DDR. Das Zentrale Aufnahmeheim Röntgental bei Berlin Buch, in: Brandenburger Museumsblätter 19 (2011), S.16–19; Tobias Wunschik, Migrationspolitische Hypertrophien. Aufnahme und Überwachung von Zuwanderern aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR, in: Jochen Oltmer (Hg.), Migration, Staat und Politik. IMIS-Beiträge 32 (2007), S.33–60; Tobias Wunschik, Die Aufnahmелager für West-Ost-Migranten. Öffentliche Darstellung und heimliche Überwachung nach dem Mauerbau, in: Deutschland Archiv, 7.2.2013, [www.bpb.de/156215](http://www.bpb.de/156215), letzter Zugriff am 10.8.2016.
- 4 Schmelz, Migration und Politik (Anm. 1), S.306f.
- 5 Ebd., S.43.
- 6 Ebd., S.97.
- 7 Ebd., S.296.
- 8 Bernd Stöver, Rübergemacht. Die DDR als Einwanderungsland, in: Bircken und Degen, Reizland DDR (Anm. 3), S.38.
- 9 Schmelz, Migration und Politik (Anm. 1), S.137–156 sowie Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 1), S.144f.
- 10 Schmelz, Migration und Politik (Anm. 1), S.41–44 und S.75–193.
- 11 Vgl. hierzu Stöver, Rübergemacht (Anm. 8), S.36f. Die unterschiedlichen Zahlen erklären sich dadurch, dass das Statistische Bundesamt nur die Menschen zählte, die

- sich in der Bundesrepublik abmeldeten und angaben, in die DDR überzusiedeln. Wen wiederum die DDR-Statistik zählte ist unbekannt, wobei unbestritten ist, dass hohe Zuwanderungszahlen politisch gewollt waren.
- 12 Vgl. beispielsweise Joachim John, Bube John, Berlin 2009.
- 13 Vgl. Stöver, Rübergemacht (Anm. 8), S. 36 f.
- 14 Schmelz, Migration und Politik (Anm. 1), S. 306 f.
- 15 Vgl. Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 1), S. 46 ff.
- 16 Vgl. ebd., S. 321 ff.
- 17 Stöver, Rübergemacht (Anm. 8), S. 50.
- 18 Vgl. Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 1), S. 320 f.
- 19 Vgl. ebd., S. 325.
- 20 Vgl. Stoll, Einmal Freiheit (Anm. 1).
- 21 Vgl. Schmelz, Migration und Politik (Anm. 1), S. 289–302; Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 1), S. 126 f und Weißbach, Schwerer Weg (Anm. 1), S. 136 ff.
- 22 »Material für den Genossen Staatssekretär Hegen für die Beratung mit den leitenden Mitarbeitern der Ministerien und Staatssekretäre am 28. Januar 1956«, in: Bundesarchiv (BArch), DO/1/1990, S. 8.
- 23 Bericht »Hauptgründe für die Rückkehrer und Übersiedler in die DDR« für das ZK der SED, September 1955, BArch, DO/1/1990, S. 4.
- 24 Vgl. BArch, DY/30/IV A 2/902/200 und BArch, DY 30-IV/2-12, Nr. 397 und 398; Schmelz, Migration und Politik (Anm. 1), S. 266 f, S. 270–283 und S. 303–312, sowie Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 1), S. 121–124 und S. 325.
- 25 Schmelz, Migration und Politik (Anm. 1), S. 109–114 und S. 295–297; Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 1), S. 128–130 sowie Weißbach, Schwerer Weg (Anm. 1), S. 97 ff., S. 104 und S. 122.
- 26 Informationen unter [www.wechselseitig.info](http://www.wechselseitig.info). Die Autoren sind die Kuratoren dieser Ausstellung und Herausgeber des gleichnamigen Begleitbuchs.
- 27 BStU, MfS, AP 11263/56, Bd. 1, Bl. 96; zur Biografie und zum Fall Otto John vgl. u. a. Otto John, Zweimal kam ich heim. Vom Verschwörer zum Schützer der Verfassung, Düsseldorf/Wien 1969; Bernd Stöver, Der Fall Otto John. Neue Dokumente zu den Aussagen des deutschen Geheimdienstchefs gegenüber MfS und KGB, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 47 (1999) 1, S. 103–136; Klaus Schaefer, Der Prozess gegen Otto John. Zugleich ein Beitrag zur Justizgeschichte der frühen Bundesrepublik, Marburg 2009; Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 1), S. 164–184.
- 28 John, Zweimal kam ich heim (Anm. 27), S. 272–288.
- 29 Otto John, Ich wählte Deutschland, Berlin 1954, S. 7 f.
- 30 BStU, MfS, AP, Nr. 3403/92; BStU, MfS, AP 11263/56, Bd. 1, 2, 4, 13; John, Zweimal kam ich heim (Anm. 27), S. 273–356.
- 31 Interview von Michael Schäbitz mit Gerlinde Breithaupt am 21. Juli 2016 in Ostramonda.
- 32 Zur Biografie Rudi Goguels vgl. Rudi Goguel, Es war ein langer Weg. Ein Bericht, Düsseldorf 2007 (Erstveröffentlichung 1947); Rudi Goguel, Cap Arcona. Report über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945, Frankfurt a. M. 1972; Christoph Kleßmann, Der unbekannte Moorsoldat. Der kom-

- munistische KZ-Häftling Rudi Goguel (1908–1976) als kritischer Zeithistoriker der DDR, in: Bircken und Degen (Anm. 3), Reizland DDR, S. 135–147; Achim Arndt, Goguel, Rudi (1908–1976), in Siegfried Mielke (Hg.), Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, Biographisches Handbuch, Band 1, Berlin 2002, S. 68–77.
- 33 Abschrift »Analyse zur Bundestagswahl« der Kommunistischen Partei Ortsgruppe Konstanz vom 25. August 1949 in der Kaderakte von Rudi Goguel, BArch, DY 30/IV 2/11/v. 2527; vgl. auch Joachim Arndt, Rudi Goguel – eine politische Biografie, (unveröffentlichte) Diplomarbeit, eingereicht an der Freien Universität Berlin, August 1998, S. 52–61.
- 34 Ebd., S. 62 sowie Gespräch von Eva Fuchslocher mit Thomas Goguel am 19. August 2016 in Berlin.
- 35 Vgl. zu den Vorwürfen Schreiben in der Kaderakte von Rudi Goguel, BArch, DY 30/IV 2/11/v. 2527 sowie Zwischenbericht vom 15. Dezember 1954 in BStU, MfS, AIM, 5321/71 P, Bl. 119 und Kleßmann, Der unbekanntene Moorsoldat (Anm. 32), S. 139.
- 36 Ebd., S. 141 und Schreiben vom 11. November 1960 zur Einschätzung des Kandidaten Rudi Goguels, BStU, MfS, AIM 5321/71 P, Bl. 18.
- 37 BStU, MfS, 5321/71 A, Bd. II, Bl. 446.
- 38 Der Titel bezieht sich auf den Artikel von Sefton Delmer in der westdeutschen Zeitschrift »Quick« 48 (1965), »Spinner, Schuldner, Deserteure«, der sich ganz im Sprachstil seiner Zeit mit Rück- und Zuwanderung in die DDR befasste. Delmer verwendete kein Fragezeichen.



Kinder beim Händewaschen in einer Krippe in Leipzig, 1970.

Agathe Israel

## Frühe Fremdbetreuung in der DDR – Erfahrungen mit der Krippenerziehung

### Sozialpolitischer und ideologischer Kontext

Der Aufbau von Kinderkrippen für Kleinkinder von bis zu drei Jahren war, neben familienfreundlichen Subventionen der Kinderbekleidung und Kinderliteratur, kostengünstiger Speiserversorgung in Kita, Schule, Hort sowie »Geburtengeld«, eine der wirkmächtigsten Maßnahmen der Sozialpolitik der DDR seit Mitte der 1970er Jahre. Stufenweise wurden die Freistellung der Mütter für ein Babyjahr bei vollem Arbeitslohn und die Sicherung ihres Arbeitsplatzes über drei Jahre eingeführt. Des Weiteren erhielt man seit 1972 bei Eheschließung vor dem 26. Lebensjahr ein zinsloses Dar-

lehen, das mit der Geburt eines jeden Kindes anteilig getilgt wurde. Vollbeschäftigten Müttern gewährte man ab dem zweiten Kind eine Arbeitszeitverkürzung von 3,75 Stunden pro Woche. Die Dauer des Jahresurlaubs war von der Kinderzahl abhängig, ebenso die Höhe des Kindergeldes. Erkrankte ein Kind, gab es eine unbefristete Freistellung für Mutter oder Vater, die anteilig (wenn mehrere Kinder im Haushalt lebten) auch bezahlt wurde. Allerdings wurde diese Möglichkeit meist nur von den Müttern genutzt. Kostengünstige Kindergartenplätze sowie Ferien- und Freizeitbetreuung standen ausreichend zur Verfügung. So war vom Lebensanfang an eine staatlich subventionierte »Vollversorgung« gesichert.

Alle staatlichen Bemühungen zielten darauf, die Berufstätigkeit der Frauen und gleichzeitig die Prägung einer »sozialistischen Persönlichkeit« der Kinder zu gewährleisten. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen schrieb bereits 1949 der Artikel 7 der ersten Verfassung der DDR fest. Dafür sollten Einrichtungen für Kinder geschaffen werden, »die es gewährleisten, dass die Frau ihre Aufgabe als Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann«. In einer »einheitlichen, geschlossenen Erzieherfront« sollten die gesellschaftlichen Erziehungsinstitutionen und die »sozialistische Familie« (in der Vater und Mutter grundlegende Merkmale sozialistischer Persönlichkeiten und die Verantwortung und Verpflichtung für die sozialistische Erziehung ihrer Kinder tragen), gleichsinnig den gesellschaftlichen Einfluss auf die Entwicklung des Kindes »potenzieren«.<sup>1</sup>

Das Leben vollzog sich also von frühester Kindheit bis in das Erwachsenenalter überwiegend in hierarchisch strukturierten Klein- und Großgruppen nach dem Modell: Führer – Geführter, Rede ohne Gegenrede. Der Wert des Einzelnen wurde den Gruppennormen untergeordnet und die ideologisch erwünschten Erziehungsziele sollten, auch gegen die Interessen und Widerstände des Einzelnen, durchgesetzt werden. Im Zentrum der Erziehung stand die Einordnung ins »Kinderkollektiv«. Unter einem Kollektiv wurde in der DDR die bestentwickelte Form der Gruppe verstanden, sie

»besteht aus sozialistischen Persönlichkeiten, [...] ist auf optimale Entwicklung seiner Mitglieder orientiert [...], die im gemeinsamen Handeln Aufgaben gewissenhaft erfüllen und sich gegenseitig zu erwünschtem Verhalten erziehen.«<sup>2</sup>

Dieses Leitbild für die Struktur und Dynamik einer Gemeinschaft von Kleinstkindern zwischen dem sechsten Lebensmonat und dem dritten Lebensjahr unterstreicht, wie gering die Verbindung zum inneren Erleben

und zu den Bedürfnissen und Ängsten der Kinder war. Leider äußerten wenige Fachleute in der DDR Bedenken bezüglich der großen Gruppen gleichaltriger Säuglinge und Kleinkinder, des häufigen Betreuerwechsels, der langen täglichen Trennungen von neun bis zehn Stunden und Hinweisen auf den abendlichen Stress mit überlasteten, müden Eltern. Auch kritisierten sie selten den repressiv-reglementierenden Erziehungsstil.<sup>3</sup> Mit der Akzeptanz dieser vorgegebenen Bevormundungsstruktur entfernte sich die DDR-Gesellschaft in ihrem unbewussten Selbstverständnis immer weiter von ihrer ursprünglichen Abkehr von den totalitären Verhältnissen des nationalsozialistischen Regimes, welche durch Schweigen, Wegsehen und Mitläufertum von »normalen« Bürgern seinerzeit mitgetragen worden waren. Es eröffnete sich ein Konflikt, der zwar gefühlt, jedoch kaum gedacht und schon gar nicht öffentlich diskutiert werden konnte: Die autoritär-kontrollierende Strategie, Mündigkeit, Empathie und Verantwortung von früher Kindheit anzuerziehen, behinderte die Entwicklung eben dieser Eigenschaften.<sup>4</sup> Dieses Entwicklungsmilieu im »nazifreien« Teil Deutschlands erzeugte Autoritätsgebundenheit. Sie ist ein wesentliches Kennzeichen des »totalitären Charaktertyps«.

Aber nicht alle Bürger unterwarfen sich diesem Erziehungs- und Bildungskonzept. Es wäre ein fundamentaler Irrtum anzunehmen, »die Erziehungsrealität in der DDR sei ausschließlich durch die [...] offiziellen Intentionen und Indoktrinationen determiniert worden«.<sup>5</sup>

Unter Lehrern, Erziehern, wissenschaftlich tätigen Pädagogen und Eltern gab es durchaus findige Geister, die sich über verschiedene Kanäle mit »westlichen« Konzepten befassten, wie beispielsweise der Montessoripädagogik oder »Gordons Familienkonferenz«. Aber diejenigen, die innerhalb ihrer Familie einen privaten Raum für Bindung und individuelle Entwicklung ihrer Kinder schufen, hatten es oft nicht leicht, ihre Haltung gegenüber der Außenwelt zu vertreten. Sie hatten schnell den Ruf, »bürgerlich-individualistische Abweichler« zu sein.<sup>6</sup> Das war unter anderem darauf zurückzuführen, dass man sich von reformpädagogischen Ideen, die sich auf eine Erziehung vom Kind und seiner Individualität her gründeten, bereits Anfang der 1950er Jahre abgewandt hatte. Man brach mit der Tradition der Reformpädagogik von vor 1933, weil sie »revisionistische Auffassungen und Bestrebungen« vertrat; lediglich Friedrich Wilhelm Fröbel als »Erfinder des Kindergartens« wurde gelegentlich als Urahn zitiert.<sup>7</sup> Und man verteufelte ebenso deren Weiterentwicklungen als »den größten Feind einer wahren demokratischen Erziehung«.<sup>8</sup>

Favorisiert wurden Sowjetpädagogen wie Anton Semjonowitsch Makarenko, der die Persönlichkeit des zu erziehenden Kindes regelrecht »pro-

jektierte«, oder auch die Pawlowsche Lehre von der höheren Nerven-tätigkeit, die sich besonders für Lenins Theorie der Widerspiegelung der objektiven Realität im menschlichen Bewusstsein eignete. Mit der Einführung einer programmierten Erziehung in den 1970er Jahren sollten diese Ideen in die Praxis umgesetzt werden.

## Innerfamiliärer Kontext

In der DDR heirateten viele Paare sehr früh, oft nach dem Abschluss der Berufsausbildung oder während des Studiums, mit der Hoffnung, sich äußerlich von der Herkunftsfamilie zu lösen und autonom leben zu können. Angesichts der Wohnungsnot konnte man als Ehepaar eher mit der Zuteilung einer eigenen Kleinstwohnung rechnen. Kinder galten als gesellschaftlich gestütztes Statussymbol und als Druckmittel für größere soziale Freiheiten wie eine größere Wohnung, Kindergeld, Befreiung von Arbeitsplatzbindung oder Schichtdienst und Reisemöglichkeit in den »Westen«. Kinder halfen natürlich auch, elterliche Geborgenheitswünsche zu erfüllen. Bei der selbstverständlichen Berufstätigkeit beider Eheleute teilte man sich die häusliche Alltagsarbeit weitestgehend. Dennoch blieb die Frau und Mutter meist für die emotionale Seite des Familienlebens und damit letztlich doch für die Kinder zuständig. Die permanente Zeitnot war so selbstverständlich, dass sie kaum noch wahrgenommen wurde. Es blieb bei einer Doppelbelastung der Frauen, und das sozialpolitische Familienpaket war eher eine »Muttipolitik«.

Die Geburt des ersten Kindes fiel meist in die ersten zwei Ehejahre, in denen das Paar seine Identität festigen und einen eigenen Lebensstil erst finden musste. So konnte auch das erwünschte Kind rasch in die Position eines zu funktionierenden Objektes geraten und als Folge davon einen begrenzten emotionalen Raum für seine Abhängigkeit und Bedürfnisse nach Halt und Verstehen zugewiesen bekommen. Es wurde dann im System Familie weniger ein Mitglied, das erst einmal etwas bekommen muss, sondern geriet in die Rolle des Gebenden. Hinzu kamen vergleichsweise hohe Scheidungsraten. Jede dritte Ehe wurde wieder geschieden. Der erste Scheidungsgipfel lag in den 1970er Jahren innerhalb der ersten drei bis vier Ehejahre, also meist zwischen dem 22. bis 24. Lebensjahr der Eheleute. In der Regel war bereits mindestens ein Kind geboren. Oft fiel in diese ersten Ehejahre auch der anderthalbjährige Pflichtdienst der Väter in der Nationalen Volksarmee, sodass sie den Lebensanfang ihrer Kinder nur aus der Perspektive eines gelegentlichen Wochenendbesuchers miterleben

konnten. Die öffentliche Früherziehung konnte den Verlust von Vater oder Mutter nicht auffangen, wie eine der wenigen Untersuchungen zu psychosomatischen und psychischen Auffälligkeiten von Kleinkindern in der DDR zeigte.<sup>9</sup>

## Struktur des Krippenwesens

Bis 1989 hatte sich in der DDR das dichteste Netz von Kinderkrippen in Europa entwickelt. Waren es 1950 nur 194 Institutionen mit 4774 Plätzen, so existierten 1989 7707 Einrichtungen mit 348058 Plätzen, die 80 Prozent der Kinder unter drei Jahren aufnahmen. Allerdings verschob sich die Altersgrenze der Krippenaufnahme im Laufe der Jahrzehnte erheblich nach oben, als ab 1975 die bezahlte Freistellung der Mütter oder Väter im ersten Lebensjahr eingeführt wurde.

Annähernd ähnlich hatte man in der Tschechoslowakei in den 1960er Jahren die Tageskrippenplätze ausgebaut. Dort wurden aber zugleich die Folgen frühkindlicher Kollektiverziehung erforscht. Als sich herausstellte, dass psychische Deprivation sowie deren Übertragung von einer Generation auf die nächste als Folge von Frühtrennungen und kollektiver Früherziehung gehäuft auftraten, wurden diese Ergebnisse öffentlich und relativ ideologiefrei diskutiert und in die Sozialpolitik umgesetzt.<sup>10</sup> Man reduzierte die Krippenplätze drastisch auf ein Angebot von circa 25 Prozent für Ein- bis Dreijährige und unterstützte stattdessen die Familien in der Frühzeit ihrer Kinder durch andere Maßnahmen.

Die Kinderkrippen in der DDR unterstanden dem Ministerium für Gesundheit, das über ein hierarchisch gegliedertes System mit Bezirksärzten und deren Fachreferaten die fachliche und politische Aufsicht und Kontrolle ausübte. Die wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Verantwortung lag in den Händen der Räte der Gemeinden und Städte beziehungsweise bei der Betriebs-(Kombinats-)leitung. Mit der Einführung von »Kinderkombinationen«, also Zweckbauten nach normiertem Standard, die Krippe und Kindergarten und damit mehr als 200 Kinder unter einem Dach vereinten, entstanden erhebliche strukturelle Unterschiede zu den kleineren ländlichen oder Betriebs-Einrichtungen, die eher »familiär« anmuteten. In der Ausbildung der dort arbeitenden Säuglings- beziehungsweise Kinderkrankenschwestern oder Krippenerzieherinnen waren nicht nur die kleinkindpädagogischen, sondern vor allem die psychologischen Fächer schwach vertreten.

## Programmierte Erziehung

Als verbindliche Grundlage für die Praxis diente zwischen 1968 und 1984 das Erziehungsprogramm »Pädagogische Aufgaben und Arbeitsweisen der Krippen«, das in zweiter Fassung zwischen 1970 und 1974 mit großem Nachdruck eingeführt wurde. Fachberaterinnen kontrollierten die Qualität der Umsetzung. Niedrige Bezahlung sowie körperliche und psychische Belastung, auf die besonders die jüngeren Erzieherinnen nicht ausreichend vorbereitet waren, führten zu einer hohen Fluktuation des Fachpersonals. Ab etwa 1985 schieden jährlich 2000 und mehr Krippenerzieherinnen aus dem Beruf aus, was die zentrale Führungsebene mit Beunruhigung wahrnahm und mit Appellen an das Berufsethos beantwortete.<sup>11</sup> 1985 löste ein neues Programm, das die »Subjekthaftigkeit des Kindes« stärker berücksichtigte, die alten Vorgaben ab. »Da eine kritische Auseinandersetzung mit dem alten Programm nicht öffentlich geführt werden durfte«, war es »für die Erzieherinnen in der Praxis besonders schwer, veränderte Erziehungsauffassungen aus dem neuen Programm herauszulesen.«<sup>12</sup>

Das Erziehungsprogramm sollte »das theoretische Rüstzeug für die erste Stufe des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens schaffen.«<sup>13</sup> Es wurde zwischen 1963 und 1967 unter Federführung der Leiterin des Instituts für Hygiene des Kindes- und Jugendalters der DDR, Eva Schmidt-Kolmer, ausgearbeitet und erfuhr zwischen 1970 und 1974 eine immer minutiösere Ausgestaltung. Das Institut unterstand direkt dem Ministerium für Gesundheitswesen. Mittels Entwicklungsbögen wurden die Ergebnisse der Erziehungsarbeit, gegliedert nach den unten genannten Sachgebieten, genau kontrolliert. In einem »Merkblatt zum Beschäftigungsplan« war festzuhalten, ob das Kind sein Wochenziel erreichte. In diesem Zusammenhang wurde auch die Anwesenheit des Kindes überprüft, um sicherzustellen, dass alle Kinder die notwendigen Übungen absolvierten.

Die Einwände, die einige Kleinkindpädagogen der Humboldt Universität zu Berlin bereits gegen Ende der 1960er Jahre gegen solcherart Entwicklungsbögen, die den individuellen Eigenschaften eines Kindes kaum Rechnung trugen, vorbrachten, wurden ignoriert. Das Erziehungsprogramm umfasste in seinem ersten Abschnitt »Die Planung der pflegerisch-erzieherischen Arbeit« hinsichtlich Systematik, organisatorisch-methodischer Gestaltung und Kontrolle der Planerfüllung. Im zweiten Abschnitt waren »Die Sachgebiete der Erziehung – Allgemeines, Aufgabenfolgen und methodische Anleitungen« aufgeführt. In durchnummerierten Aufgaben und bis ins Detail abgefassten methodischen Hinweisen gab das Programm nun vor, wie die Frühbetreuung zu verlaufen hatte: Gestaltung des Lebens und

des Verhaltens, Bewegungsschulung durch Körperübungen, Ausbildung und Anleitung zum kindlichen Spiel, Bekanntwerden mit der Umwelt und Spracherziehung, Musikerziehung und darstellende Tätigkeiten.

Die Ausführungshinweise machten sichtbar, wie konsequent kindliche Entwicklung als Ergebnis der pädagogischen Beeinflussung verstanden wurde. Zwangsläufig setzte wenige Jahre nach Erscheinen des Programms ein »Verschulungsprozess in den Krippen ein«.<sup>14</sup> Neugier, Mitgefühl, Fantasie, Spiel wurden »entwickelt und gelenkt«, geübt und vorgemacht unter der führenden Rolle der Erzieherin. Der Kleinkindpädagoge Hans-Joachim Laewen kritisiert diesbezüglich das Programm, in welchem

»die Ordnungsprinzipien der DDR nicht schwer zu erkennen sind. Sie finden ihren für mich deutlichsten Ausdruck in der unablässigen Verwendung von Lenkungsvokabeln wie ‚Die Erzieherin beachtet, nutzt, führt, lenkt, richtet, hilft, fordert, weckt, sichert, sorgt, hält, organisiert, präzisiert, motiviert, informiert [...] und schließlich ‚sie befähigt‘. Alle Aktivität wird der Erzieherin aufgenötigt, das Kind wird zum Objekt von ‚Befähigungsbemühungen‘, deren Erfolg überprüft wurde«.<sup>15</sup>

## Eingewöhnung

Nicht verwunderlich ist es deshalb, dass die Bedeutung der Frühtrennung und damit verbundene Ängste nur begrenzt wahrgenommen und akzeptiert wurden. Denn »erhält der junge Säugling die gewohnte Ernährung und Pflege in der Krippe weiter, so gedeiht er prächtig und nimmt laufend zu«. Man müsse »auf Störungen der höheren Nerventätigkeit bei der Aufnahme oder Verlegung eines Kindes achten«. Auf »häufige Eingewöhnungs- und Umgewöhnungsstörungen« wie Gewichtsabnahme, Verhaltensänderungen, Entwicklungsstillstand bei Kindern nach dem zwölften Lebensmonat wird hingewiesen. Diese lassen sich gut verhüten, »wenn das Kind nicht mit einem Mal alles Vertraute entbehren muß« und die Aufnahme vorbereitet wird.<sup>16</sup>

Das Programm empfahl 1974, dass die Mutter mit ihrem Kind mehrere Tage die Gruppe besuchen und das Kind in kleinen Schritten immer länger allein dort bleiben solle. Erst in der weiterentwickelten Version des Programms 1985 wird das Kind mehr als fühlendes Subjekt verstanden.

»Mit der Aufnahme vollzieht sich ein tiefgreifender Wandel in seiner bisherigen Lebensweise [...]. Aus dem Zusammenleben mit Gleichaltri-

gen, dem Kontakt mit verschiedenen Erwachsenen, der im Tagesablauf der Krippe bestehenden Ordnung erwachsenen dem Kind neue Anforderungen, die es allmählich lernen muß, zu bewältigen.<sup>17</sup>

Unsicher gebundene und sehr früh getrennte Kinder reagierten scheinbar kaum auf die Trennung und den Wechsel in die Kinderkrippe, was Mütter als Ergebnis ihrer konsequenten Erziehung ansahen und mir mit viel Stolz erzählten. Diese »pflegeleichten« Kinder waren deshalb relativ beliebt, wengleich ihr Entwicklungstempo oft langsamer verlief.<sup>18</sup> Andere Kinder reagierten nach anfänglich heftigem Protest mit psychischen Auffälligkeiten wie Appetitlosigkeit, Schlafstörungen, Ängstlichkeit oder Spielunlust. Weinende und schreiende Kinder gehörten jedoch so sehr zum Krippenalltag, dass die individuelle Not kaum auffiel. Der Verarbeitung von Trauer und Unlust und der damit verbundenen »negativen« Gefühle gaben die Erwachsenen wenig Raum.

»Selbst wachsame Eltern, die die Veränderungen ihres Kindes durchaus wahrnehmen, griffen eher zu Süßigkeiten, Spielzeug, Medikamenten entsprechend eigener oraler Bewältigungsmuster«, bemerkten kritische Pädiatrinnen in den 1980er Jahren.<sup>19</sup> Selbst nach 1985, als man eine stundenweise gestaffelte Aufnahme in den ersten Tagen einräumte, wurde die Anwesenheit der Mutter oder einer vertrauten Bezugsperson wegen der strengen hygienischen Vorschriften strikt untersagt. Übergangsobjekte, wie beispielsweise Schnuffeltuch und Teddy, die die (tägliche) Trennung erleichtern können, wurden wegen Infektionsgefahr oder Neid anderer Kinder nur ungern geduldet; unausgesprochen blieb die Skepsis gegenüber jeglicher Individualität. So blieb das Kind während der Eingewöhnungsphase mit seinem Schmerz meist allein. Statt es zu umwerben, statt individueller Verständigung im Dialog, wurde es sich selbst überlassen oder ausgeschimpft. So sollte eine mögliche Verwöhnung des Kindes verhindert werden. Dabei wurden die Risiken von zu früher Trennung lange Zeit verleugnet und als »biologistische Auffassungen abgelehnt«.<sup>20</sup>

Die Neurobiologie untermauerte in den letzten Jahrzehnten die Erkenntnis, dass nichts ein Baby so stresst und ängstigt wie die Trennung von seiner Mutter.<sup>21</sup> Und das vermutlich umso mehr, wenn diese sehr früh geschieht, das Kind also bis dahin nur wenig Lebenszeit hatte, um mit den Eltern Halt und Verstehen zu erleben und sich selbst kennenzulernen. Denn diese einmaligen Erfahrungen braucht jedes Kind für den Aufbau innerer Arbeitsmodelle, die ihm helfen, sich in der Welt zu orientieren.

Ist allein die Tatsache einer zu frühen Trennung vom Elternhaus gleichzusetzen mit einem psychischen Trauma? Höchstwahrscheinlich müssen

wir dies bejahen, wenn nicht ein verstehend-haltgebender Anderer, der sich auf die Individualität des Babys einlässt, die äußere Leerstelle von Mutter oder Vater einnimmt und empathisch, tröstend und engagiert den Dialog mit dem Kind aufnimmt. Und, wenn die Trennung zu plötzlich und zu lange eintritt, nämlich täglich neun bis zehn Stunden. Und nicht zuletzt, wenn es an einem vertrauensvollen Austausch zwischen Erzieherinnen und Eltern auf Augenhöhe mangelt. Dann entsteht ein Riss, eine Verletzung, aus der im Kind Bedrohungs- und Verfolgungsgefühle erwachsen können.

## Der Alltag

Ein ausschließlich auf eine konsequente Gruppenerziehung hinführender Alltag kann hierbei erschwerend wirken. Und dieser war nun mal das Leitbild der Krippenerziehung in der DDR:

»Diese Aufgaben erfordern, konsequent davon auszugehen, dass die Erziehbarkeit und Erziehungsbedürftigkeit des Menschen in seinen ersten Lebenstagen beginnt, und nur dann tatkräftige, schöpferische und allseitig gebildete Sozialisten herangebildet werden können, wenn der komplizierte Prozess der Erziehung und Bildung vom ersten Tage an bis hinein ins Erwachsenenalter einheitlich und kontinuierlich gestaltet wird. [...] Das Kind soll bereits im frühen Alter lernen, in einer Gruppe Gleichaltriger zu leben und sich in der gemeinsamen Tätigkeit mit anderen wohl zu fühlen. [...] Die wesentlichsten Aufgaben der sittlichen Erziehung bestehen darin, das Verhalten der Kinder in der Kindergruppe richtig zu lenken.«<sup>22</sup>

Das Kind sollte mittels Bildung und Erziehung allmählich »gefüllt« werden. Die Vorstellung, man könne aus jedem Kind alles machen, wenn es nur recht erzogen werde, sollte das Handeln leiten. Die Kleingruppen wurden in der Regel von zwei Erzieherinnen betreut, die sich im Zwei-Schicht-System zwischen 6 und 20 Uhr ablösten. Vorgegeben waren Gruppengrößen von acht bis zehn Kindern, de facto kamen aber 20 und mehr gleichaltrige Kleinstkinder zusammen. Von der Not in großen Kindergruppen zu arbeiten, berichtet eine Erzieherin:

»Obwohl ich als Absolventin noch so jung und unerfahren war, musste ich manchmal bis zu 34 Kinder, und das waren Säuglinge und Kleinst-

kinder, alleine betreuen. Das hing mit dem Personalmangel und den langen Öffnungszeiten zusammen.«<sup>23</sup>

Der Tagesablauf verlief nach Plan, zeitlich straff strukturiert, mit festen Fütterungszeiten, gleichzeitigem »Töpfen«, Gruppenspaziergängen, Schlaf, Zeiten für angeleitetes und freies Spiel, musischen und Sportübungen und später auch geregelten Beschäftigungszeiten. So stand der Plan vor der Beziehungsgestaltung, die Aufforderung vor dem Dialog. Der Umgangston war in der Regel hart und laut.

»Maßgebend für die frühe Bildung des Kindes bleibt jedoch, die unmittelbare kindliche Auseinandersetzung mit der Umwelt anzuregen, sie zu assistieren und zu unterstützen. Dabei geht es genau um jene dyadisch [auf die Beziehung zwischen zwei Menschen] angelegten Interaktionsschleifen, die höchst individuell auf die mentale Erfassung der Sachverhalte abgestimmt sind.«<sup>24</sup>

Vor individueller Hinwendung, sogenannten Extravaganzen, wurde gewarnt. Und selbst wenn Krippenerzieherinnen diese Auffassung nicht teilten, war es ihnen praktisch kaum möglich, ein emotionaler Bezugspunkt zu sein, weil zu viele Kleinstkinder mit gleichgerichteten Bedürfnissen gleichzeitig zu versorgen waren. Nur wenige Krippenerzieherinnen sind heute bereit, über ihre damalige Arbeit zu sprechen: »Ich darf gar nicht daran denken, wie wir die Kinder getrieben und kommandiert haben. Schon damals dachte ich, das kann nicht gut sein.« Eine andere Erzieherin erinnert sich: »Wir mussten den Brei regelrecht reinstopfen, denn alle hatten gleichzeitig Hunger.«<sup>25</sup>

Auch andere Pflegehandlungen wurden oft mit ähnlicher Härte ausgeführt – zum Beispiel die Sauberkeitserziehung. Diese eröffnet im Normalfall die Chance, eine »ich-will-ich-will-nicht«-Autonomie zu entwickeln, Hergeben oder Behalten körperlich zu spüren, sich psychisch im Trennen zu üben, Stolz zu erleben, aber auch die Gefahr, erstmals gebrochen, beschämt zu werden. Gegen Ende des zweiten Lebensjahres klärt sich, welche Gefühle im Kind überwiegen: Schuld und Scham oder Stolz und Bewusstheit. Dabei spielt die Erziehung zur Sauberkeit eine zentrale Rolle.<sup>26</sup> Dressur, Zwang, Vorwürfe, Strafen und Beschämung vor anderen Kindern und Eltern, beispielsweise mit der Windel ins Gesicht geschlagen werden, waren aber leider keine Seltenheit. Dies wurde vermutlich weniger wegen der Pflegeerschwernis so praktiziert, sondern wegen des hohen Symbolwerts der Sauberkeit für Eltern und Erzieherinnen. Sie galt

als Ausdruck von Gehorsam, Erziehungstüchtigkeit und Leistungsfähigkeit. Eltern schämten sich, wenn ihr Kind bis zum dritten Lebensjahr noch nicht sauber war, berichteten von peinlichen Szenen beim Abholen aus der Krippe, auf deren Wohlwollen sie sich angewiesen fühlten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt begannen sich die Erziehungsziele von Institution und Familien bezüglich Ordnung, Disziplin, Sauberkeit, Einordnung zu decken. Ein Kleinkind lebte also in der Regel während der ersten Lebensjahre in einem Betreuungsmilieu, das es wie ein Korsett umhüllte, in das es sich einpassen sollte und das wenig seine Selbstregulationsfähigkeit und individuelle Stressbewältigung unterstützte. Aktuelle neurobiologische Erkenntnisse zeigen, dass sich diese Kompetenzen in den ersten Lebensjahren entwickeln und lebenslang das Verhalten steuern.<sup>27</sup>

## Nachwirkungen

Wie sich im Rückblick die Krippenerziehung »anfühlte« und welche Spuren sie hinterließ, versuchte eine Gruppe von Psychoanalytikerinnen und Psychoanalytikern in einem Interviewprojekt mit 20 ehemaligen Krippenkindern, die nun selbst Eltern von Kleinstkindern waren, herauszufinden.<sup>28</sup> Sie erfuhren, dass die Entscheidung ihrer Eltern zur frühen Krippenbetreuung meist nicht aus persönlicher Überzeugung erfolgte und nur wenige Mütter damit positive Erwartungen verbanden. Jedoch brachte einigen sehr jungen Müttern, die sich durch die Erziehung überfordert fühlten, die Krippe eine hilfreiche Entlastung. Die kleinen Krippen, mit familiärer Struktur sowie Vertrautheit zwischen Eltern und Erzieherinnen, hinterließen freundliche Erinnerungen.

Die Selbstentwicklung, deren lebendiger Ausdruck die Fähigkeit ist, in Gefühlen, Bedürfnissen und Gedanken sich selbst und den Anderen als eigenständiges Wesen wahrzunehmen (reflexive Funktion), wurde durch die Qualität der Betreuung und durch einfühlsamen Umgang in Elternhaus und Krippe deutlich beeinflusst. Es zeichnete sich ab, dass sich bei Interviewten, die das rigide Erziehungsprogramm ab 1974 »absolvierten«, die reflexive Funktion weniger entwickelt hatte, während diejenigen, die in den Jahren zuvor in wesentlich jüngerem Alter (manche zum Teil bereits mit sechs Wochen) in die Krippe kamen, eine mittlere bis gute reflexive Funktion erreichten. Zusätzlich behindernd wirkte, wenn Eltern, ähnlich wie es das Erziehungsprogramm vorsah, strikten Gehorsam forderten, wenig auf Eigenheiten und Bedürfnisse ihrer Kinder eingingen. Die

reflexive Funktion entfaltete sich ebenfalls weniger in belastenden oder traumatisierenden Eltern-Kind-Beziehungen, wobei die Abwesenheit des Vaters (Pflichtwehrdienst oder Beruf) ein zusätzliches Risiko darstellte. Lag das Aufnahmealter vor dem sechsten Lebensmonat, litten die Kinder häufiger an rezidivierenden Erkrankungen, die teilweise auch zur »Krippenuntauglichkeit« führten, als später aufgenommene Kinder. Es war die körperliche »Antwort« auf den Verlust der primären Bezugspersonen und auf den Krippenalltag.<sup>29</sup>

Ab dem Vorschulalter bis ins Erwachsenenalter wandelte sich die Körperreaktion sukzessiv in psychosomatische und psychische Auffälligkeiten, die unsere Interviewten damit begründeten, dem Alltagsstress nicht gewachsen (gewesen) zu sein. Die Längsschnitterfassung der Symptome und Krankheitsverläufe zeigte, dass frühe Trennung und Fremdbetreuung als gravierende, lebensgeschichtliche Ereignisse vermutlich die Stressbelastung fortschreiben und die Bewältigungsmöglichkeiten einschränken. Zwei Drittel der Interviewten, darunter wiederum besonders die ehemals »jungen« Krippenkinder, reagierten auf die existentielle Neuerfahrung der eigenen Elternschaft mit erheblichen seelischen, psychosomatischen oder körperlichen Beschwerden. Auch unter Berücksichtigung aktueller Belastungen verstanden wir das als Ausdruck der Reaktivierung früher Überforderung und schmerzhafter Erfahrungen.

## Der Januskopf

Die staatlich erwünschte und geförderte Erziehungspraxis besaß ein doppeltes Gesicht: Einerseits boten die zahlreichen Institutionen von Geburt an Eltern und Kindern einen stabilen Rahmen, preisgünstige, gruppenbezogene Strukturen, auf die man jederzeit zurückgreifen konnte. Kein Kind war ohne Aufsicht. Andererseits entwickelten sich Kontrollmöglichkeiten bis in die Familie hinein, was dazu führte, dass Eltern ihre Erziehungsverantwortung abgeben konnten, ja fast abgeben mussten. Das minderte ihre Fähigkeit, Vorstellungen vom Innenleben ihres Kindes zu entwickeln, sein Selbstempfinden zu achten und sein individuelles Entwicklungsprofil zu schützen.<sup>30</sup> Ob sie sich deshalb austauschbar erlebten und den Verlust, den ihr Kind empfand, wenn es in andere Hände kam, so wenig nachfühlen konnten? Die frühe Sozialisation in der DDR wurde für den größten Teil der Kinder durch eine öffentliche Früherziehung geprägt, in der »Planerfüllung« vor Beziehungsgestaltung stand. Das hatte zur Folge, dass emotio-

nales Lernen erschwert wurde. Zu wenig Beachtung fanden Trennung und Verlust. Wenn wir die Qualität früher Entwicklungsbedingungen daran messen, inwieweit »Übergangsräume« zur Verfügung gestellt werden, die eine individuelle Entwicklung zulassen, dann waren sie als schlecht einzuschätzen. Aber es gab auch Eltern, die ganz bewusst dafür sorgten, dass solche Erfahrungsräume entstanden, sich um eine Beziehung bemühten, die eigenes Erleben und Autonomie förderte. Sie gaben ihre Kinder später oder nur wenige Stunden in die Krippe oder wechselten sich in den ersten Jahren zu Hause ab und nahmen dafür finanzielle und moralische Einbußen in Kauf.

Ebenso gab es auch Erzieherinnen, die sich über die programmierte Erziehung hinwegsetzten, um Kindern zu ermöglichen, ihr individuelles Tempo zu leben und ganz eigene Erfahrungen zu machen.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Erna Scharnhorst, Lebensweise und Erziehung in der Familie, in: Nationales Komitee für Gesundheitserziehung der DDR (Hg.), Beiträge des 3. Symposiums Schwerin, Eigendruck, Berlin 1989, S. 42–51.
- 2 »Kollektiv«, in: Psychologisches Wörterbuch der DDR 1976; Agathe Israel, Kindheit in der DDR. Repressive Erziehung und ihre Folgen, in: Psychomed 2 (1990), S. 104–107.
- 3 Hans-Dieter Schmidt, Das Bild des Kindes – eine Norm und ihre Wirkungen, in: Neue deutsche Literatur 30 (1982) 10, S. 71–81.
- 4 Vgl. Hans-Joachim Maaz, Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990, S. 76.
- 5 Hans-Dieter Schmidt, Erziehungsbedingungen in der DDR, in: Gisela Trommsdorff (Hg.), Sozialisation und Entwicklung von Kindern vor und nach der Vereinigung, Opladen 1996, S. 15–172, hier S. 42.
- 6 Karl-Heinz Günther, Die Schule in der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Volksbildung der DDR (Hg.), Berlin 1959, S. 44f.
- 7 Hans Siebert, Die Hebung des Leistungsstandes in der deutschen demokratischen Schule, in: Der 4. Pädagogische Kongress vom 23. bis 25. August 1949, Ministerium für Volksbildung der DDR (Hg.), Berlin/Leipzig 1949, S. 26.
- 8 Ebd., S. 26.
- 9 Vgl. Hans R. Böttcher, Rückblick auf die Eltern. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1968.
- 10 Zdenek Matejcek und Joseph Langmeier, Die zeitweilige Gemeinschaftserziehung im Hinblick auf die psychische Deprivation, in: Paedagogica Europea, 4 (1968), S. 98–111.

- 11 Christine Weber, Erziehungsbedingungen im frühen Kindesalter in Kinderkrippen vor und nach der Wende in: Trommsdorff (Hg.), Sozialisation und Entwicklung von Kindern (Anm. 4), S. 173–242, S. 185.
- 12 Ebd., S. 215.
- 13 Eva Schmidt-Kolmer (Hg.), Pädagogische Aufgaben und Arbeitsweisen der Krippen. VEB Verlag Volk und Gesundheit, Berlin 1974, S. 19.
- 14 Weber, Erziehungsbedingungen (Anm. 11), S. 208.
- 15 Hans-Joachim Laewen, Beate Andres und Eva Hedervari, Auf dem Weg zu einer neuen Kleinkindpädagogik. Anmerkungen zur Tagesbetreuung von Kleinkindern in Kindertagesstätten, Berlin 1992, S. 45f.
- 16 Eva Schmidt-Kolmer (Hg.), Pädagogische Aufgaben und Arbeitsweisen der Krippen. VEB Verlag Volk und Gesundheit, Berlin 1974, S. 149–150.
- 17 Vgl. Ministerium für Gesundheitswesen (Hg.), Programm für die Erziehungsarbeit in Kinderkrippen, Berlin 1985, S. 7.
- 18 Joachim Kugler, Psychische Belastung und das lokale Immunsystem der Luftwege, in: Manfred Schedlowski und Uwe Tewes, Psychoneuroimmunologie, Heidelberg, Berlin und Oxford 1996, S. 465–489; vgl. auch Peter Vogelsänger, Altersbiologische Entwicklung unspezifischer Abwehrmechanismen. Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft Immunologie am 6. Juni 1988 in Magdeburg.
- 19 Brigitte Kühn und Andrea Voerkel, Gedanken zur Entwicklung von Krippenkindern aus ärztlicher Sicht. Unveröffentlichtes Manuskript, Leipzig 1986.
- 20 Weber, Erziehungsbedingungen (Anm. 11), S. 197.
- 21 Vgl. Gerald Hüther, Die Folgen traumatischer Kindheitserfahrungen für die Hirnentwicklung, in: Forum Internetzeitschrift des Landesverbandes für Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien S-H e. V. (KiAP) und der Arbeitsgemeinschaft für Sozialberatung und Psychotherapie (AGSP), 2002.
- 22 Vgl. Schmidt-Kolmer, Pädagogische Aufgaben (Anm. 16).
- 23 Persönliche Mitteilungen an Agathe Israel im Rahmen des Beobachtungsprojekts von Kleinkindern in der Kita, 1997.
- 24 Lieselotte Ahnert, Anfänge der frühen Bildungskarriere. Familiäre und institutionelle Perspektiven, in: Frühe Kindheit 6 (2006), S. 18–23.
- 25 Persönliche Mitteilungen (Anm. 23).
- 26 Vgl. Erick H. Erickson, Kindheit und Gesellschaft, Stuttgart 1969.
- 27 Vgl. Hüther, Die Folgen (Anm. 21) und Peter Fonagy und Mary Target, Frühe Bindung und Psychische Entwicklung, Gießen 2003.
- 28 Ingrid Kerz-Rühling und Agathe Israel, Krippen-Kinder in der DDR. Frühe Kindheitserfahrungen und ihre Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit, Frankfurt a. M. 2008.
- 29 Ulrich T. Egle, Jochen Hardt, Bernd Kappis und Sven O. Hoffmann, Früher Stress und Langzeitfolgen für die Gesundheit – Wissenschaftlicher Erkenntnisstand und Forschungsdesiderate, in: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie 48 (2002), S. 411–434.
- 30 Vgl. Fonagy und Target, Frühe Bindung (Anm. 27).



Alltagsgeschehen in einer Hauptgeschäftsstraße im Ost-Berliner Bezirk Pankow, 1987.

Everhard Holtmann

## Volkes Stimme hinter der Mauer.

### Die westdeutschen »Stellvertreterumfragen« zum politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein der Bevölkerung in der DDR

In Demokratien sind repräsentative, nach wissenschaftlichen Standards erstellte und regelmäßig erhobene Bevölkerungsumfragen ein gewohntes Spiegelbild der öffentlichen Meinung. Für den öffentlichen politischen und gesellschaftlichen Diskurs stellen sie zudem ein wichtiges Hilfsmittel dar. Ganz anders in Autokratien und anderen Spielarten von Diktaturen: Dort wird eine unabhängige Demoskopie als Bedrohung der eigenen Herrschaft verstanden, weil das herrschende Regime Gefahr läuft, dass unterdrückte

systemkritische Stimmungen offenbart werden und dass es die Kontrolle über ihre Verbreitung verliert. Diktaturen setzen stattdessen auf Geheimdienste, die nicht repräsentativ, sondern konspirativ arbeiten. Ihr Auftrag ist nicht Meinungsforschung, sondern politische Feindaufklärung. Ihre »Zielpersonen« werden namentlich erfasst, observiert und verfolgt. Hingegen ist die Anonymisierung der Befragten, also der »Probanden«, ein ehernes Prinzip einer methodisch seriös vorgehenden Demoskopie.

## Die zeitgeschichtliche Ausgangslage Ende der 1960er Jahre: Für die DDR fehlen repräsentative Bevölkerungsumfragen

Dieses gegensätzliche Verständnis von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung war zu den Zeiten der Existenz zweier deutscher Staaten ein Kennzeichen des »Wettstreits der Systeme« zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Während in Westdeutschland die US-Militärregierung schon 1945 in ihrer Zone Umfragen durchführte<sup>1</sup> und nach Gründung der Bundesrepublik etliche staatsunabhängige Institute fortlaufend Meinungsforschung betrieben, ließ das SED-Regime in Ostdeutschland nur eine parteilich gelenkte Medienöffentlichkeit zu und unterhielt zu Zwecken der Herrschaftssicherung seinen weitverzweigten Nachrichtendienst, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), bekannt – und bei DDR-Bürgerinnen und -Bürgern gefürchtet – unter dem Kürzel »Stasi«.

Allerdings schloss die DDR seine Bevölkerung nicht nahezu hermetisch gegen Nachrichtenangebote von außen ab, wie es beispielsweise das totalitäre System Nordkoreas tut. So gab es im innerdeutschen Verhältnis neben massenhaftem Postversand, Telefonkontakt und Fernsehempfang einen regen beiderseitigen Reiseverkehr, der zunächst Millionen von ostdeutschen Rentnern und seit etwa Mitte der 1980er zunehmend auch jüngeren DDR-Bürgern Westreisen ermöglichte. Aber bis zur Öffnung der Mauer im Jahr 1989 änderte sich an der im Vergleich beider Staaten asymmetrischen Öffentlichkeit insofern nichts, als die DDR ein weißer Fleck auf der Landkarte der Demoskopien blieb.

## Die neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel: Auslöser für »Stellvertreterumfragen«

Im Zuge der von der sozialliberalen Bundesregierung unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und Außenminister Walter Scheel (FDP) eingeleiteten neuen Ostpolitik wuchs in Bonner Regierungskreisen das Interesse, genauer zu wissen, wie die Menschen im anderen Teil Deutschlands wirklich dachten. Der damalige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, beauftragte im Jahr 1968 das in München ansässige Markt- und Meinungsforschungsinstitut Infratest damit, ein Erhebungsinstrument zu entwickeln, das über die Lebenslage der Ostdeutschen und ihrer Einstellungen auf wissenschaftlicher Basis Auskunft geben konnte – verlässlicher und dem Querschnitt der Bevölkerungsmeinung näher kommend, als es mittels Befragung geflüchteter beziehungsweise ausgereister DDR-Bürger möglich war.

Der Regierungsauftrag war die Geburtsstunde der über mindestens zwei Jahrzehnte fortlaufend erhobenen »Stellvertreterumfragen«.<sup>2</sup> Erhellet werden sollten dadurch nicht nur die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen, die in der Bevölkerung der DDR verbreitet waren. Ergründet werden sollten darüber hinaus auch typische Verhaltensmuster sowie Reaktionen ostdeutscher Bürger auf aktuelle Vorgänge im Feld der innerdeutschen Beziehungen.

Der rote Faden der jährlichen Befragungen blieb stets derselbe. Drei Schwerpunkte wurden bei der Konstruktion des Fragebogens gesetzt: das Veranschaulichen von längerfristigen Trendlinien im ostdeutschen Meinungsbild, das Aufzeichnen von Reaktionen auf tagesaktuelle Ereignisse im Verhältnis beider deutscher Staaten und das Ausleuchten wechselnder Schwerpunktthemen zu gesellschaftspolitisch bedeutsamen Fragen. Der Fragenkatalog wurde mit den zuständigen Stellen im Ministerium inhaltlich abgestimmt und von Infratest auf seine Eignung für die Anwendung in der Feldphase hin überprüft.

Infratest riet ausdrücklich dazu, für die Antworten auf einzelne Fragen ermittelte Prozentanteile nicht als »harte« quantitative Daten, sondern nur als Anhaltspunkte für in Ostdeutschland existierende Meinungsbilder zu verstehen. Schließlich handelte es sich, wie noch zu sehen sein wird, nur um stellvertretend erhobene Aussagen, in denen westdeutsche Befragte über ihre Einschätzungen ostdeutscher Gesprächspartner Auskunft gaben. Nach der Grenzöffnung und der deutschen Einigung zeigte sich aber, dass die Stellvertreterumfragen die Einstellungen der Bevölkerung der DDR realitätsnah wiedergegeben hatten.

## Auf Umwegen befragen – zur Methodik

Kern des von Infratest eingesetzten Verfahrens der Stellvertreterumfragen war eine indirekte Befragung. Hierfür wurden Bundesdeutsche ausgewählt, die sich innerhalb der letzten zwei Monate für mindestens drei Tage in Ostdeutschland aufgehalten hatten. Die Befragten wurden gebeten, aus ihrer Erinnerung über Einstellungen, Meinungen und Verhaltensgewohnheiten jeweils eines Bewohners der DDR zu berichten, mit dem sie sich ausführlich ausgetauscht hatten (»Person X«). So fungierte der befragte westdeutsche DDR-Besucher als »Sprachrohr« seines ostdeutschen Gesprächspartners.

**Tab. 1: Typen politischer Grundhaltungen der DDR-Bevölkerung**

Typ B	ausgeprägtes politisches Interesse, auch hinsichtlich der BRD; im Systemvergleich der Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven schneidet die BRD besser ab; trotz politischer Aktivitäten niedrige Identifikation mit dem System der DDR; fast gleichmäßig über alle Altersgruppen verteilt, formale Bildung überdurchschnittlich
Typ D	bewertet die Lebensbedingungen der BRD ebenfalls besser; mäßiges politisches Interesse bezüglich beider deutscher Staaten; dem DDR-System gegenüber teilweise kritisch, aber im Wesentlichen den gegebenen Verhältnissen angepasst; gleichmäßig verteilt nach Alter, Geschlecht und formaler Bildung
Typ A	weit unterdurchschnittliches Politikinteresse, auch hinsichtlich der BRD; tendenziell bessere Bewertung der Lebensbedingungen in Westdeutschland; überwiegend Frauen und ältere Personen, vergleichsweise niedrige Formalbildung
Typ E	gegenüber dem DDR-System eher positiv beziehungsweise zumindest angepasst eingestellt; gegenüber dem System der BRD eine häufig unverbindliche, aber auch partiell kritische Grundhaltung; im niedrigen Grad des Politikinteresses ähnlich wie Typ A; keine sozialstrukturellen Auffälligkeiten; ab Ende der 1970er Jahre »nur noch eine marginale Rolle«
Typ C	»Rückgrat des DDR-Systems«; starkes politisches Interesse und Engagement; zu fast 90 % Anhänger des Systems; bei Vergleich der Lebensbedingungen deutliche Präferenz für DDR; überdurchschnittlich gebildet und überwiegend Männer der jüngeren Altersgruppen

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung; Köhler 1994, S. 59 und 61.

Der Gefahr einer Verzerrung der tatsächlichen Denkweisen der DDR-Bürger, die in der Methodik der indirekten Befragung angelegt ist, war sich Infratest durchaus bewusst. Der interviewte Bundesbürger wurde ausdrücklich gebeten, nur solche Aussagen wiederzugeben, die er seinem DDR-Gesprächspartner zweifelsfrei zuordnen konnte. Ferner dienten ergänzende qualitative Instrumente wie Gruppendiskussionen mit DDR-Besuchern, Expertengespräche und Auswertungen schriftlicher Quellen, wie beispielsweise DDR-Medien, als Korrekturfaktoren bei der Auswertung der Interviews. Jährlich wurden rund 1200 Interviews geführt, die sich über den gesamten Erhebungszeitraum hinweg auf insgesamt rund 27 000 ausgefüllte Fragebögen summierten.<sup>3</sup>

Die Auswertung der erhobenen Einstellungsdaten wurde in Berichtsbände übertragen, die außer Textpassagen zahlreiche Statistiken und Abbildungen enthielten. Teilweise entstanden pro Jahr mehrere Berichtsbände. Diese Analysen trugen den Stempel einer »geheimen Verschlussache«. Infratest übergab dem Ministerium jeweils fünf Exemplare. Davon erhielten das Bonner Kanzleramt zwei und der Berliner Senat eines.

Um aus der großen Menge individuell gewonnener Daten Einstellungsprofile herauszuschälen, die für die DDR-Bevölkerung kennzeichnend waren, entwickelte Infratest eine besondere Typologie. Dabei wurden insgesamt fünf Typen politischer Grundhaltung unterschieden (siehe Tabelle 1). Der Vorteil dieser Typenbildung war, dass die gesamte DDR-Bevölkerung auf kulturelle Großgruppen verteilt werden konnte, die unter anderem für unterschiedliche Grade der Identifikation mit dem politischen System der DDR standen.

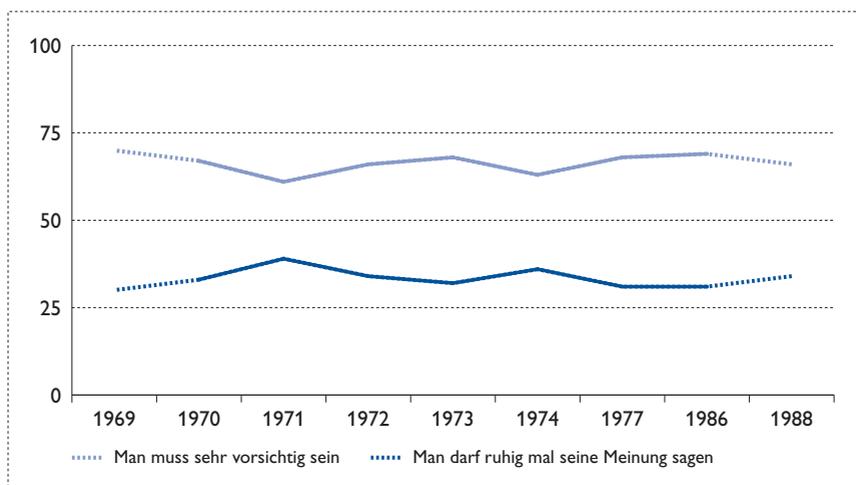
## Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger der DDR – ausgewählte Befunde der Stellvertreterumfragen

Hatten die Bürger der DDR zum Beispiel das Gefühl, ihre Meinung frei äußern zu dürfen? In diesem Punkt war nach überwiegender Auffassung stets Vorsicht geboten (Abbildung 1). Im langjährigen Durchschnitt sah nur etwa ein Drittel der Befragten keinen Grund, sich beim Sprechen im öffentlichen Raum zu kontrollieren.

Ein Gradmesser für die generelle Unterstützung des politischen Systems ist das Ausmaß der Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen im Land – mit denen die Bürger der DDR während der letzten eineinhalb Jahrzehnte des Bestehens dieses Staates in ihrer Mehrheit unzufrieden waren (Abbildung 2). Dabei schwankte das Stimmungsbarometer. Zwi-

schen 1975 und 1980 stieg die Zahl derer, die eine Verschlechterung der politischen Lage wahrnahmen, von 14 auf 40 Prozent. Danach ging diese Quote stetig zurück, bis auf 17 Prozent im Jahr 1987. Gleichzeitig wuchs die Zahl derer, die keine Veränderung registrierten, auf rund zwei Drittel an. Dies kann als ein Zeichen sich ausbreitender Resignation gedeutet werden. 1988 zeichnete sich wieder eine auffällige Verschlechterung des politischen Klimas ab, die 1989 abermals anstieg – die innere Systemkrise des SED-Staates beschleunigte sich sichtlich.

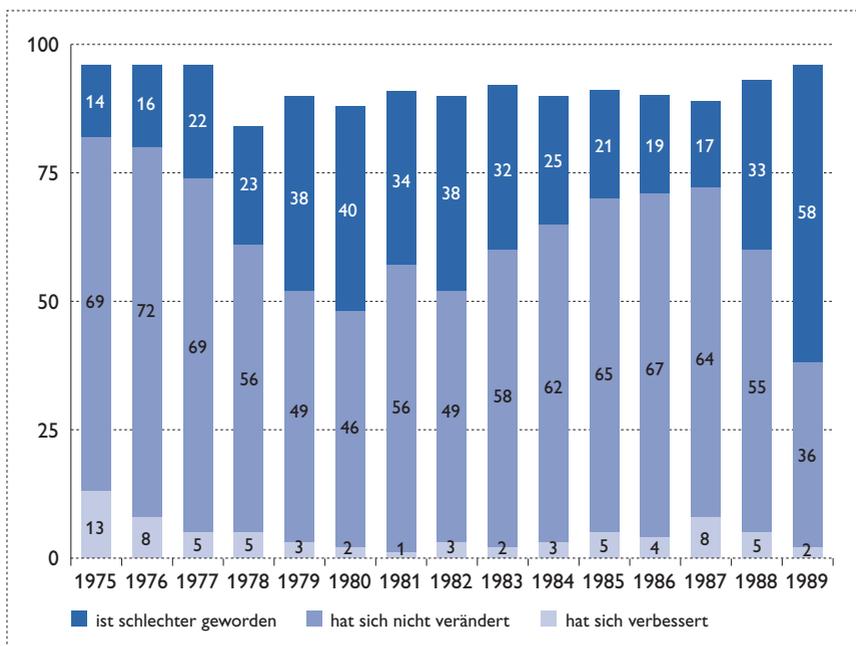
**Abb. 1: Freie Meinungsäußerung in der DDR, Angaben in Prozent, 1969 bis 1988**



Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 1 (1994).

Infratest unterschied bezüglich der Grundeinstellung zum politischen System der DDR drei Kategorien: Anhänger beziehungsweise Befürworter, Gegner und Angepasste beziehungsweise Indifferente. Wie – hier nicht abgebildete – Einstellungsdaten im Trendverlauf zeigen, überwogen bis Ende der 1970er Jahre mit 23 bis 30 Prozent leicht die Systembefürworter, danach kehrte sich das Verhältnis zugunsten der Systemgegner (25 bis 30 Prozent) dauerhaft um. Die Mehrheit der DDR-Bürger jedoch, stellte Infratest 1988 rückblickend fest, zeigte sich mit durchweg etwa 50 Prozent »gegenüber dem politischen System in der DDR angepasst beziehungsweise resigniert« (Infratest 1988/4: 67). Im Jahr 1989 stieg die Zahl der Systemgegner sprunghaft auf knapp 40 Prozent.

Abb. 2: Zufriedenheit der DDR-Bürger mit den politischen Verhältnissen in der DDR aus der Sicht der DDR-Besucher, Angaben in Prozent, 1975 bis 1989



Erläuterungen: Als Basis dienen alle DDR-Besucher des jeweiligen Jahres, die nicht zum ersten Mal in der DDR waren; Angabe für 1989 = Mittelwert aus 1. und 2. Quartal.

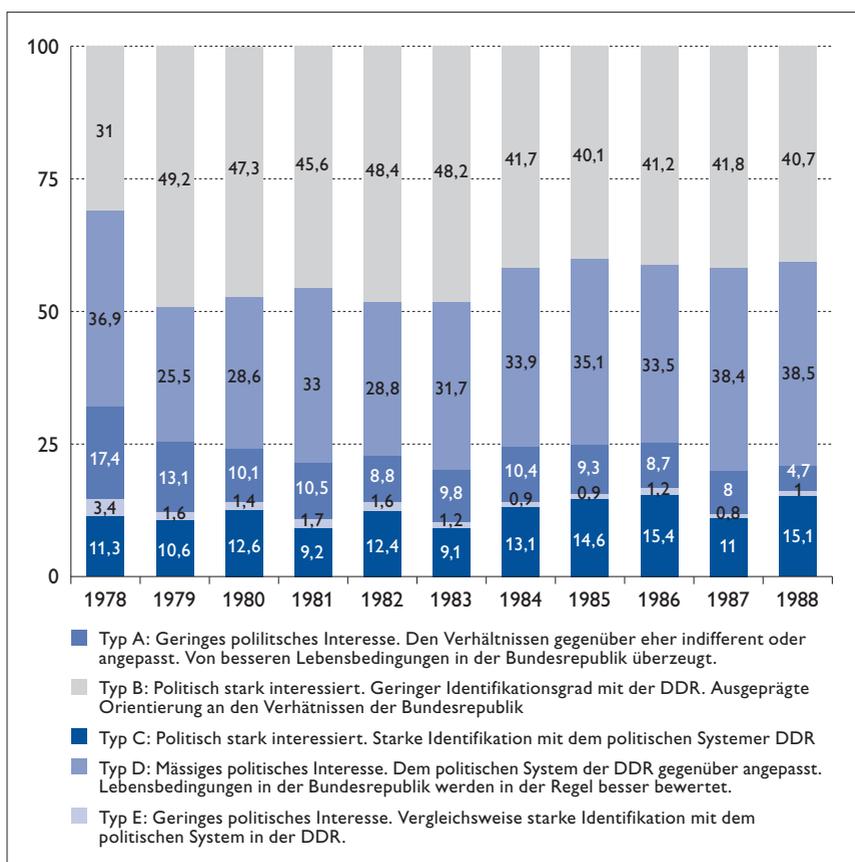
Quelle: Infratest Kommunikationsforschung, Bericht 1 (1994), S. 64, eigene grafische Darstellung.

## Geringe Identifikation mit der DDR: Verteilung auf die fünf Einstellungstypen

Bei der Zuordnung der individuell erhobenen Einstellungen zu den fünf oben erläuterten Typen politischer Grundhaltung ergab sich folgendes Verteilungsmuster (Abbildung 3): Seit Ende der 1970er Jahre dominierten in der DDR die Typen B und D, in denen zusammengenommen durchweg 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung verortet werden konnten. Kennzeichnend hierfür waren: geringe Identifikation mit der DDR, Anpasstheit an die vorgefundenen Verhältnisse, mäßiges bis starkes Interesse an Poli-

tik sowie eine positive Sicht auf die Bundesrepublik. Selbst die Minderheit bekennender DDR-Anhänger (insgesamt gut 15 Prozent) war in der Spätzeit der DDR keine verlässliche Stütze des SED-Regimes mehr. Gerade bei Angehörigen des Typus C beobachteten die Infratest-Forscher gegen Ende der 1980er Jahre, dass West-Reisen einen nachhaltigen Eindruck hinterließen und für die Schwarz-Weiß-Klischees der offiziellen Propaganda weniger empfänglich machten.

**Abb. 3: Verteilung der DDR-Bewohner (Person X) auf die fünf Einstellungstypen 1978 bis 1988, Angaben in Prozent**



Quelle: Infratest Kommunikationsforschung, Bericht 1 (1994), S. 68, eigene grafische Darstellung.

## Private Wohlfahrt und Abstand zur Politik

Familiärer Zusammenhalt, Kinderwunsch, ein gemütliches Heim, ein eigenes Auto, möglichst viel private Freizeit, aber sich gleichwohl für die Gemeinschaft einsetzen – das vor allem waren die Dinge, die den DDR-Bürgern zwischen 1979 und 1985, den zwei verfügbaren Messpunkten, unverändert wichtig blieben. Darin unterschieden sich jene, die sich mit der DDR identifizierten, kaum von der Gesamtheit der Bevölkerung, allenfalls waren Systemanhänger etwas weniger freizeitorientiert (Tabelle 2). Letztere waren außerdem deutlich karriereorientierter. Die stärkste Abweichung betraf, wenig überraschend, die Einstellung zur Politik: 1985 hielt insgesamt nur etwa jeder zehnte DDR-Bürger politisches Engagement für wichtig, und auch unter systemtreuen Personen war es nur noch knapp jeder dritte. Sechs Jahre zuvor waren es noch 74 Prozent gewesen.

**Tab. 2: Wichtige Dinge im Leben, Nennungen »besonders wichtig«, Angaben in Prozent**

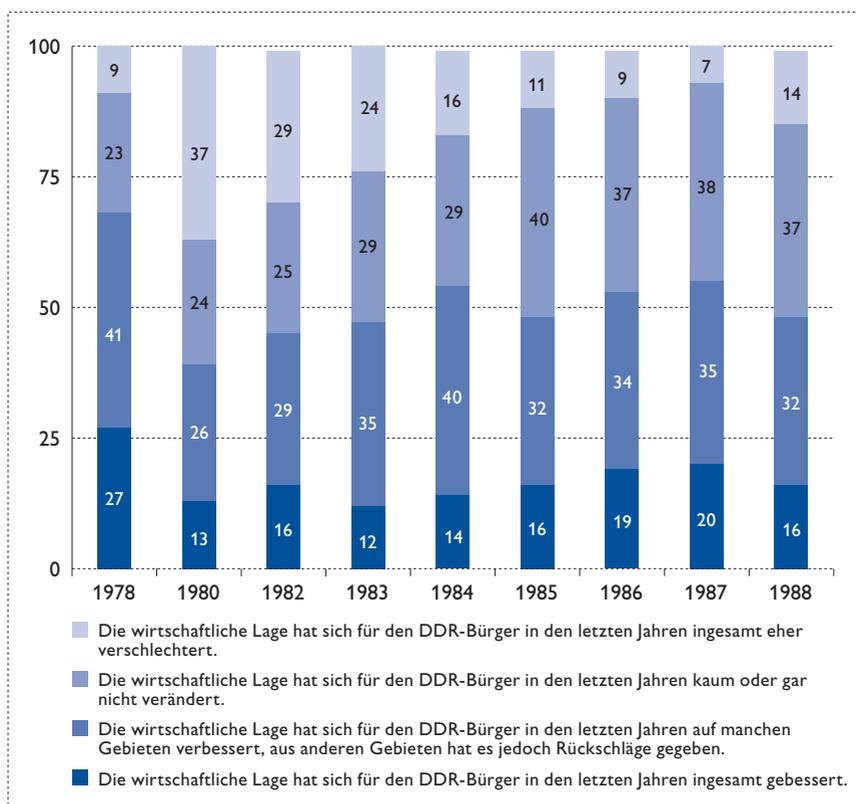
	DDR-Bürger Gesamt		DDR- Identifizierer	
	1979	1985	1979	1985
Gut Essen und Trinken	73	59	55	45
Politisch aktiv sein	17	11	74	32
Gute Partnerschaft/Ehe	88	89	83	88
Berufliche Karriere	57	52	84	72
Gemütliche Wohnung	93	93	86	91
Sich in der Freizeit für die Gemeinschaft einsetzen (freiwillige Hilfe beim Bau von Kinderspielplätzen, kulturelle Aufgaben usw.)	28	29	65	60
Eigene Kinder haben	74	81	79	87
Ein eigenes Auto haben	64	65	72	66
Kritisch äußern, wenn einem was nicht passt	69	75	65	69
Religiös aktiv sein	27	24	5	22
Möglichst viel Freizeit fürs Privatleben haben	81	80	61	68
Zusammenhalt, Zusammengehörigkeit der eigenen Familie	92	95	80	91
Sich viel anschaffen, sich viel leisten können	69	61	64	60
Viel reisen, um die Welt kennenzulernen	63	59	65	59

Quelle: Infratest

## Meinungen der DDR-Bürger über ihre persönliche wirtschaftliche Lage

Das Angebot an Konsumgütern hatte sich nach Einschätzung der Mehrheit der DDR-Bürger in den 1980er Jahren entweder stabilisiert oder sogar verbessert (Abbildung 4). Die Versorgung im Bereich des Daseinsgrundbedarfs wurde offenbar größtenteils als nicht prekär empfunden.

**Abb. 4: Meinung über die wirtschaftliche Lage des DDR-Bürgers 1978 bis 1988, Angaben in Prozent**



Erläuterungen: Als Basis dienten DDR-Bewohner ab 14 Jahren (Person X), die sich zu diesem Thema geäußert haben.

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung Bericht 1 (1994), S. 76, eigene grafische Darstellung.

Trotz einer insgesamt ausreichenden Grundversorgung wurde die DDR bei speziellen Gütern und Dienstleistungen, und zwar keineswegs nur des gehobenen Bedarfs, als eine Mangelwirtschaft wahrgenommen. Rar waren nicht nur die sprichwörtlich vermissten Südfrüchte, sondern auch Baustoffe, Ersatzteile und Dienstleistungen wie Reparaturen durch Handwerker (Tabelle 3). Bezüglich des täglichen Bedarfs war die DDR eine Zwei-Klassen-Gesellschaft: Systemtreue Personen kannten offenbar häufiger Möglichkeiten und Wege, sich knappe Waren und rare Servicedienste zu besorgen.

**Tab. 3: Bestimmte Dinge, die man nur unter der Hand bekommt, 1979, Angaben in Prozent**

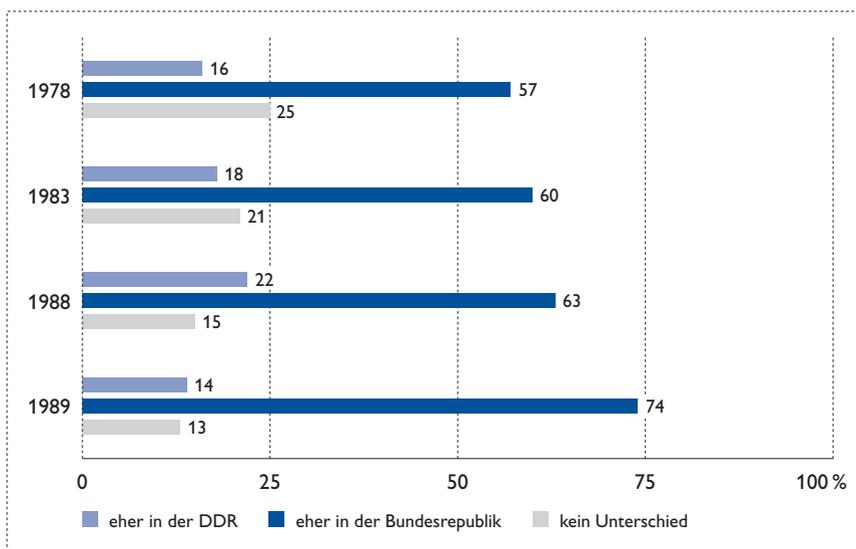
Waren/Dienstleistungen unter der Hand	DDR-Bürger Gesamt	DDR- Identifizierer
Bekleidung, Schuhe	29	19
Delikatessen, Südfrüchte	43	37
Alkoholische Markengenötrenke	16	3
Arzneimittel	11	4
Baustoffe, Fliesen, Farben, Tapeten usw. für Reparaturen, Renovierung am Haus/in der Wohnung, Installationsmaterial	70	66
Möbel, Teppiche, Auslegeware	29	23
Fernseh-/Radiogerät, elektrische Haushaltsgeräte	34	27
Ersatzteile fürs Auto, Motorrad	58	55
Kohle, Briketts, Heizöl, Brennholz	9	5
Fotoapparate, Optische Geräte, Filme	12	11
Reparaturen durch einen Handwerker	60	48
schnellere oder bessere Bearbeitung einer Eingabe bei einer Behörde	14	11
Sonstiges	6	6
Nein, nichts erwähnt	2	9
keine Angabe	0	-

Quelle: Infratest

## Chancengleichheit

Obgleich das Gleichheitsversprechen eine zentrale Botschaft der sozialistischen Staatsdoktrin und des Gesellschaftsbildes der DDR war, sah die DDR-Bevölkerung das Prinzip egalitärer Gestaltung der Lebenschancen seit den späten 1970er Jahren und bis zum letzten Jahr der Existenz der DDR stetig ansteigend eher in Westdeutschland verwirklicht (Abbildung 5).

Abb. 5: Chancengleichheit für die Bürger 1978 bis 1989



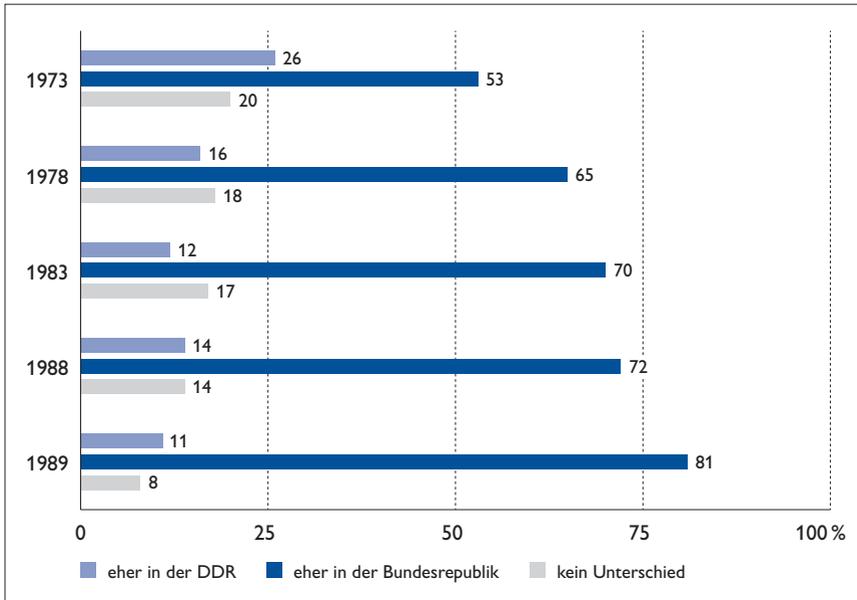
Quelle: Infratest Kommunikationsforschung Bericht 1 (1994), eigene grafische Darstellung.

## Aussichten auf eine bessere Zukunft?

Ausgeprägter noch als in der Einschätzung der Garantie gleicher Lebenschancen fiel das Urteil der DDR-Bevölkerung beim Vergleich der Zukunftsaussichten zugunsten der Bundesrepublik aus. Seit Mitte der 1970er Jahre sah eine klare – und im letzten Jahr des Bestehens der DDR übergroße – Mehrheit bessere Lebensperspektiven für sich selbst im Westen Deutschlands (Abbildung 6). Dass in dieser Hinsicht im Jahr des Umbruchs

1989 mehr als 80 Prozent der DDR-Bürger ihre Hoffnung in die Bundesrepublik setzten, ist ein eindrücklicher Beleg für den rapiden Legitimationsverfall, den der SED-Staat zu seinem Ende hin bei der eigenen Bevölkerung erfuhr.

**Abb. 6: Aussichten auf bessere Lebensbedingungen in der Zukunft  
1973 bis 1989**



Quelle: Infratest Kommunikationsforschung Bericht 1 (1994), eigene grafische Darstellung.

## Fazit: Anhaltend schmaler Rückhalt für den SED-Staat

Die Stellvertreterumfragen zeigen, dass das SED-Regime einen recht schmalen ideellen Rückhalt in der eigenen Bevölkerung besaß. Das System der DDR wies in den Augen der Mehrheit seiner Bürgerinnen und Bürger in den Bereichen der Freiheitsrechte, der Lebensqualität und der Zukunftsaussichten klare Defizite auf. Als Vergleichsmaßstab diente die Bundesrepublik, die bei allen wichtigen Aspekten der Lebensbedingungen deutlich besser abschnitt. Da die Wiedervereinigung bis kurz vor

dem Ende der DDR ein abstraktes Wunschbild blieb, arrangierte sich die Mehrheit der Bevölkerung notgedrungen mit den in der DDR gegebenen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese Grundhaltung blieb von den späten 1960er Jahren bis zum Umbruchsjahr 1989 nahezu unverändert.

Zwar wurden die von Infratest erstellten Analysen der Stellvertreterumfragen in Bonner Regierungskreisen als streng vertrauliche Dossiers eingestuft. Dennoch war die DDR-Führung darüber offenbar sehr genau informiert. Die Soziologin Anne Köhler, die vom Beginn bis zum Ende der Befragungen die wissenschaftliche Leitung innehatte und die an der 2016 veröffentlichten Auswahl der wieder entdeckten Berichtstexte aktiv beteiligt war, erinnert sich:

»Im Mai 1993 weckte eine Überschrift im FOCUS Magazin meine Aufmerksamkeit: ›STASI-Wolfs letzter Meisterspion gefasst!‹ Der lange gesuchte ›Töpfer‹ war im Kanzleramt vermutet worden, aber tatsächlich saß er als Leiter des Referats Politik im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen. Es war unser ehemaliger Gesprächspartner Regierungsdirektor K.G.«<sup>4</sup>

Die DDR-Führung hat demnach als stiller Teilhaber die indirekte Befragung ihrer Bürgerinnen und Bürger dauernd begleitet. Für die Ostberliner Staatsmacht war dies durchaus vorteilhaft. Denn sie ging nicht das Risiko eigener Befragung ein, erhielt aber auf konspirativem Weg gleichwohl empirisch belastbare Informationen darüber, was ihre Bevölkerung wirklich dachte.

## Anmerkungen

1 Vgl. Anna J. Merritt and Richard L. Merritt (Hg.), *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949*, Urbana/Chicago/London 1970.

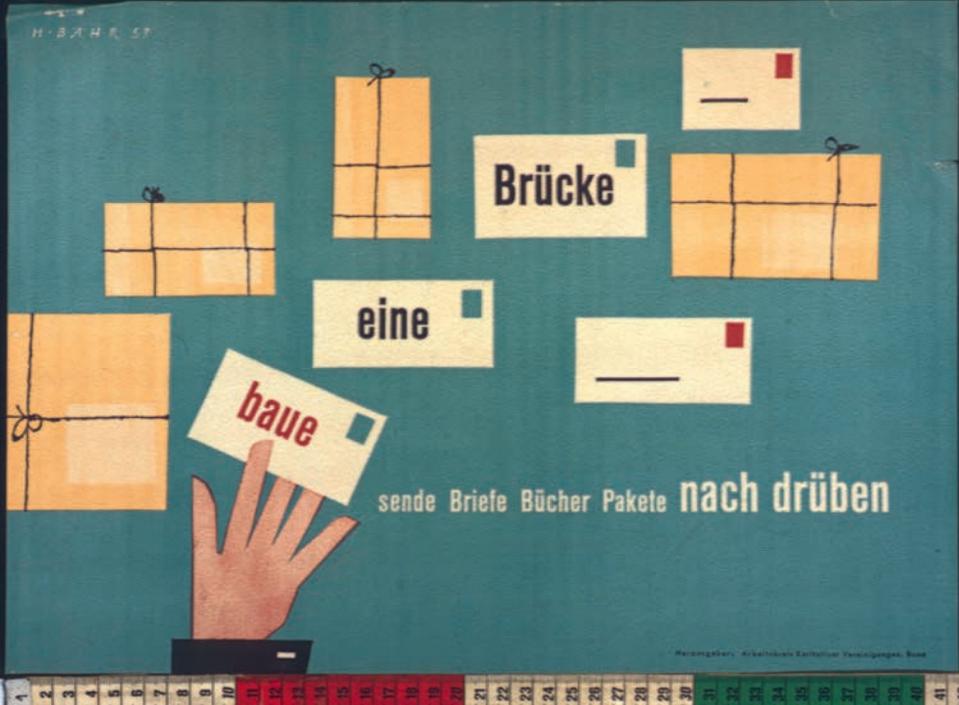
2 Nach Freigabe der Umfragedaten zur Veröffentlichung im Jahr 1990 legte die langjährige Projektleiterin Dr. Anne Köhler (Infratest) 1992 erstmals eine Kurzanalyse vor unter dem Titel »Marschierte der DDR-Bürger im Geiste mit? Systemidentifikation der DDR-Bevölkerung vor und nach der Wende, in: Uta Gerhardt und Ekkehard Mochmann (Hg.), *Gesellschaftlicher Umbruch 1945–1990. Re-Demokratisierung und Lebensverhältnisse*, München 1992, S. 59–79; später Dies., *Nationalbewusstsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage*, in: Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung

von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Band V/2, Baden-Baden 1995, S. 1636–1675.

Eine größere Auswahl aus den erhaltenen Berichtsbänden wurde vor drei Jahren publiziert: Everhard Holtmann und Anne Köhler, Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen, Frankfurt a. M./New York (Campus) 2015 (auch als Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, bpb-Schriftenreihe Band 1684, Bonn 2016); vgl. ferner Oscar W. Gabriel und Everhard Holtmann u. a., Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen (bpb Zeitbilder), Bonn 2015, S. 41–58 sowie Jens Giesecke, Auf der Suche nach der schweigenden Mehrheit Ost, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2015), offenes Heft, S. 1–32.

3 Holtmann und Köhler, Wiedervereinigung vor dem Mauerfall (Anm. 2), S. 28 ff.

4 Ebd., S. 33.



Plakat zur Päckchenaktion in die DDR »Dein Päckchen nach drüben«, Osthilfekreis, 1958.

Konstanze Soch

## »Päckchen von drüben« – Der Päckchen- und Paketverkehr als trennendes und verbindendes innerdeutsches Phänomen<sup>1</sup>

Es glich einem Ritual. Jedes Mal, wenn Familie Cabus ein Paket aus dem Westen (ein »Westpaket«) erhielt, öffnete sie es gemeinsam nach dem Abendessen. Dafür wechselte sie von der Küche ins Wohnzimmer – an einen Ort, welcher der Familie für das Auspacken würdig erschien. Zuerst wurde das Paket in die Mitte des großen Wohnzimmertisches gestellt und jeder nahm an diesem Platz. Die Vorfreude stieg, denn das Paket wurde langsam und mit Bedacht ausgepackt. Zuerst die Bänder, dann das Geschenkpapier – schließlich konnte beides noch einmal verwendet wer-

den. Als das Paket dann offen war, füllte sich das Wohnzimmer mit dem so angenehmen Geruch des Westpakets und die bunten Geschenke aus der Bundesrepublik kamen zum Vorschein.<sup>2</sup>

Wie bei Familie Cabus bedeutete es für viele eine große Freude, wenn der Postbote klingelte und ein Westpaket brachte. Diese Geschenksendungen durchbrachen nicht nur symbolisch, sondern auch ganz real die Mauer. Der Duft der Westpakete ist vielen auch heute noch präsent: Es war eine Mischung aus Kaffee, Orangen, Seife und Schokolade.

Doch nicht nur die Menschen aus der Bundesrepublik versandten Päckchen und Pakete über die innerdeutsche Grenze. Auch ihre Verwandten und Bekannten aus der DDR bedachten sie ihrerseits mit Geschenken aus dem Osten (den »Ostpaketen«). Ebenso wie die Westpakete besaßen auch die Ostpakete einen bestimmten Geruch. Dieser setzte sich vor allem aus selbstgebackenem Stollen und dem Verpackungsmaterial der DDR zusammen.

## Beginn des Geschenkpaketverkehrs

Bereits unmittelbar nach Kriegsende im Mai 1945 wurden Päckchen und Pakete zu einem wichtigen Kommunikationsmittel zwischen den Menschen im Westen und im Osten Deutschlands – ermöglichten sie es doch, dem jeweiligen Gegenüber eine Unterstützung beziehungsweise ein Geschenk zukommen zu lassen. Rasch kamen ihnen auch eine politische und eine wirtschaftliche Funktion zu. Dies war bereits bei den aus den USA empfangenen CARE-Paketen der Fall.<sup>3</sup> In kürzester Zeit wusste jedes Kind, dass »to care« für »sich sorgen« stand. Die meisten Pakete enthielten Corned Beef, Zucker, Kaffee, Schokolade, Honig, Rosinen, Trockenmilch und Eipulver, aber auch für die Deutschen unbekannt, exotisch anmutende Produkte wie etwa Erdnussbutter. Die CARE-Pakete tragen auch heute noch geradezu symbolhaft ihren Teil zum Bild des Nachkriegsdeutschlands bei.

Vor allem nach der Gründung der Bundesrepublik und der DDR im Jahr 1949 kam den Geschenksendungen eine wichtige Funktion zu. Die Bundesrepublik – insbesondere das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das damit beauftragt war, den Willen zur Wiedervereinigung lebendig zu halten – mahnte regelmäßig mit den Worten »Trotz Zonengrenze zusammenhalten. Briefe, Päckchen, Pakete nach drüben«<sup>4</sup> oder »Sie warten drüben auf deinen Gruß!! Dein Brief – Dein Päckchen – Dein Paket in die Zone!«<sup>5</sup>, den Paketversand aufrechtzuerhalten. Auf diesem Weg konnte der breiten Öffentlichkeit vermittelt werden, dass die

Bundesregierung an der Überzeugung festhielt, dass es nur ein gemeinsames Deutschland geben könne. Gleichzeitig – und dieser Umstand darf zur Zeit des Kalten Krieges nicht zu gering eingeschätzt werden – zeigt die Erforschung der Geschenksendungen sehr deutlich, dass der Inhalt der Päckchen und Pakete zu einem Gradmesser davon wurde, welches wirtschaftliche System das erfolgreichere war. Dies ließ sich in den ersten Jahren am besten an der Versorgung mit Lebensmitteln feststellen, die vor allem zu Beginn ihren Weg in die Päckchen und Pakete fanden. Schnell galt es für die Menschen dies- und jenseits der Grenze als ausgemacht, dass es um die Versorgungslage in der Bundesrepublik wesentlich besser bestellt war. So trug nicht nur die wesentlich frühere Aufhebung der Lebensmittelrationierung in der Bundesrepublik zu diesem Eindruck bei, sondern auch die größere Auswahl an Lebensmitteln.

Auch die DDR warb für den Versand von Geschenksendungen in die Bundesrepublik, allerdings nicht wie im Westen Deutschlands auf einer privaten, sondern auf einer betrieblichen Ebene. So veranlasste die DDR-Führung zu den familiären Hochfesten wie Weihnachten und Ostern stets eine Vielzahl an Volkseigenen Betrieben, Päckchen und Pakete an die »eingekerkerten Freiheitskämpfer« im Westen zu verschicken. Dies wurde den eigenen Bürgern medienwirksam in Radio, Zeitung und später im Fernsehen vermittelt. Schließlich wollte man im »Kalten Paketkrieg« nicht als Verlierer wahrgenommen werden. Beide Teile, sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik, nahmen die Chance wahr, über die karitative Motivation hinaus die politische Funktion der Geschenksendungen zu nutzen. Schließlich ließ sich auf keinem besseren Wege das Bekenntnis vermitteln, von einem geeinten Deutschland überzeugt zu sein. In der konkreten Umsetzung gab es dann jedoch Unterschiede. Während die DDR ihre Hilfe in Form von Päckchen und Paketen nur jenen zukommen lassen wollte, die ihr wohlgesonnen waren, bestand das Ziel der Bundesrepublik darin, möglichst viele Menschen zu unterstützen.

## Andere Generation, andere »Westpakete«

Die Vorbereitungen zum Paketversand sahen in Ost und West unterschiedlich aus. Die Bundesbürger waren sich sicher, welche Produkte im anderen Teil Deutschlands benötigt würden und eine große Freude bereiteten. Über die Jahre der Trennung veränderte sich diese Überzeugung bei Teilen der Versender, vor allem bei jenen, die einer neuen, jüngeren Generation angehörten und dadurch andere Schwerpunkte setzten. Die

ersten Versender verschickten in erster Linie Lebensmittel. Das betraf die Geburtenjahrgänge von 1923 bis 1935, die ebenso wie ihre ostdeutschen Empfänger den Krieg miterlebt und selbst Mangelserfahrungen gemacht hatten – jene Generation also, die auch noch das vereinigte Deutschland vor dem Krieg kennengelernt hatte. Es wurden insbesondere Lebensmittel verschickt, die ein langes Haltbarkeitsdatum hatten und flexibel verwendet werden konnten. Dazu gehörten in erster Linie Mehl, Zucker, Butter und Fleisch-Konserven, aber auch Kaffee. Um ihr Gegenüber zu erfreuen, verschickten sie auch gerne getragene Kleidung, die noch von guter Qualität war. Jene ersten Versender der Westpakete besaßen durch die gemeinsamen Kriegserfahrungen nicht nur ein hohes Verantwortungsbewusstsein gegenüber ihren »Brüdern und Schwestern« im Osten Deutschlands. Da auch sie mit den Schwierigkeiten des Wiederaufbaus und des Neubeginns zu kämpfen hatten, bedeutete jedes Paket auch eine finanzielle Belastung. Aus diesem Grund konnten sie zu Beginn meist nur kleine Päckchen mit etwas Kaffee und wenigen Lebensmitteln versenden. Der Blick auf Sonderangebote gehörte bei ihnen zum Alltag. Die Verwandten und Bekannten deshalb aber nicht mit einem Geschenkpaket zu bedenken, kam nicht in Betracht. Dem einmal ausgewählten Inhalt blieben sie meist treu, es entwickelte sich eine Art Standardpaket.<sup>6</sup>

Schon die zweite Versender-Generation handelte anders. Sie waren zwischen 1947 und 1955 geboren und die ersten Jahrgänge, die ausschließlich in der DDR beziehungsweise in der Bundesrepublik sozialisiert worden waren. Den Mauerbau und die Teilung Deutschlands haben sie unmittelbar miterlebt. Diese Menschen griffen nicht mehr ausschließlich zu Grundnahrungsmitteln, sondern ergänzten den Inhalt für ihre Verwandten in Ostdeutschland vor allem durch Genussmittel, Drogerieartikel und neuwertige Kleidungsstücke. Zudem erfragten sie viel häufiger die Wünsche ihres Gegenübers und waren durch die Verbesserung der bundesrepublikanischen Wirtschaftslage in der Lage, etwas mehr Geld für die Geschenkpakete auszugeben. Der Griff zu Markenprodukten wie Jacobs-Kaffee oder Milka-Schokolade gehörte für sie dazu.

Die ersten Versender hingegen hatten dies auf Grund der finanziellen Belastung meist noch vermieden. Zudem empfanden sie es als unangebracht, wenn sich Verwandte und Freunde aus der DDR Markenprodukte wünschten. Häufig stellten sie sich die Frage, warum es nicht auch das »No-Name«-Produkt sein könnte. Dass in der DDR jedoch nicht bekannt war, dass es eben solche Produkte gab, wussten sie wiederum nicht. Schließlich leisteten sich nur die großen Marken Werbung in Fernsehen und Radio. Deshalb hatten sie als Versender oft das Gefühl, ihr Gegenüber würde ihre

Lebenssituation mit einem »Schlaraffenland« gleichsetzen – ihrer Meinung nach eine Fehleinschätzung.

Die Versender der zweiten Generation hingegen griffen gerne zu Genussmitteln und Markenprodukten, weil sie so die Empfänger im Osten an der bunten Warenvielfalt teilhaben lassen konnten.<sup>7</sup> Ähnlich gestaltete sich dies auch bei der dritten Gruppe von Versendern, den in den 1960er-Jahren Geborenen. Die Mauer und die Teilung Deutschlands gehörten für sie zum Alltag. Neben dem Standardpaket, welches sich in jeder Familie auf die ein oder andere Art und Weise herausgebildet hatte, erfüllten auch sie gerne Wünsche nach speziellen Kleidungsstücken oder technischen Geräten.<sup>8</sup> Grundsätzlich blieben sie aber bei der Inhaltsauswahl der Generation ihrer Eltern treu, mit denen sie als Kinder oft zusammen die Westpakete gepackt hatten.<sup>9</sup> Doch nicht nur der Inhalt veränderte sich im Laufe der Zeit. Zu Beginn des Versandes wurden neben den Verwandten und Bekannten oft auch unbekannte Personen bedacht.<sup>10</sup> Denn besonders zu Beginn des Päckchen- und Paketverkehrs – dies nahm mit dem Fortschreiten der Teilung ab – existierten viele Vereine, die Adressen von DDR-Bürger an Spendenbereite Paten in der Bundesrepublik vermittelten.<sup>11</sup>

## Wunsch nach »Augenhöhe« der »Ostpakete«

Doch mit der »bunten Warenwelt«, die durch die Westpakete Einzug in die ostdeutschen Wohnstuben hielt, ist nur eine Seite des innerdeutschen Päckchen- und Paketverkehrs beschrieben. Er endete an dieser Stelle nicht. Denn den Beschenkten in der DDR war es ebenso wichtig, mit ihren Verwandten und Bekannten in der Bundesrepublik in Kontakt zu bleiben und ihnen mit ihren Geschenksendungen in den Westen eine Freude zu machen. In allen drei Generationen sahen sich die Versender der Ostpakete vor die gleiche Herausforderung gestellt: Was kann man jemandem schenken, der alles zu haben scheint und sich jederzeit im vermeintlich »goldenen Westen« alle Wünsche erfüllen kann? Aus diesem Dilemma heraus entschieden sich die Menschen im Osten Deutschlands, vor allem kunstgewerbliche Gegenstände und regionale Spezialitäten zu verschicken. Aber auch Kalender und belletristische Literatur waren beliebt – konnten diese in der Bundesrepublik doch nur zu vielfach höheren Preisen erworben werden. Auch wenn diese Geschenke in der DDR zu einem niedrigeren Preis angeboten wurden, mussten dafür oft Kontakte genutzt werden, denn die potenziellen Geschenke standen in viel geringerer Anzahl zur Verfügung als in der Bundesrepublik.

Die Mühen, die sich die Menschen im Osten machten, nahmen unterschiedliche Gestalt an. Zum einen drückte sich dies darin aus, dass für viele Geschenke, die als adäquat für den Versand in den Westen erachtet wurden, oftmals lange Zeit angestanden werden musste oder sie nur über Kontakte und Tauschgeschäfte zu erwerben waren. Denn anders als Produkte aus der Bundesrepublik, die zumeist ohne Probleme überall gekauft werden konnten, stellten die Geschenke aus der DDR auch für die Versender eine Rarität dar. Zum anderen bestand ein hoher Aufwand darin, kunstgewerbliche Geschenke selbst herzustellen, sich dafür die Zeit zu nehmen und die entsprechend benötigten Materialien zu besorgen.

Nicht selten stellen die Versender aus dem Osten bei Besuchen in der Bundesrepublik jedoch fest, dass ihr Geschenk trotz der Mühen nicht den beabsichtigten Stellenwert einnahm. So erinnert sich eine Zeitzeugin daran, mit viel Liebe Taschentücher umhäkelt zu haben. Allein das entsprechende Garn zu besorgen, war eine Herausforderung. Als sie zu Besuch in der Bundesrepublik war, stellte sie in einem großen Kaufhaus fest, dass es umhäkelte Taschentücher dort im Doppelpack zu einem sehr günstigen Preis zu kaufen gab.<sup>12</sup> Ähnlich erging es einer anderen Zeitzeugin. Zur Verlobung des Bruders, der in der Bundesrepublik lebte, hatte sich die Familie lange Zeit Gedanken darüber gemacht, mit welchem Geschenk sie das junge Paar erfreuen könnte. Die Wahl fiel schließlich auf eine Kupferschale. Auch diese Familie musste bei einem Besuch in der Bundesrepublik feststellen, dass das Geschenk wohl keine Freude ausgelöst hatte – verwendeten der Sohn und die Schwiegertochter die Kupferschale doch als Blumenuntersetzer.<sup>13</sup> Die Enttäuschung darüber war groß.

Die Vorstellung, mit den eigenen Paketen ebenfalls eine Freude bereiten zu können, war schwer zu realisieren und konnte nicht immer eingelöst werden. Der Wunsch, sich auf diesem Wege für die erhaltenen Produkte auf Augenhöhe zu bedanken, blieb eine Herausforderung. Vielen Menschen im Osten Deutschlands war es ein wichtiges Anliegen, mit den Paketen selbst etwas verschenken zu können und nicht ausschließlich als Nehmende wahrgenommen zu werden. Wie sehr hätten sie sich darüber gefreut, wenn ihre Freunde und Verwandten im westlichen Teil des Landes einen Wunsch geäußert hätten? Doch dies geschah in der Regel nur selten – erlaubten es sich die Bundesbürger doch meistens nicht, gegenüber den vermeintlich ärmeren Empfängern aus der DDR Wünsche zu artikulieren. Und selbst wenn Wünsche geäußert wurden, bestand weiterhin Unklarheit darüber, ob die ausgewählten Gegenstände wirklich zur Freude im Westen beitrugen, denn die Rückmeldungen auf den Inhalt der Ostpakete waren meist nicht umfangreich. So blieben die Versender oft wieder verunsichert zurück.<sup>14</sup>

## Einführung der Geschenkpaketverordnung

Weil die Produkte in den Westpaketen von den Menschen in der DDR als hochwertiger empfunden wurden, bangte die DDR um ihr Ansehen. Deswegen erließ sie 1954 die »Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr auf dem Postweg mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland« (GVO). Sie sollte sowohl den Paketinhalt, der aus dem Westen Deutschlands in die DDR gelangte, aber auch jenen in die andere Richtung reglementieren. Als Grund für den Erlass der Geschenkpaketverordnung gibt der Kulturosoziologe Bernd Lindner die sich entwickelnde Angst der DDR-Regierung vor der »aufkommende[n] Sogwirkung des westdeutschen Wirtschaftswunders auf die ostdeutsche Bevölkerung«<sup>15</sup> an. Denn die unterschiedlichen Konsumverhältnisse und somit auch die direkte Konkurrenz zwischen den beiden Systemen wurden durch den Versand von Paketen und deren Inhalt offensichtlich<sup>16</sup> – auch wenn, wie der Historiker Rainer Gries in einer vergleichenden Analyse herausstellt, der »ständige Blick über die Zonengrenze gen Westen nicht erst eine Folge der bundesdeutschen Prosperität der fünfziger Jahre, sondern schon bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit üblich«<sup>17</sup> war. Der Inhalt der Pakete ließ offen zutage treten, dass Genussmittel wie Kaffee, Kakao und Schokolade in beiden Teilen Deutschlands nicht gleichermaßen erworben werden konnten. Die Menschen führten dies direkt auf die ökonomische Situation des eigenen Landes zurück, welche einen derartigen Konsum nicht ermöglichte.

Damit die Bundesbürger durch den Erlass der GVO in ihren Bemühungen nicht nachließen, warb die Bundesregierung medienwirksam für den Versand. Aufrufe, Merkblätter und Plakate mahnten die Menschen weiterhin, ihren Anteil zum Zusammenhalt beizutragen. Außerdem informierte das Bundesministerium für gesamtdeutsche Aufgaben ab Anfang der 1960er-Jahre über die Möglichkeit, einen Teil der entstandenen Ausgaben bei der Steuer geltend zu machen.<sup>18</sup>

Während der Zeit der Teilung passte die Regierung der DDR die GVO immer wieder – je nach politischer und wirtschaftlicher Notwendigkeit – mit sogenannten »Durchführungsbestimmungen« an ihre Bedürfnisse an. Dabei bedeutete der Erlass einer »Durchführungsbestimmung« nicht von vornherein eine strengere Reglementierung des Päckchen- und Paketverkehrs. Während vor allem in den 1950er- und 1960er-Jahren die zugelassenen Höchstmengen an Lebensmitteln stets verschärft und die Einfuhr bestimmter Gegenstände wie Schallplatten vollständig verboten wurde,<sup>19</sup> waren die 1970er- und 1980er-Jahre von der Möglichkeit geprägt, um-

fangreiche Geschenke verschicken zu können.<sup>20</sup> Charakteristisch für diese beiden Tendenzen sind die Jahre 1961 und 1977. Aus Angst vor der vermeintlichen Sogwirkung der westdeutschen Produkte oder davor, dass DDR-Bürger mithilfe von Geschenksendungen eine Flucht vorbereiten könnten, kam es nach dem Mauerbau zu einer massiven Verschärfung der GVO. 1977 hingegen fielen alle bisherigen Begrenzungen für Kaffee, Tabakwaren, Spirituosen, Sekt und Wein.<sup>21</sup> Aufgrund von Frost und Dürre war der Kaffeepreis auf dem Weltmarkt massiv angestiegen. Da die wirtschaftlichen Ausgaben durch die Fünfjahrespläne jedoch gebunden waren, existierte kein Spielraum, um den Kaffee zu den erhöhten Preisen zu kaufen. Deshalb entschied sich die DDR, die existierenden Kaffeesorten zu strecken.<sup>22</sup> So wurde der Anteil des Kaffees gesenkt und der von Ersatzstoffen, sogenannten Surrogaten, erhöht. Die Bevölkerung war mit diesem unangekündigten Vorgehen nicht einverstanden.<sup>23</sup> Schon bald trug die neu auf den Markt gebrachte Kaffeesorte den Beinamen »Erichs Krönung« beziehungsweise »Erichs Dröhnung«. So konnte die DDR in vielen Bereichen die Bedürfnisse ihrer Bürger nicht selbst befriedigen und war auf die Einfuhr von Westpaketen angewiesen.

## Kontrolle der Päckchen und Pakete

Auf Grundlage der GVO kontrollierte die DDR in großem Umfang die ein- und ausgehenden Päckchen und Pakete. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) betrachtete dabei grundsätzlich alle Empfänger von Westpaketen als »Privilegierte« und »Nutznießer«. Nach dessen Einschätzung waren Empfänger der Westpakete der Bundesrepublik gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt. Insgesamt gab es zwei Wege, in den Fokus des MfS zu geraten. Einerseits wurden die Postsendungen an Personen kontrolliert, die ohnehin bereits vom MfS überwacht wurden. Andererseits gerieten auch Bürger in die Überprüfung des MfS, die – abgesehen vom Päckchen- und Paketverkehr – grundsätzlich nicht weiter auffällig waren. Auf diese Weise konnten Menschen nur aufgrund von auffälligen Inhalten in Brief- oder Geschenksendungen in den Kreis der zu kontrollierenden Personen aufgenommen werden.<sup>24</sup>

Alle Päckchen und Pakete durchliefen zunächst eine Röntgenkontrolle. Wurde hier etwas Auffälliges festgestellt, kam es zur Inhaltskontrolle. Der Vorgang der Paketöffnung erfolgte aufgrund des bestehenden Postgeheimnisses durch Mitarbeiter der Post. Konnte durch das bloße Öffnen der Anfangsverdacht noch nicht entkräftet werden, kam es zur Über-

prüfung der einzelnen Bestandteile. Pulvriger Inhalt wurde dabei durch große Glastrichter geschüttet, um ihn auf etwaige Fremdkörper hin zu kontrollieren.<sup>25</sup> Sowohl die Menschen in der DDR als auch in der Bundesrepublik suchten stets kreative Möglichkeiten, um verbotene Gegenstände die Grenze passieren zu lassen.<sup>26</sup> So wurden beispielsweise Medikamente häufig in Haribo-Tüten getarnt,<sup>27</sup> Schmuck in Kuchen eingebacken oder Geldscheine hinter dem Stanniolpapier von Schokoladentafeln versteckt.<sup>28</sup> Der Entschluss zur Beschlagnahme oder zur Entnahme erfolgte durch Mitarbeiter des MfS.

Obwohl die DDR darauf bedacht war, dass die Empfänger die Kontrollen nicht bemerkten, waren diese oft ohne weiteres festzustellen. Allein die Art der Verpackung war meist eine andere, und der Inhalt war durcheinander. Doch nicht nur die DDR, sondern auch die Bundesrepublik kontrollierte ein- und ausgehende private Geschenksendungen, vor allem unter dem Vorwand der Spionageabwehr. Ziel war es, Agenten zu enttarnen und mögliche Botschaften abzufangen.<sup>29</sup> Die angeordneten Überprüfungen stellten auch in der Bundesrepublik eine Verletzung des Postgeheimnisses nach Artikel 10 des Grundgesetzes dar. Lange Zeit wurde intern gerungen, inwiefern diese Aufweichung legitim sei.<sup>30</sup> Offiziell leugnete die Bundesregierung die Überprüfung von privaten Sendungen.

Nicht selten gingen durch die Kontrollen, sowohl auf Seiten der Bundesrepublik als auch der DDR, Päckchen und Pakete verloren. Doch die Bevölkerung in Ost und West sah stets die Schuld an einem Verlust bei der DDR. Die Menschen in Ost und West schrieben unzählige Beschwerden an die entsprechenden Stellen und forderten Ersatz.<sup>31</sup> Die Bundesrepublik, die ein großes Interesse an dem Versand hatte, leistete häufig Ausgleichszahlungen, um die Motivation aufrechtzuerhalten.<sup>32</sup>

## Ankunft dies- und jenseits der Grenze

Auch der Empfang von Päckchen und Paketen gestaltete sich in West und Ost unterschiedlich. Im Osten Deutschlands war es vor allem die pure Freude über den Inhalt, der auf diesem Wege ins Haus kam. Obwohl die Westpakete trotz leichter Veränderungen stets zum Großteil aus Lebensmitteln bestanden – also Gegenständen, denen typischerweise nicht unmittelbar der Charakter eines Geschenkes beigemessen wird – war die Freude auf Seiten der Empfänger dennoch über die Maße vorhanden.<sup>33</sup> Diesen Lebensmitteln wurde schon allein deshalb ein besonderer Status zugeschrieben, da sie in der DDR kaum oder gar nicht zur Verfügung standen.

Sie waren schon allein durch ihre bunten und farbenfrohen Verpackungen, die es in der DDR so nicht gab, von einer Aura des Exquisiten umgeben.<sup>34</sup> Oft war allein das Auspacken ein Ereignis für die ganze Familie. Ihre Freude kommunizierten die Westpaketempfänger meist per Brief an ihre Bekannten und Verwandten. So kam es, dass schließlich beide Seiten den Lebensmitteln einen Geschenkcharakter zuschrieben.<sup>35</sup>

Die Ostpakete hingegen lösten nur selten ähnlich euphorische Gefühle aus, obwohl sie, abgesehen von den regionalen Spezialitäten, mit Büchern, Kalendern und kunstgewerblichen Gegenständen viel eher Dinge enthielten, denen ein Geschenkcharakter zugeschrieben werden kann. Genau dieser Umstand ließ die Freude auf Seiten der Ostpaketempfänger jedoch schwinden. Denn anders als die Lebensmittel, die Verbrauchsgegenstände waren, stellten die geschnitzten Schwippbögen<sup>36</sup> und umhäuerten Deckchen Gebrauchsgegenstände dar, deren Anzahl sich durch die Benutzung nicht verringerte. Nicht jeder freute sich über den dritten oder vierten Schwippbogen – vor allem, wenn diese Art von kunstgewerblichen Geschenken so gar nicht den eigenen Geschmack traf.<sup>37</sup> Darüber hinaus war im Westen die Freude über die Pakete teilweise gedämpft, weil die Menschen aus der Bundesrepublik davon überzeugt waren, dass es um ihre Landsleute im Osten schlechter bestellt sei. Sie sollten deshalb für sie nicht unnötig Geld ausgeben oder ihre Zeit mit Anstehen vergeuden. Dass für ihr Gegenüber der eigene Versand jedoch wichtig war, um nicht nur als Nehmende wahrgenommen zu werden, war vielen in der Bundesrepublik nicht bewusst.<sup>38</sup>

Doch es gab auch Freude bei den westdeutschen Empfängern. Besonders groß war sie, wenn regionale Spezialitäten enthalten waren. Denn all jene, die selbst einmal in der DDR gelebt hatten, fühlten sich so ein bisschen in ihre ehemalige Heimat zurückversetzt.<sup>39</sup>

## Bedeutung nach der Wiedervereinigung

Durch die Wiedervereinigung trat in vielen Familien das unterschiedliche Verständnis bezüglich der Päckchen und Paketen zutage. Einige westdeutsche Versender fassten ihre Geschenksendungen vor allem als milde Gaben an die Menschen in der DDR auf. Sie erwarteten hierfür keine Erwidern, denn nach ihrer Vorstellung konnte das von den Menschen dort, wo alles grau in grau zu sein schien, auch gar nicht geleistet werden.<sup>40</sup> Dass jedoch diese Einstellung eine Asymmetrie schuf, war den wenigsten bewusst. Denn auch die Ostdeutschen wollten die Rolle der Gebenden einnehmen.

Ein anderer Teil der Westpaketversender empfand den zum Ausdruck gebrachten Dank, in welcher Form auch immer, als wünschenswert. Nach der Wiedervereinigung entstand in manchen bundesrepublikanischen Familien der Eindruck, dass ihren Mühen nicht ausreichend Rechnung getragen wurde. Es entstand eine Art Aufrechnungssituation. Nun, da die Rollenverteilung von »Gebenden« und »Nehmenden« nicht mehr existierte und die Menschen im Osten nicht mehr auf Produkte und Ratschläge aus dem Westen angewiesen waren, entstand bei vielen Westdeutschen ein Gefühl der Undankbarkeit.<sup>41</sup>

Auch auf Seiten der ehemaligen DDR entstand eine Enttäuschung. Da die Menschen nun entsprechende Produkte selbst kaufen konnten, erfuhren sie gleichzeitig, wo ihre Verwandten diese erworben hatten. Die ostdeutschen Empfänger empfanden es oft als eine Art Deklassierung, wenn sie feststellten, dass die Produkte »nur« von Aldi waren und der Preis niedriger war als erwartet. Ihre damalige unmittelbare Freude über die erhaltenen Lebensmittel trübte diese Erkenntnis.<sup>42</sup> Viele setzten den Preis der Lebensmittel nun mit ihrem Wert als Person gleich.

Der oben erwähnte, von der Bundesrepublik immer wieder erhobene Anspruch, durch die Geschenksendungen den Kontakt aufrechtzuerhalten, konnte teilweise eingelöst werden. So trug der Paketverkehr zwar dazu bei, am Kontakt festzuhalten, jedoch vor allem bei den Personen, die ohnehin Kontakt hielten oder selbst einmal im jeweils anderen Teil gelebt hatten. Denn oft waren es Menschen, die oder deren Eltern selbst einmal in der DDR gelebt hatten und ohnehin Kontakt zu ihren Verwandten und Bekannten pflegten. Die Dauer der Trennung trug zusätzlich zur Entfremdung bei,<sup>43</sup> da sich die Menschen durch den Wechsel der Generationen immer weniger persönlich kannten und sich die unmittelbaren Anknüpfungspunkte schwieriger finden ließen.<sup>44</sup> So wurde zwar aus Gewohnheit am Versand festgehalten, die persönlichen Kontakte gestaltete es jedoch nicht zwingend intensiver.<sup>45</sup> So empfand Frau Kahl ab Mitte der 1970er Jahre ihre Sommerbesuche bei den Verwandten in Leipzig eher als unangenehm, da sie das Gefühl begleitete, dass sobald die Koffer mit den Geschenken ausgepackt und verteilt waren, das Interesse an ihr als Person nachließ.<sup>46</sup> Dennoch – und dies muss für die interviewten Zeitzeugen mit allem Nachdruck festgehalten werden – blieben die Empfänger und Versender durch den Versand aufeinander bezogen; auf welche Art, ist jeweils zu differenzieren. Und auch dies ist eine Funktion des Geschenkpaketversands, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

## Anmerkungen

- 1 Auf einen Zeitzeugenaufwurf der Autorin zum Thema Päckchen und Paketverkehr zwischen der DDR und der Bundesrepublik meldeten sich mehr als 500 Personen. Auf Basis der Rückmeldungen wurden drei Untersuchungskohorten gebildet: A) die Jahrgänge der um die 1930er-Jahre Geborenen, die Deutschland als Ganzes erlebten und sich diesem verpflichtet fühlten. Diese Menschen waren unmittelbar nach dem Krieg die ersten Päckchenversender. Sie fühlten sich ihren Verwandten und Bekannten stark verbunden. Durch die Rückmeldung der Zeitzeugen umfasste die Gruppe schließlich die Jahre 1923 bis 1935.  
B) Die um 1949 sowie Anfang/Mitte der 1950er-Jahre Geborenen, sie waren die ersten Jahrgänge, die ausschließlich in der Bundesrepublik oder DDR sozialisiert wurden und unmittelbar den Mauerbau und die damit verbundene Trennung Deutschlands erlebten. Konkret umfasste die Kohorte die Jahrgänge 1947 bis 1955.  
C) Auf beiden Seiten gehörten für die in den 1960er-Jahren geborenen Menschen die Teilung Deutschlands und die Existenz der Mauer zum Alltag. Mit dem Transitabkommen Anfang der 1970er-Jahre und der Möglichkeit, das »andere Deutschland« kennenzulernen, erfolgte eine erste Annäherung. Im Osten Deutschlands wünschten sich die Päckchenempfänger vor allem die (Marken-)Produkte, die ihnen aus der Werbung bekannt waren. Diese Sozialisationserfahrungen wurden den Jahrgängen 1959 bis 1971 zugeordnet.  
In das Sample wurden letztendlich pro Kohorte zwölf Personen aufgenommen. Dabei wurde berücksichtigt, dass einzelne Interviews nicht wie geplant stattfinden können oder es nicht gelingt, eine selbstständige Erzählung zu generieren. Da es dem Anspruch des Projektes entspricht, Ost- und Westdeutschland gleichbedeutend in die Analyse einzubeziehen, wurde insgesamt eine Balance zwischen Ost- und Westpaketversendern angestrebt. Bei den Interviews handelte es sich nicht im klassischen Sinn um lebensgeschichtlich geführte Oral-History-Interviews, sondern um thematische Interviews mit einem Fokus auf den Päckchen- und Paketverkehr, welche die Zeitzeugen je nach Erinnerung mit ihren biografischen Beschreibungen ergänzten. Die Erinnerungen der Zeitzeugen wurden mit Hilfe eines thematischen Interviews erhoben, welches durch einen Leitfaden ergänzt wurde.
- 2 Zitiert nach: Interview Herr Cabus am 7. Januar 2015.
- 3 Der Dachverband CARE stand für einen Zusammenschluss unterschiedlicher amerikanischer Hilfsorganisationen. Die Abkürzung steht für »Cooperation for American Remittances to Europe«. Einen ähnlichen Zusammenschluss stellt der sogenannte CRALOG-Verband dar.
- 4 Staatsarchiv Freiburg, W 124, Nr. 0124, Bild 1.
- 5 Ebd., Nr. 0121, Bild 1.
- 6 Interview Frau Bleck am 8. Dezember 2014.
- 7 Interview Frau Herberger am 25. Januar 2015.
- 8 Interview Herr Knechtel am 4. Dezember 2014.
- 9 Interview Frau Kahl am 18. Februar 2015.
- 10 Rainer Gries, »Jacobs Kaffee – wunderbar«. Päckchen nach drüben: Eine geniale

- Verbindung von Produktwerbung und Politikpropaganda, in: Blum, Mechthild Blum und Thomas Nesseler (Hg.), *Deutschland, einig Vaterland? Geschichte(n), Probleme und Perspektiven*, Bonn 1992, S. 82.
- 11 Hilfsring e. V. 1953–1973, Broschüre des Frankfurter Hilfsrings, Frankfurt a. M. o. D. (1973), S. 7.
  - 12 Interview Frau Förster am 5. Februar 2015.
  - 13 Interview Frau Dilling am 17. Februar 2015.
  - 14 Interview Frau Winterfeld am 4. Februar 2015.
  - 15 Zitiert nach: Bernd Lindner, »Dein Päckchen nach drüben«. Der deutsch-deutsche Paketversand und seine Rahmenbedingungen, in: Christian Härtel und Petra Kabus (Hg.), *Das Westpaket: Geschenksendung, keine Handelsware*, Berlin 2000, S. 26.
  - 16 Vgl. Ina Merkel, *Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 289.
  - 17 Vgl. Rainer Gries, *Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität*. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991, S. 133.
  - 18 Vgl. Bundesarchiv (BArch) Koblenz, B 137/2547, unpag.
  - 19 BArch Berlin, DL 203/05-01-08, unpag.
  - 20 Christian Härtel, *Ostdeutsche Bestimmungen für den Paketverkehr im Spiegel westdeutscher Merkblätter*, in: Christian Härtel und Petra Kabus (Hg.);, *Das Westpaket: Geschenksendung, keine Handelsware*, Berlin 2000, S. 49.
  - 21 Annette Kaminsky, »Nieder mit den Alu-Chips«. Die private Einfuhr von Westwaren in die DDR, in: Christian Härtel, Petra Kabus (Hg.), *Das Westpaket: Geschenksendung, keine Handelsware*, Berlin 2000, S. 172.
  - 22 Monika Sigmund, *Genuss als Politikum. Kaffeekonsum in beiden deutschen Staaten*, Studien zur Zeitgeschichte Bd. 87, Berlin/München/Boston 2015, S. 263.
  - 23 Ebd.
  - 24 Vgl. Christine André und Lilo Nagengast, *Öffnen oder weiterleiten? Die Paketkontrolle in der DDR*, in: *Ein offenes Geheimnis. Post- und Telefonkontrolle in der DDR*, Katalog der Museumsstiftung Post und Telekommunikation, Bd. 13, Heidelberg 2002, S. 179.
  - 25 Interview Frau Freudental am 12. März 2015.
  - 26 Interview Frau Herberger (Anm. 7).
  - 27 Interview Frau Pirner am 10. Dezember 2014.
  - 28 Interview Frau Herberger (Anm. 7).
  - 29 Vgl. Erinnerungsprotokoll Daniel Schmidt, Mitarbeiter eines westdeutschen Sicherheitsunternehmens, Interview am 24. März 2015.
  - 30 Vgl. Josef Foschepoth, *Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik*, Göttingen 2013, S. 185.
  - 31 Diese sind umfangreich im Bundesarchiv Berlin im Bestand des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen einzusehen.
  - 32 BArch Koblenz, B 257/22777, unpag.
  - 33 Interview Frau Dilling (Anm. 13).
  - 34 Interview Frau Geis am 24. Februar 2015.
  - 35 Interview Frau Kahl (Anm. 9).

- 36 Interview Frau Lindner am 26. Februar 2015.
- 37 Interview Frau Walter am 28. November 2014.
- 38 Interview Herr Seifert am 7. Mai 2015.
- 39 Interview Frau Winterfeld am 04. Februar 2015.
- 40 Interview Frau Lindner am 26. Februar 2015.
- 41 Interview Frau Plate am 27. November 2014.
- 42 Interview Herr Behrendt am 18. März 2015.
- 43 Interview Frau Nolte am 15. April 2015.
- 44 Interview Herr Baumgärtner am 11. März 2015.
- 45 Interview Frau Kahl (Anm. 9).
- 46 Ebd.



Festumzug durch Ost-Berlin mit Berliner Bär am 4. Juli 1987.

Krijn Thijs

## Klopffzeichen und Feierkonkurrenz. Das Stadtjubiläum von 1987 in Ost- und West-Berlin

Im »kurzen« 20. Jahrhundert wurde die deutsche Geschichte vom Ringen dreier politischer Ordnungen geprägt: Nationalsozialismus, Sozialismus und freiheitliche Demokratie. Jedes dieser Systeme schuf sein eigenes Berlin. Und mehr oder weniger zufällig inszenierte auch jedes sein eigenes Berliner Geburtstagsfest. Das erste Mal 1937, mit der 700-Jahr-Feier der nationalsozialistischen Reichshauptstadt, und dann, 50 Jahre später, eine zweifach begangene 750-Jahr-Feier in der Hauptstadt der DDR und in West-Berlin.<sup>1</sup>

Beim ersten Fest war es das nationalsozialistische Bedürfnis nach Selbstinszenierung, im zweiten Fall die Systemkonkurrenz, die dafür sorgten,

dass diese Jubiläen natürlich mehr als nur fröhliche Volksfeste mit Berliner Bären und geschmückten Straßen wurden. Stets begriffen die jeweiligen Stadtverwaltungen die Feiern als höchst politisch, und das auch zu Recht. Gerade im scheinbar unpolitischen Gewand einer Geburtstagsfeier ließen sich politische Werte, Freund-Feind-Bilder, Gemeinschaftserfahrungen und die eigene Verortung in der Geschichte vermitteln. Die Berlin-Inszenierungen konnten kaum unterschiedlicher ausfallen als in diesen drei politischen Systemen – und das machte etwaige Ähnlichkeiten immer wieder so brisant.

Dabei war der eigentliche Feieranlass in Wahrheit etwas wackelig. Berlin war im Mittelalter eine Doppelstadt: Berlin-Cölln. Weder Gründungs-urkunde noch Stiftungsdatum ist überliefert. Auf das Jahr 1237 ist die urkundliche Ersterwähnung datiert – und zwar von Cölln, Berlins Schwesterstadt.

Erste Diskussionen über ein mögliches Stadtjubiläum wurden in den 1920er Jahren geführt. Damals gingen Archivare von »1230 oder 1231« als Gründungsjahr Berlins aus. Aber der republikanische Oberbürgermeister der krisengeschüttelten Hauptstadt lehnte 1929 die Idee einer 700-Jahr-Feier ab. Ein festes Gründungsdatum sei nicht überliefert und darüber hinaus fand er »die gegenwärtigen Zeitverhältnisse für die Abhaltung prunkvoller Feste doch wohl nicht geeignet«. Und »politische Gründe kämen für eine derartige Feier ebenfalls nicht in Frage«.<sup>2</sup>

Das sah acht Jahre später ganz anders aus. Der nationalsozialistische Kommunalpolitiker Julius Lippert festigte Ende 1936 endlich seine lang ersehnte Herrschaft über die Stadtverwaltung, die er seit 1933 gesäubert hatte. Als neuer »Stadtpräsident und Oberbürgermeister« hatte Lippert viele politische Gründe für ein prunkvolles Fest, mit dem er sich und sein neues Amt inszenieren konnte. So reaktivierte Lippert die alte Idee einer 700-Jahr-Feier und legte sie für den Sommer 1937 fest, mit dem Hinweis auf die Ersterwähnung Cöllns. Damit begründeten die Berliner Nazis eine bis heute währende Tradition: Folgerichtig wurde 1987 das nächste Mal gefeiert, und, etwas bescheidener, 2012 wieder.<sup>3</sup>

## NS-Reichshauptstadt 1937

Die 700-Jahr-Feier war eine lokale Veranstaltung.<sup>4</sup> Das Stadtfest sollte die Gemeinschaft und Heimatliebe der Berliner festigen und die Stadt in das Dritte Reich eingliedern. Das Programm dauerte im August 1937 bloß eine Woche und umfasste neben dem Festzug auch ein Festspiel im Olym-

piastadion, eine Freiluftausstellung und einen Blumenkorso. Das alles wurde zwar mit viel nationalsozialistischem Pathos aufgeladen, bewegte sich zugleich aber innerhalb eines für Stadtfeste damals üblichen Rahmens.

Nur das Festspiel war ein Musterbeispiel nationalsozialistischer Masenchoreografie. Hier wurde die Stadtgeschichte szenisch umgesetzt, mit Trompetenfanfaren, Glockengeläuten und Scheinwerfern im dunklen Olympiastadion. »Das Festspiel ist ein Spiel des Volkes für das Volk, Zehntausende spielen für Hunderttausende«, verkündete das Programmheft.<sup>5</sup>

Unterdessen zeigten die NSDAP-Parteigrößen wenig Interesse an dem lokalen Event. Hitler blieb dem Jubiläum fern, und der populäre Berliner Gauleiter Joseph Goebbels nahm als Ehrengast nur einen Tag daran teil. Er hielt eine Festrede zur »Kampfzeit« seit 1926, und bilanzierte: »Es ist uns gelungen, in knapp zehn Jahren aus dieser nach Moskau einst rötesten Stadt der Welt wieder eine wahrhaft deutsche Stadt zu machen.«<sup>6</sup> In seinen Tagebüchern spottete er aber. Lippert habe »gar kein Format für Berlin« und seine 700-Jahr-Feier sei »ein wahrer Witz«: »Berlin hat sich zum 700 Jahrfest geschmückt. Sehr pompös, aber wenig geschmackvoll. Typisch Lippert.«<sup>7</sup>

So ließ sich der Berliner Stadtpräsident feiern. Lippert ordnete seine Stadt ostentativ in das Dritte Reich ein. »Ich bin überzeugt«, verkündete er, »daß alle Berliner Volksgenossen heute stolz auf ihre Heimatstadt sind und mich [...] darin unterstützen werden, eine Volksgemeinschaft zu schaffen, die in vorderster Reihe in dem Kampf um Deutschlands Größe steht.«<sup>8</sup> Und in der Tat beteiligten sich die Berliner rege am Fest: Sie säumten die Straßen zum Festzug, schmückten ihre Fenster, besuchten in großen Zahlen das Festspiel und nahmen am Blumenkorso teil.

## Ost-Berlin 1987

Ein halbes Jahrhundert später war Berlin eine geteilte Stadt. Und 1987 war ein Ende der Teilung noch nicht absehbar – rückblickend vielleicht schon, zeitgenössisch aber nicht. So standen sich beide Stadthälften zur 750-Jahr-Feier in voller Ausprägung als Repräsentanten miteinander konkurrierender Gesellschaftssysteme gegenüber.

Im Osten kam das anstehende Jubiläum schon früh auf die Agenda und wurde sofort als Staatsereignis eingestuft. DDR-Kulturchef Kurt Hager erklärte bereits 1981, die Feier könne erstens »einen wesentlichen Beitrag bei der Festigung des sozialistischen Heimat- und Nationalbewusstseins der Bürger der DDR leisten«, zweitens »das internationale Ansehen Ber-

lins als sozialistische Metropole stärken« und schließlich »imperialistische Konzeptionen von einer ›Gesamtberliner Geschichte‹ bzw. vom ›Offenhalten der deutschen Frage‹ wirksam zerschlagen helfen.«<sup>9</sup> Anders als im Dritten Reich bekam das Fest in der DDR also direkt einen staatspolitischen Rang. Damit war eines von vornherein klar: Man würde 1987 auf gar keinen Fall mit West-Berlin zusammen feiern.

Als es 1987 dann soweit war, befand sich die DDR längst in eine Phase offener und in erster Linie wirtschaftlicher Stagnation. Aber die 750-Jahr-Feier hatte dennoch gewaltige Dimensionen angenommen, zusätzlich angetrieben von der Feierkonkurrenz zu West-Berlin. Das spiegelte sich besonders im Wohnungsbau und in der Pflege des historischen Stadtbildes wider. Am Platz der Akademie (heute: Gendarmenmarkt), der lange eine imposante Ruinenlandschaft gewesen war, waren das Schauspielhaus, der Französische Dom und der Deutsche Dom wiederaufgebaut worden. Ebenso überraschend war der historisierende Neubau des Nikolaiviertels, Berlins Geburtsstätte. Diese stattete Ost-Berlin mit einer historischen Kulisse aus, die im Realsozialismus durchaus spektakulär war. Sie unterstrich zudem, dass die Wurzeln der Stadt diesseits der Mauer lagen und nicht drüben, in West-Berlin.

Das Festprogramm dauerte das ganze Jahr, es gab internationale Konferenzen, Jahrmärkte, Bücher, Ausstellungen, gute Versorgung, Konzerte und Volksfeste. Der Geburtstag selbst wurde mit einem Staatsakt im Palast der Republik gefeiert. Hier malte Honecker schöne Wunschbilder über die Mauerstadt, als er spürte »wie kraftvoll der Puls des Lebens in unserem Lande schlägt. Berlin, die Stadt des Friedens, erwies sich als welt-offener Ort der Begegnung, des Dialogs und der Zusammenarbeit, als Anziehungspunkt für namhafte Künstler und Ensembles der internationalen Kultur.«<sup>10</sup>

Unbestrittener Höhepunkt war der große historische Festzug, der am 4. Juli 1987 bei strahlendem Sonnenschein durch die Hauptstadt rollte. Im Vergleich zu 1937 war die Strecke zwar kurz, die Zahl der Mitwirkenden mit 40 000 Menschen dafür aber fast zehn Mal so hoch. Der Zug umfasste 291 Bildfolgen und dauerte volle fünf Stunden. Es kostete die kriselnde DDR erhebliche Energien, um dieses Wagnis »störungsfrei« über die Bühne zu bekommen.<sup>11</sup> Der Platz um die Haupttribüne an der Karl-Liebknecht-Straße war weiträumig abgeriegelt und mit ausgewähltem Publikum besetzt. Die Beamten der Staatssicherheit befanden sich im Großeinsatz. Doch der Tag wurde ein großer Erfolg. Der Festzug überraschte Freund und Feind mit seiner üppigen und ideenreichen Ausstattung. Ganz anders als die üblichen sozialistischen Aufmärsche verströmte er Locker-

heit und echte Volksfeststimmung – darüber waren sich Informanten der Stasi und westdeutsche Journalisten einig.

Der Festzug sparte die sensiblen Kapitel der Ost-Berliner Geschichte nicht aus. Das galt beispielsweise für die »Befreiung« 1945 durch die Rote Armee, die viele ältere Berliner mit schrecklichen Erfahrungen verbanden. Sogar die Berliner Mauer kam im Festzug vor. Ein Thema der Nachkriegsgeschichte fehlte in Ost-Berlin jedoch völlig, und das war West-Berlin. Weder in Geschichtsdarstellungen noch im Fest wurde auf die Entwicklung im Westteil eingegangen – die Berliner Geschichte verengte sich ab 1949, dem Gründungsjahr der DDR, demonstrativ auf die östliche Stadthälfte.

Doch die mühsam aufrechterhaltene Fassade zeigte (vor allem im Rückblick) bereits viele Risse. Gorbatschow kam nach Berlin und wurde besonders laut bejubelt, während die offiziellen Beziehungen mit der SED-Führung bereits sehr abkühlten. Kurt Hager degradierte die Perestrojka zum »Tapetenwechsel«. Demonstranten zeigten bei den offiziellen Kundgebungen zum 1. Mai in jenem Jahr zahlreiche Gorbatschow-Bilder.<sup>12</sup>

Auch bei manchen Festveranstaltungen wurde die Opposition sichtbar. Zu Pfingsten kam es bei West-Berliner Rockkonzerten an der Mauer zu Unruhen in Ost-Berlin. Ende Juni fand in Berlin ein kritischer »Kirchentag von unten« statt, wo über Glasnost und Perestrojka debattiert wurde. Zudem setzte die alternative Szene der Staatspropaganda eigene Berlin-Bilder entgegen. So initiierten Harald Hauswald und Lutz Rathenow in der Umweltbibliothek erstmals ihre Fotoausstellung »Ostberlin – die andere Seite einer Stadt«. Ihr Projekt war auch gegen das Jubiläum gerichtet und dokumentierte Aussteiger, Alltag und Jugendkulturen der Hauptstadt. Es wurde über die DDR hinaus bekannt, unter anderem durch die westdeutsche Zeitschrift GEO, die 1986 mit einer Sonderausgabe zu den Szenen in West- und Ost-Berlin herauskam.<sup>13</sup>

So war der hohe Rang, der dem Fest staatlicherseits zuerkannt wurde, auch eine Belastung. Es blieb wenig Raum für die Betonung einer eigenständigen Berliner Identität. Zudem stieg überall im Land der Ärger auf die Hauptstadt, die so offensichtlich bevorzugt wurde. Über Berlin zu lästern, wurde 1987 in der Region fast zu einer patriotischen Bürgerpflicht. Es gab Sprüche und Witze ohne Ende: »Für Berlin das Beste, für die Republik die Reste«; »Kann man ohne Ekel bis 1000 zählen? Nein, man muss an den 750 vorbei.«; »Das Versorgungsproblem im Sozialismus ist gelöst: Wir schaffen alles nach Berlin, und dort holt sich jeder ab, was er braucht.« Bauarbeiter aus der gesamten Republik wurden nach Berlin beordert, um die Hauptstadt auszuputzen, während zuhause die Innenstädte weiter zer-

fielen. So kam es, dass in Berlin Zementlaster aus Thüringen mit Losungen wie »1026 Jahre Halle« fuhren. Autoaufkleber wie »781 Jahre Dresden« und »821 Jahre Leipzig« wurden vom Staat heuchlerisch zu Zeichen sozialistischer Heimatliebe umgedeutet. Nicht selten endete der Berlin-Hass in Vandalismus: Mehrfach wurden im Umland Berliner Autos beschädigt oder mit Farbe beschmiert (»Ärsche 750«), hungrig aufgegriffen von westlichen Medien.<sup>14</sup>

So mischte sich die Berlinfeierei mit allerlei alltäglichen Themen des Spätsozialismus, und im Westen war das im Grunde nicht viel anders.

## West-Berlin 1987

West-Berlin war Mitte der 1980er-Jahre einer der merkwürdigsten Orte Europas. Seit fast 40 Jahren hatte die halbe Metropole nun schon überlebt, eingemauert und doch frei, eine Enklave in feindlichem Land. Durch das Berlinabkommen 1971 hatte sich ihre exponierte geografische Lage zwar inzwischen stabilisiert. Doch das warf im Grunde die Frage auf, wozu West-Berlin eigentlich noch da war. Nationale Identität, Wiedervereinigungsgebot und Hauptstadtambitionen waren für weite Teile der jüngeren Generation Begriffe aus einer anderen Welt. Und der seit 1981 regierende Senat unter Richard von Weizsäcker (CDU) musste reihenweise soziale, politische, wirtschaftliche und stadtplanerische Krisen eindämmen.<sup>15</sup>

So war der 750. Geburtstag für West-Berlin zunächst ein schwieriges Datum. Es gab wenig Anlass für stolze Selbstinszenierungen. Die Teilung lehnte man ab. Die Altstadt lag hinter der Mauer. Zudem wurden im Abgeordnetenhaus nachdrücklich Vergleiche angestellt: »Wir wollen nicht, dass eine Feier per Dekret stattfindet, etwa wie jene, die jetzt mit militärischem Pomp in Ost-Berlin vorbereitet wird.«<sup>16</sup> Ursprünglich hatte man auf gemeinsame Veranstaltungen mit Ost-Berlin gehofft, um die Zusammengehörigkeit zu unterstreichen. Doch Ende 1985 zerschlugen sich alle Hoffnungen. Die DDR-Hauptstadt zog ein eigenes Staatsfest auf, und blendete sein »Vorstadtgebiet« aus. So musste West-Berlin 1987 alleine die Einheit der Stadt vor Augen führen. »Das Geschichtsfest wird doppelt begangen, aber gemeinsam gesehen«, verkündete das Programmbuch, das ganz bewusst auch auf die Ost-Berliner Veranstaltungen hinwies.<sup>17</sup> Es entstand eine Feier »vor den Toren der Stadt«, wie man sagte. Die doppeldeutige Formel bezeichnete historisch die Gegend entlang der früheren Stadtgrenze zwischen Brandenburger Tor, Potsdamer Tor, Halleschem Tor und so weiter. Hier verlief jetzt aber die Berliner Mauer. Damit war die Fest-

choreographie »vor den Toren« 1987 durchaus auch politisch gemeint: mit Blick auf Ost-Berlin.

In den frühen 1980er-Jahren hatte West-Berlin ohnehin diese leere und vernachlässigte Mitte der alten Reichshauptstadt wiederentdeckt.<sup>18</sup> 1987 gab es hier eine Reihe von Renovierungsprojekten: der Hamburger Bahnhof, der Martin-Gropius-Bau und die Kongresshalle. Am Kulturforum wurde die Philharmonie um den Kammermusiksaal erweitert und eine Probestrecke der futuristischen Magnetbahn aufgebaut. Auch die Gründung des Deutschen Historischen Museums passte zu dieser Strategie, die Mitte wiederzubeleben. Seinen Sitz sollte das neue Museum gegenüber dem Reichstag haben.

In diesem »zentralen Bereich«, im Gropius-Bau, fand auch die große Jubiläumsausstellung »Berlin, Berlin« statt, wo West-Berlin seine stolze Metropolengeschichte inszenierte. Die Besucher sollten die dynamische Geschichte der Großstadt sinnlich erfahren. Beispielhaft dafür stand der große Lichthof, der unter dem Titel »Die schnellste Stadt der Welt« die verlorene Metropolis der Weimarer Republik vor Augen führte. Dazu gehörten auch die Schattenseiten der Berliner Geschichte, die an diesem Ort sowieso präsent waren. Der Haupteingang des Martin-Gropius-Baus wurde von der Berliner Mauer versperrt. Neben an lag das Brachgelände des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes, Hauptsitz der SS. Auf Betreiben von Bürgerinitiativen wurde die Geschichte dieses »Gestapo-Geländes« 1987 erstmals in einer Begleitausstellung aufgearbeitet – der Ursprung der heutigen Topografie des Terrors.

Wie Gorbatschow im Osten, so kamen die westlichen Alliierten zum Geburtstag nach West-Berlin: François Mitterrand, Queen Elizabeth II. und schließlich der US-Präsident Ronald Reagan, der zu diesem Anlass eine berühmt gewordene Rede am Brandenburger Tor hielt. Berlinpolitisch hing für kurze Zeit ein großer Coup in der Luft, mit gegenseitigen Festeinladungen zwischen dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen und dem Staats- und Parteichef Erich Honecker – doch die Westalliierten blockierten einen solchen Ausbruch aus dem Labyrinth der Statusfragen.<sup>19</sup> Dafür gab es in Ost-Berlin später eine erste – informelle – Begegnung zwischen Diepgen und seinem östlichen Amtskollegen Erhard Krack. Seit 1989 ist kaum noch vorstellbar, wie spektakulär das 1987 für alle Beteiligten war.

Mit solchen Bauprojekten, Ausstellungen und Staatsbesuchen hatte West-Berlin seine Jubiläumsfeier fast beisammen. Für die zentralen Festveranstaltungen allerdings musste das von Ulrich Eckhardt geleitete Organisationsbüro B750 noch Konzepte entwickeln. Die nationalsozialistische

700-Jahr-Feier hatte eine Reihe traditioneller Festformen diskreditiert. Dies galt an erster Stelle für den Festzug. Bereits in den ersten Ideenskizzen wurde festgehalten, dass »alle Peinlichkeiten mit historisierenden Aufzügen und einer dazu nötigen Massenregie« zu vermeiden wären.<sup>20</sup> Auch große historische Aufführungen im Olympiastadion waren nicht wiederholbar. Volksfeste sollte es 1987 aber unbedingt auch geben.

West-Berlin verwandte viel Energie darauf, neue Festformen zu erfinden. Das gelang zuallererst mit dem »Wasserkorso«, einem Festzug auf dem Wasser, zu dem historische Schiffe aus ganz (West-)Europa eingeladen wurden. So konnte man den gefürchteten Gleichschritt vermeiden und sich zugleich als weltoffen präsentieren. »Kein Jubiläum ohne Festzug!«, erklärten die Veranstalter. »Doch diesmal muss nicht marschiert werden, denn der Umzug findet auf dem Wasser statt, auf den Kanälen, den Havelseen und natürlich auf der Spree, die unbeeindruckt von Grenzen die Stadt wie vor 750 Jahren in ihrem alten Bett durchfließt.«<sup>21</sup>

Ein weiterer Höhepunkt des Jubiläumstages wurden die multimediale Inszenierungen an der Siegestsäule. Die »SternStunden« präsentierten eine Theater- und Musik-Revue zur Geschichte Berlins. Auch das war als demokratische Variante des Stadtfestes gedacht. Statt des Olympiastadions wählte West-Berlin einen öffentlichen Park, den Tiergarten, und organisierte eine Show nicht auf der Basis von Massenchoreografien, sondern mit Einzelauftritten und technischen Projektionen. Rückblickend erklärte der Kultursenator emphatisch, die »SternStunden« hätten »die 700-Jahr-Feier aufgehoben«. West-Berlin habe bewiesen, »dass auch eine offene, demokratische Gesellschaft den großen Raum kulturell in Besitz nehmen kann und ihn nicht immer der Erinnerung an gleichgeschaltete Kolonnen einer unseligen Vergangenheit überantworten muß«. Die Siegestsäule sei in eine »Friedenssäule« umgewandelt worden.<sup>22</sup>

Dennoch gab es auch in West-Berlin viel Kritik und am Ende auch Gewalt. Im Laufe des Feierjahres wurde der nicht ablassende Strom an Festveranstaltungen, Reden, Empfänge und Ausstellungen von wachsendem Spott und Zynismus begleitet, zumal es in Kreuzberg am 1. Mai und im Juni schwere Krawalle gegeben hatte, die durchaus von den dauernden politischen Selbstdarstellungen beflügelt wurden. Parolen wie »750 Jahre – es reicht« zierte Wände und Fassaden. Im Oktober nahmen Kritiker mit einer satirisch-karnevalistischen B750-Antiparade den Kurfürstendamm in Besitz.<sup>23</sup>

So überwog im Herbst die Ernüchterung: Das Jubiläum war ein wenig zu groß geraten und hatte nicht, wie erhofft, zu klaren Fortschritten im innerstädtischen Verhältnis geführt. Oder doch...?

## Verflechtungen

So sorgfältig die Jubiläumsfeiern auch geplant und vorbereitet waren, gab es 1987 doch viele unerwartete und spontane Ereignisse. Als besonders unberechenbar erwies sich der direkte Austausch zwischen Ost- und West-Berlin. Immer wieder kam es auf den verschiedensten Kommunikationswegen zu solchen Interaktionen. Beobachter sprachen diesbezüglich oft von »Klopffzeichen an der Mauer«. Natürlich ging die Initiative dazu häufiger von West-Berlin aus, das zum Geburtstag ja stets das Gemeinsame betonen wollte. Aber auch aus Ost-Berlin kamen Signale, vom Staat, etwa beim erwähnten Einladungsprozess, wie auch von der Bevölkerung.

Paradigmatisch dafür stehen die bereits erwähnten Rockkonzerte am Reichstag samt »Mauerschlacht« in Ost-Berlin.<sup>24</sup> Konzerte an der Mauer hatte es öfter gegeben, und die West-Berliner Veranstalter sorgten ganz bewusst für die Beschallung von Ost-Berlin. So auch am Pfingstwochende im Juni 1987, als das dreitägige »Concert for Berlin« stattfand, unter anderem mit David Bowie, New Model Army, Neil Young und Genesis. Doch diesmal waren die Auswirkungen verblüffend. Während sich etwa 60 000 zahlende West-Berliner auf ein entspanntes Open-Air-Konzert freuten, stieg drüben Unter den Linden umgekehrt die Spannung an. Die DDR-Jugend war bestens über das Festival informiert. So versammelten sich am Samstagabend einige hundert Fans so nah am Brandenburger Tor wie möglich, um David Bowie zu hören. Der Rockstar begrüßte sogar auf Deutsch seine Freunde »auf der anderen Seite der Mauer«. Die Volkspolizei war darauf nicht vorbereitet und drängte die Menge zurück. Empört reagierte diese mit Sprechchören.

Das sprach sich herum und am nächsten Tag war die Ost-Berliner Fanschar auf über 2000 Menschen angewachsen. Der Sicherheitsapparat mischte nun Zivilbeamte unter die Fans, um die »Rädelsführer« ausfindig zu machen und die Menge zu zügeln. So richtig gelang dies nicht. Beim Auftritt der Eurythmics kam es zu schweren Auseinandersetzungen. Die Rockfans riefen »Wir wollen Gorbatschow!« und dann sogar »Die Mauer muss weg!«.

Am folgenden Montagabend fanden sich noch einmal deutlich mehr Menschen ein. Das Brandenburger Tor war jetzt allerdings im Osten so weiträumig abgesperrt, dass das Konzert der Gruppe Genesis hier kaum noch zu hören war. Nun eskalierte die Situation. Die Jugendlichen riefen »Bullen raus!«, »Die Mauer muss weg!«, aber auch »Kreuzberg ist überall!« und »Kreuzberger Nächte sind lang« – eine Anspielung auf die Situation im anderen Stadtteil, wo es im Mai, wie man sehr wohl wusste, schwere Kra-

walle gegeben hatte. Nun flogen Flaschen und Gummiknüppel, die Staatsorgane schritten mit brutaler Gewalt ein und nahmen etwa 120 Menschen fest. Eine solche Straßenschlacht zwischen Volkspolizei und Jugendlichen war in der DDR völlig ungewöhnlich. Die Westmedien berichteten ausführlich, nicht zuletzt, weil sich mehrere Westreporter, begierig auf diese Story, im Ost-Berliner Publikum befunden hatten und ebenfalls schikaniert worden waren. West-Berliner Fernsehen war fast live dabei und so bekam Deutschland zur 750-Jahr-Feier auch das hässliche Gesicht Ost-Berlins zu sehen.

Die Ost-Berliner »Mauerschlacht« zum West-Berliner Rockkonzert war noch in aller Munde, als einige Tage später Ronald Reagan anreiste.<sup>25</sup> Seine große Rede am 12. Juni 1987 gehörte zu den sorgfältig geplanten und inszenierten Klopzeichen an der Mauer. Vor allem die Wahl des Ortes, die telegene Kulisse mit dem Blick auf Ost-Berlin, erwies sich als genial. Diesmal war der westliche Bereich vor dem Brandenburger Tor weiträumig abgesperrt, denn es war schon tagelang unruhig in West-Berlin. Demonstrationen fanden in der City West statt, die Autonomen wurden mit Straßensperren in Kreuzberg abgeschnitten und vor der Bühne hatte man ein ausgewähltes Publikum versammelt, darunter viele Amerikaner und auch sogenannte »Stabilisatoren«, die Störer sofort einkapseln konnten (Die *taz* verglich hämisch die »Stabis« hier mit den »Stasis« drüben). Nur vom Erzfeind im Globalkonflikt, der doch direkt im Rücken des US-Präsidenten an der Mauer stand, schien man keine bösen Überraschungen mehr zu erwarten. Die DDR-Organe verfolgten das Treiben vor »ihrem« Brandenburger Tor mit Argusaugen. Wie erwartet richtete sich Reagan in seiner Ansprache mehrfach an die Ost-Berliner hinter ihm: »Es gibt nur *ein* Berlin«, sagte er auf Deutsch. Und über Ost-Berlin hinaus adressierte er seinen berühmten Appell an Moskau: »Mr. Gorbachev, tear down this wall.«

Reagans Besuch rief in West-Berlin neben Zustimmung auch viel Kritik hervor, denn der amerikanische Präsident galt als Kalter Krieger. So konnte es dazu kommen, dass Demonstranten beiderseits der Mauer die herrschende Ordnung mit »Gorbi, Gorbi«-Rufen herausforderten – auch wenn ihre Situation in Ost- und West-Berlin unterschiedlicher kaum sein konnte. Die Abfolge von Demonstration, Konfrontation und Eskalation entwickelte sich beim Anti-Reagan-Protest am 11. und 12. Juni in West-Berlin nach bekanntem Muster. Im Übrigen gab es auch hier den Echoeffekt: Demonstranten, die am 11. Juni stundenlang vor dem Kaufhaus des Westens eingekesselt waren, riefen in Richtung der Polizeikette: »Die Mauer muss weg!«. So verflochten sich gar die Protestkulturen über die Mauer hinweg.

Nach den aufgeblähten Programmen und scheinbar endlosen Berlin-Veranstaltungen gab es Ende 1987 im Grunde überall, in Ost- wie West, Übermüdung und Skepsis – man hatte die ewigen Selbstfeiern satt. Mit einigem Unbehagen blickte West-Berlin jetzt auf 1988, denn dann sollte die Insel zu allem Überfluss auch noch Europas Kulturhauptstadt werden (im Volksmund: »751-Jahr-Feier«). Versuchte die Inselstadt ihre Sinnkrise mit großen Festivals zu überdecken? So kommentierte es etwa das *Berliner Volksblatt*, und schaute Ende 1987 tapfer in die Zukunft: 1987 Jubiläum, 1988 Kulturhauptstadt, und »für 1989 wird noch ein Anlaß zu feiern gesucht.«<sup>26</sup>

## Anmerkungen

- 1 Gekürzte Fassung eines Vortrags in der Gedenkstätte Berliner Mauer vom 8. September 2017.
- 2 Landesarchiv Berlin [LAB], A-Rep 021-2, Aktennotiz 6.2.1928.
- 3 Krijn Thijs, Party, Pomp und Propaganda. Die Berliner Stadtjubiläen 1937 und 1987, Berlin 2012.
- 4 Gernot Schaulinski und Paul Spies (Hg.), Berlin 1937 – Im Schatten von Morgen, Berlin 2017.
- 5 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt. Folge der Feier vom 14. bis 22. August 1937, Berlin 1937.
- 6 Völkischer Beobachter, 17.8.1937.
- 7 Elke Fröhlich (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd I/4, München 2000, S. 263–264.
- 8 Berliner Morgenpost, 15.8.1937.
- 9 Schreiben vom 9.7.1981, in: Bundesarchiv Berlin SAPMO, DY30/vorl SED 38791.
- 10 750 Jahre Berlin. Staatsakt der DDR am 23. Oktober 1987, Berlin 1988.
- 11 Das Bilderbuch vom Festumzug, Berlin 1987; Jens Schöne, Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987, Berlin 2006.
- 12 Für diese Protestkulturen: Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.
- 13 Harald Hauswald und Lutz Rathenow, Ost-Berlin. Die andere Seite der Stadt, Berlin 1990; vgl. GEO Special 6 (1986).
- 14 Wolfgang Oschlies, »Man nennt uns manchmal Fischkopf...« Zum DDR-Regionalismus und seinen subkulturellen Reflexen«, in: Deutschland Archiv 21 (1988), S. 778–786.
- 15 Wilfried Rott, Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990, München 2009; Krijn Thijs, Der Mauerfall und das verlorene West-Berlin in: Deutschland Archiv 7 (2011).

- 16 Abgeordnetenhaus von Berlin, Plenardebatte 9/28, 23.9.1982, S. 1737B (Biewald, CDU).
- 17 Ulrich Eckhardt (Hg.), 750 Jahre Berlin. Stadt der Gegenwart, Berlin 1987 (Klappentext).
- 18 Krijn Thijs, »West-Berliner Visionen für eine neue Mitte. Die Internationale Bauausstellung, der ›Zentrale Bereich‹ und die ›Geschichtslandschaft‹ an der Mauer (1981–1985)«, in: Zeithistorische Forschungen 11 (2014) 2, S.235–261.
- 19 Schöne, Stabilität (Anm. 11), S. 80–88.
- 20 LAB, B Rep 150, 54: Ideenskizze, 19.9.1983.
- 21 LAB, B Rep 150, 54: Pressematerialien, 3.9.1984.
- 22 Torsten Maß (Hg.), 750 Jahre Berlin. Sternstunden. Eine Dokumentation, Berlin 1987, S.3.
- 23 Cornelia Kühn, »Trachtenumzug, Skulpturenboulevard oder B-750 Parade? Aushandlungsprozesse um die politische Repräsentation und ästhetische Gestaltung der 750-Jahr-Feier in West-Berlin«, in: Kaspar Maase u. a. (Hg.), Macher – Medien – Publika. Beiträge der europäischen Ethnologie zu Geschmack und Vergnügen, Würzburg 2014.
- 24 Für das Folgende: Schöne, Stabilität (Anm. 11) sowie Kowalczuk, Endspiel (Anm. 12).
- 25 Für das Folgende: Helmut von Trotnow und Florian Weiß (Hg.), Tear down this Wall. US-Präsident Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor, 12. Juni 1987, Berlin 2007.
- 26 Volksblatt Berlin, 22.11.1987.



Der Eingang der Versöhnungskirche in der Bernauer Straße wird durch die Berliner Mauer versperrt, 1961.

Maria Neumann

## »Wir gehören zusammen!« Christliche Gemeinschaft und kirchliche Zeitungen im geteilten Berlin

### Geeinte Kirche in der geteilten Stadt

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs teilten die Siegermächte Berlin in vier Sektoren auf. Diesen Sonderstatus als Vier-Sektoren-Stadt behielt Berlin auch nach der Gründung der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1949. Die drei von den Alliierten geführten Sektoren Berlins wurden von einer gemeinsamen Senatsverwaltung geführt. Der Ostteil der Stadt, den die DDR als ihre

Hauptstadt bezeichnete, wurde von einem Magistrat verwaltet. Trotz der politischen Teilung der Stadt blieb das Leben der Berlinerinnen und Berliner aufgrund von verwandtschaftlichen Beziehungen, Arbeitsverhältnissen oder Gemeindemitgliedschaften miteinander verflochten. Denn solange die innerstädtische Grenze geöffnet war, konnten sich Familienangehörige und Freunde innerhalb des Stadtgebietes besuchen; arbeiteten Ost-Berliner in West-Berlin und war es West-Berliner Gemeindemitgliedern möglich, an Gottesdiensten im Osten der Stadt teilzunehmen oder umgekehrt. Das alles änderte sich am Tag des Mauerbaus. In der Nacht zum 13. August 1961 ließ die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) die Grenze zu West-Berlin abriegeln. Die beiden Stadthälften waren nun auch physisch geteilt: Menschen verloren ihre Arbeitsplätze, Familien wurden zerrissen, Kirchengemeinden durch Stacheldraht getrennt.

Der evangelische Bischof Dibelius aber erklärte nur wenige Tage nach dem Bau der Mauer, dass sich an der Situation der Christen nichts geändert habe und die Einheit der Kirchen trotz aller staatlichen Trennungsversuche fortbestehen werde. Die katholische Kirchenzeitung West-Berlins, das *Petrusblatt*, reagierte in ganz ähnlicher Weise auf den Mauerbau. Unter dem Mut machenden und zugleich mahnenden Titel »Wir gehören zusammen!« erklärten die Redakteure des Blattes den Berliner Katholikinnen und Katholiken:

»Schwere Sorgen haben die jüngsten Ereignisse den Menschen diesseits und jenseits des Brandenburger Tores aufgebürdet. [...] Umso mehr aber kommt es jetzt darauf an, die innere Einheit des Berliner Bistums zu wahren. Diese innere Einheit ist von politischen Grenzziehungen unabhängig.«<sup>1</sup>

Wie aber ließ sich diese Einheit in der Praxis aufrechterhalten? Inwieweit zerrissen die staatlichen Grenzen die Glaubensgemeinschaften an der sogenannten Nahtstelle der Systeme – wurde die Mauer aus Beton auch eine Mauer im Glauben?

## Das Bistum Berlin im Kalten Krieg

Die Reaktionen der Kirchenleitungen und der kirchlichen Medien auf den Mauerbau täuschen darüber hinweg, dass die Einheit der Berliner Diözese und der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (EKiBB) längst fragil geworden war. Denn dass sich die Einheit der kirchlichen Amtsgebiete

in Berlin nur zum Mindestpreis einer organisatorischen Trennung aufrechterhalten lassen würde, war schon in der Gründungsphase der beiden deutschen Staaten deutlich geworden.

Das Bistum Berlin reagierte frühzeitig darauf und nahm strukturelle Veränderungen vor. Bereits 1948 teilte die Diözese ihre Finanzverwaltung in eine Ost- und eine West-Verwaltung auf, da sie die Besoldung der kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach der Währungsreform in den von den Alliierten geführten Zonen nicht mehr einheitlich regeln konnte. Ab 1953 verfügte auch das Bischöfliche Ordinariat, also die Verwaltung der Diözese, über zwei Adressen: einer in Ost- und einer in West-Berlin. Außerdem gab es ab 1967 zwei Generalvikare. Das Bistum hatte damit zwei, statt wie üblich einen obersten Verwalter.

Ebenso waren Laienorganisationen wie der Domchor der St. Hedwigs-Kathedrale in Ost-Berlin von Neustrukturierungen betroffen. Dieser wurde ebenfalls geteilt: In West-Berlin probte der »Chor der St. Hedwigs-Kathedrale Berlin«, der bis in die 1970er Jahre gar nicht in seiner Ost-Berliner Bischofskirche auftreten durfte; derweil wurde im Ostteil der »Domchor von St. Hedwig Berlin« aufgebaut.

Auch anhand der Priesterausbildung wird deutlich, welche weitreichenden Anpassungsmaßnahmen die SED mit ihrer Repressions- und Abschottungspolitik erzwang. Denn weil die DDR es nicht zuließ, dass Ost-Berliner Priesteramtsanwärter ein Studium in West-Berlin aufnehmen, wurden die Ost-Berliner Theologen seit 1952 im Erfurter Priesterseminar ausgebildet, während die West-Berliner Kandidaten in Paderborn studierten. Die Priester desselben Diözesanklerus erhielten damit nicht nur unterschiedliche Ausbildungen – viel schwerer wog: sie kannten sich nicht mehr.

## Parallelstrukturen und diözesane Einheit

Zwar dienten alle diese Veränderungen theoretisch der Aufrechterhaltung der diözesanen Einheit, doch führten sie gleichzeitig zur Herausbildung von Parallelstrukturen und förderten Entfremdungstendenzen. Wenngleich die katholischen Diözesan-Mitglieder über die Person des Bischofs, der seit 1961 in Ost-Berlin residierte und monatlich erst drei, später zehn Tage in West-Berlin verbringen durfte, miteinander verbunden blieben – im Alltag unterschied sich das kirchliche Leben in Ost- und West-Berlin zusehends voneinander. Einerseits waren die Ost-Berliner Katholiken »konservativen« Traditionen verhaftet, gleichzeitig befanden sie sich in der

Situation einer Subgesellschaft, die nicht auf etablierte Milieustrukturen zurückgreifen konnte und somit auf neue, innovative Praktiken angewiesen war.<sup>2</sup> Das zeigt sich zum Beispiel am Einsatz sogenannter Diakonats-helfer, die unter anderem überlastete Priester in kleinen Gemeinden bei der Kommunionausteilung unterstützten. Andererseits galten die West-Berliner Gläubigen bei den Ost-Berliner Katholiken als »progressiv und liberal«, auch weil sie mit den konservativen Positionen im Ost-Berliner Katholizismus wenig anfangen konnten und sich für Reformen einsetzten. Ferner saß mit Walter Adolph in West-Berlin ein reformorientierter Generalvikar, der sich gegen den in Ost-Berlin residierenden konservativen Bischof abgrenzen konnte. So sind in West-Berliner Kirchen beispielsweise schon ab den 1970er Jahren Mädchen und Frauen als Ministrantinnen und Lektorinnen zugelassen worden. Demgegenüber lehnten die Ost-Berliner Katholiken weibliche Messdienerinnen bis in die 1990er Jahre ab.

All das deutet bereits darauf hin, dass sich der Einheitsbegriff im Zeitverlauf wandelte und zunehmend abstrakt verstanden wurde, ohne länger Einfluss auf das kirchliche Leben vor Ort zu nehmen. Vielmehr verfestigte sich die Teilung im Kirchenalltag bis 1989/90. So findet sich auch in der Ost-Berliner Bistumszeitung *Hedwigsblatt* vom 11. März 1990 die Frage, wie lange es wohl dauern würde, bis das Bistum wieder zusammenwachse. Das Blatt verwies damit auf jene tiefen Risse, die seit Jahrzehnten zwischen den Bistumshälften verliefen.<sup>3</sup>

## Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg wappnet sich

Während das Bistum Berlin bis zum Mauerfall nicht getrennt wurde, entschied sich die EKIBB für einen anderen Weg. Sie gab ihre staatskirchenrechtliche Einheit in den 1960er Jahren vorerst auf. Entlang der Systemgrenze wurde die EKIBB in zwei Bereiche – Ost und West – aufgeteilt; ab 1972 unterstanden diese jeweils einem eigenen Bischof. Tatsächlich hatte sich die Gesamtberliner Synode schon 1959 auf einen solchen Schritt vorbereitet. Die Synodalen aus Ost- und West-Berlin hatten gemeinsam eine Notverordnung erlassen, die es im Fall einer länger andauernden räumlichen Trennung regionalen Synoden ermöglichen sollte, getrennt voneinander Entscheidungen zu treffen, um handlungsfähig zu bleiben. Zwar sollte es sich bei diesem Entschluss nur um eine pragmatische, keine endgültige Trennung handeln, Wirklichkeit war sie damit aber trotzdem geworden.

Zudem hatten sich die evangelischen Gemeinden in Ost- und West-Berlin schon früher auseinanderentwickelt. Das lässt sich anhand sogenannter Visitationsberichte nachvollziehen. Visitationen sind regelmäßige Besuche von Kirchenleitungsmitgliedern in den einzelnen Kirchengemeinden, die dazu dienen sollen, den Ist-Zustand zu erfassen und davon ausgehend Lösungs- oder Verbesserungsvorschläge für die Gemeinden zu erarbeiten. Aus den Berichten geht vor allem hervor, dass sich die Alltagsprobleme der Kirchenmitglieder in Ost- und West-Berlin immer mehr voneinander unterschieden.

Deutlich wird das unter anderem am Umgang mit der Jugendweihe. Zwar wurde dieses nicht-kirchliche Initiationsritual, bei dem der Übergang ins Erwachsenenalter gefeiert wird, bereits seit der Jahrhundertwende in Deutschland praktiziert, doch ab Mitte der 1950er Jahre war die Teilnahme daran in der DDR quasi staatlich verordnet: Jugendliche wurden in den staatlichen Massenorganisationen und in der Schule dazu angehalten, an der Jugendweihe teilzunehmen. Andernfalls drohten ihnen schulische und berufliche Nachteile. Da die Jugendweihe etwa zeitgleich mit der Konfirmation stattfand, trat sie in direkte Konkurrenz zum kirchlichen Übertritt ins Erwachsenenalter. Jedoch gerieten die Gemeindeglieder nicht nur staatlicherseits unter Druck. Die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg wies ihre Pfarrer 1955 an, alle Kinder, die zur Jugendweihe gegangen waren oder gehen wollten, nicht zu konfirmieren, was einem Ausschluss aus der kirchlichen Gemeinschaft gleichkam.<sup>4</sup> Erst 1966 rückte die Kirchenleitung von dieser Weisung ab. Seither war es Kindern in Ost-Berlin wieder möglich, sich konfirmieren zu lassen, obgleich sie an der Jugendweihe teilgenommen hatten. Im kirchlichen Alltag der West-Berliner Protestanten, wo die Jugendweihe nicht staatlich initiiert wurde, spielte diese hingegen keine Rolle. Die Zahl der Jugendlichen, die dort zur Jugendweihe gingen, war äußerst gering.

## Selbstverständlichkeiten und Herausforderungen

Die Visitationsberichte belegen: Was in West-Berlin als Selbstverständlichkeit verstanden wurde, stellte für die evangelischen Gemeinden in Ost-Berlin häufig ein existentielles Problem dar. Das zeigt auch ein Blick auf den Religionsunterricht. In Ost-Berlin und in der DDR war es Aufgabe der Kirchengemeinden, diesen zu organisieren. Sie mussten entsprechendes Personal einstellen und finanzieren. Darüber hinaus wurde der Religionsunterricht aus den Räumen der öffentlichen Schulen verdrängt, was

bedeutete, dass dieser außerhalb der Schulzeit und in kirchlichen Räumen stattfinden musste, an denen es oft mangelte. Beschreibungen wie aus der Brandenburger Gemeinde Zeesen sind deshalb keine Seltenheit:

»In einem engen Raum mit niedriger Decke und schrägen Wänden müssen über 20 Kinder gleichzeitig unterrichtet werden. Als Sitzgelegenheit muß sogar das Bett der Katechetin [evangelische Religionslehrerin] dienen.«<sup>5</sup>

In diesem Fall versuchten die DDR-Behörden nicht die Jugendlichen, die sie von den christlichen Gemeinden fernhalten wollten, direkt zu beeinflussen. Aber indem sie den Gemeinden gezielt die Ausübung des Religionsunterrichts erschwerten, sorgten sie dafür, dass ohnehin immer mehr Religionsschülerinnen und -schüler dem Unterricht fernblieben. Aus West-Berlin sind solche Berichte, abgesehen von der unmittelbaren Nachkriegszeit, nicht bekannt. Im Gegenteil, der kirchlichen Verwaltung im West-Berliner Bezirk Kreuzberg schien es sogar wichtig zu betonen, dass die Zusammenarbeit mit den Schulen vor Ort funktionierte: »Der Religionsunterricht ist überwiegend problemlos und kollegial in die jeweiligen Schulen eingliedert.«<sup>6</sup>

Doch sollen diese Beispiele nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das kirchliche Leben in West-Berlin ebenfalls veränderte und sich dort neue Schwerpunkte kirchlicher Arbeit vor allem im sozialen Bereich etablierten. Viele dieser Initiativen gingen über die Kerngemeinde hinaus. Einige Gemeinden konzentrierten sich etwa auf die Arbeit mit Suchtkranken, während in anderen Gemeinden die Integration von Migrantinnen und Migranten im Vordergrund stand. Die West-Berliner Kirchenleitung nahm diese Diversität in den Gemeinden ambivalent wahr: Sie befürwortete das soziale Engagement der Gemeindemitglieder, gleichzeitig kritisierte sie aber, dass die West-Berliner Kirche ihr christliches Profil zunehmend verliere. Infolgedessen beanstandeten Mitglieder der Kirchenleitung, dass die Gemeinden in Kreuzberg zum Beispiel so sehr mit sich selbst beschäftigt seien, dass sie kaum mehr über die eigenen Bezirksgrenzen hinausschauen könnten und nicht in der Lage seien, Missionsarbeit zu leisten. In Berlin-Grunewald hingegen entstände der Eindruck, dass die Gemeinde unbedingt

»eine »moderne« Gemeinde sein will mit ihrem ganzen »make-up« bis hin zu dem Versuch so zu tun, als ob man nicht Kirche sei; deshalb die Vielzahl von Veranstaltungen bis zur Gefahr des Aktionismus.«<sup>7</sup>

Dabei bezogen sich die West-Berliner Visitatoren auf den »Gesprächskreis für Literatur und Theologie«, den die Gemeinde regelmäßig ausrichtete und der aus Sicht der Kirchenleitung keine eigentliche Gemeindegemeinschaft war. Dass diese Beobachtungen wenig mit Kirche und Christsein in der DDR zu tun hatten, liegt auf der Hand, weshalb es kaum möglich ist, die Konflikte zwischen der Kirchenleitung und der kirchlichen Basis in Ost- und in West-Berlin gleichzusetzen.

Das heißt aber nicht, dass sich die Menschen in den beiden Stadthälften nicht beobachteten, miteinander kommunizierten oder aufeinander Bezug nahmen. Auch wenn die Gemeinden schon vor der Trennung der evangelischen Kirche keine Einheit mehr bildeten, blieben sie einander trotzdem in besonderer Weise verbunden – sei es durch den Berliner Kirchenfunk, der in Ost- und West-Berlin empfangen werden konnte, die gemeinsame Liturgie oder Gemeindeparterschaften, die Gemeinden aus Ost- und West-Berlin miteinander verbanden.

Inwiefern daher der katholische Entschluss »durchzuhalten«, im Gegensatz zu einer quasi amtskirchlichen Trennung, wie die EKIBB sie schließlich vollzog, etwas über das Einheitsverständnis und den kirchlichen Alltag der Berliner Christen im Kalten Krieg aussagt, ist erst einmal fraglich. Die beobachteten Konfliktlinien jedenfalls verliefen nicht nur entlang der Grenze zwischen Ost und West oder zwischen Kirche und Staat, sondern auch zwischen Stadt- und Landgemeinden, Geistlichen und Laien oder der Kirchenleitung und der Kirchenbasis. Es genügt somit nicht, das kirchliche Leben im geteilten Berlin allein und eindeutig entlang der Systemgrenzen voneinander zu unterscheiden, wie im Folgenden am Beispiel der zeitgenössischen Berliner Kirchenzeitungen verdeutlicht werden soll.

## Getrennte Kirchenzeitungen: die Grenzen des Gemeinsamen

Zwar kann ein Vergleich der Ost- und West-Berliner Kirchenzeitungen im Kalten Krieg kirchliche Gemeinschaft nicht vollständig abbilden, aber er wirft doch Schlaglichter auf verhandelte innerkirchliche, interkonfessionelle oder überkonfessionelle Alltagsthemen und theologische Diskurse. Zudem geben Kirchenzeitungen kirchliche und kirchenpolitische Diskussionen wieder, ohne auf nationale oder internationale Inhalte festgelegt zu sein.

Beide Konfessionen versuchten 1945 an ihre kirchliche Medienarbeit in der Weimarer Republik anzuknüpfen. Sowohl die evangelische, als auch die katholische Kirche bemühten sich um den Aufbau eines möglichst

unabhängigen Mediensystems, wobei zunächst die Herstellung von Printerzeugnissen im Vordergrund stand. Dem Bistum Berlin gelang es bereits am 2. Dezember 1945, das 1938 von den Nationalsozialisten verbotene *Petrusblatt* wieder aufzulegen. Die Lizenz dafür hatte der katholische Bischof von den amerikanischen Besatzungsbehörden erhalten. Die wöchentlich erscheinende Zeitung wurde in allen vier Sektoren der Stadt Berlin vertrieben und konnte per Post oder Kurier auch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bezogen werden. Das *Petrusblatt* erfreute sich großer Beliebtheit und schon ein Jahr nach Erscheinen erlaubten die US-Amerikanischen Behörden eine Auflagensteigerung um 50 Prozent auf 30 000 Exemplare. Die Amerikaner wollten das *Petrusblatt* auch deshalb unterstützen, weil sie bemerkt hatten, dass sich die vielen politischen Artikel darin oftmals gegen die Sowjetunion richteten und weil sie wussten, dass die zusätzlichen Ausgaben vor allem in die SBZ geliefert werden sollten. Diese Form der politischen Einflussnahme auf die Menschen in der SBZ missfiel den dortigen Machthabern. Mit einem Verweis auf dezidiert anti-kommunistische Artikel verboten sie das *Petrusblatt* außerhalb Berlins zum ersten Mal. Basierend auf einem Geheimbefehl der Landesregierung des Landes Brandenburg durften zwischen Frühjahr und August 1947 keine Petrusblattausgaben mehr in die SBZ geliefert werden. Bald darauf folgte das endgültige Aus der Zeitung. 1953 verbot die SED sowohl die Einfuhr des *Petrusblattes* in die Diasporagebiete außerhalb der Stadtgrenzen als auch nach Ost-Berlin.

## Ein eigenes Blatt für den Ostteil

Stattdessen erhielt der amtierende katholische Bischof, Wilhelm Weskamm, die Lizenz zur Gründung einer eigenen Ost-Berliner Kirchenzeitung: dem *Hedwigsblatt*. Diese Wochenzeitung erschien erstmalig am 3. Januar 1954 und umfasste in der Erstaufgabe 25 000 Exemplare. Das *Hedwigsblatt* war ausschließlich über den Postzeitungsvertrieb zu abonnieren, weshalb die DDR die Abnehmerkreise der Zeitung sehr gut kontrollieren konnte. Diese Kontrolle der Abnehmer sowie die Nachzensur der Zeitung durch die DDR-Behörden beeinflussten die inhaltliche Gestaltung des Blattes massiv. Um kein Publikationsverbot zu provozieren, verzichtete die Redaktion im Gegensatz zu ihrem West-Berliner Pendant auf politische Kommentare und ging selten auf tagesaktuelle Ereignisse ein. Dementsprechend vermied das *Hedwigsblatt* beispielsweise im August 1961 jede Erwähnung der Berliner Mauer, welche die Führung der DDR als

»Antifaschistischen Schutzwall« feierte, obwohl die Berliner Katholiken sie einheitlich ablehnten.

Doch auch wenn es darüber hinaus gelegentliche Versuche gab, aktuelle Nachrichten mit Camouflage-Techniken zu verschlüsseln, indem die Redakteure mit biblischen Metaphern arbeiteten, fehlte es der Zeitung offenkundig an Aktualität und gegenwärtigen Handlungsempfehlungen für die Gläubigen. So ist es nicht verwunderlich, dass das *Petrusblatt* vor allem in den 1950er Jahren versuchte, ein Gegengewicht zur Berichterstattung des *Hedwigsblattes* darzustellen. Was in der Ost-Berliner Zeitung nicht offen angesprochen werden konnte, prangerten die Redakteure in West-Berlin, wo das Prinzip der Meinungs- und Pressefreiheit galt, umso heftiger an. Ihr Ziel war es, etwaige Informationsdefizite der Ost-Berliner Katholiken zu kompensieren. Jedoch nahmen die wenigsten Katholiken im Ostteil des Bistums die Artikel im *Petrusblatt* überhaupt zur Kenntnis, da dieses ja nur mehr illegal nach Ost-Berlin und in die DDR eingeführt werden durfte. Und auch diejenigen, die die Texte lasen, begegneten der West-Berliner Kirchenzeitung oftmals mit zwiespältigen Gefühlen. Selbst wenn sie die Meinung der Petrusblattredakteure teilten, fürchteten sie die Konsequenzen solcher Berichte.

Denn nicht ausschließlich Kirchenmitglieder verfolgten, was im West-Berliner Blatt stand. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und das Staatssekretariat für Kirchenfragen in der DDR erfassten die Äußerungen in der West-Berliner Kirchenpresse ebenfalls und machten den Ost-Berliner Katholiken angebliche Falschmeldungen zum Vorwurf. Sie drohten ihnen mit Repressionen, sollte das *Petrusblatt* weiterhin schlecht über die Situation der Katholiken im Osten berichten.<sup>8</sup> In Momenten wie diesen kam zum Ausdruck, wie weit sich die beiden Bistumshälften zwischenzeitlich voneinander entfernt hatten. Denn die katholischen Kirchenzeitungen waren der Herausforderung auf Dauer nicht gewachsen, einerseits die Verbundenheit mit der anderen Bistumshälfte herauszustellen und andererseits ihre Verschiedenheit zu unterstreichen, um sich nicht von den DDR-Behörden erpressbar machen zu lassen. Die Redaktionen reagierten auf das Problem, indem sie immer weniger über die andere Bistumshälfte berichteten. In den 1970er Jahren kamen die Ost-Berliner Katholiken im West-Berliner *Petrusblatt* beziehungsweise die West-Berliner Katholiken im Ost-Berliner *Hedwigsblatt* quasi nicht mehr vor. Das lag aber auch daran, dass es den Herausgebern der Bistumsblätter – in Ost-Berlin das Ordinariat und in West-Berlin der katholische Morus-Verlag – immer schwerer fiel, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen. Mehr noch, es war allgemein bekannt, dass das Verhältnis der beiden langjährigen Chefredak-

teure der Bistumszeitungen von Konkurrenz und Meinungsverschiedenheiten geprägt war. Der West-Berliner Prälat Wolfgang Knauff fasste die Konsequenzen dieses Verhaltens 1980 zusammen:

»Über die Kirche in der DDR wächst ein bedauerliches Wissensdefizit. [...] Wenn aber Wissensbrücken abbrechen, schrumpft auch das Bewußtsein des Miteinanders. Defizit an Information kann allzu leicht zum Defizit an brüderlicher Mitverantwortung und Mitsorge werden.«<sup>9</sup>

In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass seit den 1960er Jahren immer wieder Stimmen laut wurden, die eine endgültige Teilung des Bistums forderten, die aber sowohl der von 1961 bis 1979 amtierende Bischof Kardinal Alfred Bengsch als auch sein Nachfolger Kardinal Joachim Meisner vehement zurückwiesen.

## Ein Sonntagsblatt?

Die evangelische Kirchenpresse entwickelte sich ganz ähnlich. Die Leitung der EKIBB erhielt zunächst ebenfalls eine Lizenz von der amerikanischen Militärregierung und brachte genau wie die katholische Kirche am 2. Dezember 1945 ihre erste Nachkriegskirchenzeitung, *Die Kirche*, heraus. Aber auch im Fall der evangelischen Kirche bezogen Mitglieder aus Ost und West nur bis Anfang der 1950er Jahre dieselbe Zeitung. Ab 1952 erschien in West-Berlin das *Berliner Sonntagsblatt*. Entscheidend ist hier: Sowohl die evangelischen wie katholischen offiziellen Kirchenzeitungen konnten das Kommunikationsbedürfnis der Christen dies- und jenseits der Mauer aus verschiedenen Gründen nicht befriedigen, zumal sie in dem Ruf standen, tendenziell einseitig, im Interesse der oftmals autoritär wahrgenommenen Kirchenleitungen zu berichten. Seit den späten 1960er Jahren versuchten West-Berliner Kirchenmitglieder deshalb immer wieder, das Informationsmonopol der Kirchenzeitungen aufzubrechen. Vor allem Personen aus dem studentischen Milieu gründeten alternative Kirchenzeitungen mithilfe derer sie innerkirchliche Demokratisierungsprozesse vorantreiben wollten.<sup>10</sup>

Im Osten sah die Situation anders aus, dort erklärten die offiziellen Kirchenzeitungen die Nichtveröffentlichung kontroverser Artikel zu Recht damit, dass sie kein staatliches Verbot ihrer Zeitungen riskieren wollten. Noch viel mehr als die West-Berliner, bemühten sie sich daher, die Geschlossenheit der christlichen Gemeinschaft in Ost-Berlin darzustel-

len, anstatt auf bestehende innerkirchliche Konflikte einzugehen.<sup>11</sup> Davon abgesehen gestaltete sich die Veröffentlichung alternativer Kirchenzeitungen in Ost-Berlin und in der DDR ohnehin sehr viel schwieriger als in West-Berlin. Neben finanziellen, technischen und rechtlichen Hürden – es war nahezu unmöglich, dass eine alternative Kirchenzeitung in der DDR eine staatliche Drucklizenz erhielt – kam das enorme Misstrauen aus den eigenen Reihen hinzu. Denn alternative Kirchenzeitungen oder Gemeindeblätter in der DDR, die auf Veränderungen in der Kirchenpolitik drängten, waren aus Sicht der Kirchenleitungen und vieler Gemeindeglieder verdächtig: Es könnte sich um staatlich angeleitete »Agents Provocateurs« oder gar Zersetzungsversuche des MfS handeln. Eine Möglichkeit, trotzdem an zusätzliche oder differenziertere Informationen zu gelangen, waren Schaukästen, die vor allem für die evangelischen Christen in Ost-Berlin und der DDR als Kommunikationsmedium zwischen Pfarrer und Gemeinde beziehungsweise Kirchenleitung und Kirchenbasis Bedeutung erlangten. Zwar drohten auch hier staatliche Eingriffe im Fall kritischer Aushänge, die sich zum Beispiel gegen Militarisierung oder Umweltverschmutzung richteten. Aber für die Akteure lohnte sich das Risiko, denn die Aushänge blieben mit etwas Glück tagelang von staatlichen Stellen unentdeckt und damit frei zugänglich. Aber selbst wenn die Aushänge entdeckt und sanktioniert wurden, bestätigte das viele Pfarrer und Gemeindeglieder eher in ihrem Selbstbild als »Stachel im Fleisch des Sozialismus«.

Derweil waren politische Statements dieser Art in den offiziellen Ost-Berliner Kirchenzeitungen konfessionsübergreifend nicht denkbar. Erst in den 1980er Jahren wichen die inhaltlichen Schwerpunkte zwischen evangelischer und katholischer Presse in Ost-Berlin – sieht man von den Nachkriegsjahren einmal ab – wieder deutlicher voneinander ab. Die in der evangelischen Presse zu beobachtende Politisierung der Beiträge fand im katholischen *Hedwigsblatt* nicht statt. Dieses Vorgehen der Kirchenzeitungsredaktionen entsprach dem Verhalten vieler Kirchenmitglieder. Denn während sich oppositionelle Bewegungen unter dem Dach der evangelischen Kirche versammelten und deren Mitglieder damit zumindest herausforderten, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, verharnte die katholische Kirche lange in Schweigen – die Katholiken in der DDR und Ost-Berlin brachten ihre Unzufriedenheit sehr viel seltener offen beziehungsweise im kirchlichen Raum zum Ausdruck. Allerhöchstens die katholischen Bischöfe hatten den Anspruch, auf Unrecht und Missstände hinzuweisen.<sup>12</sup>

## Nicht geeint, aber einander verbunden

Ganz gleich, welchen Weg sie einschlugen: Die amtskirchliche Einheit zu verteidigen und der DDR damit die offizielle Anerkennung zu verweigern oder die Macht des Faktischen anzuerkennen und formal getrennte Wege zu gehen – die Berliner Kirchen blieben in besonderem Maße miteinander verflochten und nahmen immer wieder Bezug aufeinander. Dabei lassen sich unter diesen – räumlichen, personellen und medialen – Verflechtungen gleichermaßen Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie Konkurrenzmomente verstehen. Schließlich konnte auch eine bewusste Ab- und Ausgrenzung vom Anderen dazu dienen, kirchliches Leben im Alltag zu erleichtern.

Zwar lässt sich bei der Lektüre der Kirchenzeitungen durchaus feststellen, dass die christlichen Gemeinschaften beiderseits der Mauer grenzübergreifende Themen bewegten: Der Wiederaufbau zerstörter Kirchen nach dem Zweiten Weltkrieg, steigende Austrittszahlen oder die Situation der Menschen in der sogenannten »Dritten Welt« sind hier als Beispiele zu nennen. Auch erinnerten die Kirchenzeitungen durchgängig und konfessionsübergreifend an den Widerstand von evangelischen und katholischen Christen in der Zeit des Nationalsozialismus. Wobei erwähnt werden muss, dass demgegenüber eine kritische Auseinandersetzung mit den Deutschen Christen oder Katholiken, die mit den Nationalsozialisten kollaborierten, ausblieb.<sup>13</sup>

Gleichzeitig wird aber ebenso deutlich, dass sich viele Lösungsansätze aufgrund von Systemdifferenzen voneinander unterschieden, ja in der Praxis sogar unterscheiden mussten: Die Kirchenzeitungen im Osten konnten nicht so offen und kritisch berichten, wie sie vielleicht wollten, da ihnen jederzeit Publikationsverbote drohten. Die Ost-Berliner Leserschaft wusste um diese Schwierigkeiten. Sie hatte sich in der Regel ohnehin darauf verlegt, politisch brisante Debatten im privaten Raum zu führen und diese nicht in die Öffentlichkeit zu tragen. Demgegenüber forderten katholische Laien in West-Berlin entsprechend der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Westen mehr Mitspracherechte und setzten sich unter anderem für den Abdruck von Leserstimmen ein, um kontroverse Diskussionen in der Kirche anzustoßen. Aus ihrer Perspektive war deshalb nicht nachvollziehbar, warum der Bischof ihnen Informationen oder Leserbriefe im West-Berliner *Petrusblatt* mit Verweis auf die Verhältnisse in Ost-Berlin noch in den 1960er Jahren vorenthielt.<sup>14</sup> Anstatt Neuerungen zuzulassen, versuchte der Episkopat, jede Veränderung des Status Quo zu unterdrücken, um die Einheit der Diözese aufrechtzuerhalten.

Doch wurde die kirchliche Basis damit erst Recht auf Trennungslinien aufmerksam. Sie hatte längst erkannt, dass es praktisch unmöglich war, die Gleichheit der Bistumshälften im kirchlichen Alltag weiter vorauszusetzen. Und je länger der Kalte Krieg andauerte, desto mehr verfestigte sich dieser Eindruck, desto häufiger nahmen sich die Berliner Christen – evangelische wie katholische gleichermaßen – dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs nicht mehr als Nächste, sondern als Andere wahr.

Erst in den 1970er Jahren wurden die Laienkontakte zwischen Ost- und West-Berlinern langsam wiederbelebt. Jüngere Generationen begannen sich für das kirchliche Leben in der jeweils anderen Stadthälfte zu interessieren. Das belegen unter anderem die »Informationsabende DDR«, die in der Evangelischen Akademie in West-Berlin zu Themen wie »Jugend und Freizeit in der DDR« oder »Schule und Gesellschaft in der DDR« stattfanden.<sup>15</sup> Bei diesen Veranstaltungen stellte aber gerade nicht der Aspekt des Gleichen, sondern die Tatsache der Fremdheit einen Anknüpfungspunkt dar. Diese Herangehensweise entsprach freilich nicht den Vorstellungen der Kirchenleitungen, die noch 1989/1990 zu glauben schienen, die Jahre der Teilung als eine Interimszeit abtun zu können und deswegen am tradierten Einheitsnarrativ festhielten. Sie unterschätzten den schwierigen Prozess des Zusammenwachsens nach dem Mauerfall. Denn obwohl (wieder)vereint, stand unter den Berliner Christen trotzdem die Frage im Raum: Gehören wir zusammen?

## Anmerkungen

- 1 Wir gehören zusammen, in: Petrusblatt, 20. August 1961, S. 1.
- 2 Vgl. Wolfgang Tischner, Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat, Paderborn u. a. 2001.
- 3 Vgl. Interview mit Bischof Georg Sterzinsky, »Wo so viel Hoffnung ist, da möchte man doch dabei sein!«, in: Hedwigsblatt, 11. März 1990, S. 1.
- 4 Vgl. Horst Dähn, Der Konflikt Konfirmation – Jugendweihe 1955–1958. Kirchliche Handlungsspielräume und ihre Grenzen, in: Horst Dähn und Helga Gotschlich (Hg.), »Und führe uns nicht in Versuchung...«. Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989, Berlin 1998, S. 33–34.
- 5 Pfarrsprengel Zeesen 1956, Evangelisches Landesarchiv Berlin (ELAB) 86/62.
- 6 Kirchliches Verwaltungsamt Kreuzberg 1982, ELAB 36/524.
- 7 Bericht über die kreiskirchliche Visitation in der Grunewald-Gemeinde, Kirchenkreis Wilmersdorf 1983, ELAB 36/530.

- 8 Vgl. u. a. Stenogrammübertragung über Aussprache mit Staatssekretär Seigewasser und Kardinal Bengsch, 9.4.1970, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), MfS, AP 12066/92, 000094–000105; siehe auch: Bericht zum Gespräch zwischen dem Staatssekretär und Kardinal Bengsch am 15.7.68, BStU, MfS, AP 12066/92, 000163–000169.
- 9 Wolfgang Knauff, *Katholische Kirche in der DDR. Gemeinden in der Bewährung 1945–1980*, 2. verbesserte und erweiterte Auflage, Mainz 1980, S. 9.
- 10 Vgl. u. a. Kollekte für drei Affen, in: *Der Christ*, 13. Juni 1969, S. 3; siehe auch: Freiheit und Verantwortung. Geschenk und Aufgabe aller Gemeindemitglieder, nicht Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen, in: *Dialogikus* 11/12 (1971), S. 2.
- 11 Vgl. Ruth Jung, *Ungeteilt im geteilten Berlin?* Berlin 2003, S. 160–163.
- 12 Vgl. Bengsch an Vatikan, 15. Mai 1965. DAB V/5, abgedruckt bei: Martin Höllen, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Band II, Berlin 1997, S. 428; siehe auch: Hubert Bengsch, *Kirche zwischen Elbe und Oder mit tausendjähriger Vorgeschichte*, Berlin 1985, S. 156.
- 13 Vgl. Jeder will Gerechtigkeit, in: *Petrusblatt*, 30. Juli 1961, S. 1; siehe auch: Hirtenbrief von Bischof D. Dr. Dibelius, in: *Die Kirche*, 16. Mai 1948, S. 1.
- 14 Vgl. Bund Neudeutschland Berlin an das Bischöfliche Ordinariat in West-Berlin, 16. April 1968, DAB I/12–21.
- 15 Vgl. Information. »Informationsabend DDR« der Evangelischen Akademie Westberlin am 3.11.1971, BStU, MfS, HA XX/4 1246, 000227–000231; siehe auch: Information. »Informationsabend DDR« der Evangelischen Akademie Westberlin am 2. Mai 1973, BStU, MfS, HA XX/4 1250, 000239–000245.



Die Berliner Umweltbibliothek zog 1990 vom Keller des Gemeindehauses der Zionskirchengemeinde in die Lottumstraße im Prenzlauer Berg.

Anne Käfer

## Umweltschutz als Opposition von Kirchen und Gruppen in der späten DDR<sup>1</sup>

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) verlangte ökonomisches Wachstum und ökologischen Erhalt zugleich. Von staatlicher Seite zwar zunächst noch hochgehalten, trat die Maxime des »Schutzes der Natur« aber zunehmend hinter das Streben nach materiellem Wohlstand zurück. Vor dem Hintergrund der immer deutlicher sichtbaren Zerstörung der Natur wurde Umweltschutz zunehmend auch zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen mit der SED-Diktatur.

Eigentlich hatte sich die DDR in ihrer Verfassung zum Schutz der Umwelt verpflichtet. In Artikel 15 der Verfassung von 1974 heißt es:

»Der Boden der Deutschen Demokratischen Republik gehört zu ihren kostbarsten Naturreichtümern. Er muß geschützt und rationell genutzt werden. [...] Im Interesse des Wohlergehens der Bürger sorgen Staat und Gesellschaft für den Schutz der Natur.«<sup>2</sup>

Außer dem Naturschutz sind jedoch in Artikel 9 noch weitere Anliegen festgehalten, die in der Republik und durch sie verwirklicht werden sollen:

»Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik dient der Stärkung der sozialistischen Ordnung, der ständig besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger, der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ihrer sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen.«<sup>3</sup>

Besonders deutlich wird die Absicht, die materiellen Bedürfnisse der Republikbürger zu befriedigen, bereits in Artikel 2:

»Der Mensch steht im Mittelpunkt aller Bemühungen der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates. Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität ist die entscheidende Aufgabe der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.«<sup>4</sup>

Die zitierten Artikel der DDR-Verfassung benennen bereits die Herausforderung, vor der die SED-Regierung stand und die sie nicht lösen konnte: ökonomisches Wachstum zu schaffen und zugleich ökologischen Erhalt zu gewährleisten. Es gelang nicht, den Schutz der Natur mit der Produktion solcher Güter zu vereinen, die einen höheren Lebensstandard möglich machen sollten. Die DDR-Führung stellte dabei aber nicht nur den Menschen in den »Mittelpunkt aller Bemühungen der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates« und vernachlässigte dabei dessen Umwelt. Als die Bürgerinnen und Bürger auf die Zerstörung ihrer Umwelt aufmerksam machten und ihren besonderen Schutz verlangten, brandmarkte der Staat die Forderung nach einem wirksamen Umweltschutz als oppositionell.<sup>5</sup>

## Die Kirche als Dach für Kritik an der Umweltpolitik der DDR

Forderungen nach einem wirksameren Umweltschutz wurden sowohl auf Seiten der evangelischen als auch in den katholischen Kirchen in der DDR laut. Im Folgenden liegt der Fokus auf Umweltgruppen und -organisationen, die der evangelischen Konfession verbunden waren, denn vor allem sie trugen dazu bei, eine oppositionelle Bewegung zu formieren.<sup>6</sup> Zwei Punkte wurden hierbei immer wieder artikuliert: Zum einen wurde die Frage nach den materiellen Bedürfnissen des Menschen und seinem Verlangen danach, diese zu befriedigen, vielfach reflektiert. Zum anderen wurde insbesondere das Bedürfnis nach öffentlicher Meinungsbildung und gesellschaftlicher Mitbestimmung ausgesprochen.

In der vorliegenden Darstellung wird eine Auswahl einflussreicher Verlautbarungen von verschiedenen Umweltgruppen in der späten DDR daraufhin untersucht, welche menschlichen Bedürfnisse als solche dargestellt werden, die befriedigt werden sollten, und welche als zweitrangig eingestuft werden. Denn daran, welche Bedürfnisse als »berechtigt« ausgemacht werden und welche dagegen als »bloße Begehrlichkeiten« nicht notwendig befriedigt werden müssen, entscheidet sich Umweltpolitik. Bei der Interpretation der ausgesuchten Publikationen soll zudem deutlich werden, welche christlichen und kirchlichen oder auch politischen Überzeugungen den jeweiligen Argumentationen zugrunde liegen.

## Zunehmend sichtbare Umweltverschmutzung

Ihren Unmut über die Zerstörung der Umwelt brachten kirchliche Gruppen aber auch mit öffentlichkeitswirksamen Umweltschutzaktionen zum Ausdruck:

»Im Wichernsaal zu Schwerin redeten am Freitag, dem 23. Oktober [1981], 120 evangelische DDR-Bürger über ein Thema, das für die SED keins ist: die Risiken der Kernenergie. Anderntags zogen die Protestanten in die Wälder bei Lützow oder zum Platz der Jugend, um Forst und Park zu pflegen. Auch in anderen Städten der DDR gingen an jenem Wochenende Jugendliche, ermuntert von ihren Kirchengemeinden, für den Schutz der Umwelt auf die Straße. In Neustrelitz säumten 50 junge Christen Wilhelm-Pieck- und Gutenbergstraße mit 80 neugepflanzten Linden ein. Im tristen Rostocker Neubaugebiet Groß-Klein säte eine Umweltgruppe Rasen, setzte Rosen und Sträucher. Solange die

braven jungen Leute nur den Sozialismus verschönern, ist's der SED schon recht: VEB Grünanlagenbau Rostock und VEB Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen in Neustrelitz gingen den freiwilligen Gemeindegärtnern sogar zur Hand. Doch die wollen mehr als nur Grünzeug pflanzen.«<sup>7</sup>

Einer der Gründe dafür, dass die Umweltbewegung zunehmend mehr Zuspruch erhielt, war sicher die Umweltverschmutzung, die als Folge der durch den SED-Staat betriebenen Industriepolitik nicht nur die Natur zerstörte, sondern auch die Lebensqualität und Gesundheit von Menschen stark schädigte.<sup>8</sup> So waren Wälder, vor allem die Fichtenbestände des Erz- und Elbsandsteingebirges, aufgrund der hohen Schwefeldioxidemissionen, die bei der Verbrennung von Braunkohle entstanden, massiv bedroht oder bereits großflächig abgestorben. Vielerorts waren Gewässer in einem solchen Ausmaß mit Nitrat belastet, dass sie zur Trinkwassergewinnung unbrauchbar geworden waren.<sup>9</sup> Dass junge Christen und wohl auch Christinnen in der späten DDR mehr wollten als nur Grünzeug pflanzen, wurde im Verlauf der 1980er Jahre des vergangenen Jahrhunderts – im so genannten »Waldsterbensjahrzehnt«<sup>10</sup> – zunehmend deutlich. Denn die Jahre zwischen 1979 und 1990 sind von einer anwachsenden Politisierung der Umweltschutzgruppen geprägt, die durch die »massiven Reaktionen der Stasi« auf die öffentlichen Umweltproteste hervorgerufen wurde.<sup>11</sup>

Dass gerade auch Kirchen den Umweltschutz als dringendes und vor allem weltweites Thema ernst nahmen, machte die Ökumenische Bewegung der christlichen Kirchen auf ihren Weltkonferenzen deutlich. Insbesondere auf den Konferenzen in Nairobi (1975) und in Boston (1979) wurden entsprechende Texte formuliert und den Mitgliedskirchen die Weiterarbeit an diesen Themen empfohlen.<sup>12</sup>

## Umweltschutz als Aufgabe der Kirchen

Auf der Weltkonferenz von Boston wurde ausdrücklich festgehalten, dass Kirchen für die geschädigte und ausgebeutete Mitwelt in verantwortlicher Weise Sorge zu tragen hätten.<sup>13</sup> Weil die Ausbeutung der Natur vor allem in ärmeren Ländern dieser Erde erhebliche ökologische und ökonomische Schäden und Benachteiligungen verursachte, fürchtete man auf der Konferenz ein ungekanntes Ausmaß von Gewalt und Krieg, das noch weit zerstörerische Konsequenzen zeitigen konnte als die Umweltkrise allein.<sup>14</sup>

Um den drohenden Szenarien entgegenzuwirken, war es nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Weltkonferenz nötig, Menschen dazu zu motivieren, sich für den Schutz der Umwelt, für Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit in der Welt einzusetzen und ihr eigenes Leben entsprechend zu gestalten – indem sie an den Entwicklungen beteiligt werden und einen veränderten Umgang mit der Mitwelt erfahren.

Unter dem Motto »Bewahrung der Schöpfung«, das seit der Bostoner Weltkonferenz das kirchliche Verständnis von Umweltschutz überschrieb,<sup>15</sup> setzten kirchliche Gruppen in der DDR die angeratene Kommunikation über Umweltprobleme um und riefen dazu auf, sich an deren Lösung aktiv zu beteiligen.

Zeugnis hierfür war neben Baumpflanzaktionen, Fahrraddemonstrationen und ähnlichen Veranstaltungen eine etwa 70-seitige Broschüre, die das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg in drei Auflagen 1980, 1982 und 1985 veröffentlichte.<sup>16</sup> Die Publikation wies nicht nur auf die Umweltschäden der Zeit und die weltweiten ökologischen Zusammenhänge hin, sondern zeigte außer politischen Ursachen für die Zerstörung der Natur auch theologische Gründe für Erhalt und Schutz der Schöpfung auf. Unter dem Titel »Die Erde ist zu retten«, der sowohl als Aufforderung als auch als optimistischer Hinweis verstanden werden sollte, veröffentlichte das Kirchliche Forschungsheim Ergebnisse zu Fragen des Zusammenhangs von Umwelterstörung und industrieller Entwicklung in der DDR sowie zum Zusammenhang von Umweltschutz und christlichem Glauben.<sup>17</sup> Ökologische Probleme sollten deutlich gemacht, Verantwortungsbewusstsein für die Mitwelt geweckt und der Austausch über Möglichkeiten, die Schöpfung zu bewahren, angeregt werden.

Der Wittenberger Text hob vor allem auf die Bedürfnisse des Menschen ab und mahnte die umweltschädigenden Folgen der Befriedigung bestimmter Bedürfnisse an.

»Schädigungen der Umwelt gehen oft zurück auf unnötig gesteigerte Bedürfnisse des Menschen. Solche Bedürfnisse führen – zusammen mit den technischen Möglichkeiten ihrer Befriedigung – zu unangemessen scharfen und zerstörerischen Einflußnahmen auf die Umwelt und zu gefährlichen Rückwirkungen auf den Menschen. Beispiele für unnötig gesteigerte Bedürfnisse gibt es viele: überhöhte Raumtemperaturen, tägliches Fernsehen, Verwendung von Sprays und teuren Kosmetika, häufige Vollbäder, Weißmacher im Waschmittel [...]«<sup>18</sup>

Auch der »gesteigerte Fleischbedarf« und die damit einhergehende »Massenviehhaltung« sowie die Nutzung des »individuellen Kraftfahrzeugs« trügen maßgeblich zur Umweltverschmutzung bei. Menschen, die ihre gesteigerten materiellen Bedürfnisse befriedigten, würden deshalb »ein sehr wichtiges Bedürfnis – das nach einer gesunden, erlebenswerten Umwelt – unerfüllbar werden lassen.«<sup>19</sup>

Damit eine Reduktion der umweltbelastenden materiellen Bedürfnisse erreicht werden könne, müsse vor allem »öffentliche Meinungsbildung« gewährt und vorangetrieben werden, so die Wittenberger Publikation. Nur so könnten Menschen von der Notwendigkeit überzeugt werden, zum Schutz der Mitwelt ihren Lebensstil zu ändern. Überhaupt solle es den einzelnen Gesellschaftsgliedern möglich sein, über Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens mitzuentcheiden. Denn: »Was mitentschieden wird, wird auch leichter mitverantwortet.«<sup>20</sup>

## Christliche Überzeugungen als Fundament für Umweltbewusstsein

Doch nicht nur dem Staat, der seine Produktionsorganisation vornehmlich auf materiellen Wohlstand ausrichtete, sondern auch der Kirche gab das Papier Schuld an der ökologischen Krise.<sup>21</sup> Denn die Kirche habe Naturausbeutung und Umweltzerstörung nicht verhindert. Zukünftig aber müsse dies erfolgen, und zwar aus theologischen Gründen. Weil christliches Handeln von dem Bewusstsein geleitet sei, dass die gesamte Natur in Gottes Handeln gründe, vollziehe sich christlicher Umgang mit der Natur angemessenerweise in Dankbarkeit gegenüber dem Schöpfer sowie in »Rücksichtnahme und Ehrfurcht« gegenüber der »Gabe des Schöpfers«.<sup>22</sup> Vor allem aber wisse sich der glaubende Christenmensch durch Gottes befreiendes und rechtfertigendes Handeln von Gott selbst angenommen. Im Bewusstsein dieses Angenommenseins seien jegliches materielle Bedürfnis und dessen Befriedigung nur mehr von relativer Bedeutung. Der Glaubende lebe in einer gewissen Unabhängigkeit von materiellen Gütern, was sich in einem der Schöpfung verantworteten Lebensstil ausprägen könne.<sup>23</sup>

Als Beispiele für eine verantwortungsbewusste Lebensweise wurden unter anderem schon damals der Verzicht auf unnötige Pkw-Fahrten, die Umstellung auf eine möglichst vegetarische Ernährung oder auch ein Umdenken und Vorausdenken bei der Verwendung von Kernenergie genannt.<sup>24</sup>

## Umgang der SED-Regierung mit Umweltzerstörung

Diese Ratschläge und die Aufforderung zur Mäßigung des materiellen Konsums konnte die SED-Regierung nicht begrüßen. Denn solcher Naturschutz stand der nach Art. 2 der DDR-Verfassung erstrebten Erhöhung des materiellen Lebensniveaus entgegen. Auch hatte die Umweltzerstörung in der DDR bereits ein Ausmaß erreicht, in dem die Reparatur der Schäden nur mit sehr großen wirtschaftlichen Gewinnen hätte finanziert werden können. Die hohen Summen, die seit dem Ende der DDR allein in die Reinigung von kontaminierten Bodenflächen und Gewässern flossen, machen dies deutlich.<sup>25</sup>

Überhaupt fürchtete die SED-Regierung – wohl um des eigenen Machterhalts willen – die öffentliche Meinungsbildung und die öffentliche Kenntnis des wahren Ausmaßes der Umweltzerstörung. Deshalb wurden Informationen über den Zustand der DDR-Natur 1982 zur Geheimsache erklärt und auch die Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl 1986 weitgehend verschwiegen.<sup>26</sup>

Obwohl oder gerade weil die SED-Regierung der DDR-Bevölkerung Informationen darüber vorenthielt, wie stark Natur und Boden des eigenen Landes verschmutzt und strahlenbelastet waren, setzten Umweltaktivistinnen und -aktivisten verstärkt auf öffentliche Aktionen, die sowohl der fortgesetzten Umweltzerstörung als auch der Geheimhaltungspolitik Einhalt gebieten sollten. Da die Regierung auf diese Aktionen unnachgiebig mit Sanktionen reagierte, »wurden die zunächst überwiegend ökologisch orientierten Gruppen politisiert.«<sup>27</sup>

Trotz ihrer Politisierung blieb die wachsende Zahl der Umweltgruppen zunächst den Kirchen verbunden. Dafür sprachen gute Gründe: Dass sich Umweltgruppen innerhalb von Kirchengemeinden und unter dem Dach von Kirchen formierten, lag daran, dass eben die Kirchen den Umweltschutz bereits als eine Aufgabe verstanden hatten, die es dringend zu lösen galt. Zudem war Kirchengemeinden die Vervielfältigung auch von Texten zu Umweltproblemen möglich und gestattet, wenn sie mit der Aufschrift »Nur für innerkirchlichen Dienstgebrauch« versehen wurden.<sup>28</sup>

Zudem verfügten Kirchenobere über ein gewisses Maß an Einfluss, um dem Ministerium für Staatssicherheit Einhalt zu gebieten und strafrechtliche Sanktionen abzumildern. So wurden Aktivisten, die abgestorbene Fichten aus dem Erzgebirge zu Weihnachten 1983 in den Kirchen Potsdams aufstellen wollten, nach einigen Tagen Einzelhaft freigelassen, weil der Potsdamer Generalsuperintendent damit drohte, die Inhaftierungen an Heiligabend in der Potsdamer Nikolaikirche bekannt zu geben und

so die öffentliche Aufmerksamkeit in erhöhter Weise auf das Waldsterben zu richten.<sup>29</sup>

## Politisierung der Umweltbewegung

Im Unterschied zu den Umweltengagierten am Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg, die auf Grundlage individueller Bedürfnisse argumentiert hatten, vertraten andere Umweltgruppen ihre Positionen mehr und mehr in unverhohlener Auseinandersetzung mit dem Staat.

Zwei im Samisdat – das heißt im Selbstverlag und in kleiner Auflage oft illegal oder unter dem Schutzmantel der Kirche an der Kontrolle der SED vorbei – produzierte Umwelthefte, die »Umweltblätter« und die »Arche Nova«, machen das auf unterschiedliche Weise exemplarisch deutlich. Ab 1987 druckte die Berliner Umweltbibliothek in der Berliner Zionskirche die »Umweltblätter«, die eine Verbundenheit mit sozialistischen Ideen aufweisen.<sup>30</sup> So wird beispielsweise die Ausreise aus der DDR, die in den Jahren 1987 und 1988 einen Höhepunkt erreicht hatte, mit unangemessener Geringschätzung des eigenen Landes, mit Bequemlichkeit und Denkfaulheit begründet:

»Natürlich wird es in jedem Land zu jeder Zeit für einige Menschen ernsthafte politische, persönliche oder wirtschaftliche Gründe zum Verlassen des Landes geben. Aber – Sicherheitsdienst hin, Obst- und Gemüseversorgung her – es muß doch einmal gesagt werden, daß die DDR zwar nicht die vollkommenste aller Welten ist, aber hinsichtlich des wirtschaftlichen Wohlstandes der Bevölkerung mit Italien und Großbritannien zu vergleichen ist, und die Mitbestimmungs- und Menschenrechte zwar nicht garantiert sind, aber bei weitem nicht so brutal mit den Füßen getreten werden wie in den bekannten Hinterhofdiktaturen der USA. Die DDR ist nach Weltmaßstäben kein so unerträgliches Land, daß eine derartige Massenflucht verständlich wäre. Es gäbe genügend Gründe zu bleiben, um ein erträgliches Land in ein besseres umzugestalten. Das würde freilich ein wenig Nachdenken und einige Unbequemlichkeiten erfordern und ist offenbar für den, zur Versorgungsmentalität erzogenen, Großteil der Bürger eine Überforderung. Adäquater und naheliegender ist es, den Traum vom Schlaraffenland Bundesrepublik zu träumen, von Smarties, Onko-Kaffee, Wienerwald-Hähnchen und einer feenhaften Freiheit.«<sup>31</sup>

Auch in dieser Verlautbarung werden menschliche Bedürfnisse nach materiellen Gütern als entscheidend für das Handeln von Menschen herausgestellt. Dabei wird auch politische Freiheit in eine Reihe mit die-

sen Gütern gestellt. Den genannten Bedürfnissen wird die Aufforderung zur Mitarbeit an gelingendem sozialistischem Leben entgegengesetzt, das angeblich möglich gewesen wäre, wenn die SED-Regierung das eigene Volk nicht mit dem Versprechen einer Steigerung des materiellen Lebensniveaus geködert und schließlich enttäuscht hätte.<sup>32</sup>

Die »Arche Nova« erschien 1988 zum ersten Mal. Die Hefte wurden von der Umweltgruppe »Arche – grün-ökologisches Netzwerk in der Evangelischen Kirche« herausgegeben, die schließlich mit Unterstützung der bundesrepublikanischen Partei Die Grünen im sozialistischen Einparteiensstaat eine eigene ökologisch orientierte Partei gründete. 1990 kam es dann zur Vereinigung der »Ostgrünen« mit den »Westgrünen«.<sup>33</sup> So gingen die kirchlich verwurzelten ökologischen Interessen über in parteipolitische Arbeit.

Die Gründer der »Arche« wollten den Informationsaustausch unter den verschiedenen Umweltgruppen in der DDR verbessern und ihre Aktivitäten koordinieren.<sup>34</sup> Rechts oben auf den Titelblättern der »Arche Nova« ist vermerkt, dass die Hefte der innerkirchlichen Information dienen.<sup>35</sup> Noch ehe die erste Nummer der »Arche Nova« veröffentlicht wurde, drehten im Juni 1988 einige Mitglieder der Arche den im selben Jahr im Westfernsehen ausgestrahlten Film »Bitteres aus Bitterfeld«<sup>36</sup>, einen illegal in der DDR gedrehten Dokumentarfilm, der die Umweltverschmutzung durch die Chemiebetriebe rund um Bitterfeld thematisierte.

Das fünfte und letzte Heft der »Arche Nova« wurde im Januar 1990 publiziert. Es ist dem Problem der »Massentierhaltung« gewidmet.<sup>37</sup> Im Editorial wird erinnert: »Zugleich mit dem Mauerbau lief das erste DDR-Massentierhaltungsprojekt an.«<sup>38</sup> Aufgrund der Massentierhaltung konnte, so wird hier vermutet, die »Massenmenschhaltung hinter der Mauer« relativ lange aufrechterhalten werden. Indem das Bedürfnis nach Fleisch befriedigt wurde, sei das Bedürfnis nach freier Mitbestimmung lange stillgehalten worden.<sup>39</sup> »Durch die Möglichkeit, viel Fleisch zu essen – 103 Kilogramm pro Person und Jahr – stabilisierten sich die politischen Verhältnisse in der DDR sicher länger als zum Beispiel in Polen.«<sup>40</sup>

## Fazit

Wie in der DDR-Verfassung festgehalten, strebte der sich als sozialistisch bezeichnende Staat vornehmlich danach, materielle Bedürfnisse zu befriedigen. Dass dies nicht gelang, stellten Umweltgruppen in den letzten Jahren der DDR mehr und mehr heraus. Sie wiesen darauf hin, dass das Streben

nach materieller Bedürfnisbefriedigung zu einer Zerstörung der Mitwelt führte, die das Bedürfnis nach gesunder und geschützter Natur stark wachsen ließ. Vor allem die Wittenberger Publikation »Die Erde ist zu retten« handelt hiervon. Sie konstatiert, dass die Bezogenheit von Menschen auf ihre Mitwelt letztlich auf ihren religiösen und weltanschaulichen Grundüberzeugungen fußt, auf deren Basis Bedürfnisse je verschieden gewichtet werden. Dementsprechend könnte ein freier Austausch über weltanschauliche Grundüberzeugungen, der dazu anregt, die eigene Gewichtung von Bedürfnissen kritisch zu reflektieren, von entscheidender Bedeutung sein, um die Umweltkrise und den Klimawandel nachhaltig einzuschränken.

## Anmerkungen

- 1 Der hier veröffentlichte Artikel ist eine kürzere und überarbeitete Version eines Beitrags für einen Aufsatzband zum Thema »Christliches Leben in der DDR«, der von Andres Stegmann und Henning Theißen herausgegeben wird und vermutlich 2018 in Leipzig erscheint.
- 2 Art. 15, Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, in der Fassung vom 7. Oktober 1974, [www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html#KAPITEL%202](http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html#KAPITEL%202), letzter Zugriff am 1.8.2017.
- 3 Art. 9, Abs. 2, ebd.
- 4 Art. 2, Abs. 1, ebd.
- 5 Vgl. Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 346, Berlin 2000, S. 446: »Die Bevölkerung wurde unkritisch an westlichen Konsumidealen orientiert, gleichzeitig [wurden] die Voraussetzungen der westlichen Verbrauchszivilisation diskreditiert. Die SED glaubte, diese Widersprüche zusammenhalten zu können, indem sie auf die Einheit von Ökonomie und Ökologie im Sozialismus setzte, die aber faktisch zur Priorität der Ökonomie führte.«
- 6 Vgl. Michael Beleites, Dicke Luft: Zwischen Ruß und Revolte. Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR, Leipzig 2016, S. 16.
- 7 Kirche in der DDR: »Wie Noah während der Flut«, in: Der Spiegel 47 (1981), S. 58–67, hier S. 58, [www.spiegel.de/spiegel/print/d-14346797.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14346797.html), letzter Zugriff am 1.8.2017.
- 8 Vgl. dazu Tobias Huff, Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR, Umwelt und Gesellschaft, Bd. 13, Göttingen 2015, S. 409.
- 9 Vgl. dazu: Hans-Peter Gensichen, Kirchliches Forschungsheim Wittenberg, Die Erde ist zu retten. Umweltkrise, christlicher Glaube, Handlungsmöglichkeiten, Wittenberg 1985, 3–5; zur Bedeutung dieser Schrift s. Abschnitt 2; zu den Umweltschäden s. auch die Fotos in: Beleites, Dicke Luft (Anm. 6), S. 121, 127, 130 und S. 136 f.
- 10 Vgl. Huff, Natur und Industrie im Sozialismus (Anm. 8), S. 10.

- 11 Beleites, Dicke Luft (Anm. 6), S. 69.
- 12 Dass die ökumenischen Konferenzen auf die Umweltbewegung in der DDR Einfluss hatten, stellt das Zitat heraus, das einem Vortrag entstammt, den Stephen Brown 2015 auf einer von der Heinrich Böll Stiftung organisierten Konferenz in Berlin gehalten hat, s. Stephen Brown, Nachhaltigkeit und die Umwelt: Wie die ökumenische Bewegung half, den Umweltprotest in der DDR zu mobilisieren, 27. Januar 2015, Deutsche Fassung veröffentlicht am: 5. Februar 2015, [www.oikoumene.org/de/press-centre/news/sustainability-and-environment-how-the-ecumenical-movement-helped-mobilize-ecology-protest-in-east-germany](http://www.oikoumene.org/de/press-centre/news/sustainability-and-environment-how-the-ecumenical-movement-helped-mobilize-ecology-protest-in-east-germany), letzter Zugriff am 1.8.2017.
- 13 Die Weltkonferenz »Glaube, Wissenschaft und die Zukunft« hat 1979 am Massachusetts Institute of Technology in der Nähe von Boston in den USA stattgefunden. Sie wird als maßgebliche Initialzündung für die ökologische Arbeit der Kirchen in der DDR verstanden; vgl. Huff, Natur und Industrie im Sozialismus (Anm. 8), 316.
- 14 S. dazu den offiziellen Konferenzbericht, Paul Abrecht (Hg.), Faith and Science in an Unjust World. Report of the World Council of Churches' Conference on Faith, Science and the Future, Volume 2: Reports and Recommendations, Genf 1980, S. 35.
- 15 Vgl. Huff (Anm. 8), Natur und Industrie im Sozialismus, S. 315.
- 16 Vgl. Beleites, Dicke Luft (Anm. 6), S. 84–86; s. dazu auch Huff, Natur und Industrie im Sozialismus (Anm. 8), S. 324–327, hier S. 326 zur Verbreitung der Schrift. Zur Veröffentlichung der genannten Schrift und zur Bedeutung des Kirchlichen Forschungsheims Wittenberg s. auch Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989 (Anm. 5), S. 449–451 und S. 587–588.
- 17 Hans-Peter Gensichen, Die Erde ist zu retten (Anm. 9), S. 1.
- 18 Ebd., S. 11.
- 19 Ebd., S. 11–14.
- 20 Ebd., S. 28.
- 21 Ebd., S. 20.
- 22 Ebd., S. 31.
- 23 Ebd., S. 36–39.
- 24 Ebd., S. 30, 41 und 49.
- 25 Vgl. Giftiges Erbe und blühende Landschaften, Artikel in: FAZ, 27.8.2015, [www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-kaempft-noch-mit-umweltschaeden-der-ddr-industrie-13766763.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-kaempft-noch-mit-umweltschaeden-der-ddr-industrie-13766763.html), letzter Zugriff am 1.8.2017.
- 26 Vgl. Andreas Schumann, Die Elbe – zwischen Kaltem Krieg und Wiedervereinigung, in: Stadt – Land – Fluss. Eine kulturwissenschaftliche Deutschlandreise, Silke Flegel und Frank Hoffmann (Hg.), Berlin 2011, S. 133–141, hier S. 136.
- 27 Beleites, Dicke Luft (Anm. 6), S. 106.
- 28 Ebd., S. 174.
- 29 Vgl. Huff, Natur und Industrie im Sozialismus (Anm. 8), S. 339–340 und Beleites, Dicke Luft (Anm. 6), S. 130–132; die Darstellungen der beiden Autoren unterscheiden sich in einigen Punkten.
- 30 Vgl. Huff, Natur und Industrie im Sozialismus (Anm. 8), S. 358–370; s. dazu auch <http://umwelt-bibliothek.de/umweltblaetter.html>, letzter Zugriff am 1.8.2017.

- 31 Umweltblätter, April 1988, S. 7, <http://umwelt-bibliothek.de/dokument3.html> und <http://umwelt-bibliothek.de/Bilder/Umweltblaetter1988.pdf>, letzter Zugriff am 1.8.2017.
- 32 Umweltblätter, September 1989, S. 10, <http://umwelt-bibliothek.de/dokument8.html>, letzter Zugriff am 1.8.2017.
- 33 Vgl. Grüne Partei der DDR, [www.ddr89.de/ddr89/gp/GP.html](http://www.ddr89.de/ddr89/gp/GP.html), letzter Zugriff am 1.8.2017.
- 34 S. dazu die (vorläufige) Gründungserklärung vom Januar 1988: [www.ddr89.de/vor/arche\\_1.html](http://www.ddr89.de/vor/arche_1.html), letzter Zugriff am 1.8.2017; zur Arbeit der »Arche« vgl. Huff, Natur und Industrie im Sozialismus (Anm. 8), S. 370–376; die »Arche« zeigte sich offen für Ausreisewillige, ebd., S. 371.
- 35 Ob die Arche auch von kirchenleitender Seite als kirchliche Organisation anerkannt wurde, ist nach einem MfS-Bericht vom Februar 1989 nicht geklärt, vgl. Information über das »Grün-Ökologische Netzwerk Arche in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg«, MfS, ZAIG, Nr. 77/89, in: Armin Mitter und Stefan Wolle (Hg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS, Januar – November 1989, Berlin 1990, S. 17–19, hier S. 18.
- 36 Vgl. Ulrich Neumann, Was war, war wenig und viel: Die Anfänge der Arche, in: Carlo Jordan und Hans Michael Kloth (Hg.), Arche Nova. Opposition in der DDR. Das »Grün-ökologische Netzwerk Arche« 1988–90, Berlin 1995, S. 81–92, hier S. 89; vgl. auch Huff, Natur und Industrie im Sozialismus (Anm. 8), S. 373.
- 37 Arche Nova, 5 (1990), S. 433–435.
- 38 Ebd., S. 438.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd. In Ausführungen zur massenhaften »Produktion von Schweinefleisch« in einem Uckermärkischen Dorf mit Namen »Haßleben« wird bemerkt: »In einer riesigen Kompaktanlage unter einem Dach von vielleicht 500 mal 500 Metern stehen seither [nämlich seit 1979] 150 000 bis 170 000 Schweine. Den ersten Plänen zufolge sollte alles noch viel größer werden. Bis zu 250 000 Schweine sollten ständig ein hasenswertes Leben in Haßleben führen und zur Befriedigung ständig wachsender gesellschaftlicher Bedürfnisse ›Fleisch‹ produzieren. [...] In der Ferkelproduktion stehen Ferkel auf zwei mal zwei Meter Spaltenböden, was oft zu Klauenverletzungen führt. [...] Nach sechs Wochen kommen die Tiere in die Gruppenaufzucht. [...] Nach der Selektion in Züchtläufer und Mastläufer, und nachdem bereits viele ihrer Artgenossen im Kadaverhaus endeten, verlassen die Schweine das Modul. Auf dem Weg zum Schlachthof sehen die Schweine zum ersten Mal die Sonne.«, ebd., S. 439.



Die frühere Pentacon-Halle in Cottbus.

Steffen Alisch

## Zwangsarbeit im Fokus. Die Haftarbeit im Volkseigenen Betrieb (VEB) Pentacon Dresden, »Fertigungsstelle Cottbus« – eine Fallstudie

Die Haftarbeit gehörte zu den zentralen Säulen des DDR-Strafvollzugs. Einige Gefangene wurden für hausinterne Tätigkeiten eingesetzt. Die meisten waren aber unter häufig sehr schlechten, gefährlichen und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen für Betriebe in der Region tätig. Diese richteten teilweise Außenstellen in den Haftanstalten ein – die sogenannten A-Betriebe.<sup>1</sup> In den letzten Jahren sind mehrere Überblicksdarstellungen zur Haftarbeit erschienen,<sup>2</sup> Spezialstudien zu einzel-

nen Betrieben oder Branchen bilden aber immer noch ein Desiderat der Forschung.<sup>3</sup>

## Etablierung der »A-Betriebe« im Strafvollzug

Die Arbeit in der Strafhaft sollte offiziell zuallererst der »Erziehung« dienen. Tatsächlich aber unterwarf das im SED-Staat für den Strafvollzug zuständige Innenministerium die Gefängnisproduktion seit den 1950er Jahren immer stärker ökonomischen Kriterien. Ab 1953 wurde die Haftarbeit DDR-weit in die Regie der »volkseigenen« Industrie überführt, da nach Auffassung des Innenministeriums die »Weiterentwicklung« der Produktion unter den Bedingungen des Strafvollzugs nicht mehr möglich gewesen sei. In den Haftanstalten als Strafvollzugspersonal tätige Volkspolizisten hätten immer mehr die Rolle von Wirtschaftsfunktionären übernommen, ohne »produktionstechnisch« dafür genug geschult zu sein. Der A-Betrieb sei »sowohl politisch als auch wirtschaftlich die geeignetste Form der Gefangenenerziehung.«<sup>4</sup>

In der Strafvollzugsanstalt (StVA) Cottbus etablierte man zunächst den VEB Matratzen- und Polstermöbelfabrik (MAPO) als A-Betrieb. Bereits im vierten Quartal 1953 arbeitete die MAPO im Zweischichtsystem mit 136 Beschäftigten. Aufgrund der großen Überbelegung des Gefängnisses und der räumlichen Bedingungen war nach Ansicht der zuständigen Bezirksverwaltung der Deutschen Volkspolizei (BdVP) insgesamt in der StVA Cottbus kein 100-prozentiger Arbeitseinsatz möglich.<sup>5</sup> In den Folgejahren kam es aus vielerlei Gründen bei der MAPO zu Produktionsausfällen und Planrückständen. Seit 1956 gab es deshalb immer wieder Überlegungen, den Polstermöbelproduzenten durch einen für den Strafvollzug geeigneteren A-Betrieb zu ersetzen.<sup>6</sup>

Doch erst 1964/65 kam es zu größeren Veränderungen. 1964 nahm mit dem Kamerahersteller VEB Pentacon aus Dresden ein neuer A-Betrieb die Produktion in Cottbus auf. Ende September beschäftigte dieser 31 Strafgefangene. Innenminister Friedrich Dickel schlug dem Volkswirtschaftsrat in einem Schreiben vom 13. November 1964 vor, die Zahl der Cottbuser Pentacon-Beschäftigten auf 300 zu erhöhen.<sup>7</sup> Im Januar 1965 übernahm Pentacon die ehemalige MAPO-Werkstatt.<sup>8</sup> Im Sommer 1966 konnte die Umstellung der Produktion in der StVA Cottbus abgeschlossen werden, Pentacon war von nun an der wichtigste Arbeitgeber für die Cottbuser Häftlinge, was bis 1989/90 so blieb.<sup>9</sup>

## Ökonomische Rahmenbedingungen der Kameraproduktion

Die Dresdner Kameraindustrie konnte nach den Kriegsverlusten und den nachfolgenden Reparationen zunächst wieder an ihre internationale Spitzenstellung in den Vorkriegsjahren anknüpfen, verlor aber trotz einer Vielzahl innovativer Entwickler und anderer hervorragend ausgebildeter Fachkräfte insbesondere ab den 1970er Jahren immer mehr an Boden. Der langjährige Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung des VEB Pentacon Gerhard Jehmlich hat diese Entwicklungen sehr deutlich beschrieben: Eine extrem hohe Fertigungstiefe, Zulieferschwierigkeiten, mangelnde Investitionen in Gebäude, Anlagen und Entwicklung – alles Dinge, die nicht die Betriebe, sondern die SED und die von ihr »angeleiteten« Planungsbehörden zu verantworten hatten – ließen den Rückstand auf die technologisch führenden Japaner immer größer werden. Zwar konnten 63 Prozent der zwischen 1964 und 1989 produzierten Kleinbild-Spiegelreflexkameras auf westlichen Märkten abgesetzt werden,<sup>10</sup> allerdings sank die sogenannte Devisen-Ertragskennziffer zwischen 1953 und 1984 von 0,7 auf 0,17, das heißt für eine erwirtschaftete D-Mark mussten zuletzt etwa sieben Mark der DDR ausgegeben werden. Der Exportpreis wurde nicht von Pentacon selbst, sondern vom zuständigen Außenhandelsbetrieb nach Marktgesichtspunkten festgelegt, die Herstellungskosten spielten hierbei keine Rolle. Die Differenz zwischen dem niedrigeren Exportpreis und dem Betriebspreis wurde dem Betrieb als staatliche Exportstützung erstattet. Der Betrieb hatte zwar in den 1980er Jahren nur einen Anteil von circa 0,4 Prozent am gesamten NSW-Export der DDR, war aber dennoch wegen der kurzen Zahlungsziele für Kameras bedeutsam für die Devisenwirtschaft der DDR, ohne selbst davon zu profitieren.<sup>11</sup>

1989/90 war der technologische Rückstand auf Ostasien so groß und die Kostenstruktur so ungünstig, dass sich die Treuhandanstalt gezwungen sah, schon am 2. Oktober 1990 die Einstellung der Kameraproduktion bei Pentacon zu veranlassen – laut der späteren Treuhandchefin Birgit Breuel »die erste Entscheidung der noch jungen Treuhand zur Schließung eines Betriebs.«<sup>12</sup>

### Der VEB Pentacon im Cottbuser Gefängnis – »normale« Arbeitsbedingungen?

In seiner 2009 erschienenen Firmengeschichte ging Gerhard Jehmlich auch kurz auf die Arbeit in Cottbus ein. Der Betrieb sei 1964 angewiesen wor-

den, dort eine »Fertigungsstelle für niedrigere Lohngruppen ohne Facharbeiterausbildung« einzurichten. Man habe keinerlei Einfluss auf die Zuweisung von Gefangenen gehabt. Die Arbeiten hätten »sowohl Stanzgänge (Ausschneiden und Biegen) mit präzisen Werkzeugen als auch das Entgraten von Kamera-Druckgussstellen« umfasst. Sie seien »zeitweilig parallel und anteilig« auch im Stammbetrieb oder in Heimarbeit durchgeführt worden und hätten auf der gleichen Technologie und Arbeitsvorbereitung beruht. In den 1980er Jahren seien bis zu 40 Stanzen in Cottbus im Einsatz gewesen.

Laut Jehmlich arbeiteten in der Außenstelle im Gefängnis bis zu 250 Häftlinge in zwei Schichten. Hinzu kamen »ca. zehn Fachkräfte des Betriebes für Arbeitsvorbereitung und Logistik sowie ebenfalls etwa zehn Mitarbeiter als direkte Fachbetreuer.« Dennoch sei dem Betrieb durch Schäden an Werkzeugen, insbesondere durch den häufigen Wechsel der anzulernenden Arbeitskräfte, ein beträchtlicher Aufwand entstanden. »Auch kam es in seltenen Fällen zu bewussten Zerstörungen an Werkzeugen.« Weitere Produktionsprobleme habe es infolge von Amnestien gegeben.<sup>13</sup> Auf die ihm wahrscheinlich bekannten Klagen ehemaliger Gefangener über die Arbeitsbedingungen geht Jehmlich nicht explizit ein. Offensichtlich geht er aber nicht von relevanten Unterschieden zwischen der Fertigungsstelle Cottbus und Produktionsstätten mit ähnlichen Aufgaben im Stammbetrieb aus. Auch Kalkulation und Abrechnungen seien identisch abgelaufen. Allerdings hätte »die Auszahlung an die Inhaftierten [...] außerhalb der Kompetenz und der Kenntnis des Betriebes« gelegen.<sup>14</sup>

Uwe Bastian und Hildigund Neubert beschrieben in ihrer Studie zur Haftarbeit in der DDR die Arbeitsbedingungen in der Cottbuser Werkstatt des VEB Pentacon anhand der Auswertung von 35 Fragebögen, die sie selbst an ehemalige Häftlinge verschickt hatten. Die erste deutliche Differenz zu Jehmlich besteht in der Feststellung, dass alle Befragten ab 1972 von einem Dreischichtsystem berichteten.<sup>15</sup> Diese Aussage wird auch von anderen Zeitzeugen bestätigt.<sup>16</sup> Insbesondere Nachtschichten waren mit zusätzlichen Belastungen verbunden, da tagsüber ein ungestörter Schlaf im Gefängnis nur schwer möglich war.

Die ehemaligen Häftlinge beklagten unter anderem mangelnden Arbeitsschutz, veraltete Maschinen und unzulängliche Werkzeuge sowie Lärm. Hinzu kamen Stress durch Normdruck, schlechtes Licht und unzulängliche Belüftung. Verbrauchsmittel wie Handschuhe, Mund- und Gehörschutz seien fast völlig eingespart, das Werkzeug nur selten erneuert worden.

Acht der befragten Häftlinge erlitten einen Arbeitsunfall, vier von ihnen berichteten über mehrfache Verletzungen an Fingern und Händen,

ein anderer verlor ein Fingerglied. Hinzu kamen drei Knochenbrüche. Die früheren Gefangenen brachten auch weitere Gesundheitsprobleme mit der Haftarbeit in Verbindung: hierzu gehörten beispielsweise Rückenbeschwerden oder – bedingt durch die starke Staubeentwicklung in der Werkstatt – schwere Atemwegserkrankungen.<sup>17</sup>

Der Widerspruch zwischen den Ausführungen Jehmlichs und den Erinnerungen vieler Häftlinge liegt auf der Hand. Sicherlich wollte der frühere Leiter der Pentacon-Forschung die Verhältnisse in der Fertigungsstelle Cottbus nicht in allzu schlechtem Licht erscheinen lassen. Andererseits waren wohl auch die Arbeitsbedingungen in Teilen des Pentacon-Stammbetriebs durchaus kritikwürdig.

Auch auf Seiten der Strafvollzugsbehörden blieben diese Umstände nicht unbeachtet. Weder die Tätigkeiten selbst noch die Arbeitsbedingungen entsprachen offiziellen Vorgaben. Die verantwortlichen Angehörigen der Volkspolizei (VP) kritisierten schon im Sommer 1966, dass sich die Arbeit bei Pentacon durch die laufenden Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen immer weniger für den Strafvollzug eigne. Die Bedingungen für die Berufsqualifizierung der Masse der Strafgefangenen seien auch im neuen A-Betrieb wieder sehr ungünstig, die Produktion wirke vom Rhythmus her eintönig. Immerhin werde versucht, im ständigen Wechsel jeweils 20 Strafgefangene als Maschineneinrichter und Gütekontrolleure zu qualifizieren und die Allgemeinbildung der anderen Häftlinge durch Teilnahme an Volkshochschullehrgängen zu verbessern.<sup>18</sup>

## Umgang mit Arbeitsunfällen

Allerdings wurden keine Anstrengungen gemacht, die Situation zu ändern. Die Verwaltung Strafvollzug des Innenministeriums kritisierte 1976 die Zusammenarbeit mit den Cottbuser Arbeitseinsatzbetrieben bei der »Gewährleistung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes« sowie bei der Einhaltung hygienischer Normen als mangelhaft. Beispielhaft genannt werden »die unhygienischen Zustände in den Sanitäreinrichtungen und Waschgelegenheiten für die Strafgefangenen« sowie »die Nichteinhaltung der Arbeitsschutzbedingungen, wie Tragen von Gehörschutzmitteln und Brillen.«<sup>19</sup>

Arbeitsunfälle können zumindest teilweise in den Aufzeichnungen des Strafvollzugs und des Betriebes nachgewiesen werden. Einige schwerere Unfälle werden in den verfügbaren Unterlagen der Verwaltung Strafvollzug des Innenministeriums erwähnt. So geriet laut einer Übersicht über besondere Vorkommnisse im Jahre 1981 ein Gefangener in Cottbus beim

Stanzen von Teilen mit einer Hand in die Presse. Es sei eine Teilamputation erforderlich gewesen.<sup>20</sup>

Die im Hauptstaatsarchiv Dresden überlieferten Unterlagen des durch die Treuhandanstalt abgewickelten VEB Pentacon sind unvollständig, legen aber nahe, dass Pentacon Arbeitsunfälle im Stammbetrieb und in der Fertigungsstelle Cottbus nicht unterschiedlich behandelte.<sup>21</sup> So nahmen an der Untersuchung des Unfalls eines 22-jährigen Häftlings in der Stanzerie der Strafvollzugseinrichtung (StVE)<sup>22</sup> Cottbus neben dem Betriebsleiter die beiden Abteilungsleiter Stanzerie beziehungsweise Inspektion für Arbeitsschutz, technische Sicherheit und Brandschutz sowie ein Vertreter der Arbeitsschutzinspektion Cottbus teil. Der Unfall ereignete sich am 18. November 1985 an einer Exzenterpresse. Im Unfalluntersuchungsbericht des VEB Pentacon heißt es:

»Der Beschäftigte war als Einrichter und Maschinenarbeiter eingesetzt. Er hatte den Auftrag, die Presse [...] einzurichten und danach Schnittteile zu lochen. [...] Nach den Angaben des Unfallbetroffenen wollte er nach 150 Teilen das Werkzeug mit der Hand reinigen, dabei soll die Presse nachgeschlagen haben und er zertrümmerte sich den Mittelhandknochen der rechten Hand, der 3. und 4. Finger mussten amputiert werden. Die Untersuchungen ergaben, dass die Presse technisch in Ordnung war und ein Nachschlagen ausgeschlossen wird.«

Stattdessen ging die Kommission davon aus, dass der Beschäftigte mit einer Hand den vom Arbeitsplatz aus erreichbaren Wahlschalter betätigte und sich mit der anderen Hand im Werkzeug festhielt, um das Gleichgewicht zu halten. Als Konsequenz aus dem Unfall wurde angeordnet, die Abstände der Schaltschränke von den Maschinen so zu verändern, dass Schalthandlungen vom Arbeitsplatz aus nicht mehr möglich seien; die Schaltschränke sollten ständig unter Verschluss gehalten werden. Gegen den zuständigen Leiter wurde wegen Verstoßes gegen Arbeitsschutzbestimmungen ein Disziplinarverfahren eingeleitet.<sup>23</sup>

In derselben Akte befinden sich weitere Berichte über Stanzunfälle in anderen Pentacon-Produktionsstätten, einmal war auch ein zur Arbeit bei Pentacon abgeordneter Volkspolizei-Angehöriger im Grundwehrdienst betroffen.<sup>24</sup> Bei diesen Unfällen wurde aber, anders als im Fall des Strafgefangenen, immer der Name des Betroffenen genannt.

Laut einer von der Pentacon-Zentrale am 8. Januar 1990 erstellten Analyse des Jahres 1989 zum Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz gab es 1988 im Bereich F 9 (der »Fertigungsstätte Cottbus«) fünf gemeldete

Arbeitsunfälle, 1989 nur noch drei. Aus den Unfällen resultierten 1988 46 und 1989 26 Arbeitsausfalltage. Die sogenannte »Ereignisquote« (eine nicht genauer definierte Kennziffer) lag in Cottbus etwa in ähnlicher Höhe wie im Gesamtbetrieb.<sup>25</sup>

## Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

Das MfS – dessen für die StVE zuständigen Mitarbeiter in einem »konspirativen Objekt« im Gefängnis residierten, überwachte auch die Haftarbeit sehr intensiv. Hierzu nutzte man nicht zuletzt Inoffizielle Mitarbeiter unter den Gefangenen, dem Strafvollzugspersonal und den Angehörigen der Arbeitseinsatzbetriebe.<sup>26</sup>

Eine Vielzahl von Sicherheitsüberprüfungen des MfS sowohl von Volkspolizisten im Strafvollzug als auch von Beschäftigten von Pentacon und Sprela (dem zweiten größeren Betrieb auf dem Gelände der StVE, der unter anderem Schmierbuchsen aus Epoxydharz produzierte), zeugt von erheblichem Misstrauen der Stasi gegen das eingesetzte Personal. Neben allgemeinen menschlichen Schwächen (Redseligkeit, hohe Spieleinsätze) richtete sich die Aufmerksamkeit des MfS vor allem auf den »falschen« Umgang mit den Gefangenen (»Geschäftemacherei«, Schwarzarbeit, sexuelle Kontakte, labile Dienstdurchführung). Wurden entsprechende Verfehlungen des Personals entdeckt, leitete das MfS »operativ bedeutsame Sachverhalte [...] neutralisiert<sup>27</sup> dem Leiter der StVE Cottbus zur Entscheidung« zu. »Auf Drängen des MfS« seien vom 1. Januar 1980 bis zum 29. Februar 1984 aus der StVE Cottbus 14 Angehörige des Strafvollzugs »wegen politischer, fachlicher oder moralischer Nichteignung bzw. disziplinarischen Gründen entlassen« worden. »Im gleichen Zeitraum wurde wegen Verbindungen ins NSW bzw. unerlaubten Verbindungen zu SG [Strafgefangenen] 7 Betriebsangehörigen die Zutrittsberechtigung zur StVE entzogen.«<sup>28</sup>

Im Arbeitsalltag hatten die Zivilbeschäftigten gewisse Spielräume im Umgang mit den Häftlingen, die sie nach Aussagen von Betroffenen durchaus unterschiedlich nutzten. In der Überlieferung der Auswertungs- und Kontrollgruppe des MfS findet sich zum Beispiel ein Bericht über einen Pentacon-Mitarbeiter, der einem Gefangenen und dessen Frau beim Einschmuggeln von Briefen, Informationen, Alkohol, Kaffee und Zigaretten half. Dafür erhielt er kleinere Geschenke und das Versprechen des Häftlings, nach der eigenen Ausreise in die Bundesrepublik dem Beschäftigten bei dessen Übersiedlung mittels »Schleusung« zu helfen. Dem Pen-

tacon-Mitarbeiter wurde das Zutrittsrecht zur StVE entzogen, außerdem sollte ein Ordnungsstrafverfahren eingeleitet werden.<sup>29</sup>

Den Häftlingen war schon während ihres Gefängnisaufenthalts bekannt, dass die Dresdner Fotoapparate mit gutem Erfolg auf westlichen Märkten verkauft wurden. Viele Gefangene glaubten und glauben, dass die Kameras nur aufgrund der Häftlingsarbeit zu günstigen Preisen angeboten werden konnten.<sup>30</sup> Einige versuchten, in Exportgütern Kassiber in die Bundesrepublik zu schmuggeln, um auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen,<sup>31</sup> andere wandten sich nach ihrem Freikauf durch die Bundesregierung selbst an westliche Medien.<sup>32</sup> Die Presseabteilung der West-Berliner Firma Beroflex, die 1969 zum Vertrieb der Praktika-Kameras gegründet worden war, verbreitete 1976 die offensichtlich falsche Behauptung, es gäbe keine Häftlingsarbeit bei Pentacon – die Arbeitsbedingungen seien dort mindestens so gut wie im Westen.<sup>33</sup> Als sich im Frühjahr 1988 ein ehemaliger Häftling brieflich an Beroflex wandte und unter Verweis auf die Häftlingsarbeit einen Importstopp für Praktika-Kameras forderte, reagierte man nicht auf das Schreiben – im Gegensatz zum MfS, das in diesem wie auch in allen anderen Fällen gegen die Urheber ermittelte.<sup>34</sup>

## Wie rentabel war die Cottbuser Produktion?

Die Häftlingsarbeit generell hatte zweifellos hohe Bedeutung für die DDR-Ökonomie. Ohne den Einsatz von Gefangenen, (Bau-)Soldaten und Bereitschaftspolizisten wären viele besonders schmutzige und zum Teil lebensgefährliche Arbeitsplätze in der maroden Volkswirtschaft vor allem in den 1980er Jahren kaum noch zu besetzen gewesen.<sup>35</sup> Seit 1973 wies die Staatliche Plankommission den Betrieben (zum Teil auf Anforderung) je nach volkswirtschaftlichen Prioritäten Häftlinge zu.<sup>36</sup>

Trotz der bedeutenden Exportzahlen des Kameraherstellers wurde Pentacon im Herbst 1976 nur in die volkswirtschaftlich weniger bedeutsame Kategorie II der Arbeitseinsatzbetriebe des Strafvollzugs (AEB) eingeordnet. Laut einem vom SED-Politbüro am 26. Oktober 1976 bestätigten Beschlussentwurf zum Arbeitseinsatz von Strafgefangenen in der Volkswirtschaft sollte der Innenminister die Belegung der StVE so steuern, dass bei rückläufiger Anzahl der Gefangenen (vor allem infolge von Amnestien) »die Einsatzgrößen für die Betriebe der Kategorie I zu Lasten der Kategorie II gesichert werden.«<sup>37</sup>

Es gibt keine Hinweise darauf, dass Pentacon zu irgendeinem Zeitpunkt eine höhere Kategorie erreicht hätte. Dennoch wurden 1986 kurzfristig

100 Häftlinge aus anderen Gefängnissen in die Pentacon-Produktion verlegt, als es dort zu Planrückständen kam.<sup>38</sup>

Welche Bedeutung hatte nun die »Fertigungsstätte Cottbus« für den Gesamtbetrieb VEB Pentacon? Unter anderem überlieferte Geschäftsberichte, Rechenschaftslegungen zeigen, dass die Gefängnisproduktion seitens der Dresdner Firmenzentrale grundsätzlich vor allem als Klotz am Bein angesehen wurde, der viele Probleme und immer wieder auch Zusatzkosten produzierte – gleichwohl war ein eigenverantworteter Rückzug vom Standort unter den Bedingungen der Planwirtschaft natürlich unmöglich. Die wichtigste Schwierigkeit, mit der die Verantwortlichen konfrontiert waren, bestand in den erheblichen Schwankungen des Arbeitskräfteangebots, insbesondere im Kontext von Amnestien. Hinzu kam häufig mangelnde Leistung der ungeübten und widerwilligen Gefangenen, die verständlicherweise oft bewusst langsam und ungenau arbeiteten oder die Arbeit sogar zu sabotieren versuchten, was natürlich mit hohen Strafen bedroht war.<sup>40</sup>

Der Direktor des Kombinats VEB Pentacon sah im Dezember 1972 für das Folgejahr massive Probleme voraus:

»Auf der Grundlage der durchgeführten Amnestie wird die für 1973 vorhandene Arbeitskräftebilanz von 400 Arbeitskräften – davon 265 Produktionsgrundarbeiter – der StVA Cottbus nicht in vollem Umfang wirksam. Die dadurch auftretende Fehlkapazität beträgt für das Jahr 1973 ca. 250 000 Stunden. Eine exakte Aussage darüber ist nicht möglich, da diese abhängig ist von der Zuführung neu inhaftierter Strafgewangener in die StVA.«

Der Kombinatdirektor schlug vor, durch die »Territorialorgane« Dresden (360), Görlitz (30), Berlin (10) und Cottbus (40) Arbeitskräfte zu gewinnen. Außerdem sollten insbesondere im Bereich Vorfertigung durch andere Betriebe des Ministeriums Elektrotechnik beziehungsweise Elektronik-Kooperationsleistungen im Umfang von bis zu 250 000 Stunden erbracht werden.<sup>40</sup> Interne Pentacon-Materialien vom Sommer 1973 zeigen die beträchtlichen finanziellen Auswirkungen der Amnestie: Aufgrund fehlender Produktionsgrundarbeiter und »Minderleistung« der vorhandenen Beschäftigten im Betriebsteil Cottbus sei eine kritische Situation in der Kostenentwicklung der Kameraproduktion eingetreten, im ersten Halbjahr wurden »die Kosten mit TM 1850 überschritten.«<sup>41</sup> Ganz ähnliche Probleme brachte die Amnestie 1987 mit sich.<sup>42</sup>

Mitte 1989 beantragte Pentacon bei der Kombinatleitung in Jena – der VEB Pentacon gehörte seit 1985 zum Kombinat VEB Carl Zeiss – die

Finanzierung zusätzlicher Aufwendungen für den Westexport. Begründet wurde dies mit »erhöhten außerplanmäßigen Aufwendungen«, da in Cottbus »durch ständigen Personalwechsel eine unterdurchschnittliche Leistungskurve sowie erhöhter Anfall von Ausschuss- und Nacharbeitskosten« zu verzeichnen seien.<sup>43</sup>

## Resümee

Die Pentacon GmbH Kamera- und Kinowerke, »Fertigungsstelle Cottbus«, kündigten der Strafvollzugseinrichtung Cottbus am 13. September 1990 zum Jahresende den Nutzungsvertrag.<sup>44</sup> Es gibt Hinweise, dass zumindest bis Ende 1990 noch Strafgefangene in der Halle tätig waren.<sup>45</sup>

Während etwa in der Chemieindustrie und der Energiewirtschaft die Tätigkeit von Häftlingen wegen der flexiblen Einsatzmöglichkeiten – auch unter freien Arbeitern nicht zumutbaren Bedingungen – aus Sicht der Planungsbehörden unverzichtbar war und diese sowohl betriebs-, als auch volkswirtschaftlich einen positiven Saldo produzierte<sup>46</sup>, war die Beschäftigung von Gefangenen bei Pentacon weder aus Sicht des Betriebs noch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive wirklich sinnvoll. Freie Arbeiter mit größerer Erfahrung hätten bessere Arbeitsergebnisse bei geringeren Kosten erzielen können.

Die Annahme, nur aufgrund der Häftlingsarbeit hätten die Kameras im Westen so billig angeboten werden können, erweist sich als gegenstandslos, da die Produkte zu nahezu jedem erzielbaren Preis verkauft wurden, um den »Devisenhunger« des SED-Staates befriedigen zu können; die tatsächlichen Betriebskosten spielten dabei keine Rolle.

Gleichwohl wurden die Häftlinge einem enormen Druck unterworfen, die gefährliche monotone Arbeit im Dreischichtsystem unter Gefängnisbedingungen ohne wirkliche Erholungsmöglichkeiten ist als menschenunwürdig einzuschätzen, für viele Betroffenen resultieren daraus bis heute gesundheitliche Nachwirkungen.<sup>47</sup>

Zwar zahlte der Betrieb (abzüglich gewisser Sozialleistungen) den Tariflohn für Hilfsarbeiter, die Gefangenen erhielten aber nur einen Bruchteil davon. Die Differenz wurde vom Innenministerium zur Reduzierung der Kosten des Strafvollzugs genutzt.<sup>48</sup>

Die Hauptverantwortung für die Zustände bei der Haftarbeit trug die SED, das Innenministerium und MfS waren wie generell im Strafvollzug für die operative Umsetzung der Richtlinien der Partei zuständig. Die Einflussmöglichkeiten des Betriebs auf die Situation der Gefangenen

waren demgegenüber gering, Mängel beim Arbeitsschutz sind den Verantwortlichen bei Pentacon aber zuzurechnen. Von Protesten der Betriebsleitung etwa gegen den Arbeitszwang für politische Häftlinge ist nichts bekannt.

## Anmerkungen

- 1 Unter einem A-Betrieb verstand man einen autonomen Betriebsteil eines VEB auf dem Gefängnisgelände, in den B-Betrieben wurde für externe Auftraggeber gearbeitet, C-Einrichtungen erledigten hausinterne Arbeiten.
- 2 Wichtig vor allem Christian Sachse, *Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur*, Leipzig 2014 und Tobias Wunschik, *Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970–1989)*, Göttingen 2014.
- 3 Verdienstvoller Vorreiter hier Justus Vesting, *Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefängene und Bausoldaten in der Industrie der DDR*, Berlin 2012; gerade neu erschienen Susanne Kill, Christopher Kopper und Jan-Henrik Peters, *Die Reichsbahn und der Strafvollzug in der DDR. Häftlingszwangsarbeit und Gefangenentransporte in der SED-Diktatur*, Essen 2016.
- 4 Schreiben der Hauptabteilung Strafvollzug des DDR-Innenministeriums an den Generalinspekteur der Volkspolizei, August Mayer, bezüglich einer Tagung im Haftkrankenhaus Klein-Meusdorf, 5.5.1954, Bundesarchiv (BArch), DO1/28498.
- 5 Bericht der BDVP Cottbus, Abteilung SV, 1954, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 871/17, Nr. 94.
- 6 Ausführlich dazu Steffen Alisch, *Strafvollzug im SED-Staat. Das Beispiel Cottbus*, Frankfurt a. M. 2014, S. 192ff.
- 7 BArch, DO 1/3781.
- 8 Bericht der Kontrollgruppe vom 19.3.1965, BLHA, Rep. 871/17.1/21.
- 9 BDVP Cottbus, Abteilung Strafvollzug, Auskunftsbericht vom 12.7.1966 über die Lage und Entwicklungstendenzen des Organs SV des Bezirkes im 1. Halbjahr 1966, BLHA, Rep. 871/17.1/171.
- 10 Gerhard Jehmlich, *Der VEB Pentacon Dresden, Geschichte der Dresdner Kamera- und Kinoindustrie nach 1945*, Dresden 2009, S. 193.
- 11 Ebd., S. 194. NSW steht für Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet.
- 12 Birgit Breuel (Hg.), *Treuhand intern*, Frankfurt a. M./Berlin 1993, S. 112f; Weitere Informationen zur Abwicklung und der Sicht der Betriebsangehörigen darauf in: Jehmlich, *Pentacon* (Anm. 10), S. 212ff.
- 13 Ebd., S. 113f.
- 14 Ebd.
- 15 Uwe Bastian und Hildigund Neubert, *Schamlos ausgebeutet. Das System der Haftzwangsarbeit politischer Gefangener des SED-Staates*, Berlin 2003, S. 82.

- 16 Vgl. z. B. Bernd Pieper, Roter Terror in Cottbus. Siebzehn Monate in Gefängnissen der DDR, Berlin 1997, S. 182.
- 17 Bastian und Neubert, Schamlos ausgebeutet (Anm. 15), S. 82 ff.
- 18 Bericht BDVP Cottbus vom 12.7.1966 (Anm. 9).
- 19 Verwaltung Strafvollzug: Bericht vom 23.11.1976 über den Kontrollgruppeneinsatz der Verwaltung Strafvollzug in der StVE Cottbus vom 3.11. bis 12.11.1976, BLHA. Rep. 871/17.2./372.
- 20 Verwaltung Strafvollzug: Übersicht über besondere Vorkommnisse 1981, BArch, DO1/3682.
- 21 Hauptstaatsarchiv Dresden, Bestand VEB Pentacon Dresden, Signatur 11591/2072.
- 22 Ab Anfang der 1970er Jahre sprach man offiziell nicht mehr von StVA, sondern von StVE.
- 23 Unfalluntersuchungsbericht des VEB Pentacon vom 20.11.1985, Hauptstaatsarchiv Dresden (Anm. 21), Signatur 11591/1444-1444-1.
- 24 Zu solchen Einsätzen von Soldaten und Bereitschaftspolizisten im Grundwehrdienst in der Volkswirtschaft vgl. Clemens Heitmann und Marcus Sonntag, Einsatz in der Produktion. Soldaten und Strafgefangene als Stützen der DDR-Staatswirtschaft, in: Deutschland Archiv 3 (2009), S. 451–458.
- 25 Hauptstaatsarchiv Dresden (Anm. 21), Signatur 11591/1444-1442-6.
- 26 Vergleiche ausführlich Alisch, Strafvollzug (Anm. 6), S. 116 ff.
- 27 Die Informationsquelle durfte nicht erkennbar sein.
- 28 Oberstleutnant Siegel: »Bericht über die Ergebnisse der durchgeführten Kontrolle in der StVE Cottbus zur Überprüfung des Standes und der Wirksamkeit der Durchsetzung der Befehle und Weisungen des Ministers für Staatsicherheit zur allseitigen Gewährleistung der staatlichen Sicherheit sowie Sicherheit und Ordnung«, ca. März 1984, BStU, MfS, HA VII 2077.
- 29 MfS-Bezirksverwaltung Cottbus: Bericht über »unstatthafte Verbindungen zwischen einem Angehörigen des Arbeitseinsatzbetriebes VEB »Pentacon« Dresden und einem Strafgefangenen der StVE Cottbus vom 7.5.1985.«, BStU, MfS, AKG 4730, Dok Nr. 002270.
- 30 Vgl. die Angaben zu Marktanteilen bei Jehmlich, Pentacon (Anm. 10), S. 183. Zu den Kenntnissen und Vermutungen der Häftlinge vgl. z. B. Pieper, Terror (Anm. 16), S. 172.
- 31 Wunschik, Knastware (Anm. 2), S. 256.
- 32 Mündliche Berichte von Häftlingen.
- 33 Wunschik, Knastware (Anm. 2), S. 257.
- 34 Schreiben Beroflex an die Jenoptik, Büro Düsseldorf vom 31.5.1988, BStU, HA XVIII, 8336.
- 35 Vgl. Heitmann und Sonntag, Einsatz (Anm. 24), S. 451–458.
- 36 Sachse, Zwangsarbeit (Anm. 2), S. 38 ff.
- 37 Arbeitsprotokoll des SED-Politbüros vom 26.10.1976, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2A/2014.
- 38 Heitmann und Sonntag, Einsatz (Anm. 24), S. 457.
- 39 Vgl. dazu Zeitzeugenberichte von Häftlingen bei Tomas Kittan, Das Zuchthaus Cottbus. Die Geschichte des politischen Strafvollzugs, Cottbus 2012, S. 79.

- 40 Problemerkatalog 1973, Unterpunkt. Vorfertigungskapazität der Fertigungsstelle Cottbus (StVA) vom 7.12.1972, Hauptstaatsarchiv Dresden (Anm.21), Signatur 11591/140.
- 41 Rechenschaftslegung des Hauptbuchhalters vor dem Kombinatdirektor vom 23.7.1973, ebd.
- 42 Geschäftsbericht VEB Pentacon 1987, S. 48, ebd., Signatur 11591/1444-1652-1.
- 43 U.a. von Betriebsdirektor Schönemann unterzeichnetes Schreiben des VEB Pentacon an Kombinatdirektor Biermann vom 30.6.1989, ebd., Signatur 11591/1444-1351-5.
- 44 Schreiben Geschäftsführer Dr. Schulzki, ebd., Signatur 11591/1444-1258-1.
- 45 Ebd., Signatur 11591/1444-2060/2.
- 46 Vesting, Zwangsarbeit (Anm. 3), S. 118 ff.
- 47 Vgl. dazu z.B. Kornelia Beer und Gregor Weißflog, Weiterleben nach politischer Haft in der DDR. Gesundheitliche und soziale Folgen, Göttingen 2011.
- 48 Vgl. dazu ausführlich Steffen Alisch, Der Mythos vom Goldesel Strafvollzug. Anmerkungen zur Rentabilität der Haftzwangsarbeit in der DDR und deren Entlohnung, in: ZdF (Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat) 33 (2013), S. 73–86.



Akteneinsicht im Leseraum beim BStU in Berlin.

Christian Booß

## Die Akteneinsicht: Von der revolutionären Aktion zum Gesetz – 25 Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG)

Im Januar 1992 bestürmten zumeist Ostdeutsche die Stasi-Unterlagenbehörde. Sie wollten »ihre« Akten sehen. Die Antragsformulare waren bald vergriffen, sie wurden von der *Bild*-Zeitung und anderen Medien nachgedruckt.

Die Akteneinsicht – und das ist der Kern des im Dezember 1991 verabschiedeten Stasi-Unterlagen-Gesetzes<sup>1</sup> – wird heute oft als unmittelbare Errungenschaft der friedlichen Revolution angesehen. »Uns leitete der Gedanke, dass diese Akten den Verfolgten gehören«<sup>2</sup>, argumentiert die ehemalige Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld heute. Andere folgen in

etwa diesem Muster.<sup>3</sup> Dennoch ist es eine stark vereinfachende Sicht. Die Akteneinsicht ist, genauer betrachtet, eine durchaus komplizierte deutsch-deutsche Geschichte.

Anfangs hatte es sogar Vorbehalte gegen die Akteneinsicht gegeben. Anfang Dezember 1989 hatten sich Bürgerkomitees gebildet und Demonstranten in den Bezirksstädten der DDR wie Erfurt, Leipzig und Suhl den Zugang zu den Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) erstritten. Am 7. Dezember tagte in Berlin erstmals der Runde Tisch, an dem Vertreter der alten Parteien und Gruppierungen und die neuen Bewegungen nach einem Konsens suchten. Die Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe warf die naheliegende Frage auf, wie die Stasi-Akten für die Nachwelt zu sichern seien. Da konterte ein anderer:

»Ich wäre dagegen, dieses jetzt gleich zu machen. Denn da sind so viele persönliche Daten drin. Also ich würde darauf gerne verzichten. Diese Auswertung können Sie in 50 Jahren machen, wenn wir unter der Erde sind, aber jetzt noch nicht.«<sup>4</sup>

Derjenige, der damals gegen die schnelle Aktenöffnung plädierte, war keineswegs der damalige Exponent der SED, Gregor Gysi, sondern Martin Gutzeit von den oppositionellen Sozialdemokraten, derzeit ironischerweise der Stasi-Landesbeauftragte von Berlin. Damals ging es noch primär darum, die Stasi zu entmachten und die Überwachung der Bevölkerung endgültig zu beenden. Doch auch nach dem das im Januar 1990 geschehen war, gab es Bedenken gegen die Offenlegung der Akten. Die Oppositionellen Rainer Eppelmann und Werner Fischer fürchteten eine Pogromstimmung. Die evangelische Kirche argumentierte ähnlich.<sup>5</sup> Auch der designierte demokratisch gewählte Ministerpräsident Lothar de Maizière warnte, dass Einzelpersonen »auf keinen Fall« ihre Akten einsehen dürften, da sonst »Mord und Totschlag« drohten.<sup>6</sup> Bei de Maizière kann man angesichts der circa 1000 Seiten, die seine IM (Inoffizieller Mitarbeiter)-Akte einmal umfasst haben muss, eigennützige Motive vermuten.<sup>7</sup>

Es gab, genau betrachtet, mehrere Wellen von Widerstand gegen die Aktenöffnung, zunächst aus der DDR selbst, dann von der Bundesregierung und vom Datenschutz, bis es zur Akteneinsicht kam, wie sie uns heute vertraut ist.

## Widerstand aus unterschiedlichen Richtungen

Wie das dargestellte »Mord-und-Totschlag-Argument« in der DDR genau aufkam, ist nicht abschließend geklärt. Aber die Argumentation war faktisch von höheren Stasi-Offizieren Anfang 1990 erfunden worden. Diese überlegten, wie sie nach den Besetzungen der Stasi-Bezirksstellen die Offenlegung ihrer Hinterlassenschaft verhindern könnten. Die Angst vor »Mord und Terror« sollte die Öffentlichkeit vor den Folgen der Aktenöffnung zurückschrecken lassen. Stattdessen wurde die Zerstörung bestimmter Akten, Karteien und elektronischer Datenträger gefordert.<sup>8</sup>

Auch in den Bürgerkomitees, die quasi auf den Akten saßen, gab es erhebliche Differenzen. In Leipzig plädierte man – das ist hervorzuheben – dafür, auch an die Akten der eigentlich Verantwortlichen, an die SED-Akten, heranzugehen.<sup>9</sup> In Rostock wurde eine Art »mittlere Linie« gefahren. Dort hatte sich ein Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Stasi-Arbeit gegründet, der sich aber auf die Auswertung von Sachakten beschränkte. Teile des Schweriner Bürgerkomitees, offenkundig beraten von Stasi-Archivaren, waren für die teilweise sofortige Aktenvernichtung.<sup>10</sup> Die elektronischen Daten wurden aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes, und um den westlichen Diensten schnelle Datenzugriffe zu verwehren, weitgehend zerstört.<sup>11</sup> Das hat zur Folge, dass die Historiker heute einen unmodernen Stasi-Apparat analysieren, der eher dem Stand der 1970er als dem der späten 1980er Jahre entspricht. Ob elektronische Datenträger zum Beispiel aus der Telefonüberwachung entwendet und für Erpressung jedweder Art missbraucht wurden, ist nicht nachvollziehbar.<sup>12</sup>

Anlass für eine »Zäsur«, ein Umdenken in der Aktenfrage, waren dann die ersten spektakulären Enthüllungen aus den Stasi-Unterlagen, die die Integrität von DDR-Spitzenpolitikern der Übergangszeit infrage stellten. Als einer der Ersten kam der damalige CDU-Vorsitzende der DDR, Lothar de Maizière, in Verruf, dann zwölf weitere Personen, wie der Frontmann der Sozialdemokraten Ibrahim Böhme oder der Vorsitzende des konservativen Demokratischen Aufbruchs, Wolfgang Schnur. Ein Aktenfund in Rostock – die einen meinen dieser sei zufällig,<sup>13</sup> andere sagen, es sei ein gezielter Verrat von Stasi-Leuten gewesen<sup>14</sup> – förderte ein komplettes IM-Dossier des konservativen Hoffnungsträgers Schnur zutage. Anfang März 1990 wurde der lang schwelende Verdacht zur Gewissheit, sodass Schnur kurz vor den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 zurücktreten musste.<sup>15</sup>

Unmittelbar vor und nach der Wahl zur Volkskammer am 18. März stellte sich somit die Frage, ob die neu gewählten 400 Volkskammerabge-

ordneten überhaupt das Vertrauen der Bevölkerung verdienten. Einer *Spiegel*-Umfrage vom April 1990 zufolge waren 86 Prozent der DDR-Bürger der Meinung, die Opfer sollten das Recht haben, ihre eigenen Akten einzusehen.<sup>16</sup> In der Folgezeit, so beschloss es schließlich das neue Parlament, sollten die Abgeordneten und die Regierung auf Kompromittierendes in den Stasi-Akten überprüft werden. Die Volkskammer arbeitete nun an einem Gesetz, das die Bewahrung der Stasi-Akten und Einsichtsrechte garantieren sollte. Bürgerrechtskreise riefen damals verstärkt nach »Aufarbeitung«.<sup>17</sup>

## Bundesdeutsche Ängste

Nachdem sich »der Osten« in der Frage der Akteneinsicht bewegt hatte, trat nun unerwartet die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl kräftig auf die Bremse. Dort herrschten Sicherheitsbedenken. Wenn man die entlassenen Stasi-Leute nicht integrieren würde, könnten sie zum KGB überlaufen oder als Erpresser oder gar als Terroristen tätig werden.

Durch Stasi-Überläufer, Nachrichtenhändler und andere hatten die bundesrepublikanischen Eliten erfahren, was alles in den Stasi-Dossiers stehen könnte. In Zeitschriften der Bundesrepublik, wie die *Illustrierte Quick*, kursierten wenig schmeichelhafte Zitate aus abgehörten Telefonaten prominenter Bundespolitiker. Die Stasi-Akten galten daher auf einmal als Gefahr für die Reputation westlicher Eliten und die Bürgerkomitees, die die Akten kontrollierten, als Sicherheitsrisiko. Über einen Abgesandten aus dem Kanzleramt, den späteren Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Eckart Werthebach, nahm die Bundesregierung entsprechend Einfluss auf die DDR-Regierung.<sup>18</sup>

Um die Stasi-Abhörprotokolle unschädlich zu machen, beschloss die Bundesregierung – auch als Vorbild für die Bundesländer – dass derartige Dossiers eingesammelt und »ungeöffnet vernichtet«<sup>19</sup> werden sollten. Dieser Beschluss, der bis heute wenig bekannt ist, hätte ausgereicht, um nach dem 3. Oktober, dem Datum der deutschen Vereinigung, einen großen Teil der Stasi-Akten zu zerstören. Des Weiteren blockierte die Bundesregierung, dass das Gesetz, welches die Volkskammer schließlich am 24. August beschlossen hatte, in den Vertrag zur deutschen Einheit übernommen wurde. Dieses forderte, die Akten bei hohen Datenschutzsicherungen im Interesse der Aufarbeitung grundsätzlich offen und nutzbar zu halten. Deswegen kam es vor der deutschen Vereinigung zu einem Showdown mit einer Besetzung der Stasizentrale durch Bürgerkomitee-

Mitglieder und Bürgerrechtler, republikweiten Mahnwachen, Unterschriftensammlungen, Petitionen und Protestbeschlüssen der Volkskammer. Es war wie ein Nachbeben der friedlichen Revolution.

In dem Konflikt ging es, vereinfacht, um die folgende Alternative: Sollten die Akten komplett erhalten und bürgernah verwaltet und einzusehen sein? Oder sollten sie teilvernichtet, für die Bürger weitgehend unzugänglich, in die Hände der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden gelangen?

Die Bundesregierung musste einlenken. Denn der Fahrplan zur deutschen Einheit, der wegen der internationalen Zustimmung eng getaktet war, geriet in Gefahr. Es kam zum Kompromiss: Das Volkskammergesetz wurde zwar nicht übernommen, es wurde im Einigungsvertrag aber dem bundesdeutschen Gesetzgeber aufgegeben, ein am Volkskammergesetz orientiertes Akteneinsichtsgesetz zu schaffen. Akten durften nicht mehr, wie von der Bundesregierung eigentlich schon beschlossen, vernichtet werden. »Ein Gesetz geht vor«<sup>20</sup>, musste Staatssekretär Neusel unter Bezug auf den geänderten Einigungsvertrag einräumen. Die Akten sollten nun unter Leitung eines von der Volkskammer gewählten Beauftragten in Ostdeutschland verbleiben.<sup>21</sup> Dass dieser vage Kompromiss durchging, lag nicht zuletzt an der Person und dem Verhandlungsgeschick des damaligen Volkskammerabgeordneten Joachim Gauck. Er zeigte sich hier als »Revolutionär mit Staatsraison«.<sup>22</sup>

## Ewige Debatten

In der Debatte um den Einigungsvertrag wurden schon viele Linien sichtbar, die auch die Diskussion um das Stasi-Unterlagen-Gesetz prägen sollten. Auch in den heutigen Diskussionen um die Zukunft der Stasi-Behörde scheinen sie wieder durch.<sup>23</sup> Das künftige Stasi-Unterlagen-Gesetz zu verabschieden, lag nach Dezember 1990 in den Händen des Deutschen Bundestages, der erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg im alten Westen und im einstigen Mitteldeutschland, den fünf Neuen Bundesländern, wie es Juristen damals formulierten, gewählt worden war.

Bürgerkomitees in Leipzig und andernorts plädierten damals für eine radikale Dezentralisierung in bezirklichen Aktendepots unter parlamentarischer Kontrolle. Angesichts der heutigen Debatte zur Ausdünnung der Außenstellen der Stasi-Unterlagenbehörde war dies ein interessanter Vorschlag.<sup>24</sup> Dieser ging seinerzeit modifiziert in den Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen ein, der für eine föderale, von den ostdeutschen Ländern verantwortete Struktur plädierte.<sup>25</sup>

Die Aktenbehörde, wie sie 1991 von einer großen Mehrheit des Bundestages beschlossen wurde, war schließlich eine fast normale Bundesoberbehörde. Die föderalen Elemente finden sich noch in den Außenstellen, laut Gesetz mindestens eine in jedem ostdeutschen Bundesland.<sup>26</sup> Auch im Beirat sitzen, allerdings mit vergleichsweise schwachen Rechten, Ländervertreter.<sup>27</sup>

Die extreme Gegenposition stammte damals aus Kreisen der Bundesregierung. Vor der deutschen Einheit hatte Innenminister Schäuble öffentlich darüber nachgedacht, die Akten nach einem Dreivierteljahr der Nutzung zum Zwecke der Rehabilitierung von strafrechtlich politisch Verfolgten zu vernichten.<sup>28</sup> Die verbleibenden Akten sollten zunächst in die zentrale und sichere Verwahrung einer Bundesbehörde, dem Bundesarchiv, übergeben werden. Diese Haltung hat der Bund eigentlich nie ganz aufgegeben. In internen Papieren des Bundesinnenministeriums und des Bundesrechnungshofes wurde immer wieder der vermeintliche Luxus der Außenstellen kritisiert, dahinter steckt das alte »Modell« von 1990.

Auch hier ist ein Blick zurück in den Dezember 1989 interessant. Ironischerweise war der Vorschlag der Lagerung im zentralen Staatsarchiv nach den Besetzungen der Bezirksverwaltungen zuerst in Stasi-Kreisen diskutiert worden. Wenn man die Akten schon nicht mehr vernichten könne, so die Stasi-Leute, seien sie in einem »zentralen Staatsarchiv« mit langen Sperrfristen – nach dem Vorbild der USA 50 Jahre lang – »durch Regierungsbeschluss langfristig vor unberechtigtem Zugriff zu schützen«.<sup>29</sup> Das war nach Ansicht der Stasi-Strategen die zweitbeste Variante des »Quelenschutzes« nach der blockierten Vernichtung.

## Datenschutz kontra informationelle Selbstbestimmung

Jenseits der Organisationsfrage gab es eine Reihe weiterer Differenzen, für die ein Kompromiss gefunden werden musste. Das wichtigste Thema war der Datenschutz. Hier prallten zwei Kulturen aufeinander. In der DDR war der staatliche Datenschutz identisch mit den Geheimhaltungsbedürfnissen der Diktatur. Ein liberales Abwehrrecht des Bürgers gegenüber dem Staat gab es unter der Parteidiktatur nicht. Durch die Revolution und die Stasi-Aktendebatte hatte sich das öffentliche Bewusstsein radikalisiert, im Rahmen der Aufarbeitung sollte nun bei Schutz des Einzelnen alles offengelegt werden. Der Einzelne sollte die Autonomie über seine staatlich dokumentierte Biografie erhalten. »Freiheit für meine Akte!« lautete ein Graffito an den Wänden des MfS nach dessen Besetzung.

In der Bundesrepublik war man vor einem gänzlich anderen Erfahrungshintergrund grundsätzlich skeptisch gegenüber den Stasi-Akten. Der westliche Teil Deutschlands hatte mit dem Verfassungsgerichtsurteil zur Volkszählung von 1983 und dem Datenschutzgesetz von 1990 gerade eine Datenschutzdebatte durchgemacht.<sup>30</sup> Im Vergleich zu den Problemen in einer totalitären Diktatur wirkte sie vielleicht wie eine Luxusdiskussion, war jedoch der Ausdruck bürgerlicher Freiheitsrechte. Nach allgemeiner Auffassung der Datenschützer waren die Stasi-Akten jedenfalls mehrheitlich rechtsstaatswidrig entstanden.

In der Bundestagsanhörung zum künftigen Stasi-Unterlagen-Gesetz vom 27. August 1991<sup>31</sup> wies beispielsweise der Berliner Datenschutzbeauftragte Hansjürgen Garstka darauf hin, dass in der DDR Grundrechte verletzt worden seien, die zumindest dem Wortlaut nach in der DDR-Verfassung verbrieft waren, wie der Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit nach Artikel 19 und die Unverletzbarkeit des Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Artikel 31.

Garstka argumentierte »Die menschenverachtende Verletzung dieser angeblich auch in der DDR geschützten Grundrechte war sicherlich der wesentliche Grund für den Zusammenbruch dieses Staatswesens.«<sup>32</sup> Er plädierte deswegen für einen vorsichtigen Umgang mit der Aktenhinterlassenschaft. Da der Staat laut allgemeiner Datenschutzauffassung keine rechtsstaatswidrigen Daten über seine Bürger speichern darf, mussten sie nach der reinen Lehre eigentlich vernichtet werden.

Es war aber klar, dass das nach dem Einigungsvertrag nicht mehr möglich war. Außerdem hatte der Staat selbst inzwischen ein großes Interesse an der, zumindest zeitweiligen, Nutzung bestimmter Akten:

- für die Rehabilitierung der in der DDR Strafrechtlich politisch Verfolgten,
- für die Strafverfolgung von schweren Verbrechen,
- für die Bekämpfung des Terrorismus,
- für die Spionagebekämpfung und -abwehr.

In dieser zunächst verfahren scheinenden Lage waren es gerade die Datenschützer, die eine salomonische Formel fanden. Der Wert der »informationellen Selbstbestimmung« und der sympathische Versuch, das geheimdienstliche Erbe einer Parteidiktatur aufzuarbeiten, waren durchaus in Einklang zu bringen. Wenn nämlich der Staat rechtsstaatswidrig entstandene Akten aus bestimmten Gründen temporär aufbewahren müsse, dann habe zuallererst der Bürger, über den die Akten handelten, das Recht,

diese Inhalte zu sehen.<sup>33</sup> Aus dem Datenschutz wurde das Recht auf informationelle Selbstbestimmung abgeleitet. Das war die eigentliche Geburtsstunde des Akteneinsichtsrechts für jeden Bürger.

## Wer hat's erfunden?

Es ist dagegen eine Geschichtsklitterung, wenn behauptet wird, das Akteneinsichtsrecht sei eine unmittelbare Frucht des Volkskammergesetzes vom 24. August 1990. Dieses Gesetz war nämlich wegen der ostdeutschen Debatten noch sehr restriktiv: Der Einzelne hatte nicht einmal ein Einsichtsrecht, sondern lediglich ein Auskunftsrecht. Sofortige Auskünfte sollte ein Antragsteller nur erhalten, wenn er »tatsächliche Anhaltspunkte dafür glaubhaft macht, dass er durch die Nutzung der Daten Schaden erlitten hatte oder zum Zeitpunkt der Antragstellung erleidet oder der Eintritt eines solchen Schadens droht.«<sup>34</sup>

In allen anderen Fällen sollte die Bearbeitung erst nach Abschluss der archivarischen Aufbereitung erfolgen. Im Grunde musste man bei dieser Konstruktion vor dem Antrag das nachweisen, was man eigentlich erst nach der Lektüre der Akten wissen konnte.

Das berühmte Akteneinsichtsrecht, inzwischen einige hunderttausend Mal praktiziert, die kleine Form der Aufarbeitung, ist also keine rein ostdeutsche Erfindung, sondern eine gesamtdeutsche: Sie wurde im Osten auf den Weg gebracht und erhielt den letzten juristischen Schliff im Westen.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz nahm im Bundestag schließlich eine andere Richtung, als die Positionen der Bundesregierung von 1990 hatten erahnen lassen. Nunmehr bestimmten auch in der Regierungsfraktion CDU/CSU nicht mehr allein die Sicherheitspolitiker die Linie, sondern viele, die dem Drängen der Diktatur-Opfer und dem bürgerrechtlichen Aufbegehren im Osten durchaus nahestanden. Der Berichterstatter der CDU/CSU, Johannes Gerster aus Mainz, postulierte denn auch bei der ersten Lesung im Juni 1991, dass »Schutz und Rehabilitierung der Opfer der Stasi ebenso wie die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit im Vordergrund stehen«.<sup>35</sup>

Der Dreh- und Angelpunkt der parlamentarischen Debatte von 1991 war also, dass die Interessen der Opfer im Mittelpunkt stehen sollten. Dies ist es wert, als historischer Wille des Gesetzgebers festgehalten zu werden. Denn im Gesetzestext selbst finden sich derartige Aussagen nicht, da mit den neutraleren datenschutzrechtlichen Begriffen wie dem »Betroffenen« und dem »Dritten« hantiert wird. Aber der historische Wille des Gesetz-

gebers, wie er sich in der zweiten Lesung im Bundestag vom 14. November 1991 darstellte, ging eindeutig in diese Richtung.<sup>36</sup>

Indirekt ist der Opferbezug im Prinzip der »Aufarbeitung« enthalten. Historische Aufarbeitung ist, das wird oft übersehen, etwas anderes als historische Forschung. Forschung ist wertfrei. Sie könnte sogar Erkenntnisse zur Optimierung von geheimpolizeilichen Überwachungsmethoden beisteuern. Aufarbeitung muss eine Empathie für die Opfer mitdenken. Nicht in dem Sinne, dass sie sich an den Beschlüssen von Opferverbänden orientiert. Aber Aufarbeitung ist Teil der Aufräumarbeiten und der Reparatur von Schäden, die eine Diktatur hinterlassen hat. Aufarbeitung soll – dieser Auffassung war der eigentliche Begriffsschöpfer, der Philosoph Theodor W. Adorno, der sich 1959 Sorgen um die Nachkriegsgesellschaft machte, wie auch die meisten Bundestagsabgeordneten, die an der Debatte von 1991 teilnahmen – zur Demokratisierung der Gesellschaft und des Individuums beitragen.

## Wiedergänger

Manche der Themen aus der Debatte von 1991 sind geradezu Wiedergänger, Kompromisse, die im Laufe der Zeit eine Nachbesserung erforderten: Im StuG von 1991 wurden die Rechte der Wissenschaft noch sehr restriktiv geregelt. Man fürchtete das Eindringen von Wissenschaftlern in die Intimitäten der ausgespitzelten DDR-Bürger. Es wurde eine eigene Forschergruppe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) gegründet. Diese sollte Akten einsehen dürfen, die im Prinzip gesperrt waren, um aufzuklären, wie Diktatur funktioniert. Für den Anfang war diese Ausweichstrategie plausibel, wenn auch umstritten. Manche hielten diesen Weg gar für verfassungswidrig,<sup>37</sup> der Historikerverband beschwor die Gefahren der Staatswissenschaft und beklagte die Benachteiligung seiner Zunft.<sup>38</sup> Inzwischen wird alles etwas gelassener gesehen, und seit einer Novellierung haben Forscher von Wissenschaftsinstitutionen fast die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie die Behördenforscher.<sup>39</sup> Warum nicht auch die Forschung der renommierten Gedenkstätten bisher von dieser Praxis in gleichem Maße profitiert, ist nicht unbedingt einsichtig.

Um andere Kontroversen von damals ist es eher still geworden, zum Beispiel die Nutzung von Akten durch bundesdeutsche Geheimdienste. Das wollte die DDR-Volkskammer mehrheitlich ausschließen. Das war einer der wesentlichen Punkte, warum Bündnis 90/Die Grünen 1991 dem Gesetzentwurf der Mehrheit des Parlaments nicht zustimmten. Denn

nach dem StUG gibt es bestimmte, restriktive Zugriffsrechte der bundesdeutschen Dienste. Aber der befürchtete Missbrauch von personenbezogenen Daten zur Überwachung mittels dieser Dienste hat wohl nicht stattgefunden, zumindest gab es darum kaum nennenswerte Debatten oder Skandale. Der Verfassungsschutz erhält im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen für sicherheitsrelevante Positionen zum Beispiel begrenzte Auskünfte, ob jemand der Stasi verpflichtet war oder nicht.<sup>40</sup> Aber nicht er ist der Entscheider, sondern die parlamentarisch kontrollierte Exekutive auf Landes- beziehungsweise Bundesebene. Der Mechanismus ist ähnlich wie bei der Stasi-Überprüfung von Abgeordneten, Regierungsmitgliedern und Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Das Bundesinnenministerium hat aber, was wenig bekannt ist, nach 1990 in nicht unerheblichem Maße Akten nach Paragraph 11 Absatz 2 Satz 3 StUG aus den Beständen des BStU entnehmen lassen und in die Hände von verbündeten Geheimdiensten übergeben. Ein Teil dieser Akten war insofern brisant, weil sie offenbar detailliert Auskunft über die Ziele elektronischer Überwachung der amerikanischen Nachrichtendienste gaben.<sup>41</sup> Übergeben wurden offenbar Duplikate von Unterlagen westlicher Geheimdienste und Dienststellen, die einer hohen Geheimhaltungseinstufung unterlagen. Für derartige Aktenüberstellungen gab und gibt es durchaus gewichtige Gründe, wie beispielsweise das Staatswohl. Für den Historiker stellt sich jedoch die Frage, wie er nach Paragraph 37 StUG eigentlich Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Stasi analysieren soll, wenn er nicht weiß, was die Stasi über den Bundesnachrichtendienst, den Verfassungsschutz, die CIA, die Nato und so weiter wusste. Allein 1992 sind 13 Prozent der damals identifizierten Bestände der DDR-Auslandspionage, der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), an die Dienste der USA übergeben worden. Darunter befanden sich offenbar brisante Unterlagen, die offenbarten, nach welchen Kriterien die USA in Westeuropa Telefonate abhörten und auswerteten. Bekannt ist auch, dass nach 2000 ein knapper halber Meter Akten an Nato-Verbündete der Bundesrepublik herausgegeben wurde. Offenbar wurde von dem Recht, Duplikate zu fertigen, kein Gebrauch gemacht. Es ist nicht einmal sicher, dass Übergabeprotokolle, die die Akteninhalte beschreiben, gefertigt wurden.<sup>42</sup>

## Recht auf Löschung?

An dieser Stelle können nicht alle Kontroversen von damals erörtert werden, auch beispielsweise die Nutzung für die Strafverfolgung und Abwehr

von Spionage und Terrorismus waren umstritten. Ein auf den ersten Blick eher unscheinbares Thema hat freilich grundsätzliche Bedeutung. In der ersten Fassung des Gesetzes war im Paragraph 14 die Möglichkeit vorgesehen, dass Betroffene Akteninhalte schwärzen oder gar löschen lassen konnten.<sup>43</sup> Das war an sich logisch und konsequent. Wenn die Akten rechtsstaatswidrig erhoben waren und nur zeitweise aufbewahrt werden durften, hätten die Betroffenen einen Lösungsanspruch gehabt. Das entspricht reinem bundesdeutschen Datenschutzrecht. Inzwischen ist aber ein Paradigmenwandel eingetreten. Die Opfer, die zunächst sehr misstrauisch waren, haben Vertrauen in die Aufarbeitung gefasst. 2003 hat die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler mit allen relevanten Verbänden gesprochen. Sie haben sinngemäß gesagt: »Wer macht eigentlich noch Aufarbeitung, wenn wir nicht mehr sind und unsere Akten dann gesperrt oder gar gelöscht sind?«<sup>44</sup> Dieses eindeutige Votum der Opferverbände hat 2002 zur Streichung dieses Paragraphen geführt. Daran muss man erinnern, wenn heute Datenschutzexperten wieder auf die alte Position von 1991 zurückfallen wollen.<sup>45</sup>

Mit der Streichung des Paragraphen 14 und anderen Änderungen 2002 hat ein radikaler Wandel mit Blick auf die Akten begonnen. Salopp ausgedrückt, weg von der Bewertung als illegalem Datenmüll einer Diktatur hin zur »normalen« historischen Akte. Dieser Schritt ist allerdings nicht vollständig gegangen worden, vielleicht wird er in Hinblick auf die Datenschutz- und Grundrechtsverletzungen auch nie gegangen werden. Aber die Frage wird in den nächsten Jahrzehnten zu klären sein: Werden wir mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der wir heute Briefe von Frontsoldaten aus dem ersten und dem zweiten Weltkrieg zitieren, eines Tages Briefe aus der Postüberwachung der Stasi daraufhin analysieren, welches die Alltagsorgen der DDR-Bürger waren?

## Einige Anmerkungen zum StUG heute

Im Großen und Ganzen hat sich das StUG bewährt.

Erstens: Hervorzuheben ist, dass seit dem 2. Januar 1992 hunderttausende Menschen »ihre« Akte eingesehen haben.<sup>46</sup> Diese kleine Form der Aufarbeitung war die eigentliche Überraschung des StUG. Die Diskussion in der Familie, mit Freunden und Gleichgesinnten über die Art, wie die DDR-Geheimpolizei in die privatesten Winkel der Bevölkerung in Ostdeutschland eindrang, Fragen von Freundschaft und Verrat, sind ein sehr wertvoller Ertrag der Aufarbeitung.

Aber: Die meisten Betroffenen bekommen ihre Aktenkopien inzwischen per Post. Das ist sicher ein schöner Service, doch man kann sich fragen, ob die Bürger nicht mit diesen Akten zu sehr allein gelassen werden. Sie sind zuweilen missdeutbar, schwer verdaulich und manchmal für den Laien schlicht unverständlich.

Zweitens: Die politische Justiz in der DDR wurde durch das MfS stark beeinflusst. Die Akten haben nach der deutschen Vereinigung vielen geholfen, vom Makel der Straffälligkeit befreit zu werden.

Staatliches Unrecht kann nie vollkommen wiedergutmacht, aber die Folgen mit Hilfe von Entschädigungen oft gemildert werden. Bei allen Unzulänglichkeiten zeigt aber gerade die Tatsache, dass die Akten für die Aufarbeitung gesichert werden konnten, dass die Opfer letztlich die politischen und moralischen Sieger über die Diktatur geblieben sind.

Drittens: Die Stasi-Akten haben dazu beigetragen, dass Parlamente, Regierungen und Verwaltungen Entscheidungshilfen an die Hand bekamen, um zu verhindern, dass »Belastete« in ihren Reihen sind. Das StUG hat mit dazu beigetragen, dass sich in Deutschland nicht in dem Ausmaß Seilschaften bilden konnten, wie sie in Osteuropa den Demokratisierungsprozess seit 1990 erschweren.

Aber: Ein »Webfehler« der Überprüfung besteht und bestand darin, dass gegenüber den »kleinen« IM die eigentlichen Verantwortlichen für die Verhältnisse in der DDR, die SED-Funktionäre, insbesondere die Nomenklaturkader, weitgehend verschont blieben. Die Schikanen gegen Ausreiseartragsteller wurden beispielsweise vorrangig vom Rat für Inneres und der örtlichen SED gesteuert. Viele dieser Rätemitarbeiter konnten nach 1990 einfach andere Funktionen übernehmen und bis zur Rente dort sitzenblieben, während sogar »kleine« IM manchmal wochenlang durch die Presse gezogen wurden.

Viertens: Die Öffnung der Akten hat dazu beigetragen, das Wissen über die Mechanismen einer Diktatur, auch im Zusammenwirken mit den unterschiedlichsten Verhaltensweisen der Menschen, erheblich zu erweitern. Auch unsere Wahrnehmung von Schuld, Angepasstheit, Zivilcourage hat sich in diesen 25 Jahren deutlich ausdifferenziert.

Allerdings gibt es auch hier eine Kehrseite: Anders als manchmal behauptet, sind viele Recherchen, vor allem für Journalisten, im Archiv des BStU einfacher als in traditionellen Archiven, weil die Mitarbeiter des BStU einen großen Teil der Recherchearbeit erledigen. Die Stasi-Akten sind oft auch kompletter vorhanden, weil die SED, die Polizei und andere ungestört Akten vernichtet haben. Das hat, ohne dass es beabsichtigt war, das Bild oft verzerrt und in den Medien, aber auch in der Wissenschaft,

zu einer Überbetonung der Rolle der Stasi geführt. Die Bedeutung anderer Akteure, der SED-Funktionäre, der Abschnittsbevollmächtigten, der Volkspolizei allgemein, der Blockpartei-funktionäre und der Verwaltung für die soziale Kontrolle in der SED-Diktatur wurden oft unterschätzt.

Fünftens: Kritisch anzumerken ist auch, dass zuweilen Einzelbiografien eher aus Sensationslust medial ausgebreitet und angebliche oder wirkliche Stasi-Belastungen für politische Zwecke missbraucht werden.

Sechstens: Es müsste nachdenklich stimmen, dass die Bemühungen um die Diktaturaufarbeitung in manchen Kreisen zwar zur Abneigung gegen die DDR-Diktatur, nicht aber in gleichem Maße zur Akzeptanz von demokratischen Grundwerten geführt haben. Es zeigt sich, dass nicht jeder, der gegen die SED war, auch ein lupenreiner Demokrat ist.

Siebtens: Vergessen wird meines Erachtens gelegentlich auch, dass Aufarbeitung eigentlich zu gesellschaftlichen Grundkonsensen führen und nicht zur Munitionierung parteipolitischer Auseinandersetzungen dienen sollte.

Insgesamt spricht also grundsätzlich wenig gegen den eingeschlagenen Weg, sondern vieles dafür, die Aufarbeitung mit Hilfe des StUG auf intelligente und bürgernahe Weise fortzuführen. Bei der Transformation von Gesellschaften aus einer Diktatur in eine Demokratie geht die Umgestaltung des Rechts und der Institutionen erstaunlich schnell, die mentalen und ideologischen Änderungen dauern sehr viel länger.<sup>47</sup> In diesem Sinne gibt es wohl noch einiges zu tun. Und die Aufarbeitung muss immer wieder neu erfunden werden.

## Anmerkungen

1 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) vom 20.12.1991, BGBl. 191, S. 2272.

2 Diejenigen, die unter den Repressalien der Staatssicherheit leiden mussten, sollten Zugang zu ihrem Aktenmaterial erhalten, so Vera Lengsfeld, in: 25 Jahre Thüringen: Akteneinsicht in das Herrschaftswissen der Stasi [www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/25-Jahre-Thueringen-7-Akteneinsicht-in-das-Herrschaftswissen-der-Stasi-618007149](http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/25-Jahre-Thueringen-7-Akteneinsicht-in-das-Herrschaftswissen-der-Stasi-618007149), letzter Zugriff am 8.1.2017.

3 »Es ist ein historischer Erfolg der friedlichen Revolution, dass viele MfS-Akten nachfolgenden Generationen zur Verfügung stehen«, so der CDU-Generalsekretär Peter Tauber, [www.cdu.de/artikel/tauber-besucht-ehemalige-stasi-zentrale](http://www.cdu.de/artikel/tauber-besucht-ehemalige-stasi-zentrale), letzter Zugriff am 10.4.2017; ähnlich: 25 Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz, [www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/Aktuelles/20161220\\_25-jahre-akteneinsicht-stasi-unterlagen-gesetz.html](http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/Aktuelles/20161220_25-jahre-akteneinsicht-stasi-unterlagen-gesetz.html), letzter Zugriff am 8.1.2017.

- 4 Martin Gutzeit am Runden Tisch, 7.12.1989. Zit. nach Uwe Thaysen, *Der runde Tisch: oder wo blieb das Volk*. Opladen 1990, Bd. I, S. 87.
- 5 Silke Schumann, *Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes*, Berlin 1995, S. 79 ff., 84 ff., 127 ff.
- 6 Zit. nach ebd., S. 113.
- 7 Walter Stüb, *Staatsicherheit am Ende*, Berlin 1999, S. 579 ff.
- 8 Vorschlag zum weiteren Umgang mit Archivgut und dienstlichem Schriftgut des ehemaligen MfS/AfNS, 8.1.1990, RHG, BK Bestand Gill, BK 8.
- 9 Tobias Hollitzer, »Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag«: *Zur Auflösung der Staatsicherheit in Leipzig*, Berlin 2000.
- 10 Christian Booß, *Von der Stasi-Erstürmung zur Aktenöffnung. Konflikte und Kompromisse im Vorfeld der Deutschen Einheit*, in: *Deutschland Archiv 2* (2011), [www.bpb.de/54118](http://www.bpb.de/54118), letzter Zugriff am 26.2.2017.
- 11 In der 12. und 13. Sitzung des Runden Tisches am 12. und 19.2.1990 wurden die Schweriner Positionen eingebracht und mehr oder minder übernommen. Uwe Thaysen, *Der runde Tisch, oder: wo blieb das Volk?* Opladen 1990, Bd. III, S. 752 ff., 872 ff.
- 12 Der Autor forscht derzeit zum Thema Informationsverarbeitung des MfS.
- 13 Booß, *Von der Stasi-Erstürmung zur Aktenöffnung* (Anm. 10).
- 14 Alexander Kobylinski, *Der verratene Verräter*, Halle 2015.
- 15 Das war 'ne Top-Quelle, *Der Spiegel*, 12.3.1990.
- 16 Schumann, *Vernichten oder Offenlegen* (Anm. 5), S. 16.
- 17 *Zur deutsch-deutschen Begriffsgeschichte* Christian Booß, *Was ist Aufarbeitung?* In: *Horch und Guck* 15 (2006) 56, S. 47–51.
- 18 Bekannt wurde schon 1990 der massive Versuch der Bundesregierung, weiterhin Akten vernichten zu lassen. Vgl. David Gill und Ulrich Schröter, *Das Ministerium für Staatsicherheit*, Berlin 1991, S. 286.
- 19 So der Staatssekretär des Bundesministeriums des Inneren, Wolfgang Neusel, *Kurzprotokoll der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 6. September 1990, 11. Wahlperiode, Protokoll Nr. 94*, S. 81/8.
- 20 *Kurzprotokoll der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24. Oktober 1990, 11. Wahlperiode, Protokoll Nr. 98*, S. 88.
- 21 Die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 18.9.1990 ist zit. bei Schumann, *Vernichten oder Offenlegen* (Anm. 5), S. 210 ff.
- 22 Christian Booß, *Revolutionär mit Staatsraison*, SVZ, 26.6.2010, [www.svz.de/deutschland-welt/meinung/revolutionaer-mit-staatsraeson-id4854641.html](http://www.svz.de/deutschland-welt/meinung/revolutionaer-mit-staatsraeson-id4854641.html), letzter Zugriff am 26.2.2017.
- 23 Laut einem Votum des Deutschen Bundestages wird darüber nachgedacht, die Akten dem Bundesarchiv zu übereignen. Dokumente zur Debatte unter: [www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/BStUZukunft/\\_inhalt.html](http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/BStUZukunft/_inhalt.html), letzter Zugriff am 26.2.2017.
- 24 Beitrag von Konrad Taut, zit. bei *Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages*. 24 (1992), S. 50 ff.
- 25 Zit. bei Schumann, *Vernichten oder Offenlegen* (Anm. 5), S. 212 ff.

- 26 § 35, StUG.
- 27 Neun Mitglieder aus den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und acht Mitglieder, die vom Deutschen Bundestag gewählt werden, § 39, StUG.
- 28 Süddeutsche Zeitung, 1.9.1990; Die Welt, 31.8.1990.
- 29 Schreiben an Generalmajor Gerhard Niebling, 13.12.1989, RHG, Bestand Gill, Bk. 8.
- 30 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) vom 20.12.1990. [www.gesetze-im-internet.de/bdsg\\_1990](http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_1990), letzter Zugriff am 18.2.2017.
- 31 Protokoll der 12. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 27.8.1991, 12. Wahlperiode, Protokoll Nr. 12.
- 32 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Anm. 24), S. 440.
- 33 So beispielsweise der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch, Kurzprotokoll (Anm. 19).
- 34 §11, vgl. Schumann, Vernichten oder Offenlegen (Anm. 5), S. 204.
- 35 Zit. nach Klaus Stoltenberg, Stasi-Unterlagen-Gesetz: Kommentar, Baden-Baden 1992, S. 353.
- 36 Z. B. die Beiträge von Rolf Schwanitz und Angelika Barbe, zit. bei ebd., S. 356 ff., S. 368 f.
- 37 Da der Zugang der Wissenschaft auf die Akten verwehrt und die Ergebnisse der BStU-Forschung nicht überprüfbar und damit wissenschaftlich wertlos seien, läge ein Verstoß gegen Art. 5 des Grundgesetzes vor. Johannes Weberling, Stasi-Unterlagen-Gesetz, Kommentar, Köln/Berlin/Bonn/München 1993, S. 14 f.
- 38 Prof. Hans Mommsen. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Anm. 24), S. 451 ff.
- 39 Geändert 2006; §32 Abs. 1 Nr. 7, StUG.
- 40 §20 Abs. 1, 11.
- 41 Es handelte sich um die »National SIGINT Requirements List« des Abhördienstes NSA.
- 42 Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Partei Die Linke vom 9.10.2015, Deutscher Bundestag, Drs. 18/6299; Der Spiegel 30 (1999), S. 52 f; ob diese Aufstellung vollständig ist, geht aus der kleinen Anfrage nicht hervor. Eine Anfrage bei der Stasi-Unterlagenbehörde für diesen Artikel ergab keine Erkenntnisse.
- 43 §14 StUG von 1991.
- 44 Der Autor war seinerzeit als Pressesprecher Teilnehmer dieser Gespräche.
- 45 Der ehemalige Berliner Landesdatenschutzbeauftragte Garstka und der erste Direktor der Stasi-Unterlagenbehörde, Hans-Jörg Geiger, kritisieren, dass Kinder seit 2012 das Recht haben, die Akten ihrer Eltern einzusehen, FR, 29.4.2015 [www.fr.de/politik/stasi-diskussion-ueber-umgang-mit-stasi-akten-a-465218](http://www.fr.de/politik/stasi-diskussion-ueber-umgang-mit-stasi-akten-a-465218), letzter Zugriff am 26.2.2017.
- 46 Die aktuellen Zahlen sind jeweils im Tätigkeitsbericht der Stasi-Unterlagenbehörde, [www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/Taetigkeitsberichte/\\_node.html;jsessionid=68D78F3D0B5A9A79382035ECFC587741.1\\_cid354](http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/Taetigkeitsberichte/_node.html;jsessionid=68D78F3D0B5A9A79382035ECFC587741.1_cid354), letzter Zugriff am 18.3.2017.
- 47 Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Stuttgart 1999.



Das ehemalige Zeughaus Unter den Linden in Berlin, 1987; von 1952 bis 1990 Museum für Deutsche Geschichte, seit Oktober 1990 Deutsches Historisches Museum.

Katrin Hammerstein

## »Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk« – ein Konzept »fürs Museum«?

»Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk?« – mit dieser Frage überschrieb der Kieler Historiker Karl Dietrich Erdmann einen im Jahr 1985 veröffentlichten Aufsatz und bezog sich dabei auf die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und – als dritten Staat und zweite Nation – Österreich.<sup>1</sup> Erdmann plädierte dafür, sich aus der »kleindeutschen Verengung auf das Verhältnis Bundesrepublik-DDR zu lösen«<sup>2</sup> und Österreich in die vergleichende Deutschlandforschung einzubeziehen. In seiner Geschichte von der Zeit der Weltkriege bis 1949/50<sup>3</sup> hatte er dies auch bereits umgesetzt: Das 1976 als vierter Band des »Gebhardt – Handbuch der deutschen Geschichte« veröffentlichte Werk behandelte auch die DDR und Österreich. Mitte der

1980er Jahre plante Erdmann nun ein neues Forschungsprojekt zur »deutschen Geschichte nach der Teilung«, also zur historischen Entwicklung seit Kriegsende, für das die zitierte These die Grundlage bilden sollte. Dass er die drei Staaten als zusammengehörig betrachtete, auch für die Zeit nach 1945, kam dabei auch in den von ihm verwendeten Begrifflichkeiten zum Ausdruck. So sprach er unter anderem von der »Dreistaatlichkeit der deutschen Mitte Europas«<sup>4</sup> oder vom »dreieggliederte[n] Deutschland«<sup>5</sup>.

Erdmann subsumierte Österreich also unter Deutschland, und zwar nicht nur mit Blick auf die Geschichte, sondern auch für die Gegenwart. So definierte er auch »gemeinsame Aufgabe[n] der Deutschen heute«<sup>6</sup> wie zum Beispiel, daß

»Donau, Elbe und Rhein klares Wasser führen, daß der kranke Schwarzwald, der Thüringer und der Wiener Wald als Wälder auf dem uns zugewiesenen Stück Erde weiter leben, daß der Friede erhalten bleibt und in den konkurrierenden Gesellschaftsordnungen hüben und drüben der Mensch wieder zum Maß der Dinge werde.«<sup>7</sup>

Dem Zeitkontext der 1980er Jahre entsprechend ging es dabei auch um umwelt- und friedenspolitische Aspekte, vor allem wird in dem Zitat aber deutlich, dass Erdmann wie selbstverständlich die Bundesrepublik, die DDR und Österreich als eine große Einheit sah, indem er Flüsse und Wälder, die jeweils symbolisch für einen der drei Staaten stehen, einfach in eine Reihe stellte. Dem folgte überdies die Feststellung, es sei eine »Überlebensfrage des deutschen Volkes«, sich diesen Aufgaben der Zeit zu stellen, auf dem »ihm zugewiesenen Feld der drei Staaten und zwei Nationen«.<sup>8</sup>

## Kritik aus Österreich

Angesichts solcher Aussagen verwundert es nicht, dass es, wie die österreichische Tageszeitung *Die Presse* schrieb, den österreichischen Historikern den Atem verschlug, als 1986 die Konzeption für das in Berlin geplante Deutsche Historische Museum (DHM) bekannt wurde.<sup>9</sup> Denn diese sah nicht nur eine Einbeziehung Österreichs in dessen Dauerausstellung vor, sondern Erdmann selbst gehörte auch noch der im Oktober 1985 von der Bundesregierung berufenen Sachverständigenkommission für das Museum an. Die Sprache sollte es den österreichischen Geschichtswissenschaftlern allerdings nicht verschlagen. Obwohl sich insgesamt zwar vergleichsweise wenige in Österreich zu dem Museumskonzept als solchem

kritisch zu Wort meldeten<sup>10</sup>, lösten Erdmanns Überlegungen, sein »historiographischer Anschluss«<sup>11</sup>, durchaus intensive Diskussionen aus.

Die Mehrheit der Historiker, die sich äußerten, lehnte die Einbeziehung Österreichs in das westdeutsche Museum vehement ab. Für Helmut Rumpler, Professor an der Universität Klagenfurt, war es beispielsweise »ein unzulässiger Schluß, aus der Zugehörigkeit der Deutschösterreicher zum deutschen Volk abzuleiten, daß die österreichische Geschichte einfach ein Teil der deutschen Geschichte sei und deshalb einfach in ein ›Deutsches Historisches Museum‹ integriert werden könnte«. <sup>12</sup> Erdmanns Zugang stufte er als »unzulässige Vereinfachung [...]«<sup>13</sup> ein. Der Grazer Historiker Moritz Csáky hielt es schlicht für »absurd«<sup>14</sup>, dass Österreich bis 1945 einbezogen werden sollte, und sprach von »gewollten Missverständnissen«<sup>15</sup>, über die der Alpenstaat für die deutsche Geschichte vereinnahmt werden solle. Auch Gerald Stourzh sah eine »Tendenz zur Wiedervereinnehmung«<sup>16</sup>, und es wurde eine Wiederbelebung großdeutschen Gedankentums befürchtet, eine womöglich nicht nur museale »Heimholung ins Reich«. <sup>17</sup> Entsprechend befahl zum Beispiel Rudolf G. Ardelt, Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte in Linz, »gelindes Grausen, wenn man sich so nebenbei wieder ›umarmt‹ sieht«. <sup>18</sup> Und der Salzburger Geschichtswissenschaftler Hanns Haas hoffte sehr, dass die für Österreich »freigehaltene Nische im Deutschen Museum in Berlin [...] leer bleiben«<sup>19</sup> werde. In diesem Sinne wurde von mehreren Historikern auch direkt vor einer Mitarbeit an dem Museumsprojekt gewarnt: Dieses laufe auf eine »deutsche Kulturmission«<sup>20</sup> hinaus – »Wehe uns, wenn wir daran mitarbeiten«<sup>21</sup>, warnte Rumpler.

Eine solche Mitarbeit österreichischer Historiker, von der hier abgeraten wurde, war übrigens gar nicht wirklich vorgesehen. Unter den 16 Sachverständigen der Kommission befand sich nur ein Professor aus Österreich, nämlich der an der Universität Wien tätige Heinrich Lutz, der ursprünglich allerdings aus Westdeutschland stammte. Trotz aller Bedenken und Kritik, wie sie in den zitierten Äußerungen zum Ausdruck kamen, gab es in Österreich aber nicht nur ablehnende Stimmen. Vor allem der Salzburger Historiker Fritz Fellner äußerte sich positiver und zeigte sich »verwundert«<sup>22</sup> über die Reaktionen seiner Kollegen. Darin, dass die gemeinsame Geschichte Deutschlands und Österreichs gemeinsam dargestellt werde, könne er »keine Gefahr eines Wiederaufgreifens von Anschlußtendenzen« sehen. <sup>23</sup> Ihn würde es außerdem beruhigen, »wenn die [...] Anschlußproblematik [...] einbezogen« und »dieser Gedanke endlich dorthin gestellt« werde, »wo er hingehört: ins Museum!«<sup>24</sup> Für Fellner bedeutete die Thematisierung der Geschichte Österreichs als Teil des »Groß-

deutschen Reichs« von 1938 bis 1945 demnach deren Historisierung und nicht ihre Aktualisierung.

Betrachtet man die Konzeption für das Deutsche Historische Museum näher, konnte sich Fellner in seiner zuversichtlichen Haltung durchaus auch bestätigt sehen: Österreich wurde darin zwar bei der Frage nach der räumlichen Ausdehnung der Ausstellung genannt, aber außerdem auch andere Länder wie die Schweiz, die Niederlande oder auch Burgund, die »lange Zeit zur Geschichte des Alten Reiches gehörten oder mit der deutschen Geschichte verbunden waren«. <sup>25</sup> Überdies wurde explizit hervorgehoben, dass kein Anspruch auf »wiederzubelebende Zugehörigkeiten« <sup>26</sup> erhoben werde, wenn man die deutsche Geschichte »in sich wandelnden Räumen« <sup>27</sup> darstelle. Mögliche Befürchtungen der Nachbarstaaten waren der Museumskommission also durchaus bewusst und man versuchte, diese zu berücksichtigen und ihnen entgegenzuwirken. Erdmanns These von »Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk« fand als solche auch keinen Eingang in das Museumskonzept. Die österreichischen Kritiker beklagten mit Blick auf dieses dennoch, dass »[d]iese vermeintlich ausgewogene Einbeziehung der heutigen Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland« im Folgenden »in auffällender Weise allein auf Österreich verengt« <sup>28</sup> werde.

Auch der westdeutsche Historiker und Professor an der Universität Bochum, Hans Mommsen, versuchte, Beruhigung in die österreichische Diskussion zu bringen. So argumentierte er auf der in Salzburg veranstalteten Tagung »Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte«, es handle sich bei der These nur um theoretische Bemühungen einiger Historiker. In Österreich müsse man keine Bange haben vor »Kohls nationalhistorischem Panoptikum«. <sup>29</sup> Denn die Bundesdeutschen hätten sich mit ihrem Teilstaat durchaus arrangiert. Auch wies er darauf hin, dass ohnehin ein »Rekurs zum kleindeutschen Geschichtsbild« <sup>30</sup> erforderlich werden könne, nämlich aus Platzgründen. Mit Blick auf die Ausstellung des Museums gab er aber auch zu bedenken, es sei »vielleicht doch besser, daß [...] auch positive Akzente der österreichisch-deutschen Geschichte angedeutet werden« und »Österreich dort nicht nur in der Gestalt von Hitler, Kaltenbrunner [...] und Eichmann vorkommen wird«. <sup>31</sup> Damit sprach Mommsen indirekt auch einen der wesentlichen Aspekte an, unter denen die Museumspläne in der Bundesrepublik diskutiert wurden: die Darstellung des Nationalsozialismus.

Denn in Westdeutschland befürchteten Kritiker, dass die Zeit der NS-Diktatur in der Dauerausstellung relativiert oder nivelliert und ein solches Geschichtsbild mit dem Museum dann auch noch quasi regierungsamtlich verordnet werde. Diese Sorge rührte vor allem daher, dass Bundeskanzler

Helmut Kohl das Museumsprojekt stark vorantrieb – statt vom DHM war auch vom »DKM«, dem »Deutschen Kohl-Museum«<sup>32</sup> die Rede – und gleichzeitig eine Geschichtspolitik betrieb, die auf die Herstellung einer Identität als »normale Nation« und damit auf die Loslösung von der Last des NS-Erbes zielte. Der im Sommer 1986 mit dem Feuilleton-Schlagabtausch von Ernst Nolte und Jürgen Habermas beginnende »Historikerstreit« verstärkte diese Befürchtungen noch, fanden in diesem Rahmen doch ebenfalls Relativierungsversuche der nationalsozialistischen Vergangenheit statt. Die Debatte um das Deutsche Historische Museum und der »Historikerstreit« griffen zum Teil auch ineinander. Dies zeigt sich nicht nur darin, dass Habermas bei der Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion Anfang Juli dabei war, sondern dass er dort auch seine wenige Tage später als Antwort auf Nolte in der *Zeit* veröffentlichten Thesen vorrug.<sup>33</sup>

## Ein Gegenmuseum?

Ein weiterer Aspekt, der in der Bundesrepublik bei der Diskussion um das Deutsche Historische Museum relevant wurde, hing mit der durch den Systemkonflikt bedingten Rivalität der beiden deutschen Staaten zusammen. So wurde auch diskutiert, inwiefern das Deutsche Historische Museum ein Gegenmodell oder Gegenmuseum zu dem in Ostberlin bereits seit 1952 bestehenden Museum für deutsche Geschichte werden sollte.<sup>34</sup> Richard von Weizsäcker sprach als Regierender Bürgermeister von Berlin 1982 beispielsweise von einem »Museums-Gegenmodell« zu dem ostdeutschen Museum, das »als Beweis für die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung konzipiert« sei; »diese Art von geistigem Wettbewerb« gehöre »zu den legitimen Aufgaben, die wir in Berlin wahrzunehmen haben«.<sup>35</sup> Der Schriftsteller Günter Grass warnte in diesem Zusammenhang vor der »Gefahr [...], reflexhaft [zu] reagieren: Weil es in der DDR, in Ost-Berlin ein Historisches Museum gibt und weil man in der DDR [...] mit einer bestimmten ideologischen Prägung Geschichte darstellt, müssen wir ein gleiches tun, selbstverständlich pluralistisch. Aber am Ende kommt dann doch etwas Gegen-Ideologisches heraus.«<sup>36</sup> Ein erstes Gutachten, das zu dem westdeutschen Museum im Januar 1982 verfasst worden war, sprach sich gegen eine Gegenpositionierung aus und schlug sogar eine Kooperation mit der DDR vor. So hieß es in der Denkschrift der Historiker Hartmut Boockmann, Eberhard Jäckel, Hagen Schulze und Michael Stürmer,

»daß das Deutsche Historische Museum sich nicht als frontales Gegenstück zum Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin verstehen sollte; es geht um Fragestellungen auf anderer Ebene, Identitätsfindung im Dialog und auch um eine Ergänzung, die sich allerdings nicht als Fragment, sondern als in sich abgerundetes Ganzes darstellt. Eine Zusammenarbeit mit der DDR und besonders mit dem Museum für Deutsche Geschichte [...] sollte nach Möglichkeit angestrebt werden.«<sup>37</sup>

In den späteren Entwürfen für die Museumskonzeption finden sich zu diesem Gedanken dann jedoch keine weiteren Ausführungen mehr.<sup>38</sup> Die DDR ihrerseits erklärte wiederum, gewissermaßen vorsorglich, zwei schon länger geplante Museen zu Gegenprojekten zu dem Westberliner Museum: das Museum für Geschichte der DDR und das Marx-Engels-Museum, die beide in Ostberlin entstehen sollten.<sup>39</sup> Die Konkurrenz zwischen Ost- und Westdeutschland hatte demnach auch Mitte der 1980er Jahre durchaus noch ihre Wirkung, auch im musealen Bereich.

Medial fand die Diskussion um das bundesrepublikanische Deutsche Historische Museum in der DDR aber dennoch eher wenig Niederschlag. Im SED-Organ *Neues Deutschland* und in der *Berliner Zeitung* findet sich hauptsächlich ein einschlägiger (identischer) Artikel dazu, der die bezeichnende Überschrift trug: »Das Deutsche Historische Museum oder: Wehret den Anfängen«<sup>40</sup>. Hierbei handelte es sich jedoch nicht um einen Kommentar von ostdeutscher Seite, sondern um einen Bericht über die Reaktionen in Österreich auf die westdeutschen Museumspläne und auch auf Erdmanns These. Die Staatsgrenze wurde hier diskursiv also quasi doppelt überschritten. Im Wesentlichen wurde in dem Bericht ein Zeitungsartikel aus der österreichischen Tageszeitung *Die Presse* wiedergegeben, der die kritischen Stimmen der österreichischen Historiker zusammenfasste und zwei Äußerungen von ministerieller Seite enthielt.<sup>41</sup> Inhaltlich wich der Bericht im *Neuen Deutschland* kaum von dem *Presse*-Artikel ab, hob die Angelegenheit aber stärker auf die staatliche und zwischenstaatliche Ebene, sodass diese fast wie eine diplomatische Krise erschien, die sich zwischen Bundesrepublik und Österreich anbahnte. So hieß es einleitend in dem DDR-Artikel, Österreich, also im Grunde das gesamte Land, betrachte das Konzept des Bundeskanzlers für die Geschichtsdarstellung im Deutschen Historischen Museum mit »großer Skepsis« und lehne es zum Teil »scharf« ab.<sup>42</sup> Zitiert wurde außer den Historikerstimmen ein Vertreter des österreichischen Außenministeriums, der Sektionschef für Auslandskultur Wolfgang Schallenberg, mit der Aussage: »Für mich beginnt die Eigenständigkeit Österreichs

mit dem Privilegium Minus«. <sup>43</sup> Mit der Nennung dieser Kaiserurkunde von 1156, die die Mark Ostarrichi zu einem unabhängigen Herzogtum machte und als eines der Gründungsdokumente Österreichs angesehen wird, zog Schallenberg also schon für das 12. Jahrhundert eine Grenze zwischen der deutschen und der österreichischen Geschichte. Der Artikel des *Neuen Deutschland* schloss dann mit der Verlautbarung des österreichischen Wissenschaftsministeriums, dass es sich insgesamt um eine »sehr delikate Situation« <sup>44</sup> handle. Die Überschrift griff in dem Zusatz »Wehret den Anfängen« ein Zitat von Helmut Rumpler über Erdmanns These auf <sup>45</sup> und lässt sich auch als gegen die Bundesrepublik gerichtet verstehen; denn in dieser Akzentuierung spielte die DDR damit auch auf revanchistisch-reaktionäre Tendenzen an, die sie in Westdeutschland immer wieder ausmachte und dem Nachbarstaat vorwarf. <sup>46</sup>

Gerade vor dem Hintergrund, dass sich die Debatte um das Deutsche Historische Museum und Erdmann propagandistisch verwerfen ließ, wie auch in dem zitierten Artikel deutlich wird, fiel die Reaktion in der DDR mit diesem einen, nur indirekten Kommentar aber relativ zurückhaltend aus. Dies fällt umso mehr auf, als Erdmanns These den ostdeutschen Staat ja auch direkt betraf. Dies könnte man darauf zurückführen, dass das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu diesem Zeitpunkt, Mitte der 1980er Jahre, nicht mehr so konfrontativ war wie in den Jahrzehnten zuvor. Allerdings fiel die DDR kurze Zeit später wieder deutlich in ihre »Anti-BRD«-Rhetorik zurück, beispielsweise 1988 beim Skandal um den damaligen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger und seine Rede zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome. Diese Rede sei, so das *Neue Deutschland*, »kein Ausrutscher« <sup>47</sup>, sondern Ausdruck des allenthalben in der Bundesrepublik vorhandenen Revisionismus, der sich auch in der mangelhaften Verfolgung von NS-Verbrechen und im Erstarken der neonazistischen Bewegung spiegele: »Man hat Vergangenheitsbewältigung deklamiert und das Entscheidende nicht getan in dieser BRD: den Schoß herauszureißen, aus dem das braune Verbrechen kroch.« <sup>48</sup>

Auf die westdeutschen Planungen für das Deutsche Historische Museum hatte der SED-Staat außerdem, wie erwähnt, mit Plänen zu Gegenmuseen reagiert. Andere Überlegungen, dass die DDR in Erdmanns These der drei Staaten schließlich als Staat anerkannt wurde, sie diese von daher auch positiv sehen konnte und vielleicht deshalb nicht so starke Kritik übte, <sup>49</sup> kollidieren wiederum mit der Vorstellung einer »sozialistischen Nation«, die das SED-Regime propagierte und die bei Erdmann, der von zwei Nationen – einer deutschen und einer österreichischen – ausging, eben nicht vorgesehen war. Auch wurde mit der Schilderung der ablehnenden

österreichischen Reaktionen auf die These in den DDR-Zeitungen diese ja durchaus, wenn auch nicht unmittelbar, kritisiert, also keineswegs positiv gewertet.

## Als Museumskonzept unwirksam

Anscheinend wurde Erdmanns These in der DDR letztlich aber keine allzu hohe Bedeutung beigemessen; wichtiger waren die deutsch-deutschen Konkurrenzen hinsichtlich der generellen Deutungshoheit über die Geschichte, wie dies in der Umwidmung der in Ostberlin geplanten Geschichtsmuseen zu Gegenmuseen zum Deutschen Historischen Museum seinen Ausdruck fand. Auch in der Bundesrepublik war Erdmanns Forschungsansatz am Ende kaum relevant für die Museumsdiskussion. Hier standen Fragen nach dem Ausstellungsnarrativ, insbesondere der Darstellung des Nationalsozialismus, nach der Verbindlichkeit von Geschichtsbildern beziehungsweise der Gefahr von deren Aufkrotyrierung und ebenso die deutsch-deutsche Dimension im Vordergrund. In Österreich dagegen entwickelte sich Erdmanns These von »Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk« zu einem zentralen Kritikpunkt der westdeutschen Museumspläne – obwohl oder gerade weil diese an eigentlich überholte Sichtweisen anknüpfte und von daher eher im übertragenen Sinne ein Konzept »fürs Museum«, da selbst quasi museumsreif, war. Mit Blick auf die Dreierbeziehung von Bundesrepublik, DDR und Österreich, in der Österreich mit seinem Neutralitätsstatus im Ost-West-Konflikt eine gewisse Mittelstellung einnahm, aufgrund seiner Westorientierung aber der Bundesrepublik grundsätzlich näher stand, ergibt sich damit auch die eher untypische Konstellation von österreichischen Einwänden gegen ein westdeutsches Geschichtskonzept bei nur indirekten Reaktionen der DDR. In der 2006 eröffneten Dauerausstellung des Deutschen Historischen Museums spielt Österreich übrigens eine eher marginalisierte Rolle.<sup>50</sup> Ob oder inwiefern sich dies unter dem seit Mitte April dieses Jahres amtierenden Präsidenten, dem Schweizer Historiker und ehemaligen Leiter unter anderem des Jüdischen Museums Frankfurt am Main, Raphael Gross, zukünftig ändert, wird sich zeigen. Die Dauerausstellung soll jedenfalls neu gestaltet werden.<sup>51</sup>

## Anmerkungen

- 1 Karl Dietrich Erdmann, Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 10 (1985), S. 671–683.
- 2 Ebd., S. 682.
- 3 Ders., Das Ende des Reiches und die Entstehung der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4: Die Zeit der Weltkriege, Teil E), München 1999 [1976].
- 4 Ders., Drei Staaten (Anm. 1), S. 673.
- 5 Ebd., S. 683.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd. Mitte der 1990er Jahre kam es zu einer geschichtswissenschaftlichen Kontroverse um die Geschichtsbilder Erdmanns; vgl. dazu Christoph Cornelißen und Karl Dietrich Erdmann, Fortsetzung einer Debatte und offene Fragen, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 61 (2010), S. 692–699.
- 9 Vgl. *Die Presse*, 12.12.1986.
- 10 Vgl. Gerhard Botz, Krisen der österreichischen Zeitgeschichte, in: ders. und Gerald Sprengnagel (Hg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker*, Frankfurt a.M./New York 2008, S. 16–76, hier S. 48; verwiesen sei aber auf Siegfried Mattl und Karl Stuhlpfarrer, Die museale Verklärung der deutschen Vergangenheit, in: *Wiener Tagebuch* 1987, Heft 2, S. 9–11.
- 11 Harry Ritter, Austria and the Struggle for German Identity, in: *German Studies Review* 15 (1992), Winter, S. 111–129, Zitat S. 119.
- 12 Helmut Rumpler, Österreichs Zeitgeschichte im Rahmen »deutscher Kontinuität«?, in: Botz und Sprengnagel (Hg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte* (Anm. 10), S. 353–366, Zitat S. 361. Als Deutschösterreicher werden die deutschsprachigen Einwohner der österreichisch-ungarischen Monarchie bezeichnet.
- 13 Ebd., S. 362.
- 14 Zit. nach *Die Presse*, 12.12.1986.
- 15 Zit. nach ebd.
- 16 Zit. nach ebd.
- 17 Rumpler, *Österreichs Zeitgeschichte* (Anm. 12), S. 364.
- 18 Rudolf G. Ardelt, »Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk?« oder die Frage: »Wie deutsch ist Österreich?«, in: *Zeitgeschichte* 13 (1986), S. 253–268, Zitat S. 258.
- 19 Hanns Haas, Österreich im »gesamtdutschen Schicksalszusammenhang?«, in: Botz und Sprengnagel (Hg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte* (Anm. 10), S. 194–215, Zitat S. 211.
- 20 So Moritz Csáky, zit. nach *Die Presse*, 12.12.1986.
- 21 Helmut Rumpler, zit. nach ebd.; zu den österreichischen Reaktionen auf die DHM-Planungen vgl. auch Dirk Rupnow, Nation ohne Museum? Diskussionen, Konzepte

- und Projekte, in: ders. und Heidemarie Uhl (Hg.), *Zeitgeschichte ausstellen in Österreich. Museen – Gedenkstätten – Ausstellungen*, Wien/Köln/Weimar 2011, S. 417–463, hier S. 434–440.
- 22 Leserbrief Fritz Fellners, in: *Die Presse*, 20./21.12.1986, spectrum.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum. Erster Entwurf der Sachverständigenkommission vom 21.4.1986, abgedruckt in: Christoph Stölzl (Hg.), *Deutsches Historisches Museum. Ideen – Kontroversen – Perspektiven*, Frankfurt a. M./Berlin 1988, S. 310–333, Zitat S. 311.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 *Die Presse*, 12.12.1986.
- 29 Hans Mommsen, *Deutsch-Österreichisches*, in: Botz und Sprengnagel (Hg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte* (Anm. 10), S. 367–370, Zitat S. 370.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 So die Abgeordnete der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz des Berliner Abgeordnetenhauses Brunhild Enkemann am 29.10.1987, zit. nach Moritz Mälzer, *Ausstellungsstück Nation. Die Debatte um die Gründung des Deutschen Historischen Museums in Berlin*, Bonn 2005, S. 131.
- 33 Vgl. »Kernpunkt des Streits ist der Umgang mit Geschichte in der und durch die Demokratie«. Protokoll der Anhörung zum Deutschen Historischen Museum, veranstaltet von der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn am 2. Juli 1986, in: Stölzl (Hg.), *Deutsches Historisches Museum* (Anm. 25), S. 333–385, hier S. 336–339.
- 34 Vgl. auch Bernd Faulenbach, *Geschichte der Übergangszeit. Zur historischen Bedeutung geschichtspolitischer Gegensätze und Debatten während der 1980er Jahre*, in: Ursula Bitzegeio, Anja Kruke und Meik Woyke (Hg.), *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik*, Bonn 2009, S. 417–428, hier S. 418; Andrea Brait, *Im Kampf um die Konstruktion des »deutschen« Geschichtsbildes. Zur Entwicklung von historischen Nationalmuseen in Ost- und Westdeutschland*, in: Detlev Brunner, Udo Grashoff und Andreas Kötzing (Hg.), *Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2013, S. 21–36, hier S. 29f.
- 35 Zit. nach ebd., S. 29.
- 36 Günter Grass bei einer Diskussionsveranstaltung der Akademie der Künste in Berlin am 14.9.1983, abgedruckt in: Stölzl (Hg.), *Deutsches Historisches Museum* (Anm. 25), S. 103.
- 37 Abgedruckt in: ebd., S. 61–66, Zitat S. 62.
- 38 Vgl. Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum, Erster Entwurf (Anm. 25); Überarbeitete Fassung. Endgültige Konzeption der Sachverständigenkommission für ein Deutsches Historisches Museum in Berlin, überreicht am 24. Juni 1987, in: ebd., S. 609–636.

- 39 Vgl. dazu Brait, Im Kampf um die Konstruktion des »deutschen« Geschichtsbildes (Anm. 34), S. 32–34.
- 40 Neues Deutschland, 16.12.1986; Berliner Zeitung, 16.12.1986.
- 41 Rezipiert und zitiert wurde der Artikel »Geschichte einer starken Umarmung. Wie Österreich in das Projekt eines deutschen historischen Museums in Berlin hineinge-rät«, in: Die Presse, 12.12.1986.
- 42 Neues Deutschland, 16.12.1986.
- 43 Zit. nach ebd.
- 44 Ebd.
- 45 Helmut Rumpler, zit. nach Die Presse, 12.12.1986.
- 46 Dies tritt u. a. bei der ostdeutschen Berichterstattung zu der 1985 in der Bundesrepublik geführten Diskussion, ob der 8. Mai 1945 als ein Tag der Befreiung oder der Niederlage anzusehen sei, im »Neuen Deutschland« Anfang 1985 deutlich zutage; vgl. z. B. Neues Deutschland, 16.1.1985.
- 47 Neues Deutschland, 12./13.11.1988.
- 48 Berliner Zeitung, 19.11.1988.
- 49 Vgl. Jürgen Elvert, Erdmann-Debatte und Historikerstreit. Zwei Historikerkontroversen im Vergleich, in: Michael Gehler und Ingrid Böhler (Hg.), Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 454–467, hier S. 457.
- 50 Vgl. Rupnow, Nation ohne Museum? (Anm. 21), S. 438.
- 51 Vgl. Presseinformation des Deutschen Historischen Museums vom 27.3.2017, [www.dhm.de/fileadmin/medien/relaunch/presse/presseinformationen/Pressemeldungen\\_2017/PM\\_Amtsuebernahme\\_Raphael\\_Gross.pdf](http://www.dhm.de/fileadmin/medien/relaunch/presse/presseinformationen/Pressemeldungen_2017/PM_Amtsuebernahme_Raphael_Gross.pdf), letzter Zugriff am 19.4.2017. Gross war außerdem Direktor des Leo Baeck-Instituts in London (2001–2015), des Fritz Bauer-Instituts in Frankfurt (2007–2015) und des Simon-Dubnow-Instituts in Leipzig (2015–2017).



Festakt zum 500. Geburtstag Martin Luthers in der Deutschen Staatsoper Berlin, 1983.

Dorothea Wendebourg

## Doppelte Konkurrenz – die Reformationsjubiläen in der Zeit der deutschen Teilung

Die Reformationsjubiläen waren von Anfang an – also seit dem ersten, das im Jahr 1617 stattfand und den Reigen dieser Jubiläen begründete – gesamtgesellschaftliche Ereignisse. Die Christenheit in den jeweiligen Königreichen, Territorien und freien Städten war fast durchweg eins mit der jeweiligen Gesamtbewohnerschaft, in welcher Konfession auch immer. Kirchliche Institution und politische Obrigkeit wirkten eng zusammen. Und das galt eben auch bei den Feiern zum Gedächtnis der Reformation, die man innerhalb und außerhalb Deutschlands zunächst als Zentenare, dann als Halbzentenare und schließlich als Viertelzentenare mit großem Aufwand unter Beteiligung aller beging.

Man sollte annehmen, dass sich das unter den Bedingungen der Trennung von Kirche und Staat, wie sie das 20. Jahrhundert brachte, geändert hätte, dass die Feier der Reformation nun zu einer Angelegenheit geworden wäre, die die evangelischen Kirchen allein verantworteten. Doch die Annahme ist, jedenfalls für Deutschland, falsch. Die Kirchen veranstalteten zwar in der Tat nun selber Jubiläumsveranstaltungen in großem Stil. Doch auch unter den neuen politischen Verhältnissen reichte der Radius der Feierbeteiligung weit in die Gesellschaft jenseits der Kirchengrenzen hinein, und auch jetzt ließ es sich der Staat nicht nehmen, selbst als Jubiläumsakteur aufzutreten. Das galt auffälligerweise besonders in jenem Staat, dem diese Rolle ganz und gar nicht in die Wiege gelegt war und dessen Selbstverständnis sie eigentlich völlig widersprach, in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Von überregionaler, ja internationaler Relevanz waren unter den Reformationsjubiläen, die in ganz Deutschland zwischen der Teilung in zwei Staaten und der Friedlichen Revolution gefeiert wurden, vor allem der 450. Jahrestag des Thesenanschlags 1967 und der 500. Geburtstag Martin Luthers 1983. Sie sollen im Folgenden daher besonders betrachtet werden. Nicht ausgelassen werden dürfen allerdings zwei andere Jubiläen, die allein die DDR beging, der 450. Todestag des radikalen Reformators Thomas Müntzer und Gedenktag des Bauernkriegs 1975 sowie Müntzers 500. Geburtstag 1989. Denn die DDR spielt in der Geschichte der Reformationsjubiläen während der Zeit der deutschen Teilung bei Weitem die aktivere Rolle.<sup>1</sup> Hier wurden mehr überregionale Reformationsjubiläen begangen als im Westen, hier gab man ihnen mehr Gewicht und feierte sie mit mehr Aufwand und Nachdruck. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Zum einen lagen fast alle wichtigen Orte der deutschen Reformationsmemoria auf dem Boden der DDR – so bot es sich an, ja, war es unvermeidlich, gerade hier Reformationsjubiläen zu feiern, ob seitens der Kirche oder des Staates. Zum anderen entwickelte der Staat DDR eine eigene, im Westen nicht gegebene Jubiläumstradition, die mit der schon genannten Gestalt Thomas Müntzers verbunden war, ohne deshalb die traditionellen Jubiläumsanlässe zu übergehen – so hatte man hier mehr zu feiern. Und schließlich dienten die Reformationsjubiläen der DDR dazu, eine von ihr als normativ betrachtete Deutung der Geschichte und ihres eigenen Ortes darin zur Geltung zu bringen, nicht zuletzt im Gegenüber zur westdeutschen Bundesrepublik. So wurden die Reformationsjubiläen der DDR zu regelrechten Staatsaktionen, für die man einen enormen organisatorischen, propagandistischen und finanziellen Aufwand trieb. Damit stand man in Konkurrenz zu den Feiern, die die evangelischen

Kirchen planten und ausrichteten. Und man stand zugleich in Konkurrenz zu den Jubiläumsaktivitäten in der anderen deutschen Republik, wo der Staat programmatisch der Kirche den Feiervorrang ließ und Zurückhaltung übte, sich dann aber wesentlich auch vom Wettbewerb mit dem Ostberliner Régime zu eigener Anstrengung veranlasst sah.

## Die Müntzer-Jubiläen der DDR 1975 und 1989

Das Müntzer- und Bauernkriegsjubiläum von 1975 ist nicht das erste Reformationsjubiläum der DDR, ihm war 1967 bereits die 450-Jahr-Feier des Thesenanschlags vorausgegangen. Dennoch ist es angemessen, mit ihm zu beginnen. Denn mit Müntzer, nicht mit Luther, war das Selbstverständnis der DDR in ihrem Ursprung verbunden, in der Feier dieses radikalen Reformators, der am Ende seines Lebens zum Bauernführer geworden war und als solcher den Tod gefunden hatte, fühlte sie sich vorbehaltlos wohl. Auch ihre Feiern der Reformation und Martin Luthers sind ohne diesen Hintergrund nicht zu verstehen. Das verwundert nicht, gehörte doch die Berufung auf Müntzer zu den Urelementen der kommunistischen Ideologie, die lange vor der Entstehung der DDR zusammengetragen waren. Den Grund hatte bereits Friedrich Engels 1850 in einer Studie mit dem Titel ›Der deutsche Bauernkrieg‹ gelegt. Danach war der sogenannte Bauernkrieg von 1524 bis 1525 das Vorspiel der revolutionären Bewegungen der modernen Arbeiterklasse. Historisch verfrüht und deshalb chancenlos, sei dieses Vorspiel doch ein Fanal des schließlich Kommenden gewesen und zum bleibenden Bezugspunkt der Arbeiterklasse geworden, die auf ihre eigene Revolution zugehe oder sie verwirklicht habe. Als Symbolfigur jenes ebenso ruhmreichen wie tragischen Ereignisses wurde Thomas Müntzer herausgestellt, der auf Seiten der kämpfenden Bauern gestanden hatte und so »zum Stammvater der revolutionären Bewegung des deutschen Volkes« geworden war.<sup>2</sup> Mit dieser Sicht ging zugleich eine Einordnung Martin Luthers einher, der schließlich gegen die kämpfenden Bauern angetreten war: Er sei schlicht ein »Verräter«<sup>3</sup> und für Jahrhunderte der schlimmste und einflussreichste geistige Vertreter der »deutschen Gegenrevolution« gewesen.<sup>4</sup>

Im Bauernaufstand von 1524 bis 1525 und Müntzers Beteiligung daran schuf sich der sozialistische deutsche Staat einen eigenen »Ursprungsmythos«<sup>5</sup> und in Müntzer seine eigene reformatorische Identifikationsfigur, beides im Kontrast zur bürgerlichen Bundesrepublik mit dem hier verehrten Martin Luther. Denn was Engels voraussah, die im Bauernkrieg vorab-

gebildete Revolution der Arbeiterklasse, sei »mit der Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR« Wirklichkeit geworden.<sup>6</sup> Dass der 450. Jahrestag von Bauernkrieg und Müntzers Tod ausgiebig zu feiern war, ergab sich vor diesem Hintergrund von selbst. Und das umso mehr, als mittlerweile ein neues Motiv der Müntzerverehrung hinzugetreten war, die Beanspruchung des radikalen Reformators als Teil des nationalen Erbes. Die DDR, die sich als Sachwalterin aller positiven Traditionen der deutschen Geschichte verstand und dies seit den 1970er Jahren mit dem Anspruch verband, eine eigenständige Nation zu sein, nutzte die Berufung auf Müntzer und den Bauernkrieg, die in der Bundesrepublik keine Parallele hatte, nun als hervorragendes Mittel zum Aufbau eines DDR-spezifischen Patriotismus. Welche geschichtspolitische Bedeutung man dem Jubiläum von 1975 beimaß, zeigt sich daran, dass der Ministerrat der DDR selbst ein Vorbereitungskomitee einsetzte, welches die Leitlinien der Feiern auszuarbeiten hatte. Alles, was Rang und Namen hatte, trat auf, und beträchtliche Geldmittel wurden eingesetzt, um den »Spartakus seiner Zeit« zu würdigen.<sup>7</sup> In ihm aber spiegelte der sozialistische deutsche Staat sich selbst:

»Heute, 450 Jahre nach der ersten großen revolutionären Massenerhebung der deutschen Geschichte, begehen wir den Jahrestag als Sieger der Geschichte, die die Ausbeuterklassen ein für alle mal [!] besiegt haben.«<sup>8</sup>

An Müntzer als geschichtspolitischer Leitfigur hielt man auch fest, als sich längst und nicht zu jedermanns Wohlgefallen Martin Luther in den Vordergrund des offiziellen Gedenkens geschoben hatte – worauf im Folgenden weiter eingegangen wird. Deshalb stand außer Frage, dass 1989 Müntzers 500. Geburtstag mit einer Feier zu ehren sei, die dem sechs Jahre zuvor begangenen 500. Geburtstag Luthers in nichts nachstehen sollte. Dass in dasselbe Jahr der ebenfalls groß zu begehende 40. Gründungstag der DDR fiel, bot einmal mehr Gelegenheit, diesen Staat als Erfüllung der Vision Müntzers und der kämpfenden Bauern herauszustellen. Doch geriet die Feier, für Dezember 1989 angesetzt, in die Agonie des Staates nach der Öffnung der Mauer, sie wurde auf ein kleines Format reduziert und fand kaum noch Aufmerksamkeit. So teilten der zweite deutsche Staat und sein spezifischer Rückbezug auf die Reformation geradezu symbolisch das Schicksal des Untergangs.

Wie standen die evangelischen Kirchen der DDR zu den Müntzerfeiern des Staates? Sie kamen aus einer Tradition, die umgekehrt in Martin Luther die positive Referenzfigur sah und, dessen eigenem Urteil folgend, in Müntzer den Zerstörer von Kirche und gesellschaftlicher Ord-

nung. Dass der auf weite Strecken kirchenfeindliche Staat Müntzer für sich anführte, konnte diese Sicht nur bekräftigen. Doch kam es im Laufe der Jahrzehnte, nicht zuletzt im Dialog mit marxistischen Reformationshistorikern, zu Modifikationen dieses Urteils, wurden nicht allein Müntzers destruktive Botschaften zur Kenntnis genommen, sondern auch sein positives Programm. Freilich bestand man darauf, dass Müntzer in erster Linie nicht Politiker und Sozialrevolutionär, sondern Theologe gewesen sei und all seine Äußerungen in dieser Perspektive verstanden werden müssten. Zu kirchlichen Feiern führten aber auch diese Modifikationen nicht.

## Das Reformationsjubiläum von 1967

Anders als hinsichtlich der Lebensdaten Thomas Müntzers stand es für die evangelischen Kirchen außer Frage, dass sie den 450. Jahrestag des Anschlags der Ablassthesen von 1517 festlich begehen würden. Die Initiative zur Vorbereitung ergriffen die Kirchen der DDR, sie holten aber sogleich die westdeutschen mit ins Boot. Denn die Feiern sollten zwar am Ort des einstigen Geschehens, also im jetzt zur DDR gehörenden Wittenberg, doch von der ganzen damals noch gesamtdeutschen Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) veranstaltet werden. Der ostdeutsche Staat hatte ebenso wenig wie der westdeutsche eine eigene Feier vorgesehen. Doch kaum erfuhr er von den Planungen der Kirchen, war er alarmiert. Es wurde beschlossen, diesen das Wasser abzugraben und aus dem Jubiläum ein nationales Großereignis zu machen, für das das Politbüro die Leitlinien vorgeben und ein staatliches Planungskomitee die Umsetzung in die Hand nehmen werde.

Dass die DDR ein Jubiläum begehen würde, welches in engem Zusammenhang mit Martin Luther stand, lag vor dem Hintergrund der traditionellen ideologischen Einordnung des Wittenberger Reformators, wie sie sich im Kontrast zu Müntzer plastisch zeigte, ganz und gar nicht nahe. Seine Voraussetzung ist eine geschichtspolitische Umorientierung, die sich in den Jahren zuvor ereignet hatte und den »Verräter« und »Gegenrevolutionär« nun zu würdigen, ja schließlich zu feiern erlaubte. Die Umorientierung bestand in einer neuen Zuordnung von Revolution und Reformation, auf den Begriff gebracht in der Rede von der »Frühbürgerlichen Revolution«. Für die Kurskorrektur gab es zwei Gründe, einen wissenschaftlichen und einen politischen.

Der wissenschaftliche Grund lag in der schon bei Engels angedeuteten Erkenntnis, dass Luther und Müntzer, Reformation und Bauernkrieg ein-

ander nicht einfach entgegengestellt werden könnten. Zu deutlich setzte das Auftreten Müntzers das Auftreten Luthers, der Bauernkrieg die Reformation voraus. Offensichtlich war die Reformation selbst bereits ein revolutionäres Ereignis. Das gestand man ein, setzte allerdings hinzu, es habe sich um eine bürgerliche – wegen ihres noch stark von mittelalterlichen Verhältnissen abhängigen Charakters genauer frühbürgerliche – Revolution gehandelt, die zwar gegen den Feudalismus aufgestanden sei, aber an seine Stelle bürgerlich-kapitalistische Besitzverhältnisse gesetzt habe, während der Versuch nichtbürgerlicher Schichten, in einem zweiten Schritt, dem Bauernkrieg, weitergehende Veränderungen zu erreichen, gescheitert sei. Da also schon Luther einen revolutionären Umschwung herbeigeführt habe und ohne diesen der Bauernkrieg nicht hätte stattfinden können, müsse man ihn und die Reformation in die positiv zu bewertende Revolutionsgeschichte aufnehmen, auch wenn ihre Reichweite begrenzt gewesen sei und er sich selbst gegen weitergehende revolutionäre Konsequenzen gewandt habe.

Der politische Grund entsprang dem zunehmendem Bedürfnis der DDR nach identitätsstiftender Gedächtniskultur. Die Berufung auf Thomas Müntzer war dafür offensichtlich eine zu schmale Basis. Und angesichts der Bedeutung Martin Luthers erschien es nicht opportun, das geschichtspolitische Potenzial, das mit seinem Namen verbunden war, brachliegen oder den Gegnern zu überlassen, wie schon 1953 im Zentralkomitee (ZK) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) festgestellt wurde: »Luther ist bei uns eine Vorstellung, die wir benutzen müssen im Kampf gegen die Reaktion. Luther ist nicht eine Fahne, die wir der Reaktion überlassen.«<sup>9</sup> Je mehr der sozialistische deutsche Staat sich etablierte, um äußere und innere Anerkennung rang, desto stärker wurde der Drang, diese Fahne zu schwingen. Das Paradigma »Frühbürgerliche Revolution« bot die wissenschaftliche Legitimität, dies auch guten, ideologischen Gewissens zu tun, und das Jubiläum von 1967 bot eine prominente Gelegenheit.<sup>10</sup> Und sie wurde genutzt. Der Staat inszenierte aufwendige Veranstaltungen, die den Mann und die Frau auf der Straße begeistern, das Parteivolk bei der Stange halten und die Vertreter der Wissenschaft befriedigen sollte. In einem großen historischen Umzug zu Wittenberg wurde am 31. Oktober die gesamte deutsche Geschichte über die Reformation auf die Gegenwart der DDR hingeführt, bevor ein Feuerwerk und ein gebratener Ochse auf dem Marktplatz das Volksfest krönten. Ein politischer Empfang unterstrich den Anspruch des Staates auf das Jubiläum und seine Deutung der Reformation. Ein wissenschaftliches Symposium ordnete diese in den Rahmen der Fortschrittsgeschichte ein, die in der DDR ihren Höhepunkt auf deutschem Boden erreicht hatte.<sup>11</sup>

Diese politisch-funktionalistische Sicht konnte nicht die der Kirchen sein. Sie wollten, wie sich an ihrer frühzeitigen Initiative zeigte, nicht nur das Jubiläum in eigener Regie begehen, sondern dabei auch ihre eigene, theologisch zentrierte Perspektive zur Geltung bringen. Das passte dem sozialistischen Staat, sobald er plante, das Jubiläum selbst zu begehen, nicht ins Konzept. Am liebsten hätte er die Kirchen in seine eigenen Planungen eingebunden und sich damit als einziger Akteur, seine Deutung der Reformation als die allgemeine Sicht präsentiert.<sup>12</sup> Doch die Kirchen der DDR hatten aus einer langen Geschichte politischer Indienstnahme der Reformation, wie sie im Dritten Reich ihren Höhepunkt erreicht hatte, gelernt und ließen sich nicht einbinden. Daraufhin machte der Staat ihnen mehrere Striche durch ihre Rechnungen. Geplante Veranstaltungen wurden verboten, andere behindert. Vor allem aber wurde durch Einreiseverbote ein Großteil der von den Kirchen Eingeladenen von der Teilnahme ausgeschlossen, darunter alle westdeutschen Vertreter der EKD, deren immer noch gesamtdeutscher Charakter der DDR ohnehin ein Dorn im Auge war. Ihre Repräsentanten, die auf jeden Fall teilnehmen wollten, weil die westdeutschen Kirchen auf eine zentrale eigene Feier verzichtet hatten, durften nur als Abgesandte einzelner Landeskirchen einreisen. Doch so sehr sich der Staat durch diese Maßnahmen als Sieger fühlen konnte, gelang es den Kirchen doch, die verbliebenen Möglichkeiten auszureizen. Ihre Veranstaltungen waren in einem Maße international, wie es die des Staates nicht zu sein vermochten. Festgottesdienste und regionale Basistreffen, die an die Stelle eines verbotenen zentralen Gemeindetages traten, waren so stark besucht, dass die vorgesehenen Räume die Menge nicht fassten. Und man hielt strikt an der theologischen Sicht der Reformation und ihrer Relevanz für die Gegenwart fest.

## Das Lutherjubiläum von 1983

Das größte Reformationsjubiläum zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Friedlichen Revolution war aber, aufgrund seiner besonderen runden Zahl, der 500. Geburtstag Martin Luthers 1983. Wie das Jubiläum von 1967 wurde dieses sowohl vom Staat als auch den Kirchen begangen, doch diesmal in Ost- und in Westdeutschland. Den ersten Schritt machte allerdings auch dieses Mal der Osten. Hier begann man früher mit der Planung. Und hier spielten sich trotz eigener Feiern im Westen wegen der Fülle und des Gewichts der östlich der Elbe gelegenen reformationsgeschichtlichen Stätten die Höhepunkte des Jubiläums ab, was die Kirchen des Westens auch anerkannten und berücksichtigten.

Die Kirchen der DDR begannen umgehend nach dem Müntzer-Jubiläum von 1975 mit den Vorbereitungen. Nach den Erfahrungen des Jahres 1967 wollte man auf jeden Fall die Initiative behalten. Und man wollte durch größere Öffentlichkeit besser abgesichert sein. Zu dieser Öffentlichkeit sollte auch die internationale wissenschaftliche Community gehören, weshalb man den für 1983 geplanten »Internationalen Lutherkongress« in die DDR einlud. Das konnte nicht ohne Einwilligung des Staates geschehen, und diese wurde gewährt. Gegenüber 1967 hatte sich das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in der DDR jedenfalls auf der Leitungsebene deutlich entspannt. Ein Grund dafür war nicht zuletzt, dass die Kirchen der DDR mittlerweile aus der EKD ausgeschieden waren. Das hieß freilich nicht, dass der Staat der Kirche das Lutherjubiläum überlassen würde. Im Gegenteil, als man hier von dem Vorhaben der Kirche erfuhr, setzte man auch diesmal umgehend eigene Planungen in Gang. Ja, man siedelte diese auf der höchstmöglichen Ebene an, in einem staatlichen »Lutherkomitee«, in dem kein Geringerer als der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker den Vorsitz hatte. Mit offiziellen 15 »Thesen über Martin Luther« wurde die geschichtspolitische Leitlinie für die geplanten Feiern vorgegeben.<sup>13</sup> Das historische Paradigma war und blieb das der Frühbürgerlichen Revolution. Doch gewann Luther nun darin ein Gewicht, wie es ihm bislang nicht zugemessen worden war. Aus dem Auslöser jener eigentlich auf den Bauernkrieg zusteuernden Revolution und Zerstörer ihrer innersten Dynamik wurde ihre Hauptfigur, während Müntzer an den Rand trat. Und aus dem einstigen »Verräter« wurde nun »einer der größten Söhne des deutschen Volkes«, von dessen Wirken es hieß, »daß unser Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik, dieses kostbare Erbe in sich aufgenommen hat.«<sup>14</sup> Das Motiv, das hinter diesen Tönen stand, war unverkennbar: Mehr als je zuvor war die DDR bemüht, Anerkennung zu finden. Internationale Anerkennung, aber auch Anerkennung bei ihren eigenen Bürgern. Hier galt es, ein in der Breite nach wie vor fehlendes »Heimatbewusstsein« zu schaffen. Das aber konnte nur gelingen mittels einer »eigenen Ikonographie aus dem eigenen Staatsterritorium heraus«, die nur in Anknüpfung an Gestalten und Traditionen der Vergangenheit gelingen würde.<sup>15</sup> Zu diesen Gestalten und Traditionen gehörte niemand so sehr wie Martin Luther und sein Wirken.

Um Luther dem Volk nahezubringen, scheute die DDR bei dem Jubiläum weder Kosten noch Mühen. Es gab Ausstellungen und Filme, wissenschaftliche Tagungen und Veröffentlichungen, Empfänge und einen feierlichen Staatsakt in der Berliner Staatsoper, bei dem Honecker Vertreter der internationalen Ökumene empfing. Es fehlte nur eines, die Beteiligung

der evangelischen Kirchen. Honecker hätte sie gern in seinem Lutherkomitee dabei gehabt. Doch sie wollten sich auch diesmal nicht einbinden lassen und akzeptierten als Kompromiss nur die Präsenz zweier Bischöfe als Gäste bei den Sitzungen des staatlichen Gremiums. Im Übrigen bestanden sie auf ihren eigenen Planungen und darauf, »daß das Interesse und die Verpflichtung unserer Kirchen gegenüber Martin Luther auf einer anderen Ebene liegen.«<sup>16</sup> Das bedeutete nichts Geringeres als die Forderung, unterschiedliche Sichten Luthers und der Reformation zuzulassen. Indem er das zugestand, verzichtete der Staat auf ein offizielles, allgemein verbindliches Lutherbild und damit jedenfalls an diesem Punkt auf das sonst von der SED beanspruchte Deutungsmonopol für die Geschichte.<sup>17</sup>

Folge dieser Dualität der Reformationsbilder war wie 1967, nur diesmal vom Staat respektiert und weitgehend ungehindert, eine Serie von Parallelaktionen mit partieller wechselseitiger Teilnahme. Auch die Kirche veranstaltete Ausstellungen, Empfänge und wissenschaftliche Tagungen. Unter Letzteren, nicht von ihr organisiert, doch auf ihre Einladung zustande gekommen, ragte der Internationale Kongress für Lutherforschung in Erfurt hervor, die größte und freieste, auch am stärksten internationale Konferenz in der Geschichte der DDR. Keine Parallele auf staatlicher Seite hatten naturgemäß die Festgottesdienste, deren einige als besonderes Entgegenkommen des Staates im Fernsehen übertragen wurden, was die Ausstrahlung auch in Westdeutschland einschloss. Den Höhepunkt bildeten, beginnend mit dem in Luthers Geburtsstadt Eisleben begangenen Jubiläumstag, dem 10. November, drei »Ökumenische Begegnungstage«, an denen man zusammen mit Abgesandten aus 36 Ländern und 78 Kirchen Gottesdienst feierte und theologische Diskussionen hielt. Dazu kamen regionale Kirchentage quer durch die ganze DDR mit einer Fülle von Abendmahlsgottesdiensten, liturgischen Nächten, Friedensgebeten und Bibelarbeiten unter reger Beteiligung internationaler Gäste. Auffälligerweise stand Martin Luther als Person sehr viel weniger im Mittelpunkt als bei den Veranstaltungen des Staates. Unter dem – Luthers Kleinem Katechismus entnommenen – Motto »Gott über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen« ging es vielmehr um seine theologische Botschaft und darum, was sie für die Gegenwart, nicht zuletzt die trotz aller offiziellen Entspannungssignale nicht leichte Gegenwart der Christen in der DDR bedeute. Dass diese theologische Konzentration nicht zu politischer Abstinenz führte, zeigte ein Ereignis, das am Rande der Jubiläumsveranstaltungen stand, aber dank laufender Fernsehkameras schnell in den Blick der Öffentlichkeit geriet. Bei dem regionalen Jubiläumskirchentag in Wittenberg wurde im Hof des Lutherhauses die in der DDR illegale biblische

Losung »Schwerter zu Pflugscharen« in die Tat umgesetzt und tatsächlich ein Schwert umgeschmiedet – eine Symbolhandlung, die zum Fanal für die nicht vom Staat gelenkte Friedensbewegung der DDR wurde.

Was zum Jubiläum von 1983 jenseits der Grenze geschah, lässt sich leichter und schwerer zusammenfassen. Leichter, weil es weit weniger große und spektakuläre Veranstaltungen gab. Die EKD beschränkte sich auf einen Festakt in der prominentesten Lutherstadt der Bundesrepublik, in Worms, den sie mit der Tagung ihrer Synode verband; für die Hauptfeier am 10. November begab man sich nach Eisleben. Ansonsten wurde in den Landeskirchen und ihren Gemeinden kräftig und vielfältig gefeiert. Der westdeutsche Staat hatte ursprünglich keinen Anspruch erhoben, selbst als Jubiläumsakteur tätig zu werden. Es gehe um eine kirchliche Feier, an der staatliche Repräsentanten nur teilnehmen würden, was dann auch geschah. Eine offizielle Sicht der Reformation, die der Staat vertreten hätte, gab es ohnehin nicht. Doch bald empfand man es als ungenügend, dass kein Rahmen vorhanden war, in dem die säkulare, staatlich verfasste Gesellschaft einem Gesichtspunkt Rechnung tragen konnte, den sie denn doch wichtig fand und gewürdigt sehen wollte: dass Luther und die Reformation bis in die Gegenwart reichende Wirkungen auch jenseits des kirchlichen Raumes gehabt hätten. Die massive Beanspruchung Luthers durch die DDR löste auf Seiten der Bundesrepublik die Befürchtung aus, gedenkpolitisch leer auszugehen. So hielt man es für angebracht, die kirchlichen Veranstaltungen durch staatliche Jubiläumsaktivitäten zu ergänzen. Als idealer Rahmen erwies sich schließlich die große Ausstellung »Martin Luther und die Reformation in Deutschland« im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg, die unter die Schirmherrschaft des Bundespräsidenten gestellt und wesentlich vom Staat finanziert wurde. Ihre Eröffnung in der Nürnberger Lorenzkirche bot den Spitzen der Republik wie des Freistaates Bayern eine öffentlichkeitswirksame Bühne, in programmatischen Reden ihre Auffassung von der Bedeutung der Reformation für Staat und Gesellschaft darzulegen. Es klangen altvertraute Jubiläumsmotive wie der Hinweis auf die Bedeutung der Reformation für die deutsche Sprache, das Schulwesen, die Mündigkeit des Einzelnen und die Gewissensfreiheit an. Der bayerische Ministerpräsident Strauß ließ es sich nicht nehmen, vor allem Luthers Unterscheidung der beiden Regimente, des geistlichen und des politischen, hervorzuheben, die ihm in seiner langen Politikerkarriere als »überzeitliches Ordnungsmodell« unverzichtbar geworden sei.<sup>18</sup>

Weit schwerer sind die Jubiläumsfeierlichkeiten in Westdeutschland zusammenzufassen, wenn es um die Inhalte geht. Da es anders als in der DDR nicht zwei offizielle Jubiläumsträger gab, steht man vor einer unüber-

schaubaren Fülle weitgehend selbständiger Akteure, die in Jubiläumsgottesdiensten, -podien, -tagungen, -konzerten, in Fernsehsendungen, Filmen, Büchern, Ausstellungen, Büchern, Zeitschriften und Zeitungen die unterschiedlichsten Aussagen trafen und die vielfältigsten Gesichtspunkte hervorhoben. Ein geschlossenes, ja, auch nur vorherrschendes Bild ist nicht zu erkennen. Im Unterschied zur DDR war das Jubiläum von 1983 im Westen die Fülle der – teils alten, teils neuen – Lutherbilder: der Held und der Fürstenknecht, der Kirchenspalter und der auch von Katholiken zu verehrende »Vater im Glauben«, der Herold der Freiheit und der Urahn deutschen Untertanengeistes, der Grobian und das Sprachgenie... Es gab keine vorgeschriebene Linie des Gedenkens und Feierns mehr und auch keine Konkurrenz, die zur Profilierung einer von weiteren Kreisen getragenen alternativen Sicht geführt hätte. Ob das ein Gewinn oder ein Verlust war, ist eine offene Frage. Was daraus für die Gegenwart zu folgern ist, erst recht.

## Anmerkungen

- 1 Nur bei einem Jubiläum gab der Westen den Ton an, spielten weder die Kirchen noch der Staat der DDR eine Rolle, nämlich bei dem 450. Jahrestag der Überreichung der Confessio Augustana im Jahre 1980. Vgl. zu diesem Jubiläum, das hier nicht behandelt werden soll, Dorothea Wendebourg, So viele Luthers ... Die Reformationsjubiläen des 19. und 20. Jahrhunderts, Leipzig 2017, S. 206–211. In diesem Buch ist eine ausführlichere Darstellung der im vorliegenden Artikel skizzierten Vorgänge zu finden.
- 2 Siegfried Bräuer, »Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk«. Die Thomas-Müntzer-Ehrung der DDR 1989, in: Theologische Literaturzeitung 137 (2012), S. 1023–1040, hier S. 1025.
- 3 Friedrich Engels, Marx Engels Werke (MEW) 7, S. 329.
- 4 So auf Engels gestützt das in der DDR einflussreiche Buch von Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Berlin 1946 (viele weitere Auflagen), S. 23.
- 5 Raina Zimmering, Mythen in der Politik der DDR, Opladen 2000, Kap. III, 1–4; Herfried Münkler, Die deutschen und ihre Mythen, Bonn 2010, S. 441–448.
- 6 Der deutsche Bauernkrieg – zum 450. Jahrestag. Material zur Vorbereitung, Komitee beim Ministerrat der DDR zur Vorbereitung des 450. Jahrestages des deutschen Bauernkriegs (Hg), Berlin 1973, S. 8.
- 7 So ein auf das Jubiläum vorausblickender Artikel im publizistischen Zentralorgan der SED, Neues Deutschland: Günter Vogler, »Thomas Müntzer war der Spartakus seiner Zeit«, 19. Oktober 1974.

- 8 Der deutsche Bauernkrieg – zum 450. Jahrestag. Material zur Vorbereitung (Anm. 6), S. 8.
- 9 Paul Wandel, ZK-Sekretär für Kultur und Erziehung am 6.7.1953, zitiert bei Alexander Fleischauer, *Die Enkel fechten's besser aus. Thomas Müntzer und die Frühbürgerliche Revolution – Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in der DDR*; Münster 2010, S. 68.
- 10 Das erste, freilich weniger großartig gefeierte Jubiläum, bei dem die DDR den Bezug auf die Reformation in dieser Weise für sich nutzbar zu machen suchte, war die Feier des 400. Todestages Philipp Melanchthons sechs Jahre zuvor (1960). Vgl. dazu Wendebourg, *So viele Luthers ...* (Anm. 1), S. 193–198.
- 11 Ebd., S. 203 f.
- 12 Vgl. Wolfgang Flügel, Konkurrenz um Reformation und Luther. Die Konfessionsjubiläen der Kirchen und der SED in den Jahren 1967 und 1983, in: Klaus Thanner und Jörg Ulrich (Hg.), *Spurenlese. Reformationsvergegenwärtigung als Standortbestimmung (1717–1983)*, Leipzig 2012, S. 239–285, hier S. 249.
- 13 Thesen über Martin Luther. Zum 500. Geburtstag, in: *Einheit* 36 (1981), S. 890–903, abgedruckt auch in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 29 (1981), S. 879–893.
- 14 So Honecker bei der Konstituierung des staatlichen Lutherkomitees 1980 in seiner Rede, die unter dem Titel veröffentlicht wurde: *Unsere Zeit verlangt Parteinahme für Fortschritt, Vernunft und Menschlichkeit*, in: *Martin Luther und seine Zeit. Konstituierung des Martin-Luther-Komitees der DDR am 13. Juni 1983 in Berlin*, Berlin 1980, S. 10–18, hier S. 11.
- 15 Gerhard Brendler, Luther im Traditionskonflikt der DDR, in: Horst Dähn und Joachim Heise (Hg.), *Luther und die DDR. Der Reformator und das DDR-Fernsehen*, Berlin 1996, S. 21–52, hier S. 51 f.
- 16 So der Thüringische Bischof Werner Leich in seiner Ansprache bei der Konstituierung des staatlichen Lutherkomitees, der er als Gast beiwohnte, veröffentlicht unter dem Titel: *In der Suche nach dem Sinn des Lebens uns allen verbunden*, in: *Martin Luther und seine Zeit* (Anm. 14), S. 19–29, hier S. 27 f.
- 17 Horst Dohle, Die Luther-Ehrung und die Kirchenpolitik der DDR, in: Dähn und Heise (Anm. 15), S. 53, S. 98 und S. 56.
- 18 Kirchliches Jahrbuch 110 (1983), S. 36.



Bundeskanzler Konrad Adenauer trifft im September 1955 in Moskau den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Nikolai Alexandrowitsch Bulganin, in der Mitte Staatssekretär Walter Hallstein.

Torben Gülstorff

## Die Hallstein-Doktrin – Abschied von einem Mythos

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1949 erhoben zwei deutsche Regierungen – die eine in Bonn, die andere in Ost-Berlin – Anspruch auf die Führung der deutschen Nation und die gesamte deutsche Bevölkerung. Hieraus erwuchs ein Gegensatz, der zunächst vor allem innen- aber auch kulturpolitisch, in der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit sowie im Bereich der Public Diplomacy, zum Tragen kam. Als die Bundesrepublik 1955 mit der Sowjetunion in diplomatische Beziehungen trat, erlangte der deutsch-deutsche Gegensatz dann aber rasch auch außenpolitische Bedeutung. Der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt,

Walter Hallstein, initiierte eine außenpolitische Doktrin, um einer ähnlichen Aktion von Seiten der DDR zuvorzukommen: die Hallstein-Doktrin. Sie besagte im Wesentlichen, dass die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu ihr durch einen nicht-östlichen Staat von der Bundesrepublik als feindlicher Akt gewertet und mit Einschränkungen der diplomatischen Beziehungen – bis hin zu deren vollständigem Abbruch – beantwortet werden würde. Am 23. September 1955 wurde ihre Aufnahme in die westdeutsche Außenpolitik in einer Regierungserklärung offiziell bekannt gegeben.

1969 wurde die Hallstein-Doktrin, im Zuge der Neuen Ostpolitik der Bundesregierung unter Kanzler Willy Brandt, durch die etwas weicher formulierte Scheel-Doktrin ersetzt. Jene forderte nur noch Zurückhaltung gegenüber ostdeutschen diplomatischen Avancen, bis die deutsch-deutschen Beziehungen endgültig geklärt seien. 1973, mit Inkrafttreten des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages,<sup>1</sup> war dieser Zustand erreicht. Die Scheel-Doktrin wurde eingestellt und geriet rasch in Vergessenheit. Anders die Hallstein-Doktrin. In den Köpfen der Deutschen – der Politiker, der Historiker und Politikwissenschaftler in Ost und West – etablierte sich die Doktrin als bestimmende Konstante, als eigentliches Kerninteresse der west- wie ostdeutschen Außenpolitiken in der Zeit des Kalten Krieges.

## Ein Mythos entsteht

In Bonn hatte man rasch erkannt, dass die Doktrin ein ideales, da leicht zu inszenierendes, Wahlkampfinstrument sein konnte. Wurde die DDR diplomatisch nicht oder nur von »unbedeutenden« Staaten anerkannt, konnte ein Kabinett leicht von sich behaupten, eine erfolgreiche Außenpolitik betrieben zu haben. Außerdem stellte sie ein ideales – da rein innenpolitisches – Argument gegenüber einer wachsenden Zahl ausländischer Kritiker der weltweiten diplomatischen Expansion Westdeutschlands dar. Letztere waren angesichts der globalen Ambitionen Bonns um die Position ihrer jeweiligen nationalen Exportindustrien auf den Weltmärkten besorgt.<sup>2</sup> Wussten sie doch nur zu gut, dass staatliche Auslandsvertretungen immer auch die Interessen ihrer Privatwirtschaft protegieren. Gegen diese Kritiker führte die Bundesrepublik die internationalen Ambitionen der DDR, ihre »unrechtmäßigen« Versuche, für das ganze Deutschland zu sprechen, ins Feld. Ihnen habe sich Westdeutschland »notgedrungen« weltweit entgegenzustellen.

Auch ostdeutsche Politiker profitierten von der Doktrin. Bot diese ihnen doch die Möglichkeit, Westdeutschland die Schuld für die mangelnde Präsenz der DDR in der Welt in die Schuhe zu schieben. Nicht fehlende finanzielle Mittel oder die ablehnende Haltung des jeweiligen von Ostdeutschland präferierten Staates sondern die westdeutsche Hallstein-Doktrin machte die ostdeutsche diplomatische Expansion zu einem solch schwierigen Unterfangen.

Wissenschaftler in Ost und West waren ebenfalls rasch von der übertragenden Bedeutung der Hallstein-Doktrin überzeugt – und sind es bis heute. Alle übrigen Interessen rücken in ihren Arbeiten gegenüber dem auf außenpolitischer Bühne ausgetragenen deutsch-deutschen Gegensatz in den Hintergrund. Kaum eine Monografie, ein Artikel oder Aufsatz zur west- oder ostdeutschen Außenpolitik in der Zeit des Kalten Krieges, der ohne Verweis auf die Doktrin auskommt. Die Hallstein-Doktrin – ihre Verteidigung beziehungsweise Überwindung – ist quasi zum Synonym der deutschen Außenpolitiken, zu ihrem Primat, ihrem Hauptanliegen, ihrem Mythos geworden. Erst für den Zeitraum ab 1973, mit Inkrafttreten des Grundlagenvertrages, sind einige Forscher bereit, auch die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen als Anliegen deutscher Außenpolitiken gelten zu lassen. Andere sehen erst 1989/90, mit der Vereinigung Deutschlands, das Ende des Primats von Hallstein-Doktrin und deutsch-deutschem Gegensatz in den deutschen Außenpolitiken gekommen.<sup>3</sup>

Doch kann es tatsächlich sein, dass sich die Außenpolitiken von Bundesrepublik und DDR so sehr von denjenigen anderer Staaten – in denen wirtschafts- und geostrategische Interessen überwogen – unterschieden? Gab es im Bereich ihrer Außenpolitiken tatsächlich so etwas wie einen »deutschen Sonderweg«? Bereits in den 1950er Jahren hatte sich die deutsche Wirtschaft wieder gefangen und begonnen, an alte Erfolge anzuknüpfen. Westdeutschland erlebte sein berühmtes Wirtschaftswunder und auch Ostdeutschland zog ökonomisch merklich an seinen osteuropäischen Bruderstaaten vorbei. Kann es tatsächlich sein, dass all dies ohne eine die Im- und Exportbedürfnisse des jeweiligen deutschen Wirtschaftsraums unterstützende Außenpolitik stattgefunden hat? Kann es tatsächlich sein, dass die deutschen Staaten – in der Forschung oft als »Juniorpartner« der beiden Supermächte USA und Sowjetunion bezeichnet – nicht an führender Stelle in die internationalen geostrategischen Maßnahmen des westlichen und des östlichen Lagers eingebunden waren?

## Einblicke in die außenpolitischen Überlegungen Bonn

In den Akten der beiden deutschen Außenministerien stößt man immer wieder auf Material, in welchem die Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin – beziehungsweise aus Sicht der DDR ihre Überwindung – einen Gegenstand bildet.<sup>4</sup> In diesem Punkt ist der historischen Forschung zu den deutsch-deutschen Auslandsaktivitäten durchaus Recht zu geben.

In den Dienstinstruktionen an die westdeutschen Botschafter jener Tage, in den Berichten über westdeutsche Botschafterkonferenzen, in den Monats-, Quartals- und Jahresberichten der westdeutschen Auslandsvertretungen sowie in den unzähligen Hilfversuchen und Projektanträgen ausländischer Staaten um westdeutsche Unterstützungsleistungen bildete die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR tatsächlich einen immer wiederkehrenden Gegenstand. Dennoch stellt dies noch keinen ausreichenden Beleg für die alles überragende Bedeutung der Hallstein-Doktrin innerhalb der westdeutschen Außenpolitik dar.

Betrachtet man die westdeutschen Botschafterinstruktionen – Arbeitsanweisungen, welche Botschafter vom Außenministerium vor ihrem Amtsantritt erhielten – einmal etwas genauer, so stellt man fest, dass sich nur ein verschwindend geringer Teil der Instruktionen tatsächlich mit dem deutsch-deutschen Gegensatz und der Hallstein-Doktrin beschäftigte. Ein Blick in die Instruktionen des 1962 zum westdeutschen Botschafter in Gabun ernannten Walter Bammer zeigt beispielsweise, dass von 19 auf 40 Seiten aufgeführten Punkten lediglich drei tatsächlich die deutsche Frage und die DDR zum Gegenstand hatten.<sup>5</sup> Nur vier der 40 Seiten – also zehn Prozent – befassten sich mit der ungelösten deutschen Frage und der DDR. Nun kann die Forschung, auf Basis solch einer Prozentzahl, durchaus die These vertreten, der deutsch-deutsche Gegensatz habe eine bedeutende Rolle gespielt. Doch müsste sie dann den folgenden vier Seiten, auf denen die außenpolitischen Bemühungen der Bundesrepublik, die »deutschen Ostgebiete« wiederzuerlangen und »Volksdeutschen« ihr Recht auf Siedlungsräume in Osteuropa zu sichern,<sup>6</sup> aufgeführt wurden, dieselbe Bedeutung beimessen. Mit Recht hat aber bislang in der Forschung noch niemand diesen Zielen eine größere Rolle für die westdeutsche Außenpolitik zugeschrieben.

Auch eine nähere Untersuchung westdeutscher Botschafterkonferenzen relativiert die These von der überragenden Bedeutung der Hallstein-Doktrin mehr, als dass sie diese stützen würde. Auf Botschafterkonferenzen trafen Führungskräfte aus dem Außenministerium und ausgewählte höhere Diplomaten zusammen, diskutierten die allgemeine politische Weltlage,

ihr außenpolitisches Instrumentarium und referierten über Entwicklungen in einzelnen Staaten. Einige der Konferenzen waren global, andere regional beziehungsweise kontinental ausgerichtet. 1956, kurz nach Inkrafttreten der Hallstein-Doktrin, tagte in Istanbul nun die erste westdeutsche Botschafterkonferenz für den Nahen und Mittleren Osten. Auf dieser erklärte Staatssekretär Hallstein persönlich den teilnehmenden Diplomaten den Sinn und Zweck der nach ihm benannten Doktrin. Als er seine Doktrin nun in die konkreten außenpolitischen Aufgaben des Auswärtigen Amtes im Nahen und Mittleren Osten einzuordnen suchte, zeigte sich jedoch schon in der von ihm gewählten Reihenfolge, welch geringe Bedeutung er dieser tatsächlich beimaß:

»Was wollen wir mit unserer Politik für Ziele in diesem Raum verfolgen? [...] Wir wollen auf wirtschaftlichem Gebiet die grossen Chancen, die dieser Raum bietet, wahrnehmen. Wir wollen ferner unserer kulturellen Aufgabe gerecht werden. [...] Im militärischen Bereich sind unsere Bedürfnisse so evident, dass ich darüber kaum einen Satz verlieren möchte. Eine Motorbootfahrt auf dem Bosphorus zeigt besser als alles andere, um welche militärisch-strategischen Positionen es in diesem Raume geht, in dem auch wir verteidigt werden. Wir haben ein Bedürfnis und ein Recht, in diesem Raum auch politisch in eigenem Namen aufzutreten. Zwei Probleme beschäftigen uns besonders: das Problem der Anerkennung des Pankower Regimes und das Problem Israel.«<sup>7</sup>

Bereits 1956 – und selbst in den Augen des Staatssekretärs Hallstein – stand die Hallstein-Doktrin also am Ende einer langen Liste nationaler Interessen der Bundesrepublik. Auch in seinen Überlegungen hatte die Befriedigung nationaler ökonomischer und internationaler geostrategischer Interessen Vorrang.

Auch die Viertel-, Halb- und Jahresberichte westdeutscher Auslandsvertretungen lassen bei näherer Betrachtung Zweifel an der These von der überragenden Bedeutung der Hallstein-Doktrin aufkommen. Nur selten wurden der DDR in den mehrere dutzend Seiten umfassenden Berichten mehr als einige Zeilen gewidmet. So liest man zwar im politischen Jahresbericht der westdeutschen Botschaft in der Republik Kongo für das Jahr 1966:

»Die Anstrengungen der SBZ, den Kongo wenigstens zur Aufnahme halb-offizieller Beziehungen zu veranlassen, die häufigen Besuche von Delegationen aller Art, die ständigen Appelle an die gleiche Ideologie

und das »internationale sozialistische Gewissen«, die beabsichtigte Entsendung einer größeren Anzahl von »Friedenskämpfern« und eventuelle Wirtschaftshilfe dürften auf die Dauer ihre Wirkung nicht verfehlen. Es wird nicht nur einer stets wachsam diplomatischen Tätigkeit überlassen bleiben können, die derzeitigen erfreulich guten Beziehungen [zur Bundesrepublik] aufrecht zu erhalten, sondern dazu wird es auch einer zusätzlichen materiellen Hilfe bedürfen.«<sup>8</sup>

Doch lohnt es auch hier, den Bericht einmal näher in Augenschein zu nehmen. Er umfasst 19 Seiten; die DDR findet jedoch lediglich auf einer halben Seite Erwähnung – und dies auch noch unter der Überschrift »Beziehungen [des Gastlandes] zur Bundesrepublik«.<sup>9</sup> In der den Bericht beschließenden Zusammenfassung der politischen Situation im Kongo taucht die DDR gleich gar nicht auf. Dies ist erstaunlich. Handelte es sich bei der Republik Kongo doch um »den« Brückenkopf der ostdeutschen Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum schlechthin. Wo, wenn nicht hier, hätte man eine ausführliche Berichterstattung über die ostdeutschen Auslandsaktivitäten erwarten dürfen?

## Spielräume deutschlandpolitischer Einflussnahme

Auch ein Blick auf an Westdeutschland gerichtete Projektanträge und Hilfsersuchen fällt bei genauerer Betrachtung ernüchternd aus. Jedes Jahr wurden den Ministerien und Institutionen der Bundesrepublik von jedem Staat, in dem Westdeutschland diplomatisch vertreten war, hunderte von Projektvorschlägen unterbreitet – stets gespickt mit Andeutungen über eine mögliche Anerkennung der DDR im Fall einer Ablehnung des Ersuchens. So scheuten sich die westdeutsche Botschaft in der Republik Kongo und der kongolesische Industrie- und Handelsminister 1964 beispielsweise nicht, die Gefahr der Inanspruchnahme einer »sbz-wirtschaftshilfe« – und eine damit verbundene Annäherung von DDR und Kongo – an die Wand zu malen, um die Bewilligung eines in der Schwebelage befindlichen Hermes-Förderantrags zu beschleunigen.<sup>10</sup>

Doch so sehr westdeutsche Botschaften und Konsulate, so sehr afrikanische Politiker und Kabinette auch mahnten und warnten, nur ein Bruchteil solcher und ähnlicher Vorschläge wurde zu Anträgen ausgearbeitet und von diesen dann wiederum am Ende nur ein verschwindend geringer Teil auch tatsächlich bewilligt. Da die Mehrzahl der Projektanträge – unter anderem – mit der Hallstein-Doktrin begründet wurde, die

Mehrzahl der Anträge – aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel – aber abgelehnt wurde, eignet sich die Doktrin deshalb kaum, um als zentrales Auswahlkriterium bei der Bewilligung von Projektgeldern angeführt zu werden. Würde die Forschung dagegen bei ihrer Darlegung und Analyse der Auswahlverfahren einmal die Befriedigung ökonomischer und geostrategischer Interessen mit einbeziehen, würde sich ihr die Systematik, die hinter den Auswahlverfahren steckte, rasch und überzeugend erschließen.<sup>11</sup>

Gab es also überhaupt einen Bereich der westdeutschen Außenpolitik, in dem die Hallstein-Doktrin und der deutsch-deutsche Gegensatz eine größere Rolle spielten? Den gab es durchaus: den der Public Diplomacy. Tatsächlich lassen sich in den Botschaftsberichten immer wieder Dokumente finden, die belegen, dass Arbeitszeit und Geld investiert wurden, um ausländischen Medien den jeweiligen »richtigen« deutschen Standpunkt zu den beiden deutschen Staaten und der deutschen Frage nahezubringen.

Im Fall der Bundesrepublik erfolgte das Schalten von Presseartikeln, von Radio- und Fernsehbeiträgen über ein breit aufgestelltes System von Unterstützungsleistungen, das den Medienapparat des Zielstaates auf allen Ebenen bespielte. Größere Zuschüsse wurden an die staatlichen Öffentlichkeitsapparate, ihre Druckereien, Radiosender und Fernsehanstalten sowie ihre Ministerien vergeben. Des Weiteren stand jeder diplomatischen Vertretung eine jährliche Summe für ihre Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Der größere Teil dieser Gelder war für das Schalten von Auslandsinformationen in den jeweiligen Medien bestimmt, der kleinere Teil als sogenanntes »Kontaktgeld« gedacht, um die Beziehungen zu Herausgebern, Redakteuren und Journalisten zu verbessern. So erhielten beispielsweise 1962 die westdeutschen Botschaften in der Zentralafrikanischen Republik, der Kongolesischen Republik, der Republik Tschad und der Gabunischen Republik insgesamt 20 000 D-Mark für ihre Öffentlichkeitsarbeit, von denen 25 Prozent, also 5000 D-Mark, zur Pflege von Kontakten mit Medienvertretern vorgesehen waren.<sup>12</sup> Ausgestattet mit solchen Mitteln war es einem Mitarbeiter der westdeutschen Botschaft in Kamerun 1961 ein Leichtes, bei den dortigen Medienvertretern die Nutzung westdeutschen Nachrichtenmaterials anzumahnen, nachdem diese sich in ihrer Berichterstattung über den Berliner Mauerbau allzu sehr auf ostdeutsche Agenturmeldungen gestützt hatten.<sup>13</sup>

## Inkonsequente Abschreckungsmaßnahmen

Wie reagierte die westdeutsche Diplomatie nun aber, wenn ein Staat Gefahr lief, die DDR anzuerkennen? Im Fall des zentralafrikanischen Raumes »schränkte« das Auswärtige Amt zwischen 1955 und 1975 seine diplomatischen Beziehungen, aufgrund der Aufnahme eben solcher Beziehungen des jeweiligen Staates zur DDR, drei Mal »ein«: zur Volksrepublik Kongo zwischen 1970 und 1973<sup>14</sup>, zur Zentralafrikanischen Republik 1970<sup>15</sup> und zur Republik Tschad zwischen 1971 und 1972.<sup>16</sup> Doch wurden lediglich die Botschafter abgezogen und für einen »längeren Urlaub« in die Bundesrepublik beordert. Die diplomatischen Vertretungen blieben bestehen. Der immer wieder angedrohte Abbruch der Beziehungen erfolgte also nicht. Unterstützungsleistungen wurden auch nicht eingestellt. Im Fall der Anerkennung der DDR durch die Republik Äquatorialguinea im Jahr 1971 unterließ das Auswärtige Amt gleich jegliche Reaktion.<sup>17</sup> Es passierte also wenig bis nichts. Eben da deutsch-deutscher Gegensatz und Hallstein-Doktrin nicht das zentrale Motiv der westdeutschen Auslandsaktivitäten waren.

## Und Ost-Berlin?

Wie die westdeutschen werden auch die ostdeutschen Auslandsaktivitäten in der Forschung für gewöhnlich der Deutschlandpolitik zugerechnet. Allerdings zielen sie hier auf die Durchbrechung der Hallstein-Doktrin und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR als souveränem Staat sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Botschafterebene mit Staaten der Ersten, vor allem aber der Dritten Welt ab.

Auch hierfür lassen sich wieder zahlreiche Aktenbelege anführen. Auch hier bildete die Hallstein-Doktrin – in der ostdeutschen Terminologie als »Alleinvertretungsanmaßung« bezeichnet – auf Botschafterkonferenzen einen Gegenstand. Doch war es auch hier nicht die erste Position, die ihr bei der Auflistung der außenpolitischen Aufgabenstellung eingeräumt wurde. Als beispielsweise Außenminister Lothar Bolz auf der globalen Botschafterkonferenz von 1957 in seinem Referat die Schwerpunkte der ostdeutschen Außenpolitik zusammenfasste, zählte er auf:

1. sozialistisches Lager, 2. Friedenszone, 3. Kampf gegen das westdeutsche Monopolkapital in der internationalen Politik, insbesondere gegen seine Ausschließlichkeitsanmaßung auf dem Gebiet der internationalen Politik.«<sup>18</sup>

Drei Jahre später, auf der globalen Botschafterkonferenz von 1960, hatte Bolz den Kampf um diplomatische Anerkennung dann sogar schon auf den letzten von mittlerweile sechs Plätzen verbannt.<sup>19</sup> Doch noch einmal zurück zur Konferenz von 1957. Auf dieser referierte Ministerpräsident Otto Grotewohl zur deutschen Frage und erklärte explizit, dass diese nicht »durch diplomatische Schachzüge und diplomatische Beschließungen und Entschließungen von irgendwelchen Mächten« gelöst werden könnte.<sup>20</sup> Das »größte Hindernis«, das dem Ziel einer deutschen Wiedervereinigung im Wege stehe, sei nicht die Hallstein-Doktrin – mit ihrer Blockade der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR – sondern die »Militarisierung« der Bundesrepublik.<sup>21</sup> Grotewohl führte aus:

»[Den] größte[n] Schlag, den wir politisch führen, führen wir nicht mehr heute mit irgendwelchen völkerrechtlichen Konstruktionen und den [sic!] Anspruch auf Souveränität«, sondern den »führen wir vom realen politischen Standpunkt, daß der deutsche Militarismus beseitigt werden muß.«<sup>22</sup>

Die Beseitigung des westdeutschen Militarismus sollte durch die Stärkung und Durchsetzung der sogenannten Arbeiter- und Bauernmacht in Ost- und Westdeutschland bewerkstelligt werden. Grotewohls Ausführungen zeigen, dass das Konzept der ostdeutschen Außenpolitik sich mehr oder weniger an geostrategischen Interessen, an der Stärkung des proletarischen Internationalismus und des sozialistischen Lagers sowie an der Aufrechterhaltung der friedlichen Koexistenz orientierte, nicht aber an einer vom westdeutschen Bruderstaat ausgerufenen Doktrin.

Auch den ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsinteressen wurde auf der Konferenz von 1957 ein nicht unerheblicher Platz innerhalb der ostdeutschen Außenpolitik eingeräumt. So referierte Gerhard Weiss, Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, dass es Aufgabe des ostdeutschen Außenministeriums sei, die Handelspolitik der DDR zu unterstützen. Weiss ging sogar noch weiter und erklärte, dass letztlich auch die von Grotewohl angeschnittenen Punkte zur Außen- und Deutschlandpolitik »merh [sic!] oder weniger mit dem Außenhandel verbunden« seien.<sup>23</sup> Die Bedeutung, welche dem Ausbau der ökonomischen Beziehungen zugesprochen wurde, zeigte sich nicht zuletzt auch am breiten Raum, der ihm dann in den einzelnen Länderreferaten der Konferenz eingeräumt werden sollte.

## Grenzen der Solidarität

Auch ein Blick auf die ostdeutschen Auslandsaktivitäten – die Unterstützungs- und Solidaritätsmaßnahmen für Befreiungs- und Oppositionsbewegungen sowie für befreundete Regime und Parteien – lässt bei genauerer Betrachtung auf ökonomische und geostrategische, nicht aber auf deutschlandpolitische Motive schließen. In der Forschung sind es dennoch meist gerade diese Maßnahmen, die als Beleg für das finanzielle, materielle und personelle Engagement der DDR zur Überwindung der Hallstein-Doktrin herangezogen werden. Dabei lassen sich diese Leistungen der DDR meist auch ganz anders deuten. Häufig wurden sogenannte Geschenke der Solidarität als langfristige Investitionen betrachtet, mit deren Rückerstattung, bei erfolgreicher Stabilisierung des jeweiligen Regimes, fest gerechnet wurde. Nicht selten wurde die Unterstützung sogar direkt in Rechnung gestellt und eine sofortige Zahlung angemahnt. Als das ostdeutsche Außenministerium beispielsweise Anfang 1961 einen Plan zur Unterstützung der von kongolesischen Rebellen in der Demokratischen Republik Kongo ausgerufenen Freien Republik Kongo erarbeitete, der die Lieferung ostdeutscher Uniformen vorsah, sollten diese nicht etwa kostenlos, als selbstlose Spende, geliefert, sondern – nach dem erhofften Sieg der Freien Republik – nachträglich von deren Regierung kommerziell erworben werden.<sup>24</sup> Auch ein anderes Hilfsersuchen der Freien Republik, der Druck einer eigenen Währung, sollte auf kommerzieller Basis – nicht als kostenlose Hilfe – erfolgen.<sup>25</sup> Und als 1965 von Außenministerium, Handelsministerium und Staatlicher Plankommission ein Sofortprogramm für eine Rebellenbewegung – wiederum im Ostkongo – ausgearbeitet wurde, schlug der Stellvertretende Minister im Außenministerium, Georg Stibi, vor, mit den Rebellen eine »Festlegung über die Bezahlung«, zum Beispiel »im Rahmen der perspektivischen Beziehungen durch Landesprodukte«, zu einem späteren Zeitpunkt zu vereinbaren.<sup>26</sup>

## Anerkennungsbemühungen abseits von Deutschlandpolitik

Wie sah es nun aber mit den Anerkennungsbemühungen der DDR aus? Tatsächlich bestanden im ostdeutschen Außenministerium häufig Vorbehalte gegenüber der Errichtung einer diplomatischen Vertretung. Nicht selten musste die DDR von der Sowjetunion geradezu gedrängt werden, in diesem oder jenem Staat eine Vertretung zu errichten und Ressourcen zu investieren. Und nicht selten mussten Führungskader der SED einge-

schaltet werden, da der ostdeutsche Staatsapparat die Bitten bewusst verschleppte. Ein gutes Beispiel hierfür bildet die Republik Äquatorialguinea, in welcher die Sowjetunion eine Satellitenbeobachtungsstation und einen Hafen zu errichten suchte. Die Erfüllung der Bitte Äquatorialguineas um Errichtung einer ostdeutschen Botschaft sollte dem sowjetischen Ersuchen mehr Gewicht verleihen. Im ostdeutschen Außenministerium und im Ministerrat der DDR bestand hieran jedoch nur geringes Interesse. Der Büroleiter des Ministerrats der DDR, Staatssekretär Rudi Rost, bat zu prüfen, ob nicht zumindest eine Doppelakkreditierung über den ostdeutschen Botschafter in der Zentralafrikanischen Republik möglich sei. Devisen sollten gespart werden. An der in seinen Augen bestehenden Notwendigkeit, die ökonomischen Interessen der DDR nicht hinter der Möglichkeit, im Ausland ostdeutsche Botschaften zu errichten, zurücktreten zu lassen, ließ er keinen Zweifel:

»Es geht darum, daß wir keinesfalls in der Lage sind, in allen Ländern Afrikas, die mit uns diplomatische Beziehungen aufnehmen, eine eigene Botschaft zu errichten und daß angesichts der Situation im Valuta-Plan keine Entscheidungen getroffen werden dürfen, die unsere Zahlungsbilanz in freien Devisen erneut belasten.«<sup>27</sup>

Deutlich leichter tat sich Ost-Berlin dagegen mit der Einrichtung von Botschaften im Fall rohstoffreicher Staaten, wie der Demokratischen Republik Kongo im Jahr 1973 und der Volksrepublik Angola im Jahr 1975. Dies war kein Zufall. In beiden Staaten hatte die DDR für sich nationale ökonomische und internationale geostrategische Interessen ausgemacht. In Ost-Berlin wusste man sehr wohl um die Beschränktheit der eigenen Mittel. Und so konzentrierte man sich weitgehend auf ökonomisch relevante Schwerpunktstaaten – ließ in einigen Fällen aber auch die geostrategischen Interessen des sozialistischen Lagers gelten. Nur dort war man tatsächlich an der Errichtung von Vertretungen und dem Einsatz von Ressourcen interessiert. Mit dem Bild eines global geführten deutsch-deutschen Kampfes um Anerkennung – bei dem ja letztlich jeder Durchbruch einen Sieg bedeutet hätte – lässt sich diese Taktik nur schwer in Einklang bringen. Auch für die DDR war Außenpolitik letztlich eben doch mehr als nur Deutschlandpolitik.

## Abschied von einem Mythos

Die Annahme, dass der deutsch-deutsche Gegensatz und die Hallstein-Doktrin innerhalb der deutschen Außenpolitiken eine dominante Rolle gespielt hätten, kann aus den genannten Gründen – weitere ließen sich anführen<sup>28</sup> – nicht bestätigt werden. Zwar mögen sie eine gewisse Wirkung entfaltet haben, als Erklärung oder sogar universal anwendbares Erklärungsmuster der deutschen Außenpolitiken und Auslandsaktivitäten zur Zeit des Kalten Krieges eignen sie sich aber nicht. Dass sie dennoch immer wieder in den Berichten und Instruktionen der Botschaften und der Außenministerien auftauchten, war dem zur damaligen Zeit deutschlandpolitisch aufgeladenen Beantragungssystem für Fördermittel – von der Entwicklungshilfe, über die Militärhilfe, bis hin zur Public Diplomacy – geschuldet. Man hoffte, seine Chancen auf Fördergelder mit der Erwähnung der politisch motivierten Notwendigkeit einer Anerkennung beziehungsweise Nichtanerkennung der DDR zu erhöhen. Denn parteipolitisch waren der deutsch-deutsche Gegensatz und die Hallstein-Doktrin durchaus relevant. Gerne und häufig wurden sie in politischen Statements und staatlichen Verlautbarungen zum Einsatz gebracht, wenn es galt, die jeweilige deutsche Außenpolitik zu rechtfertigen. Letztlich war es dieser politische Wille, der den Mythos von der Hallstein-Doktrin begründen sollte. Doch so sehr die Politik Gegensatz und Doktrin in der Öffentlichkeit auch inszenierte, für die Ausgestaltung der praktischen Außenpolitik waren sie doch nur Phrasen, die eher der Mentalität des Kalten Krieges geschuldet waren, als dass sie tatsächlich als Teil einer Argumentation Eingang in außenpolitische Entscheidungsfindungsprozesse gefunden hätten. In der Praxis von Außenpolitik und Auslandsaktivitäten haben nationale ökonomische und internationale geostrategische Interessen weit stärker gewirkt.

## Anmerkungen

- 1 Im Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde zum ersten Mal seit der Gründung der beiden deutschen Staaten deren gegenseitige Anerkennung schriftlich fixiert. Er wurde am 21.12.1972 zwischen beiden Regierungen geschlossen, am 11.5.1973 vom westdeutschen Bundestag und am 13.6.1973 von der ostdeutschen Volkskammer ratifiziert. Am 21.6.1973 trat er in Kraft.
- 2 Vgl. Arnold Zeitlin, Hegelian re-entry. The Germans are back in Africa, in: *Africa Report* 12 (1967) 2, S. 37–45.

- 3 Anstelle eines allgemeinen Literaturüberblicks seien hier einige allgemeine Werke zur Hallstein-Doktrin aufgeführt: William Glenn Gray, *Germany's Cold War: the global campaign to isolate East Germany, 1949–1969*, Chapel Hill u. a. 2003; Werner Kilian, *Die Hallstein-Doktrin: der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973*, Berlin 2001; Rüdiger Marco Booz, »Hallsteinzeit«: deutsche Außenpolitik 1955–1972, Bonn 1995.
- 4 Im weiteren Verlauf stützt sich dieser Artikel auf die empirischen Forschungen des Autors zu den deutschen Auslandsaktivitäten, unter anderem auf die Dissertation: Torben Gülstorff, *Trade follows Hallstein? Deutsche Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum des ›Second Scramble‹*, Berlin 2016, S. 62–86, sowie Torben Gülstorff, *Vom Orient zum Nahen Osten: Orient-Perzeptionen und -Interpretationen der westdeutschen Diplomatie, ein Jahr nach der Konferenz von Bandung*, in: Barbara Haider-Wilson und Maximilian Graf (Hg.), *Orient und Okzident. Begegnungen und Wahrnehmungen aus fünf Jahrhunderten*, Wien 2016, S. 719–750.
- 5 Diese Punkte lauteten: »VII. Verhältnis zur SBZ«, »VIII. Einstellung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Bestrebungen der sog. ›DDR‹, ihre Völkerrechtliche Anerkennung zu erreichen« und »IX. Die Wiedervereinigung Deutschlands«, Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 8.2.1962, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Abteilung Auswärtiges Amt (AA), B 34, 375.
- 6 Ebd.
- 7 Walter Hallstein, *Zwischenbilanz, Konferenzprotokoll, Botschafterkonferenz*, Bonn, 19.6.1956, in: Ebd., B 110, 933, S. 252–259, hier S. 253–254.
- 8 Jakob Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt (AA), 24.1.1967, in: Ebd., B 34, 726.
- 9 Ebd.
- 10 Merta (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an AA, 5.12.1964, in: Ebd., B 68, 273. Schreibweise »sbz-wirtschaftshilfe« wie im Original.
- 11 Für Belege zu den nationalen ökonomischen und internationalen geostrategischen Überlegungen, die der Bewilligung von Fördermitteln zu Grunde lagen, vgl. Dissertation Torben Gülstorff (Anm. 4).
- 12 Küffner – Referat A 3 (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, BPA) an Referat NATO und Verteidigung (AA), 20.12.1961, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Anm. 5), B 14, 213.
- 13 Elles (Botschaft in der Republik Kamerun) an AA und BPA, 17.8.1961, in: Ebd., B 34, 250.
- 14 Gottfried Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat Nord- und Westafrika (AA), 27.9.1973, in: Ebd., Zwischenarchiv, 102960.
- 15 Walter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (AA) an Botschaft im Königreich Belgien, 25.5.1970, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Anm. 5), 68, 1071.
- 16 Bengel (Botschaft in der Republik Tschad) an AA, 9.7.1971, in: Ebd., B 34, 790.
- 17 Eger – Referat Afrika südlich der Sahara (AA) an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 14.4.1971, in: Ebd., B 68, 769.

- 18 Lothar Bolz, Referat, Die internationale Stellung der DDR und ihre nächsten Aufgaben auf dem außenpolitischen Gebiet, Botschafterkonferenz, Ost-Berlin, 1957, in: Ebd., Abteilung Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA), A 17332, S. 14–74, hier S. 17.
- 19 Lothar Bolz, Referat, Die Rolle der Außenpolitik bei der Erfüllung des Siebenjahresplanes und die Aufgaben unseres Ministeriums, Botschafterkonferenz, Ost-Berlin, 1960, in: Ebd., A 17393, S. 2–10, hier S. 3.
- 20 Otto Grotewohl, Referat, Darlegungen über den Stand der Deutschlandfrage, Botschafterkonferenz, Ost-Berlin, 1957, in: Ebd., A 17332, S. 75–111, hier S. 88.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Gerhard Weiss, Referat, Der Außenhandel der DDR, Botschafterkonferenz, Ost-Berlin, 1957, in: Ebd., A 17332, S. 205–253, hier S. 252.
- 24 Wolfgang Schübler (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) und Kurt Böttger (zurzeit stationiert in der Vereinigten Arabischen Republik) an Heinrich Rau (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) und Stellvertretender Minister Schwab (MfAA), 6.3.1961, in: Ebd., A 17294, Bd 1, Fiche 2, S. 159–166.
- 25 Sepp Schwab (MfAA) an Willi Stoph – Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (ZK der SED) und Konrad Neumann – ZK der SED und Peter Florin – Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED, 25.4.1961, in: Ebd., A 17288, Fiche 1, S. 76–77.
- 26 Georg Stibi (MfAA) an MfAA, 31.3.1965, in: Ebd., C 796/74, Fiche 2, S. 104–109, hier S. 107.
- 27 Rudi Rost (Ministerrat) an Otto Winzer (MfAA), o. T. o. M. o. J., in: Ebd., C 1109/78, Fiche 1, S. 48–49, hier S. 48.
- 28 Vgl. Dissertation Torben Gülstorff (Anm. 4).



Helmut Kohl bei der Regierungserklärung zum Zehn-Punkte-Programm am 28. November 1989.

Hermann Wentker

## Helmut Kohl als Deutschlandpolitiker: Vom Regierungswechsel zum Zehn-Punkte-Programm

Als Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 vom Deutschen Bundestag in einem konstruktiven Misstrauensvotum zum Bundeskanzler gewählt wurde, wirkte sich dies auch auf die Deutschlandpolitik aus, allerdings in einem geringeren Ausmaß als erwartet. So dachte der neue Bundeskanzler keineswegs daran, das Rad zurückzudrehen und auf eine rein konfrontative Linie gegenüber der DDR einzuschwenken. Er bestand allerdings deutlicher als seine beiden sozialdemokratischen Amtsvorgänger auf bestimmten deutschlandpolitischen Prinzipien. So betonte er bereits in seiner

Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 die weiterhin bestehende Einheit der deutschen Nation, erinnerte an den Auftrag des Grundgesetzes, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden« und bestand darauf, dass »Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl [...] nicht das letzte Wort zwischen Ost und West sein« dürften.<sup>1</sup> Und im »Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland« sieben Monate später sagte er: »Wir Deutsche finden uns mit der Teilung unseres Vaterlandes nicht ab.«<sup>2</sup> Doch trotz dieser Hervorhebung der normativen Distanz zur DDR bekannte er sich zur Fortführung der Deutschlandpolitik auf der Grundlage der geschlossenen Verträge zum Nutzen der Menschen in beiden deutschen Staaten. Daher hielt Kohl auch die von Helmut Schmidt ausgesprochene Einladung an den SED-Generalsekretär aufrecht und ließ diesem mitteilen, dass er »auf Kontinuität und Dialog Wert lege«.<sup>3</sup>

In dieser Spannung zwischen normativer Abgrenzung und pragmatischer Kooperation bewegte sich die Deutschlandpolitik Helmut Kohls in den 1980er Jahren. Dabei wurden die Beziehungen zur DDR trotz der zwischen den beiden Supermächten herrschenden Eiszeit infolge der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Staaten ab dem Herbst 1983 nicht nur aufrechterhalten, sondern weiter ausgebaut. Sowohl Bonn als auch Ost-Berlin waren darauf bedacht, dass sich die Ost-West-Spannungen nicht auf das deutsch-deutsche Verhältnis niederschlugen: die SED-Führung aus wirtschaftlichem Interesse und die Regierung Kohl-Genscher aufgrund des Verantwortungsgefühls für die Deutschen in der DDR. Dabei war die Bundesregierung durchaus bereit, ostdeutschen Forderungen entgegenzukommen, wie aus einer gemeinsamen Erklärung Kohls und Honeckers vom 12. März 1985 hervorgeht:

»Die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen sind eine grundlegende Bedingung für den Frieden, wurde erklärt. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, von deutschem Boden muß Frieden ausgehen.«<sup>4</sup>

Das Entgegenkommen Kohls fand jedoch immer dort eine Grenze, wo der Kern der Deutschlandpolitik berührt war: Das betraf etwa die Frage der einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft oder den Status der Ständigen Vertretungen der beiden deutschen Staaten bei der jeweils anderen Regierung.

Die deutsch-deutschen Beziehungen lebten in den 1980er Jahren auf: Der innerdeutsche Handel stieg bis 1985 spürbar an, eine Reihe wichtiger Abkommen auf staatlicher Ebene wurde geschlossen, insbesondere ein Kulturabkommen am 6. Mai 1986 und ein Umweltschutzabkommen am 8. September 1987. Der deutsch-deutsche Reiseverkehr erhöhte sich gewaltig, sowohl in östlicher als auch in westlicher Richtung, und schließlich wurden zwischen November 1986 und November 1989 58 Städtepartnerschaften vereinbart oder zugesagt. Höhe- und Wendepunkt dieser Beziehungen bildete der mehrfach auf sowjetische Anordnung verschobene Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik vom 7. bis zum 11. September 1987. Helmut Kohl, der stets ein waches Gespür für die Bedeutung symbolischer Politik hatte, lehnte ursprünglich den Empfang Honeckers mit protokollarischen Ehren ab, stimmte im Zuge der Vorbereitung schließlich aber einer Begrüßung mit Hymnen und Flaggen zu. Obwohl die Visite vom Bonner Protokoll als Arbeitsbesuch eingestuft wurde, unterschied sie sich nur in Nuancen von einem Staatsbesuch. Damit wurde Honecker – und damit der DDR – nach außen hin jene Anerkennung zuteil, nach der diese schon immer gestrebt hatte. Andererseits ließ Kohl es sich nicht nehmen, bei dem von ihm ausgerichteten Abendessen am 7. September seine Auffassungen zur deutschen Frage deutlich zum Ausdruck zu bringen. Er führte das wache »Bewußtsein für die Einheit der Nation« an und betonte die weiterhin bestehenden unterschiedlichen Auffassungen »zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage«. Deutlich bekannte er sich ebenfalls zur Überwindung der Teilung: »Die deutsche Frage bleibt offen, doch ihre Lösung steht zur Zeit nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik, und wir werden dazu auch das Einverständnis unserer Nachbarn brauchen.«<sup>5</sup>

Auch wenn der Besuch vielfach als endgültige Anerkennung der Zweistaatlichkeit bewertet wurde, hielt Kohl trotz des Bekenntnisses zur Fortsetzung des Dialogs an der deutschen Einheit fest.

Als im Spätsommer 1989 die Verhältnisse in der DDR in Bewegung gerieten, beschränkte sich die Regierung Kohl zunächst auf eine kritische Beobachtung der beginnenden Unruhen. Mit der ausgehandelten Lösung für die Prager Botschaftsflüchtlinge Anfang Oktober trug sie zwar ungewollt zur Eskalation der Ereignisse in Sachsen bei. Letztlich ging es ihr jedoch primär um den Erhalt des Status quo; ihr damaliges Ziel bestand darin, eine explosive Lage zu verhindern und kein militärisches Eingreifen der Sowjetunion zu provozieren.

Von diesem zurückhaltenden Kurs rückte Kohl erst mit der Regierungserklärung vom 8. November ab. Kurz vorher hatte Alexander Schalck-Golod-

kowski der Bundesregierung verdeutlicht, die DDR stehe vor dem Bankrott und benötige dringend eine Liquiditätshilfe von mehreren Milliarden D-Mark. Der Kanzler machte nun vor dem Bundestag ein erweitertes Hilfsangebot von einer »grundlegende[n] Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR« abhängig und nannte ausdrücklich Meinungs- und Pressefreiheit, Parteienpluralismus und freie Wahlen. Die Teilung Deutschlands bezeichnete er zwar als widernatürlich, warnte aber zugleich »vor der Annahme, eine Lösung der deutschen Frage mit einem Drehbuch und einem Terminkalender in der Hand vorherbestimmen zu können«.<sup>6</sup>

Mit dem Mauerfall vom 9. November wurde das Tor zur deutschen Einheit aufgestoßen. Denn die für die Aufrechterhaltung der Teilung notwendigen Bedingungen waren auf einmal nicht mehr gegeben: die Mauer und die sowjetische Interventionsbereitschaft. Dass die sowjetischen Truppen nicht in Marsch gesetzt würden, entnahm Kohl am 11. November einem Telefonat mit Gorbatschow.<sup>7</sup> Doch angesichts der Unsicherheiten der nationalen und internationalen Lage zögerte Kohl noch, die Bundesregierung auf einen Einheitskurs festzulegen. Zur Klärung trugen vor allem die Veränderungen in der DDR bei, wo bei den Demonstrationen die Zahl der Einheitsbefürworter spürbar anwuchs, wengleich bundesdeutsche Umfragen Anfang Dezember noch davon ausgingen, dass diese in der Minderheit seien. DDR-Ministerpräsident Hans Modrow schlug am 17. November eine »Vertragsgemeinschaft« der beiden deutschen Staaten vor, was zwar ein engeres Zusammenrücken, aber eine Aufrechterhaltung der Teilung implizierte.<sup>8</sup> Als dann Kanzlerberater Horst Teltschik in Bonn von Gorbatschow-Berater Nikolai Portugalow am 21. November erfuhr, dass sich die sowjetische Führung Gedanken über eine Lösung der deutschen Frage mache, drängte er Kohl, »öffentlich die Meinungsführerschaft im Hinblick auf die Wiedervereinigung zu übernehmen«.<sup>9</sup>

In dieser sich klärenden, aber keineswegs eindeutigen Situation entschloss sich Kohl zum Handeln. Am 28. November verkündete er vor dem Bundestag das »Zehn-Punkte-Programm«. Geschickt griff er darin den Gedanken Modrows auf, ging aber in einem entscheidenden Punkt darüber hinaus. Denn »ein immer dichteres Netz von Vereinbarungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen« waren für ihn die Voraussetzung dafür, »konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen«.

Keinen Zweifel ließ er daran, dass dies ohne eine grundlegende Demokratisierung der Verhältnisse in der DDR nicht zu verwirklichen sein werde. Er bekannte sich zur Wiedervereinigung, fügte aber relativierend

hinzu: »Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand. Daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher.«<sup>10</sup>

Damit hatte der Kanzler sich aus der Deckung gewagt, ohne sich vorher innen- und außenpolitisch abzusichern: Weder der Koalitionspartner noch die westlichen Bündnispartner waren konsultiert worden. Auch der engste Partner, Washington, war am Morgen des 28. November lediglich informiert worden.

Das Zehn-Punkte-Programm markiert den Übergang zur operativen Wiedervereinigungspolitik Kohls im Herbst 1989. Dieser Schritt war, wie sich unmittelbar darauf zeigen sollte, nicht ohne Risiko: Denn nicht nur die Sowjetunion, sondern auch Großbritannien und Frankreich stellten sich Kohl zunächst entgegen. Unterstützung erhielt er lediglich vom US-Präsidenten George Bush, der auch verhinderte, dass es zu einer konzentrierten Aktion der vier Mächte gegen die Bundesrepublik kam. Doch der Rückhalt durch Washington war nur eine Seite der Medaille; auf der anderen Seite standen die demonstrierenden Massen in der DDR, wo diejenigen, die die deutsche Einheit auf möglichst raschem Wege forderten, nun die Mehrheit erhielten. Dass diese in Kohl ihren natürlichen Verbündeten sahen, wurde bei dessen Auftritt in Dresden am 19. Dezember deutlich, als zehntausende Menschen aus Sachsen dem Kanzler einen begeisterten Empfang bereiteten. Hatte Kohl bei der Verkündung des Zehn-Punkte-Programms noch mit einem mehrjährigen Prozess gerechnet, wurde ihm nun klar, dass die Stimmung ein sehr viel schnelleres Handeln ermöglichte und erforderte. Er setzte daher nicht mehr auf Verhandlungen mit der amtierenden DDR-Regierung, sondern auf eine neue, aus freien Wahlen hervorgehende Regierung in Ost-Berlin.

Dass die Wiedervereinigung nun gelang, war auf ein ganzes Ursachenbündel zurückzuführen: auf die Überwindung des britischen und französischen Widerstands, auf den Ausgang der Wahlen in der DDR, auf die Schwäche der Sowjetunion, auf die Verbindung des deutschen und des europäischen Einigungsprozesses durch Kohl, auf die geschickte Verhandlungsführung bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und nicht zuletzt auf die westdeutsche Wirtschaftsmacht. Es war auch keineswegs so, dass nun das Zehn-Punkte-Programm Schritt für Schritt umgesetzt wurde. Mit seiner Verkündung signalisierte Kohl jedoch, dass die Bundesregierung die deutsche Einheit anstrebte und zu den eigenen Bedingungen verwirklichen wollte. Seine Glaubwürdigkeit hing vor allem damit zusammen, dass er trotz der pragmatischen Kooperation mit der DDR in den Jahren zuvor dieses Ziel nie aufgegeben hatte.

## Anmerkungen

- 1 Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl (Auszug), 13.10.1982, in: Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), Bonn 1986, S. 130f, hier S. 130.
- 2 Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland von Bundeskanzler Kohl, 23.6.1983, in: ebd., S. 145.
- 3 Gespräch Carstens/Genscher-Honecker, 14.11.1982, in: Heinrich Potthoff, Die Koalition der Vernunft. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 95.
- 4 Gedruckt in: Innerdeutsche Beziehungen (Anm. 1), S. 212.
- 5 Die Tischrede Kohls, in: Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation zum Arbeitsbesuch des Generalsekretärs der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland im September 1987, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), Bonn 1988, S. 26–31, die Zitate S. 26f.
- 6 Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, 8.11.1989, in: Jochen Thies und Wolfgang Wagner (Hg.), Das Ende der Teilung. Der Wandel in Deutschland und Osteuropa, Bonn 1990, S. 207f.
- 7 Telefongespräch Kohl-Gorbatschow, 11.11.1989, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, Dok. 87, S. 515–517.
- 8 Regierungserklärung Modrows, 17.11.1989, in: Thies und Wagner (Hg.), Ende der Teilung (Anm. 6), S. 221.
- 9 Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, Eintragungen vom 21.11. und 23.11.1989, S. 42–45, hier S. 49.
- 10 Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, 28.11.1989, in: Thies und Wagner (Hg.), Ende der Teilung (Anm. 6), S. 226f.

## Autorinnen und Autoren

**Steffen Alisch**, Dr.; Politologe und Theologe, freier Publizist und Zeithistoriker in Berlin.

**Christian Booß**, Dr.; Journalist und Historiker; seit 2009 Projektkoordinator in der Forschungsabteilung des BStU.

**Eva Fuchslocher**, Kulturwissenschaftlerin und Europäische Ethnologin, Ausstellungskuratorin, Vorsitzende des exhibeo e.V. – Gesellschaft für politische, kulturelle und historische Forschung und Bildung.

**Torben Gülstorff**, Dr.; Promotion mit einer Arbeit über die west- und ostdeutschen Auslandsaktivitäten im zentralafrikanischen Raum zwischen 1945 und 1975.

**Katrin Hammerstein**, M.A.; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Heidelberg, Promotion zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in Bundesrepublik, DDR und Österreich.

**Everhard Holtmann**, Prof. Dr.; Professor (a. D.) für Politikwissenschaft der Universität Halle-Wittenberg, Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH) an der Universität Halle-Wittenberg.

**Agathe Israel**, Dr. med.; Fachärztin für Psychotherapeutische Medizin, Psychiatrie/Neurologie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Dozentin am Institut für analytische Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie – Esther Bick in Berlin.

**Anne Käfer**, Prof. Dr.; Professorin für Systematische Theologie und Direktorin des Seminars für Reformierte Theologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

**Claudia Lepp**, Prof. Dr.; Leiterin der Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte und außerplanmäßige Professorin an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

**Maria Neumann**, Doktorandin an der Humboldt-Universität zu Berlin am Lehrstuhl für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dissertationsprojekt »Religion in der geteilten Stadt. Religiöse Vergesellschaftung und Kalter Krieg in Berlin.«

**Jannis Panagiotidis**, Jun. Prof. Dr.; Juniorprofessor für die Migration und Integration der Russlanddeutschen am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.

**Michael Schäbitz**, Dr.; Historiker und Ausstellungskurator, Geschäftsführer der Ausstellungsagentur exhibeo und des exhibeo e. V. – Gesellschaft für politische, kulturelle und historische Forschung und Bildung.

**Konstanze Soch**, M. A.; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Geschichte der Neuzeit (19.–21. Jahrhundert) an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Promotion zur Geschichte des deutsch-deutschen Päckchen- und Paketverkehrs.

**Krijn Thijs**, Dr.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duitsland Instituut Amsterdam an der Universität von Amsterdam, Ausstellungskurator und Mitautor des Masterplans für die Berlin-Ausstellung im Humboldt-Forum.

**Dorothea Wendebourg**, Prof. Dr.; bis 9/2017 Professorin für Kirchengeschichte mit Schwerpunkt Mittlere und Neuere Kirchengeschichte/Reformationsgeschichte an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

**Hermann Wentker**, Prof. Dr.; Historiker und Leiter der Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ).

## Bildnachweis

- S. 11: picture alliance/dpa, Wolfgang Weihs
- S. 22: picture alliance/akg-images
- S. 32: Bundesarchiv, Bild 183-84717-0001, Werner Krisch
- S. 45: Bundesarchiv, Bild 183-J0304-0007-001, Waltraud Raphael, verehel. Grubitzsch
- S. 59: Bundesarchiv, Bild 183-1987-0611-008, Steffen Ritter
- S. 74: Bundesarchiv, Plak 005-048-049, H. Bähr
- S. 88: Bundesarchiv, Bild 183-1987-0704-021, Rainer Mittelstädt
- S. 100: picture alliance/akg-images, Archiv Boelte
- S. 114: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0117-024, Klaus Oberst
- S. 126: Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus
- S. 139: picture alliance/dpa-Report, Gero Breloer
- S. 154: Bundesarchiv, Bild 183-1987-0115-043, Bernd Settnik
- S. 165: Bundesarchiv, Bild 183-1983-1109-028, Rainer Mittelstädt
- S. 177: Bundesarchiv, Bild 183-32772-0001
- S. 191: picture alliance/dpa, Tim Brakemeier

Online weiterlesen:  
Das Portal »Deutschland Archiv« finden Sie auf  
[www.bpb.de/deutschlandarchiv](http://www.bpb.de/deutschlandarchiv)



www.bpb.de | Home | Kontakt | Impressum | Datenschutz

Bpb | Newsletter | Die Bpb | Presse | Kontakt | Partner

Nach Schlüsselwörtern

Start | Politik | Internationales | **Geschichte** | Gesellschaft | Nachrichten | Veranstaltungen | Lernen | Mediathek | Shop | Dialog

Geschichte | Zeitgeschichte | **Deutschland Archiv**



„Deutschland Archiv Online“ bietet wissenschaftlich fundierte, allgemein verständliche Beiträge zur gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte und zum deutschen Eingangsprozess im europäischen Kontext.

Die Geschichte des „Deutschland Archivs“ (DA) als publizistisches Forum zur deutsch-deutschen Geschichte ist vielfältig und vielschichtig – von seinen Anfängen im Jahr 1968 bis heute. Als Spiegel seiner Zeit entwickelte sich auch das DA stets weiter: Mit der Einführung des Portals „Deutschland Archiv Online“ im Januar 2011 hat das DA den Weg in die digitale Welt eingeschlagen. 2013 erfolgte der nächste Schritt: An Stelle der ehemaligen Themenausgaben erscheinen dynamische Themenschwerpunkte, die fortlaufend erweitert werden.

Filtern nach: allen Themen | allen Formaten | allen Jahrgängen | Suchen

#### Aktuelle Beiträge

##### Ute Story Wochenkrippen und Kinderwochenheime in der DDR



In der DDR gab es eine Vielzahl unterschiedlicher Institutionen, die eine außerfamiliäre Betreuung von Kindern jeden Alters ermöglichen. Eine besondere Betreuungsform waren die Wochenkrippen und Kinderwochenheime. Diesem Modell der DDR-Erziehung widmet sich Ute Story. [Weiterlesen](#)

Uta Ruchel

##### Im Schatten der Geschichte. Ein Essay über den Einfluss von Erinnerungskulturen und Behauptetsein auf den Umgang mit Geflüchteten



Uta Ruchel analysiert in diesem Beitrag, ob und inwiefern familiäre Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung nachwirken und diese die Haltung der Ost- und Westdeutschen gegenüber Migranten prägen. [Weiterlesen](#)

Alexandra Baumhild

##### „Der Geist und die Macht der Deutschen“: Die Wahrnehmung des vereinigten Deutschlands in der serbischen Öffentlichkeit



In der serbischen Öffentlichkeit bewirkt die Wiedervereinigung Deutschlands eine einschneidende Veränderung in der Wahrnehmung der eigenen politisch, wirtschaftlichen und kulturellen Rolle in Europa. Das Deutschlandbild hingegen blieb stets wechselsam. [Weiterlesen](#)

Kristianne Hirsath

##### The British Press and the German Democratic Republic, 1949–1974



Using some mini case studies as examples, the aim of this article is to analyse the ways in which the British press reported the GDR at some critical points in its history and to assess the significance of this reporting for the development of relations between Britain and the GDR. [Weiterlesen](#)

#### Deutschland Archiv

##### Inhalt

- Hier im DA
- Schwerpunkte
- Ausgaben (2011 - 2017)
- Über das Deutschland Archiv
- Redaktion

##### Newsletter

Ja, ich möchte den Newsletter „Deutschland Archiv Online“ abonnieren.

E-Mail:

##### Publikationen zum Thema



Der Band enthält eine Auswahl der wichtigsten Artikel, die im Jahr 2016 erschienen sind.

[Zum Shop](#)

#### Deutschland Archiv bei Twitter

[Twitter](#)

Montag, 22. Januar 2016, 11:30  
Wochenkrippen und Kinderwochenheime in der DDR. Ein Beitrag von Ute Story für das Deutschland Archiv <https://t.co/0t140t80k0>

Montag, 17. Januar 2016, 11:30  
Schwerpunkt „Migranten“: Uta Ruchel über den Einfluss von Erinnerungskulturen und Behauptetsein auf den Umgang mit Geflüchteten. <https://t.co/0t140t80k0>

Dienstag, 18. Januar 2016, 11:40  
Neu im Schwerpunkt: „Aufmerksamkeit auf die deutsche Einheit“. Einführung Subramanian über